



BIK NETZ

PRÄVENTIONSNETZ GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

SOZIALE UND PÄDAGOGISCHE ARBEIT MIT RECHTSEXTREM AFFINEN JUGENDLICHEN

Akteure, Projekte, Ansätze
und Handlungsfelder

Kurt Möller Nils Schuhmacher

Kurt Möller
Nils Schuhmacher

SOZIALE UND PÄDAGOGISCHE ARBEIT MIT RECHTSEXTREM AFFINEN JUGENDLICHEN

Akteure, Projekte, Ansätze und Handlungsfelder

IMPRESSUM

Herausgeber: Kontaktstelle BIKnetz
Redaktion: Kontaktstelle BIKnetz
Gestaltung: Birte Zellentin (Umschlag)
Stand: Juni 2014



Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Erkenntnisse und Kompetenzen aus Praxis, Wissenschaft und Verwaltung in der präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen liegen seit Jahren vor, sind aber wenig miteinander verzahnt und kaum sichtbar. Um Ressourcen und Bedarfe zu identifizieren sowie Weiterentwicklungen anzuregen, veranlasste das bundesweite Informations- und Kompetenznetz *BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus* Anfang 2013 die Erstellung von zwei wissenschaftlichen Expertisen einerseits zum Stand bundesweiter Forschung und andererseits zu einer Bestandsaufnahme der sozialen und pädagogischen Arbeit in diesem Themenfeld.

Prof. Dr. Kurt Möller und Nils Schuhmacher von der Hochschule Esslingen wurden beauftragt, Akteure, Projekte und Ansätze der direkten Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen in allen pädagogischen Handlungsfeldern zu identifizieren. Die Ende Oktober 2013 fertiggestellte Expertise wurde anschließend von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus sechs Fachdisziplinen in der Arbeitsgruppe Forschung von *BIKnetz* diskutiert und daraufhin von den Autoren angepasst und ergänzt.

Die hier vorliegende Expertise „Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Identifizierung von Akteuren, Projekten und Ansätzen in allen pädagogischen Handlungsfeldern“ gibt einen äußerst detaillierten und bislang in diesem Umfang nicht vorhandenen Überblick über das in den letzten rd. 20 Jahren angesammelte Praxiswissen im Themenfeld. Den Autoren gelingt es mit ihrer differenzierten Analyse nicht nur, die Wirksamkeit dieser Arbeit im Hinblick auf Distanzierungsprozesse zu bewerten, sondern auch Handlungserfordernisse und Weiterentwicklungsempfehlungen für die soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen zu benennen.

Wir bedanken uns herzlich bei den beiden Autoren der Expertise, Prof. Dr. Kurt Möller und Nils Schuhmacher, für die sehr gute und intensive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt auch allen beteiligten Akteuren, die u. a. in zahlreichen Interviews das Fundament für diese Expertise gelegt haben.

Andrea Keppke,
Projektleiterin *BIKnetz*

Vorwort der Autoren

24. Oktober 2013, eine Woche vor Abgabe dieser Expertise: Beim 50. Verhandlungstag zur Mordserie des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) löst die Hauptangeklagte Beate Zschäpe – provokativ Desinteresse am Verhandlungsgeschehen signalisierend – Kreuzworträtsel.

22 Jahre vorher entsteht im Sommer 1991 in Jena-Winzerla ein Videoschnipsel, auf dem eine fröhliche 16-Jährige zu sehen ist – mit wallendem Haar und baumelnden Glitzerohrringen im rückenfreien Top rauchend und kichernd. Sie flirtet mit einem Jungen, der ein „Public Enemy“-T-Shirt trägt.¹ Das Mädchen heißt Beate Zschäpe, den Film hat ein Jugendarbeiter vom gerade entstehenden Jugendhaus „Winzerclub“ aufgenommen. Weder links noch rechts seien Jugendliche wie Beate Zschäpe damals gewesen, sagt dieser Jugendarbeiter, Thomas Grund, später.

Hätte die Entwicklung von Rechtsextremen wie Beate Zschäpe anders verlaufen können? Vor allem: Hätte Jugendarbeit in irgendeiner Weise Einfluss nehmen können? Kann sie es wenigstens heute bei den nachwachsenden Generationen von rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen? Hilft es dabei, den direkten Kontakt zu diesen Jugendlichen herzustellen, vielleicht gar Beziehungen mit ihnen zu pflegen? Wie aber müssen diese dann gestaltet werden?

Fragen wie diese bewegen die (Fach-)Öffentlichkeit nicht erst seit der Diskussion über rechtsterroristische Strukturen in Deutschland. Dennoch sind verlässliche Antworten auf sie bislang eher ausgeblieben.

Die hier vorgelegte Expertise will dazu beitragen, diesem Manko abzuweichen. Den ihr gesetzten Rahmenbedingungen entsprechend, mussten dafür in nur wenigen Monaten die Träger, Projekte und Akteure, die Handlungsfelder und Herangehensweisen, die Sozialräume und Regionen mit entsprechenden Ansätzen aus den letzten rd. 30 Jahren identifiziert, vorhandene Praxiserfahrungen möglichst vollständig erhoben, Berichte über sie gesichtet, Experten-Interviews durchgeführt und ausgewertet, die theoretisch-wissenschaftliche Literatur zu Rate gezogen, die Evaluationslandschaft durchforstet und die eruierten Materialien in systematischer Weise aufbereitet werden.

Dazu mussten alle an der Expertisenerstellung Beteiligten an die Kapazitätsgrenzen ihrer Arbeitsfähigkeit – und zum Teil wohl auch darüber hinaus – gehen. Besonderen Dank schulden wir den Mitarbeiter_innen und Trägern von Behörden, Institutionen, sozialen bzw. pädagogischen Einrichtungen und Ansätzen, die uns zu ihrer Arbeit schriftlich, telefonisch, per mail oder im direkten persönlichen Gespräch Auskunft gegeben, uns zu anderen Informationsträgern weitervermittelt und dabei dem Differenzierungsinteresse und der Hartnäckigkeit unserer Nachfragen nachgegeben haben. In besonderer und vertiefender Weise zum Gelingen haben darüber hinaus Interviews beigetragen, die wir im Rahmen der Erstellung dieser Expertise mit Thomas Grund („Streetwork Jena“), Reinhard Koch („Zentrum demokratische Bildung“, Wolfsburg), Ricarda Milke („Miteinander e. V.“, Halle a. d. S.), Angelika Ribler („Sportjugend Hessen“, Frankfurt a. M.), Dennis Rosenbaum, Isabell Stewen und Carola Storm („Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit“, Bremen), Thomas Schleußner (Leiter der kommunalen Jugendfreizeiteinrichtung

¹ „Public Enemy“ ist Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre eine der einflussreichsten Hip-Hop-Formationen afroamerikanischer Rap-Musiker.

(JFE) Klinke, Marzahn/Hellersdorf, Berlin), Thomas Schwengers (Stadtjugendpflege, Schwerte), einem auf Wunsch ungenannt bleibenden Mitarbeiter eines ostdeutschen Fanprojekts und einer ebenfalls auf eigenen Wunsch ungenannt bleibenden Jugendbildnerin aus Bayern geführt haben. Ihr hohes Interesse am Arbeitsgebiet und ihr Vertrauen ist uns Verpflichtung. Ferner danken wir Florian Neuscheler und Marion Lempp ganz herzlich für unermüdliche wissenschaftliche Zuarbeit und Arbeiten am Manuskriptformat.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung, die mit dem Auftrag von *BIKnetz* verbunden war: Wir haben ihn gerne angenommen, weil wir uns von seiner Erledigung neben der seit langem notwendigen Aufarbeitung und Bündelung des Praxisstandes spürbare Aktivierungs- und Innovationsschübe für das wichtige Feld der sozialen und pädagogischen Arbeit mit rechts-extrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen erhoffen. Gegenüber den kontaktierten Kollegen und Kolleginnen aus der Praxis fühlen wir uns in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die Expertise eben diese Funktion auch erfüllt. Wir sind sicher: Die Praxis wartet auf anwendungsorientierte, praxisnahe Anstöße auf diesem Feld. Der Ball liegt nun in der Hälfte der Politik bzw. der ministeriellen Administration.

Inhalt

Kapitel 1: Ausgangspunkte, Ziele und Forschungsfragen	1
Kapitel 2: Vorgehensweise	3
Kapitel 3: Ergebnisse	5
3.1 Zur Datenbasis der Analysen	5
3.2 Die Ergebnisse im Überblick	9
3.3 Die Ergebnisse im Einzelnen	14
3.3.1 Zur Definition der „Zielgruppe“ der „rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“	14
3.3.2 Grundlegende Herangehensweisen und Angebote	29
3.3.3. Handlungsfelder und Akteure	57
3.3.4 Regionen und Sozialräume	74
3.3.5 Einschätzungen zu und Erkenntnisse über Wirkungen	77
Kapitel 4: Handlungserfordernisse und Empfehlungen	98
4.1 Grundlegende Herangehensweisen und Angebote	98
4.2 Handlungsfelder und ihre Akteure	101
4.3 Regionen und Sozialräume	110
Literaturliste	117
Internetquellen	130

Kapitel 1: Ausgangspunkte, Ziele und Forschungsfragen

Seit Ende der 1980er Jahre wird in der Bundesrepublik Deutschland mit einer bis dahin nicht gekannten Intensität und Kontinuität eine öffentliche Diskussion um Rechtsextremismus und die Wege der Auseinandersetzung mit ihm geführt. Ausgelöst durch anhaltende Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien, das Anwachsen einschlägiger Organisationen, einen exorbitanten Anstieg rechtsextremistischer Straftaten und insbesondere einen enormen Zuwachs sowie eine Brutalisierung fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewaltakte debattieren Bürger_innen, Politiker_innen und Fachleute über Erscheinungsweisen, Ursachen und Umgangsweisen mit dem Problemkomplex. Auch wenn die Thematik innerhalb der letzten Jahrzehnte einer bemerkenswerten Aufmerksamkeitskonjunktur unterlag, so ist sie doch – wie die ihr zugrundeliegende Problematik selbst – erhalten geblieben und hat in jüngerer Zeit insbesondere durch die rassistische Mordserie des neonazistischen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ und ihre gesellschaftliche, politische sowie juristische Aufarbeitung neuen Auftrieb bekommen.

Wo in der Diskussion über adäquate Reaktionsweisen nicht ausschließlich für die Option staatlicher und anderweitiger Repression votiert wird, werden besonders häufig (und vielleicht mehr als andere gesellschaftliche Bereiche) Arbeitsfelder ins Spiel gebracht, die die Professionen der Pädagogik und der Sozialen Arbeit betreffen. Neben der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Akteure, die sich ‚gegen rechts‘ engagieren, primär-präventiver bzw. universell-präventiver (politischer) Bildung in vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bereichen und Ausstiegshilfen tertiär-präventiven Zuschnitts sind es vor allem Ansätze der Arbeit mit Jugendlichen, die sekundär-präventiv arbeiten bzw. – besser unter Fokussierung auf ihre Zielgruppen formuliert – in einer Gemengelage von Prävention und Intervention selektiv an ‚Risikogruppen‘ und indiziert an einzelne ‚Problemträger_innen‘ adressiert sind.

In diesem Kontext sind Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen zu verorten. Sie wurden zunächst in der ‚alten‘ Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre in verschiedenen sozialarbeiterischen und pädagogischen Handlungsfeldern entwickelt, verbreiteten sich nach der ‚Wende‘ auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und in Ost-Berlin, sind jedoch im Gesamtkontext der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in den letzten rd. 1 ½ Dekaden in den Hintergrund getreten. Gründe dafür können sein: die Gleichsetzung von direkter Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen mit der sogenannten akzeptierenden Jugendarbeit (vgl. Heim u. a. 1991a, 1991b, 1991c; Krafeld 1992a, 1992b, 1996), eine z. T. völlig unprofessionell unter dem Etikett der akzeptierenden Jugendarbeit betriebene berufsmäßige Hinwendung zu rechtsextrem orientierten jungen Menschen mit geradezu kontraproduktiven Folgewirkungen, die Diskreditierung von Ansätzen akzeptierender Jugendarbeit mit Verweis auf entsprechend formierende unhaltbare Praktiken, eine womöglich aufgrund dessen, jedenfalls aber auch aufgrund politischer Gewichtsverlagerungen erfolgte Umorientierung der themenbezogenen Förderpolitik (vgl. Möller 2013a). Dieser Entwicklung entgegen stehen deutliche Hinweise aus der Praxis, aus einzelnen wissenschaftlichen Begleitungen und aus Evaluationen von Teilbereichen der Bundesprogramme, die den pädagogischen Nutzen und politischen Sinn direkter Arbeit mit rechtsextrem affinen jungen Leuten hervorheben. Allerdings besteht kein verlässlicher Überblick über Ak-

teure, Handlungszusammenhänge, Sozialräume, Konzepte, Intensitäten, Anlässe und Erfolgsaussichten entsprechender Ansätze. Ungeklärt ist in diesem Zusammenhang gleichzeitig, wie mit Bezug auf sozialarbeiterische und pädagogische Praxen die verbreiteten Kennzeichnungsbegriffe der „Orientierung“ und der „Gefährdung“ differenziert und handlungswirksam zu verwenden sind.

Die hier vorgelegte Expertise verfolgt das zentrale Ziel, dazu beizutragen, diese Wissenslücken zu schließen und auf der Basis dessen Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie erstellt auftragsgemäß ein übersichtliches und zugleich differenziertes Tableau entlang der folgenden Forschungsfragen:

- ✓ Wie lässt sich die *„Zielgruppe“ der „rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“* definieren?
- ✓ Welche und wie viele *Herangehensweisen* (in Form grundlegender Ansätze, Strategien, Formate und Konzeptionen), *konkrete Angebote* (in Form von Maßnahmen, Projekten und Aktionen) und *Angebotsstrukturen* existieren zurzeit bzw. welche Erfahrungen liegen – auch aus bereits abgeschlossenen Praxisleistungen der letzten Jahre – mit ihnen vor?
- ✓ Wie lassen sich diese Herangehensweisen, konkreten Angebote und Angebotsstrukturen *systematisch ordnen*?
- ✓ Welche und wie viele *Akteure* konzipier(t)en, plan(t)en, führ(t)en sie durch und werte(te)n sie ggf. intern oder mittels externer Evaluation aus?
- ✓ Welche *Akteurstypen* sind auszumachen und lässt sich ein Zusammenhang zwischen ihnen und der Systematik von Herangehensweisen, konkreten Angeboten und Angebotsstrukturen ausmachen?
- ✓ Wo, d. h. in welchen *pädagogischen bzw. sozialarbeiterischen Handlungsfeldern* und *Regionen bzw. Sozialräumen* sind oder waren sie in welcher Anzahl und mit welchen Unterschieden vorhanden?
- ✓ Welche *Wirksamkeit* wird den identifizierten Herangehensweisen und konkreten Angeboten von den Akteuren, von externen Evaluationen, von Kooperationspartnern und vom jeweiligen sozialen Umfeld zugeschrieben und welche strukturellen Rahmenbedingungen werden mit Wirksamkeitseinschätzungen bzw. -feststellungen in Verbindung gebracht?

Kapitel 2: Vorgehensweise

Die Vorgehensweise zur Klärung dieser Fragen bestand darin:

1. eine *systematische Aufarbeitung des Forschungsstandes* und dabei eine Erhebung des praxisbezogenen und wissenschaftlich-theoretischen Diskussionsstandes sowie die Darlegung des Evaluationswissens vorzunehmen,
2. eine *systematische Recherche existierender (und nicht mehr existierender) Herangehensweisen* mittels telefonischer und postalisch bzw. mail-gestützter Recherchen, Internet-Suchen sowie sich daraus ergebender weiterer Snowball-Research-Strategien zu unternehmen,
3. die durch diese Erarbeitungen gewonnenen Erkenntnisse durch *Expert_inneninterviews* mit Trägervertreter_innen und Mitarbeiter_innen einschlägiger Angebote zu vertiefen.

Dazu wurden die folgenden *Handlungsfelder* in den Blick genommen:

1. schulische Herangehensweisen und Angebote bzw. Herangehensweisen und Angebote im Rahmen von Schule (etwa über externe Anbieter, Sozialarbeit an Schulen etc.),
2. Außerschulische Arbeit nach KJHG; differenziert in

Offene und gemeinwesenorientierte Jugendarbeit (SGB VIII, §11),
Jugendverbandsarbeit (SGB VIII, §11, 12),
Jugendbildungsarbeit (SGB VIII, §11),
Aufsuchende Jugendsozialarbeit (SGB VIII, §13),
Hilfen zur Erziehung, insb. SGB VIII §29 (soziale Gruppenarbeit), § 34 (Heimerziehung, betreutes Wohnen), §35 (intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung)

sowie

3. Peer-to-Peer-Ansätze (verstanden als Ansätze jugendlicher Selbstorganisation, v. a. im Rahmen Offener Jugendarbeit).

Im Einzelnen wurden *Akteure* einbezogen, die identifiziert und potentiell kontaktiert werden konnten über

- ✓ persönliche Bekanntschaft mit den Erstellern der Expertise,
- ✓ laufende und abgelaufene thematisch einschlägige Bundes- und Landesprogramme,
- ✓ alle Landesjugendämter und – soweit sich Hinweise auf entsprechende themenspezifische Praxen ergaben – Kommunale Jugendämter und Jugendpfleger_innen,
- ✓ Bundes- und Landesorganisationen der Offenen Jugendarbeit (z. B. „Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen“ (BAG OKJE), „Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung“ (LAGO), „Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten“ (AGJF) etc.),
- ✓ Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGs) und Landesarbeitsgemeinschaften (LAGs) für Mobile Jugendarbeit bzw. Streetwork,

-
- ✓ alle Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege auf Bundes- und – soweit sich Hinweise auf entsprechende themenspezifische Praxen ergaben – Landesebene,
 - ✓ alle im Bundesjugendring und den Landesjugendringen zusammengesetzten Jugendverbände,
 - ✓ im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zusammengesessene und weitere (Jugend-)Bildungseinrichtungen,
 - ✓ die in der „Kordinierungsstelle Fanprojekte“ (KOS) zusammengesessenen Fußball-Fan-Projekte,
 - ✓ staatliche und nicht-staatliche Aussteigerprogramme bzw. -hilfen, soweit ihre Konzepte pädagogische Handlungsanteile besitzen,
 - ✓ alle Kultusministerien,
 - ✓ alle Landesinstitute für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften,
 - ✓ alle Landeszentralen für politische Bildung,
 - ✓ die Jugendabteilungen aller katholischen Bistümer und evangelisch-lutherischen Landeskirchen in Deutschland,
 - ✓ alle auf Rechtsextremismus spezialisierten Landesberatungsnetzwerke, Landeskoordinierungsstellen und institutionen- und verbandsgebundenen Handlungsnetzwerke („AK Ruhr“, „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)-Arbeitsgruppe ‚Rechtsextremismus‘“, „Bundesweites Praktiker- und Praktikerinnentreffen Rechte Jugendszenen“, „Diakonische Infrastruktur gegen rechtsextreme Sozialarbeit“),
 - ✓ gewerkschaftliche Angebote der Jugendarbeit/-bildung,
 - ✓ Dachverbände der Erziehungshilfe sowie
 - ✓ einzelne freie Träger und weitere Akteure, deren Relevanz im Schneeballsystem erschlossen wurde.

Kapitel 3: Ergebnisse

Die Ergebnisse jedweder Forschung sind bekanntlich von verschiedenen Faktoren abhängig. Neben den oben knapp skizzierten Erkenntnisinteressen, Zielsetzungen, Fragestellungen, Ausgangsbedingungen und methodischen Vorgehensweisen ist dabei besonders bedeutsam die Datenbasis, auf deren Grundlage Aussagen getroffen werden. Daher werden im Folgenden zunächst diesbezügliche Darlegungen vorgenommen und im Zuge dessen die wichtigsten Erfahrungen bei der Recherche der Daten dargestellt (3.1). Danach gibt dieses Kernkapitel der Expertise zunächst einen zusammenfassenden Überblick über zentrale Befunde (3.2). Er dient einer ersten, noch groben Orientierung. Um die Resultate der Recherchen und Analysen möglichst differenziert so darstellen zu können, dass sie den zentralen Fragen des Expertisen-Auftrags konkrete Antworten leicht zugänglich machen, sind die Ergebnisse im daran anschließenden Teilkapitel (3.3) entlang der Hauptstichwörter eben dieser Fragen gegliedert.

3.1 Zur Datenbasis der Analysen

Die oben dargestellte Vorgehensweise zielte darauf ab, in der äußerst knappen zur Verfügung stehenden Zeit sowohl möglichst komplex als auch – zumindest exemplarisch – in die Tiefe gehend das durch den Auftrag markierte Themenfeld mittels wissenschaftlich-theoretischer Analysen, vor allem aber in einem empirischen Zugriff aufzuarbeiten. Dieses Vorhaben kann insgesamt als gelungen betrachtet werden. Gleichwohl ist die angewandte Methodik und sind damit die über sie erzielten Ergebnisse in ihren empirischen Anteilen abhängig vom Rücklauf von Anfragen. Festzustellen ist vorweg, dass trotz z. T. mehrfachen ‚Nachhakens‘ nicht in allen Feldern eine wünschenswerte Rücklaufquote erreicht werden konnte. Dafür lassen sich verschiedene Gründe nennen und Annahmen formulieren:

FORMALE HÜRDEN

Die Aussagebereitschaft und -fähigkeit von Behörden, aber auch von Akteuren in öffentlicher Trägerschaft war mitunter aus formalen Gründen eingeschränkt. Von Seiten kommunaler Jugendämter und ihnen direkt unterstellter öffentlicher Träger von Angeboten wurde in mehreren Fällen darauf verwiesen, dass entsprechende überinstanzliche Genehmigungen (von Ministerien und Landkreistagen als kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen) nicht vorliegen. Allerdings stand dies in anderen Fällen Auskünften nicht im Wege.

PRIORITÄTENSATZUNGEN ZUM NACHTEIL WISSENSCHAFTLICHER FORSCHUNG

Einzelne Ministerien, Behörden, Institutionen und Verbände verzichteten mit dem Hinweis auf akut zu lösende anderweitige Probleme (so etwa das Hochwasser und dessen Folgenbeseitigungen in Ostdeutschland) sowie auf eine nicht zu bewältigende ‚Flut‘ von wissenschaftlichen und medialen Anfragen zu verschiedenen Themenkomplexen auf eine inhaltliche Beantwortung.

ÜBERSCHNEIDUNGEN VON NACHFRAGEN

Eng mit dem vorherigen Punkt verbunden verwiesen Praktiker_innen aus programmfinanzierten Projekten auf intensive wissenschaftliche Begleitungen, vor deren Hintergrund von einer Beantwortung Abstand genommen wurde. Parallel dazu wurde mitunter auch auf gleichzeitig laufende ähnlich gelagerte, zum Teil mit *Biknetz* in Verbindung stehende oder gebrachte, Expertisen, auf weitere Erhebungen, aber wiederum auch auf Medienanfragen verwiesen. Exemplarisch hieß es in Bezug auf den ersten Punkt in der Antwort-Mail eines Praxis-Akteurs: „Ich blicke

inzwischen nicht mehr recht durch, wer alles im Auftrag von *BIKnetz* welche Expertisen macht und die Projekte anfragt“.

GENERELLE BEDENKEN GEGENÜBER NACHFRAGEN UND ÖFFENT- LICHKEIT

Zum Teil, so der im Laufe der Recherchen gewonnene Eindruck, hat eine kritische Haltung gegenüber staatlich-offiziellen Akteuren (darunter wird auch *BIKnetz* subsumiert) die Bereitschaft zur Beteiligung eingetrübt. Zum Teil – insbesondere bei regelgeförderten Akteuren aus den Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber vor allem der Aufsuchenden Arbeit – können daneben auch Stigmatisierungsbefürchtungen das Antwortverhalten beeinflusst haben, die sowohl die ‚betreute‘ Klientel als auch die eigene ‚Arbeit mit Rechten‘ betreffen. Besonders deutliche Hinweise – insbesondere aus informellen Gesprächen mit Gatekeepern – auf diesen zweiten Punkt beziehen sich auf das Feld der Fanprojektarbeit.

DEFINITORISCHE UNSICHERHEITEN

Ein gewichtiger Aspekt ist der keinesfalls einheitliche und eher vage Gebrauch der ‚weichen‘ Kategorie der „Gefährdung“ (siehe auch bereits Pingel/Rieker 2002, 16). Wenngleich in der Anfrage eine basale Definition des zugrundegelegten Gefährdungsbegriffes kommuniziert wurde, erwies sich die Kategorie vielfach noch als so unbestimmt, dass Akteure dazu tendierten, sich selbst als „nicht passend“ einzustufen und auf eine Beteiligung zu verzichten, zumal sie durch den zeitlichen Aufwand das ‚Alltagsgeschäft‘ belastet sahen. Dies betraf insbesondere solche Akteure, die nach eigenem Selbstverständnis nicht unbedingt konzeptionell gezielt fokussierend² mit rechtsextrem affinen Jugendlichen arbeiten, unter Umständen aber durchaus Erfahrungen auf diesem Gebiet sammeln.

GENERELLE RÜCKLAUFBE- SCHRÄNKUNGEN

Diese ergaben sich neben dem zur Verfügung gestandenen engen Zeitrahmen und dem Umstand, dass die Kernzeit der Recherche in die Sommer- und damit in die Urlaubszeit fiel, auch daraus, dass gerade auf Seiten von Trägern Sozialer Arbeit im Themenfeld ein hohes Maß an personeller Fluktuation und ein niedriger Grad an ‚institutionellem Gedächtnis‘ vorliegt, so dass in einer Reihe von Fällen schlicht keine Informationen über frühere Erfahrungen in diesem Handlungsfeld mehr vorlagen oder recherchierbar waren.

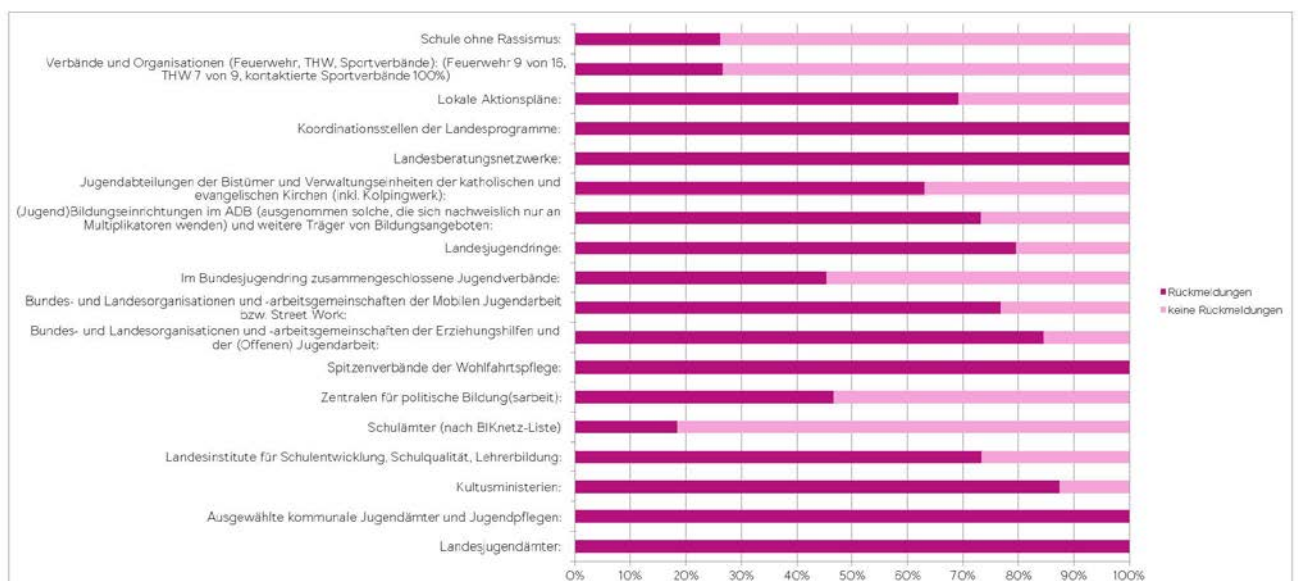


Diagramm 1: Rückmeldequoten nach Forschungsfeldern sortiert

2 Vgl. Fußnote 5.

Aus dieser schematischen Darstellung der nach Recherchefeldern sortierten Rückmeldequoten geht hervor, dass die Rücklaufquoten von Recherchefeld zu Recherchefeld zum Teil erheblich variieren. Mit Blick auf Ministerien, Behörden, Wohlfahrtsverbände und mit dem Thema verbundene Netzwerke und Koordinierungsstellen lässt sich sagen, dass der Kenntnisstand zu Erfahrungen und Angeboten im Handlungsfeld auf umfassende Weise abgefragt wurde. Eingeschränkt ist dies hingegen der Fall in Bezug auf Jugendverbände, den Bereich der politischen Bildung,³ die konfessionsgebundene Jugendarbeit sowie den Bereich der Schule.⁴

Neben den in Diagramm 1 aufgeführten Auskunft- und Hinweisgebern (die in manchen Fällen auch selber Träger von Angeboten sind), erfasst Diagramm 2 jene, die nach Recherchelage – also aus der Literatur, durch Auskunft Dritter aus den in Diagramm 1 aufgeführten Feldern oder nach eigenem Wissen – *seit 2007* in pädagogischen Settings mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen befasst sind, sei es konzeptionell gezielt fokussierend oder nicht.⁵ Darunter fallen in dieser Darstellung also auch die im Weiteren gesondert zu behandelnden Akteure ohne einschlägige pädagogische Profession und Angebote, die sich konzeptionell und faktisch nicht an Jugendliche, sondern an Multiplikator_innen, also an zu Interessierende, bereits Engagierte, Eltern und Angehörige sowie pädagogische Fachkräfte richten.

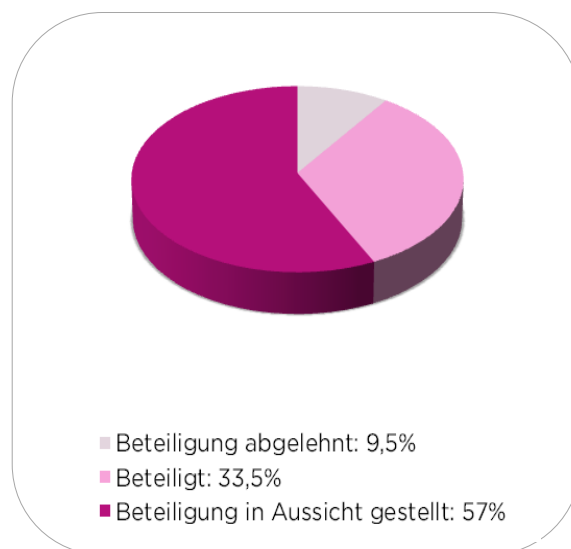


Diagramm 2: Rückmeldungen direkt kontaktierter Fanprojekte⁶

³ Repräsentiert durch die Landeszentralen für politische Bildung(-sarbeit) als auch Jugendbildungsstätten.

⁴ Repräsentiert durch die abgefragten Schulämter und weitere schulbezogene Akteure wie etwa „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ oder das „Netzwerk demokratische Kultur“.

⁵ Unter die Kategorie „konzeptionell gezielt fokussierend“ subsumieren wir im Folgenden jene Angebote, in denen zielgerichtet und unter Zugrundelegung eines auf sie zugeschnittenen Konzeptes (ausschließlich oder unter anderem) mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen pädagogisch gearbeitet wird. Eine weitere Unterscheidung zwischen Angeboten, die sich nur an „gefährdete“ oder nur an rechtsextrem „orientierte“ Jugendliche richten, ist nur abstrakt denkbar. Faktisch gehen in der sozialen und pädagogischen Praxis die beiden Adressat_innengruppierungen in der Teilnehmerschaft ineinander über.

⁶ Die 48 bestehenden Fanprojekte wurden – ohne jeglichen Rücklauf – alle über die KOS kontaktiert; selbst kontaktiert wurden auf Grundlage eigener Recherchen 21 von ihnen, weil Hinweise darauf vorlagen, dass bei ihnen mit einer extrem rechten Klientel gearbeitet wurde bzw. wird.

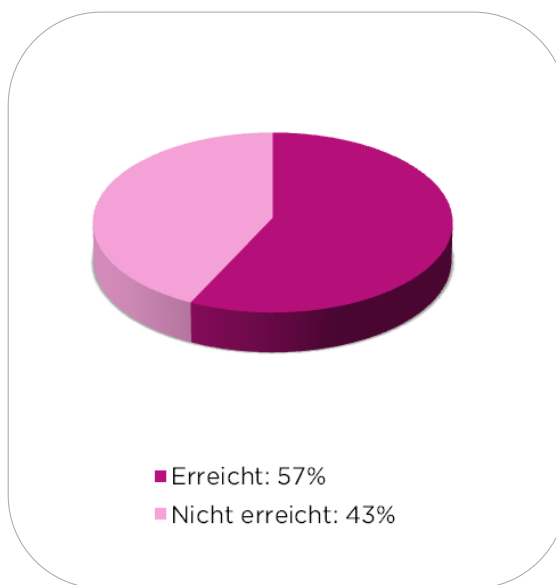


Diagramm 3: Rückmeldungen aktuell bestehender staatlicher und nicht-staatlicher Aussteigerprojekte

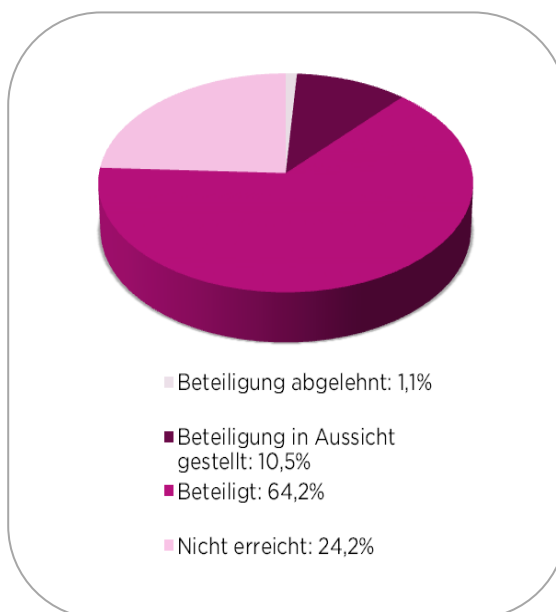


Diagramm 4: Rückmeldungen weiterer aktueller Praxisträger

Die oben genannten Hürden bilden sich in diesen drei Grafiken deutlicher ab.⁷ Pointiert gesagt ist festzustellen, dass Probleme der Erreichbarkeit bzw. Einbeziehung mit steigender Nähe zum Feld der Praxis – z. T. unerwarteterweise und wohl aus unterschiedlichen Gründen – eher zu- als ab-

⁷ Noch niedriger fallen die Rückmeldequoten erwartbarerweise aus, wenn man alle (mutmaßlichen) Akteure einer mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen befassten pädagogischen Arbeit seit den 1980er Jahren einbezieht.

nahmen. Dies gilt sowohl, etwa mit Blick auf die ausstiegsorientierten Angebote, für intensiv evaluierte Projekte aus Kontexten der Programmförderung, als auch für Angebote aus dem Bereich der Regelförderung, die in geringerem Maße wissenschaftlich begleitet werden.

Auch vor diesem Hintergrund erwies es sich als methodisch sinnvoll, die Rechercheergebnisse durch Expert_inneninterviews gezielt abzusichern. Unter dieser Prämisse wurden insgesamt neun Expert_inneninterviews geführt, die in ihrer Gesamtheit die relevanten pädagogischen Handlungsfelder Aufsuchende Arbeit, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Außerschulische Jugendbildungsarbeit, schulbezogene (Bildungs-)Arbeit, soziale Gruppenarbeit, Einzelfallhilfe sowie Verbands- und Vereinsbezogene Beratungsarbeit abdecken.

IW1: Aufsuchende Arbeit (mit Anteilen von Einzelfallhilfe)

IW2: Offene Kinder- und Jugendarbeit (mit Anteilen von Aufsuchender Arbeit)

IW3: Aufsuchende Arbeit (mit Anteilen von Bildungsarbeit und Einzelfallhilfe)

IW4: Schulbezogene und außerschulische soziale Gruppen- und Einzelarbeit (mit Anteilen Aufsuchender Arbeit)

IW5: Aufsuchende und Offene Kinder- und Jugendarbeit

IW6: Schulische und außerschulische Bildungsarbeit

IW7: Außerschulische Bildungsarbeit, Einzelfallhilfen und soziale Gruppenarbeit

IW8: Verbands- und vereinsbezogene Beratungsarbeit

IW9: Schulische und außerschulische Bildungsarbeit

Insgesamt vermag die vorgelegte Expertise damit, trotz der genannten Einschränkungen, profunde Resultate auf einer Datenbasis vorzuweisen, die bislang nicht einmal annähernd in der vorliegenden Komplexität und Detaillierung vorhanden sind.⁸ Insbesondere stellt sie neben theoretischen Überlegungen ein über Jahrzehnte hinweg angehäuften Praxiswissen und dessen Analyse in einem Umfang und in einer Differenziertheit zusammen, die einen neuartigen Zugang zur Thematik erschließen. Sie kann daher als eine Orientierungs-, Argumentations- und Legitimationshilfe für (jugend-)politische Entscheidungen ebenso wie für pädagogische und sozialarbeiterische Weichenstellungen genutzt werden.

3.2 Die Ergebnisse im Überblick

Die wichtigsten Ergebnisse der im Rahmen der Erstellung dieser Expertise vorgenommenen Recherchen und Analysen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Eher als von einer „Zielgruppe der rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“⁹ ist von den beiden Adressat_innengruppierungen der rechtsextrem gefährdeten und der rechtsextrem orientierten Jugendlichen auszugehen. Dabei wird unter Rechtsextremismus das Zusammenfließen von Ungleichheitsvorstellungen und Gewaltakzeptanz verstanden. Während als „rechtsextrem Orientierte“ Personen verstanden werden, die erkennbar rechts-

⁸ Frühere, allerdings mehr exemplarische als systematische, weniger zeitlich und handlungsfeldbezogen umfassende (und insgesamt auch nicht mehr aktuelle) Überblicksdarstellungen finden sich bei Krafeld/Möller/Müller 1993; Stiftung Mitarbeit 1993; Vahsen u. a. 1994; zuletzt Pingel/Rieker 2002. Zwei Landeskoordinierungsstellen erklärten, dass derzeit auf die jeweiligen Bundesländer bezogene Bestandsaufnahmen zu Praxiserfahrungen und -angeboten stattfinden (Nordrhein-Westfalen) bzw. in Vorbereitung sind (Niedersachsen).

⁹ Vgl. Themenstellung des Auftrags der Expertise.

extreme Haltungen, also entsprechende Orientierungen und/oder Aktivitäten, an den Tag legen und/oder Teil rechtsextrem orientierter Cliquen, Szenen und Organisationen sind, liegen entsprechende Gefährdungen bei solchen (jungen) Menschen vor, die sich im Umfeld rechtsextrem orientierter Cliquen, Szenen und organisatorischer Zusammenhänge, ggf. aber auch in entsprechenden familiären, verwandtschaftlichen, sozialräumlichen und virtuellen Kontexten bewegen und bei denen zu vermuten ist, dass die dort vertretenen politischen Haltungen sowie die mit ihnen verbundenen sozialen Zusammenschlüsse Anziehungskraft auf sie ausüben. Gefährdet- und Orientiertsein kann dabei in verschiedenen Dimensionen auftreten – in unterschiedlicher Gewichtung und zum Teil sogar gegenläufig: identifikatorisch, expressiv, sozialräumlich, repräsentational, strukturell und prozessbezogen. Im konkreten Fall ist die rechtsextreme Gefährdung oder Orientierung eines/r Jugendlichen und/oder eines jugendlichen Kollektivs, einer Clique z. B., nicht anhand eines einheitlichen Standardmodells zu identifizieren, an dem der konkrete Fall zu ‚messen‘ bzw. mit dem er schablonenhaft abzugleichen wäre. Vielmehr ist unter Berücksichtigung der genannten Dimensionen durch Fachkräfte vor Ort in intersubjektiv verschränkter Perspektivik zu bestimmen, inwieweit eine Gefährdung oder eine Orientierung vorliegt. Dazu können die gegen Ende des Unterkapitels 3.3.1 benannten Punkte als eine Art Checkliste zu Hilfe genommen werden. Zu bedenken ist in jedem Fall, dass eine rechtsextreme Gefährdung auch bereits dort vorliegen kann, wo essenzialisierende und anderweitig pauschalisierende Ablehnungen¹⁰, wie sie das Syndrom sog. „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ beinhaltet, verbreitet sind und Jugendlichen als Interpretationsmuster bzw. Verhaltensvorbilder zur Verfügung stehen.

2. Betrachtet man die zentralen *Herangehensweisen und Angebote* in den pädagogischen Handlungsfeldern, so zeigt sich:
Für den *Schulbereich* liegen sowohl über die Häufigkeit rechtsextrem konturierter Vorfälle als auch über den konkreten Umgang mit ihnen keine verlässlich systematisierten oder systematisierbaren Erkenntnisse vor. Es gibt innerschulisch offensichtlich kaum konzeptionell verankerte fokussierte Ansätze zum konkreten pädagogischen Umgang mit rechtsextrem orientierten Schüler_innen. Entsprechend geht die Auseinandersetzung mit ihnen selten über situative Konfliktbearbeitungen im oder am Rande des Unterrichts hinaus. Außerunterrichtliche schulische Auseinandersetzung erfolgt eher mittels externer Akteure, die themenbezogene Workshops anbieten, an denen dann – legt man aktuelle empirische Erkenntnisse zugrunde (vgl. z. B. Baier u. a. 2009, die bei rd. 40% der 15-Jährigen in Deutschland ausländerfeindliche Einstellungen und bei mehr als jedem Vierten rechtsextremes Verhalten feststellen) – im Regelfall immer auch rechtsextrem affine Schüler_innen im Klassenverbund teilnehmen. Auf deutlich rechtsextrem Orientierte trifft man seltener, ist aber im Umgang mit ihnen häufig unsicher. Nur selten werden Weitervermittlungen in Angebote der Einzelfallhilfe und ausstiegsorientierter Angebote vorgenommen.
Anders als in den 1980er und 1990er Jahren arbeitet *Offene Jugendarbeit* kaum noch mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen; jedenfalls nicht konzeptionell basiert. Sie treten – regional unterschiedlich – nur selten bzw. gar nicht mehr als mehr oder minder geschlossene Gruppen bzw. als Cliquen mit einem entsprechenden politischen Selbstverständnis in den Einrichtungen auf. Erreicht werden allenfalls

¹⁰ Essentialisierende Ablehnungen sind Haltungen, die in der Ablehnung von bestimmten Gruppierungen (z. B. Ethnien), Lebenspraxen (z. B. homosexuellen Lebensstilen) und Lebensphilosophien (z. B. religiös konturierten Auffassungen) bestehen und dabei auf Zuschreibungen Bezug nehmen, die auf Seiten der/des Abgelehnten angeblich wesensmäßige, also essenzielle und als unveränderlich betrachtete Eigenschaften unterstellen. Daneben gibt es weitere Ablehnungskonstruktionen, die auf bestimmte Gruppierungen und Personen bezogen sind und zugleich auf spezifizierende Begründungen verzichten.

einzelne rechtsextrem Orientierte oder Kleinst-Konstellationen entsprechend orientierter junger Leute unterhalb von Cliquengröße, am ehesten aber rechtsextrem gefährdete Jugendliche, die gruppiierungsbezogene Ablehnungen vertreten. Konzeptionelle Grundlagen für den gezielten Umgang mit ihnen liegen höchstens rudimentär vor. Auch *Aufsuchende Jugendarbeit* trifft, wenn sie sich, was inzwischen nur noch höchst selten vorkommt, überhaupt zielgerichtet mit extrem rechter Klientel beschäftigt, im öffentlichen Raum immer seltener auf politisch-sozial und demgemäß dann auch (jugend-)kulturell homogene Gruppen. Verschiedene Veränderungen innerhalb der Jugendsozialisation und der rechtsextremen Szenen (s. u.) führen dazu, dass die von ihnen ausgehenden sozialarbeiterischen Hilfen stärker individualisiert zugeschnitten und z. T. ins Internet verlagert werden (müssen).

Innerhalb von *Jugendverbandsarbeit* beschäftigt(e) man sich zwar mehr oder minder ausführlich in den vergangenen Jahrzehnten mit dem Themenfeld Rechtsextremismus. Eine direkte Arbeit mit entsprechend Orientierten oder Gefährdeten wird intern allerdings nur in einigen wenigen Organisationen dieses Spektrums der Jugendarbeit angangenen. Angezielt wird dann zumeist zunächst eine thematische Sensibilisierung von (manchmal selbst jugendlichen) Multiplikator_innen, von der dann Abstrahleffekte auf den konkreten Umgang mit rechtsextremen Äußerungen oder Vorfällen bzw. mit Phänomenen sog. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei jugendlichen Mitgliedern bzw. Angebotsnutzer_innen ausgehen sollen.

Abgesehen von den Bildungsimplicationen, die die bereits erwähnten Handlungsfelder und Herangehensweisen aufweisen, wird aktuell innerhalb der klassischen Einrichtungen des Arbeitsfeldes der *Jugendbildungsarbeit*, wie etwa Bildungsstätten, die konzeptionell gezielt fokussierende Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten oder gar bereits entsprechend orientierten Jugendlichen nicht (mehr) betrieben. Auch eher projektförmige Bildungsangebote außerhalb von diesen Einrichtungen sind nur selten auf sie ausgerichtet und erreichen sie in diesem Falle eher in jeweils politisch-sozial heterogen zusammengesetzten Teilnehmendenverbänden bei Adressierungen unter ‚Bildungsfernen‘, ‚sozial Benachteiligten‘ o. ä.. Ein konzeptionell abgesicherter professioneller Umgang liegt dann im Allgemeinen nicht vor (Ausnahme: Baer/Weilnböck/Wiechmann 2012; Weilnböck 2014), so dass zumeist nur „zufallspädagogisches“ (Glaß 2002) Reagieren übrig bleibt.

Obwohl in den *Hilfen zur Erziehung*, zumal in stationären Einrichtungen, eine Klientel betreut bzw. begleitet wird, bei der sich empirisch erwiesene Anfälligkeits-Konstellationen für rechtsextreme Haltungen überproportional stark aufschichten, liegen aus diesem Bereich keinerlei Konzeptionen vor, die beanspruchen könnten, auf wissenschaftlicher Grundlage im face-to-face-Kontakt direkte Arbeit mit rechtsextrem Gefährdeten und Orientierten zu betreiben. Allenfalls gibt es methodische Vorschläge, die geeignet erscheinen, gerade hier eingesetzt werden zu können (vgl. Köttig/Rätz-Heinisch 2005; Köttig 2008).

Multiareal arbeitende, also in mehreren Handlungsfeldern anzusetzende *Ansätze*, stellen weiterhin eine Minderheit der Angebote für rechtsextrem orientierte und gefährdete Jugendliche dar, nehmen aber deutlich zu. Sie sind als Reaktion auf die anwachsenden Probleme der Erreichbarkeit der hier interessierenden Adressat_innen-gruppierungen, aber auch auf die Komplexität ihrer Problemlagen und infolgedessen auch auf die Notwendigkeit der Vernetzung von sozialen Hilfen und politisch relevanter Bildung zu sehen.

Peer-to-Peer als Methode des Aufschließens von Zugängen und Einflussnahmen auf rechtsextrem gefährdete und orientierte Jugendliche wird punktuell – eher selten als häufig – praktiziert. Dagegen sind Peer-to-Peer-Ansätze als eigenständige Handlungsfelder – im Unterschied zum Beginn der neueren Rechtsextremismus-Problematik – in Bezug auf diese spezifischen Gruppierungen nicht mehr auszumachen.

In Hinsicht auf primär-präventive Bestrebungen der Rechts-extremismusbearbeitung und Demokratieentwicklung werden diese etwa vom „Netzwerk für Demokratie und Courage“ angewandt. Demgegenüber ‚boomen‘ vergleichsweise stark Handlungsfelder mit *ausstiegsorientierten Angeboten* und (hier auftragsgemäß nicht ins Zentrum zu rückende, weil nicht unmittelbar an rechtsextrem affine Jugendliche gerichtete) *Multiplikator_innenschulungen*. Offen bleibt, ob sie die Letztadressat_innen hinreichend erreichen.

3. Die aktuelle Anbieterlandschaft lässt sich entlang von zwei Differenzierungslinien beschreiben. Entlang der ersten Linie lassen sich unterschiedliche Akteurstypen ausmachen. Auf der einen Seite finden sich hier Anbieter in öffentlicher Trägerschaft, zumeist sind dies kommunale Jugendämter und Jugendpflegen, aber auch Landesjugendämter, in einzelnen Fällen Ministerien. Auf der anderen Seite – und mehrheitlich – werden die Angebote von Freien Trägern konzipiert und umgesetzt. Jugendverbände und beruflich wie ehrenamtlich tätige Organisationen und deren Nachwuchsverbände, aber insbesondere auch die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie Kirchen spielen als Träger eine nachgeordnete Rolle. Zum Teil lassen sich gerade im Bereich der Sport- und Berufsverbände, aber auch in den Reihen der Wohlfahrtsverbände Bemühungen feststellen, sowohl das Thema als auch die (fachliche) Auseinandersetzung in der eigenen Verbandsarbeit zu verankern. Diese Bemühungen stehen jedoch a) in der Anfangsphase und zielen b) weniger auf ein zielgruppenbezogenes pädagogisches Handeln und mehr auf (verbandsinterne) Sensibilisierungen von Fachkräften und ehrenamtlich Engagierten. Auf der zweiten Linie lassen sich die Akteurstypen auch entlang der Finanzierungshintergründe und -bedingungen der von ihnen entwickelten Angebote differenzieren. Wenngleich die Realität der meisten Projekte darin besteht, nicht allein aus einer Quelle finanziert zu werden, so ist doch insgesamt festzuhalten, dass sich im Zuge der zeitlich aufeinander folgenden, zum Teil parallel zueinander aufgelegten Sonderprogramme die Verschiebung von regelgeförderten Angeboten auf sonderfinanzierte Projekte manifestiert hat. Diese Programmabhängigkeit besitzt erkennbar nicht nur eine finanzielle Dimension, sondern prägt ganz wesentlich die bestehende Angebotsstruktur, die Schwerpunktlegungen und die Bedingungen der jeweils initiierten Arbeit. Kurz gesagt können die unter den Bedingungen programmatisch vorgegebener Postulate vorgenommenen Konzeptlegungen und darin vorgenommene Zielgruppendefinitionen erheblich von der – im Rahmen unserer Recherche untermauerten – Erkenntnis abweichen, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche mit den traditionellen Ansätzen nur noch schwer erreicht werden können und in der Regel auch nicht erreicht werden. Daneben sind sowohl ‚Als Ob‘-Projekte als auch innovativ verfahrenende Projekte von den generellen Problemen betroffen, die mit Programmförderung verbunden sind – als da wären: kurze Implementierungszeiten, hoher Erwartungs-, Erfolgs- und Selbstdarstellungsdruk, geringe Transfer- und Verstetigungsperspektiven.
4. Nicht allein die in den jeweiligen Programmen formulierten Schwerpunkte einer Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, sondern auch die Einsicht in die Notwendigkeit einer handlungsfeldübergreifenden Arbeit und verstärkter (multiprofessioneller) Kooperation haben zu einer Veränderung der Angebotslandschaft geführt. Festzustellen ist a) eine zunehmende Verknüpfung eingeführter Handlungsfelder (d. s. Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) und Aufsuchende Arbeit) mit bislang weniger stark berücksichtigten Handlungsfeldern (v. a. Schule und Vereine und Verbände), b) eine zunehmende Konzentration auf Einzelfallarbeit auch im Kon-

text von Gruppenarbeit, c) eine Erschließung bislang nicht oder nicht explizit in den Blick genommener realer oder virtueller Sozialräume. Allerdings ist derzeit nicht abzusehen, inwieweit gezielt auf strukturschwache (ländliche) Räume oder das Internet zielende Ansätze tatsächlich geeignet sind, rechtsextrem orientierte Jugendliche zu erreichen.

5. Alles in allem nimmt sich der Stand der Evaluationsforschung zur direkten Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen äußerst bescheiden aus. Zwar ist nicht mehr in jenem Ausmaß eine weitreichende tabula rasa zu konstatieren, wie sie noch bis zur Jahrtausendwende bestand (vgl. Möller 2002; Pingel/Rieker 2003), allerdings können die inzwischen durchgeführten Programmevaluationen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf der Ebene von Maßnahmen- und Projektevaluation noch immer nur wenig belastbare Befunde vorliegen. Im Gegensatz zu Modellprojekten sind Einrichtungen und Ansätze der Grundversorgung von Evaluation nahezu völlig unberührt geblieben und müssen methodische Fragen vor allem zur Analyse und Identifizierung von Wirkungen als weitgehend ungelöst gelten. Deswegen werden ihnen allenfalls noch recht tentativ Lösungen zugeführt (vgl. Glaser/Schuster 2007). Vor allem fehlt es weiterhin an Evaluationen über die Wirkfähigkeit, Wirksamkeit, konkrete Wirkung, Wirkungsweise und Wirkungszusammenhänge professionellen Handelns und damit an Resultaten, die einzelnen Arbeitsfeldern der Jugendarbeit (oder auch der Erwachsenenbildung) Orientierung geben könnten. In Folge dessen sind Richtungsweisungen durch Jugend(arbeits)politik optimierungsfähig und sind auch Verunsicherungen der Mitarbeiter_innen im Umgang mit der Problematik weit verbreitet.

Gleichwohl lassen die vorliegenden Erkenntnisse über eine tatsächlich stattfindende pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen vorerst u. a. die folgenden Schlüsse zu:

- ✓ Direkte soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen, die sich abseits oder auch im Um- und Vorfeld von rechtsextremer politischer Organisation befinden, ist bei Einhaltung professioneller Standards Erfolg versprechend.
- ✓ Im Mittelpunkt der Arbeit steht – vor allem in der Anfangsphase des Kontakt- und Vertrauensaufbaus – weniger die politische Auseinandersetzung als vielmehr Alltags- und Sozialisationshilfe.
- ✓ Stärker als bloße kognitive Überzeugungsarbeit ist Erfahrungsorientierung im Sinne der Vermittlung von Kontroll-, Integrations-, sinnlichen Erlebens- und Sinnerfahrungen in gewaltfreien und demokratischen Zusammenhängen wirksam.
- ✓ Dem Aufbau einer tragfähigen Beziehung zum Klienten oder zur Klientin als Subjekt kommt eine Schlüsselrolle zu.
- ✓ Je individualisierter Hilfen ausgestaltet werden können, umso wirkfähiger sind sie.
- ✓ Eine ganzheitliche Sichtweise ist sowohl in Hinsicht auf die rechtsextrem gefährdeten und/oder orientierten Nutzer_innen der Angebote von Nöten als auch im Hinblick auf die Bearbeitung der von ihnen zum Ausdruck gebrachten komplexen Problemlage, ihrer strukturellen Verankerung im Allgemeinen und ihrer Gemeinwesenbezüge im Besonderen gefordert.

- ✓ Die sozialarbeiterische bzw. pädagogische Fachkraft ist in der Interaktion mit rechtsextrem Gefährdeten und Orientierten in besonderer Weise als authentische Persönlichkeit gefragt, die weniger aus einem stets mitgeführten Methodenkoffer heraus agiert als eine professionelle Haltung an den Tag legt, die das Einbringen der eigenen Persönlichkeit als bedeutsames ‚Werkzeug‘ versteht.
- ✓ Erforderliche strukturelle Rahmenbedingungen sind die Gewährleistung von Planungssicherheit und die Sicherung von Kontinuität in der Arbeit.
- ✓ Arbeit mit den Adressatengruppierungen der rechtsextrem gefährdeten und der rechtsextrem orientierten Jugendlichen setzt die hinreichende jugendarbeiterische Grundversorgung aller Jugendlicher im jeweiligen Sozialraum voraus.

3.3 Die Ergebnisse im Einzelnen

Wie bereits eingangs dieses Kapitels erwähnt, werden in diesem Unterkapitel zentrale Erkenntnisse der Expertise so dargelegt, dass sie unmittelbar Antworten auf die gestellten Forschungsfragen erschließen. Dabei orientieren wir uns an der Reihenfolge der in Kapitel 1 formulierten Forschungsfragen und nehmen die Hauptstichwörter dieser Fragen direkt in die Überschriften auf, um den Zugriff auf die jeweils dazu erarbeiteten Antworten zu erleichtern.

3.3.1 Zur Definition der „Zielgruppe“ der „rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“

In der Weise, wie die Frage im Auftrag für die Expertise gestellt und mit ihren zentralen Stichworten in diese Überschrift übernommen wurde, gehen in sie bestimmte Voraussetzungen ein, die zunächst zu benennen und zu klären sind:

1. Es wird von einer „Zielgruppe“ ausgegangen.
2. Es wird in adjektivischer Formulierung der Begriff des Rechtsextremismus benutzt.
3. Es wird von „gefährdeten“ und „orientierten“ Personen ausgegangen.
4. Diese Personen werden als „Jugendliche“ bezeichnet.

„ZIELGRUPPE“
oder „ADRES-
SAT_INNEN-
GRUPPIE-
RUNG(EN)“?

Der Begriff der Zielgruppe ist pädagogisch und sozialarbeiterisch nicht unumstritten – und dies nicht nur deshalb, weil er einer wenig vergleichbaren Disziplin bzw. Profession, nämlich der Marktforschung und dem Marketing („target groups“), entlehnt ist und weil der in ihm steckende Begriff des (An-)Ziels jägerische und militärische Konnotationen („Zielscheibe“ etc.) aufweist. Weiterreichende Kritik betrifft zum Ersten eine dem Begriff unterstellte Tendenz zur Förderung von Stigmatisierung derjenigen, die man erreichen möchte: Indem man sie als umgrenzte ‚Gruppe‘ definiert, auf die Maßnahmen und die Bemühungen des eingesetzten Personals gezielt ausgerichtet sind, trägt die Begriffsverwendung nach dieser Auffassung das Potenzial in sich, ihr in – im wahrsten Sinne des Wortes – bezeichnender Weise ein Etikett aufzukleben, das für die (angebliche) „Gruppe“ der so Bezeichneten eine Geschlossenheit suggeriert und den ihr Zugerechneten eine durchgängig gleiche Problemlage attestiert, die sich realiter nicht unbedingt so darstellt. Der Einwand, auf diesem Wege empirisch (noch) ungesicherte Präventions- und Interventionsbedarfe zu kreie-

ren und darüber undifferenzierte Klientelisierung zu betreiben, ist dann folgenreich, wenn er beispielsweise damit zu belegen ist, dass Jugendliche in praxi voreilig oder sogar ungerechtfertigt als „rechtsextrem“, „rechtsaf-fin“ o. ä. etikettiert werden, um an Fördergelder zu gelangen, die entsprechend ausgewiesen sind.

Zum Zweiten wird mit dem Terminus der Adressat_innen ein Gesichtspunkt ins Spiel gebracht, der gegenüber dem Begriff der Zielgruppe alternativ oder supplementär gedacht ist. Während er als Alternative allenfalls die oben erwähnten unerwünschten Konnotationen der ‚Ziel‘-Wortgruppe vermeidet, hebt er – als Ergänzung benutzt – auf eine Unterscheidung ab, die die Ebene des gesellschaftlich letztlich angezielten Nutzens von Maßnahmen von der Ebene jenes Handelns abhebt, das an bestimmte Personengruppierungen ‚adressiert‘ ist. Die große Menge an Personen, für die ein mittelbarer Nutzen erreicht werden soll, wäre dann von jenen zu unterscheiden, an die primär deshalb unmittelbar Maßnahmen adressiert werden, um diesen Nutzen zu erzielen. Bezogen auf unsere hier verhandelte Thematik bedeutet dies: Zugutekommen sollen die an „rechtsextremistisch gefährdete bzw. orientierte Jugendliche“ als Adressat_innen gerichteten Maßnahmen in dieser Diktion vor allem der ‚Zielgruppe‘ von jugendlichen (und erwachsenen) Gesellschaftsmitgliedern, die sich demokratische Verhältnisse wünschen. Dass auch die Adressat_innen Nutzen davon haben, ist dann impliziert, gilt aber nicht als vorrangig anzustrebendes Ziel.

Zum Dritten blendet die Formulierung ‚-gruppe‘ die Tatsache aus, dass die mit dieser Bezeichnung belegte Personenmenge erst dadurch zustande kommt, dass sie als solche gekennzeichnet wird. Der einer solchen Definition zu Grunde liegende Konstruktionsprozess des Gruppierens von Personen entlang bestimmter Merkmale wird sprachlich unterschlagen und damit unsichtbar gemacht. In unserem Fall wird die große, weit verstreute und in sich eigentlich in mindestens zwei unterschiedlich zugeschnittene Teile (nämlich in ‚Gefährdete und Orientierte‘) gespaltene ‚Gruppe‘ der „rechtsextremistisch gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen“ mit demselben Begriff belegt wie die Freundesgruppe‘ oder die Sportgruppe, deren Mitglieder face-to-face interagieren und lebensweltlich präsent für einander sind. Aus diesem Grund spricht vieles dafür, in Fällen wie diesen genauer von „Gruppierungen“ zu sprechen, um den Konstruktionscharakter des mit der Bezeichnung Belegten hervortreten zu lassen.

Zum Vierten: Auch gerade empirisch zeigt sich – nicht zuletzt aufgrund der von uns durchgeführten Recherchen in der Praxis – , dass (anders als dies vielfach noch in den 1990er Jahren der Fall war) rechtsextrem orientierte Jugendliche viel seltener, wenn überhaupt noch, im Zusammenschluss als relativ homogene, in sich geschlossene, alltagsweltliche Gruppe mit unmittelbarem face-to-face-Kontakt sowie einem entsprechenden Selbstverständnis als ‚rechte Clique‘ anzutreffen sind. Noch viel stärker gilt dies für die andere der beiden Adressat_innengruppierungen, die ‚rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen‘. Die Bezeichnung ‚Gruppe‘ ignoriert diese Wandlungsprozesse innerhalb der Szenerie der Adressat_innen; und die Rede von der ‚Zielgruppe‘ suggeriert gar, gezielt solche ‚Gruppen‘, die es eben praktisch immer weniger gibt (und schon recht nicht als einheitliche ‚Gruppen‘, in der sich ‚Orientierte‘ und ‚Gefährdete‘ aufhalten), sozialarbeiterisch und pädagogisch ansprechen zu können.

Eingedenk der angeführten Kritik erscheint es sinnvoll, in unserem Zusammenhang eher von ‚Adressat_innengruppierungen‘ als von einer ‚Zielgruppe‘ auszugehen.

„RECHTSEXTREMISTISCH“ – „RECHTSEXTREM“?

Die adjektivische Formulierung rechtsextremistisch ordnet dem ihm zugeordneten Substantiv (Jugendliche) eine Eigenschaft zu – Adjektive sind bekanntlich ‚Eigenschaftswörter‘ –, die im Hinblick auf junge Menschen sozialisationstheoretisch (und übrigens auch empirisch; vgl. Möller 2000; Möller/Schuhmacher 2007) Sachgerechtigkeit vermissen lässt. Zu bedenken ist, dass Jugend per definitionem eine Lebensphase der Identitätsbil-

dung darstellt (vgl. Hurrelmann/Quenzel 2012). Dies inkludiert, dass auch die politische Sozialisation in dieser Phase inhaltlich höchst wandlungsfähig ist und weitaus weniger zu verfestigten Positionen führt als dies im Allgemeinen im Erwachsenenalter der Fall ist. Rechtsextremistische Fundamentalisierungsprozesse, die eine Ideologisierung des Weltbilds beinhalten, vollziehen sich im Regelfall frühestens im frühen Erwachsenenalter. Wir schlagen deshalb vor, von ‚rechtsextrem‘ gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen zu sprechen, denn ihr Bezug auf extrem rechte Positionen verweist zumeist nicht oder allenfalls diffus auf den Rechtsextremismus im Sinne einer ideologisch begründeten Haltung. Der Wortteil ‚-ismus‘ bzw. ‚-istisch‘ lässt diese Suggestion eher aufkommen als die vorgeschlagene Formulierung. Diese schließt dabei eine mögliche Bezugnahme der entsprechend Orientierten und/oder Gefährdeten auf rechtsextremistische Ideologie nicht aus, hält aber stärker offen, ob sie vorliegt oder nicht. (Zur Legitimation der Verwendung der Begriffe rechtsextrem, extrem rechts und Rechtsextremismus vgl. weiter unten.)

„GEFÄHRDETSEIN“
UND/ODER
„ORIENTIERTSEIN“?

Die Formulierung rechtsextrem gefährdet bzw. orientiert macht neben dem soeben Benannten zweierlei deutlich: Zum Ersten unterstellt sie nicht, dass Jugendliche rechtsextrem oder gar rechtsextremistisch seien. Zum Zweiten bringt sie eine graduelle Differenzierung ein. Indem sie Erstgenanntes vermeidet, entgeht sie der Gefahr, Menschen in Entwicklung – als eben solche lassen sich gerade Jugendliche begreifen – zu etikettieren, zu stigmatisieren und zu marginalisieren. Gefährdetsein beschreibt ein Risiko, zum Problemträger werden zu können; Orientiertsein beschreibt eine Ausrichtung auf, aber nicht eine völlige Übernahme von rechtsextreme(n) Haltungen. Die damit intendierte und vorgenommene Differenzierung reflektiert die Existenz verschiedener Grade von Affinität. Dies macht sowohl empirisch als auch pädagogisch-sozialarbeiterisch Sinn. ‚Rechtsextrem gefährdet‘ und ‚rechtsextrem orientiert‘ sind insofern als unterschiedliche Ausprägungen von ‚rechtsextremer Affinität‘ zu verstehen.

„JUGENDLICHE“? –
DEFINITORISCHE
ANMERKUNGEN

Wie für die Involvierung von jungen Menschen in andere gesellschaftliche Problembereiche wie Drogenkonsum, Kriminalität u. a. m. so gilt auch für das Verhältnis von Jugend und Rechtsextremismus, dass ‚Jugendliche‘ hier nicht in einem eng gefassten juristischen Sinne als die Gruppierung der 14- bis 18-Jährigen verstanden werden können. Insofern es sich bei der Rechtsextremismusproblematik um eine politisch-soziale Problematik handelt, ist vielmehr ein ‚soziologischer Jugendbegriff‘ anzulegen. Er berücksichtigt, dass kognitive und emotionale Entwicklungen ebenso wie Handlungen und Verhaltensweisen auch dann noch als ‚jugendlich‘ gekennzeichnet werden können, wenn in dem einen oder anderen Fall biologisch, ermittlungstechnisch und strafrechtlich bereits das Heranwachsenden- oder Erwachsenenalter erreicht ist; auch gerade jugendarbeiterische Ausstiegshilfen für rechtsextrem Orientierte sind daher oft noch auf Mitte 20-Jährige und Ältere bezogen. Ebenso kalkuliert der ‚soziologische Jugendbegriff‘ ein, dass sich die Jugendphase absehbar historisch vorverlagert und sich vermehrt auch bereits unter 14-Jährigen entsprechende Orientierungs- und Aktivitätstypiken zeigen. So liegt etwa das Einstiegsalter in extrem rechts orientierte Cliquenzusammenhänge und Szenen schon oft bei 12 oder 13 Jahren (vgl. Möller/Schuhmacher 2007). Da Jugendarbeit sich auch deshalb längst diesen manchmal als „Lückekindern“ bezeichneten jüngeren Jugendlichen geöffnet hat und ebenso die Notwendigkeit sieht, noch manche junge Leute im dritten Lebensjahrzehnt zu begleiten, erscheint es sinnvoll, auch in dieser Expertise, in der es um (eine bestimmte) pädagogische und soziale Arbeit mit Jugendlichen geht, einen derart erweiterten Jugendbegriff zu Grunde zu legen.

Wie sind nun aber die Adressat_innengruppierungen der ‚rechtsextrem gefährdeten‘ bzw. ‚rechtsextrem orientierten‘ Jugendlichen noch genauer zu fassen? Wie lässt sich das rechtsextrem Gefährdetsein und das rechtsextrem Orientiertsein inhaltlich näher bestimmen und womöglich vonei-

inander abgrenzen? Wie können Praktiker und Praktikerinnen in die Lage versetzt werden, entsprechende Risiko- und Problemlagen bei ihrer unmittelbaren Klientel oder im Sozialraum, in dem sie arbeiten, zu diagnostizieren?

Antworten auf diese Fragen setzen weitere Klärungen voraus. Sie betreffen vor allem vier Punkte:

1. Ist die Bezugnahme auf ‚Rechtsextremismus‘ als Begriff, die die Adjektive rechtsextremistisch, rechtsextrem und extrem rechts vollziehen, eigentlich angemessen?
2. Wenn dies der Fall ist – und dies ist im Folgenden aufzuzeigen –, wie ist dann Rechtsextremismus zu definieren?
3. Orientiertsein beschreibt eine bestimmte Haltung von Subjekten, Gefährdetsein das Risiko, diese Haltung zu entwickeln. Was ist überhaupt unter einer ‚Haltung‘ zu verstehen?
4. Worin liegen die Unterschiede zwischen dem ‚rechtsextrem(-istisch)‘ bzw. ‚extrem rechts‘ ‚Orientiertsein‘ und dem entsprechend ‚Gefährdetsein‘?

RECHTSEXTREMISMUS – ZUR VERWENDBARKEIT DES BEGRIFFS

Rechtsextremismus – Zum Begriffsgebrauch im allgemeingesellschaftlichen Diskurs und bei den Sicherheitsbehörden

Rechtsextremismus ist ein Terminus, der innerhalb von politischen, gesellschaftlichen und (sozial-)wissenschaftlichen Diskursen sowie in administrativen Kontexten viel benutzt wird, jedoch dabei in z. T. uneinheitlicher Bedeutung und mit unterschiedlicher Akzeptanz Verwendung findet.

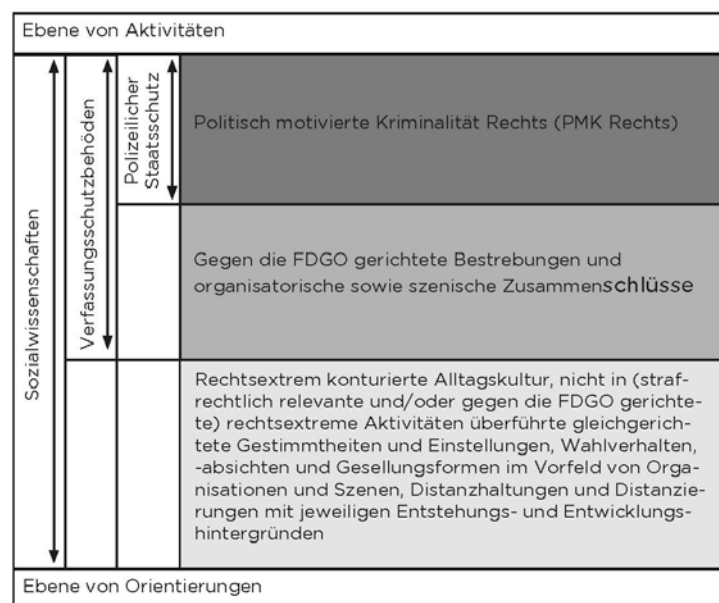


Schaubild 1: Erfassungsgegenstände und -reichweiten rechtsextremer Haltungen durch staatliche Institutionen und Wissenschaft; eigene Darstellung

In den Arenen politischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung wird der Begriff Rechtsextremismus häufig als „politischer Kampfbegriff“ (Dölemeyer/Mehrer 2011, 9) zur Abgrenzung des eigenen Standpunkts von undemokratischen bzw. gar antidemokratischen Positionen der Propagierung und Vertretung von Ungleichheitsideologien benutzt. Die Diffusität, die ihm nahezu zwangsläufig durch diese Funktionsweise zu-

kommt, dokumentiert sich auch im Begriffsgebrauch der pädagogischen und sozialarbeiterischen Praxis. Was Pingel/Rieker (2002) diesbezüglich schon Anfang der 2000er Jahre feststellen, hat sich mittlerweile nicht grundlegend geändert: Was diesem Begriff im Einzelnen an Orientierungen und Aktivitäten zugeordnet wird, bleibt situationsabhängig beweglich. Eruiert werden über die Breite der Praxis hinweg „Definitionen [...], die sich mitunter erheblich voneinander unterscheiden“ (ebd., 16). Jugendliche Adressat_innen sind dementsprechend „nicht klar einzuordnen“; „häufig ist daher vereinfachend von den ‚Rechten‘ die Rede“ (ebd.) und in jüngerer Zeit – ähnlich unscharf – von „[R]echtsaffinen“ (vgl. Becker 2012). Damit wird eine Redeweise etabliert, die die politische Extrem-Positionierung derjenigen, die so bezeichnet werden, nicht (mehr) thematisiert und damit die Grenzen zu konservativen und (nicht unbedingt rechts-)populistischen Positionen, ja sogar zu nach ihrem Selbstverständnis ‚rechts‘ stehenden Demokrat_innen völlig auflöst.¹¹

Demgegenüber ist das zentrale Kennzeichen von Rechtsextremismus für staatliche Akteure – und hier sind insbesondere die Sicherheits- und Ordnungsinstanzen von Polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz bedeutsam – die Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Fokussiert der Polizeiliche Staatsschutz dabei im Rahmen seiner Aufgabe der Verhütung und Verfolgung von Straftaten die sog. „politisch motivierte Kriminalität – rechts“¹², so erfassen die Aufklärungstätigkeiten und Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörden zudem auch Bestrebungen im Um- und Vorfeld unmittelbaren Kriminalitätsverdachts, wie vor allem einschlägige ideologische Entwicklungen innerhalb der rechtsextremen Szenen, Formierungen des rechtsextremen Personenpotenzials, Organisationsformen, Aktionsfelder und Vertriebs- bzw. Verbreitungsstrukturen des Rechtsextremismus, soweit sie nach Behördeneinschätzung die staatliche Grundordnung gefährden. Die wissenschaftliche Rechtsextremismusforschung untersucht demgegenüber darüber hinaus – disziplinär betrachtet allerdings mit verschiedener Gewichtung – noch umfassender auch einschlägige Verhaltensweisen, Handlungsbereitschaften, Einstellungen und Gestimmtheiten, die sich im politischen Alltag, in Medien, im Wahlverhalten, in Umfragen und Studien über politische bzw. politisch relevante Orientierungen (von Teilen) der Bevölkerung auffinden lassen. Im Mittelpunkt steht dabei weniger die bloße Deskription von Vorkommnissen, Ausmaßen, Organisationsstrukturen und Verbreitungsgraden rechtsextremer Haltungen als vielmehr die Eruiierung von Bedingungsfaktoren und Prozessen individueller und kollektiver Entstehungs- und Entwicklungszusammenhänge, (noch) seltener auch von Distanz- bzw. Distanzierungsfaktoren und -verläufen (vgl. Schaubild 1).

Auch innerhalb der Sozialwissenschaften – relevant sind in diesem Themenfeld insbesondere Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie, Erziehungswissenschaft, Sozialarbeitswissenschaft und (inter- bzw.

¹¹ Die schon von Pingel/Rieker 2002 festgestellte Kalamität, dass sich diese „Unklarheiten“ auch in der „Datengrundlage“ von Forschungen niederschlagen, die die Praxis der Bearbeitung des Rechtsextremismus-Problems untersuchen, trifft zwangsläufig teilweise auch auf die hier vorgelegte Expertise zu: Zwar wurde bei den durchgeführten Befragungen auf die hier entwickelte Arbeitsdefinition (s. dazu weiter unten) hingewiesen; dass die Antworten allerdings in ihrer Gänze stringent darauf bezogen sind, kann angesichts der Traditionen der inkonsistenten Verwendung des Begriffs innerhalb der Praxis in Zweifel gezogen werden.

¹² Dies sind Verdachtsfälle, bei denen laut einem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister von 2001 festzustellen ist, dass – auch ohne ansonsten erkennbaren extremistischen Hintergrund, also etwa ohne eine polizeilicherseits als ‚bewusst‘ einzustufende politische Motivation – „die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richten“ (vgl. BT-Drs. 16/13035).

transdisziplinäre) Sozialisationsforschung – wird keine einheitliche Begriffsverwendung praktiziert; dies nicht einmal intradisziplinär.

Vergrößernd lassen sich jedoch drei Linien im Umgang mit dem Rechtsextremismus-Begriff identifizieren:

Grundlinien sozialwissenschaftlicher Verständnisse von Rechtsextremismus:

Eine erste Linie (vgl. dazu vor allem Backes/Jesse 1989, 1993) bewegt sich relativ nah an den Definitionen der Staatsschutzbehörden und vertritt einen normativen Extremismusbegriff. Demokratietheoretisch argumentierend wird hier Extremismus generell – einerlei ob ‚rechter‘ oder ‚linker‘ Couleur – als Inbegriff einer Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung verstanden. Diese Frontstellung wird danach durch sechs Merkmale definiert: Absolutheitsanspruch (1), Dogmatismus (2), Utopismus oder kategorischer Utopieverzicht (3), manichäistisches Freund-Feind-Denken (4), Neigung zu Verschwörungstheorien (5) sowie Fanatismus und Aktivismus (6). Rechtsextremismus ist demgemäß nur eine Variante von allgemeinem Extremismus. Ihm wird das Spezifikum zugeschrieben, dass er „das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert“ (ebd., 33).

Eine diametrale Gegenposition nehmen Forscher_innen ein, die den Rechtsextremismus-Begriff für höchst problematisch, ja letztendlich für untauglich halten, die Gesamtheit jener Phänomene und Dimensionen zu erfassen, die ihres Erachtens das damit bezeichnete Problemfeld real aufweist (vgl. dazu z. B. Kalpaka/Räthzel 1994; Rommelspacher 1995; Mecheril u. a. 2010). Argumentiert wird hier vor allem, dass der in der erstgenannten Position zum Ausgangspunkt genommene Sammelbegriff des ‚Extremismus‘ die inhaltlichen Differenzen verschiedener politischer Richtungen, die damit erfasst werden (sollen), in unzulässiger Weise ein ebnet und damit insbesondere auch einer Gleichsetzung von ‚links‘ und ‚rechts‘ Vorschub leistet. Zudem werde die weit über extremistische Kreise hinausreichende, „unsere ganze Lebensweise“ prägende „Dominanzkultur“ der Verwendung von „Kategorien der Über- und Unterordnung“ (Rommelspacher 1995, 22) ausgeblendet. Vielfach angeregt durch Arbeiten von marxistisch und strukturalistisch orientierten Denkern wie Balibar (1990), Hall (1994) und Miles (1991) und mit Verweis auf seine Verwendung im französischsprachigen sowie angelsächsischen Raum wird daher als übergeordneter Begriff für den Terminus des („strukturellen“; Rommelspacher 1995 und/oder auch „kulturellen“; Balibar 1990) „Rassismus“ (franz.: *racisme*; engl.: *racism*) plädiert. Rassismus(-kritische)-Forschung hat aus dieser Sicht gesellschaftliche Praxen zum Untersuchungsgegenstand zu machen, die erkennbare Differenzen zwischen Menschen über Abstammungsmerkmale und kulturell-territoriale Zugehörigkeiten konstruieren, den so entstehenden Konstruktionen einheitliche und stabile mentalitäre Eigenschaften zuschreiben, in dieser Weise über Prozesse des „othering“ (Said 1995) eine/n ‚Andere_n‘ produzieren und ihm/ihr als negativ betrachtete Eigenschaften bzw. Nicht-Zugehörigkeit zuordnen. Rassismuskritische Praxis gilt demgemäß als gesellschaftliche, politische und „pädagogische Querschnittsaufgabe“ (Mecheril u. a. 2010, 168), nicht allein als Herausforderung für den Umgang mit politisch Randständigen.¹³

Eine dritte, stärker empirisch arbeitende Linie hält trotz mancher Bedenken am Rechtsextremismusbegriff quasi als ‚kleinerem Übel‘ fest; dies auch in Auseinandersetzung mit dem o. e. Rassismusbegriff, dem in die-

¹³ Vgl. zu weiteren Kritiken am Begriff Rechtsextremismus und Alternativen zu ihm auch: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011.

ser Fassung nicht nur Moralismus, Essentialismus und Reduktionismus (vgl. dazu selbstkritisch Mecheril u. a. 2010, 170ff.), sondern vor allem auch eine uferlose, zumindest aber kaum noch zu operationalisierende Ausweitung der mit dem Begriff belegten Erscheinungen und ihrer Hintergründe vorgehalten wird. Diese Position bringt in Anschlag, dass der normative Rechtsextremismusbegriff mindestens soweit ergänzt werden müsste, dass auch die Gegnerschaft zum Republik-, Bundesstaats- und Sozialstaatsprinzip erfasst werden kann (vgl. z. B. Jaschke 1991), rekuriert aber daneben in erster Linie auf Heitmeyers, erstmals 1987 formuliertes Verständnis des „soziologischen Rechtsextremismus“. Danach liegt Rechtsextremismus dann vor, wenn seine zwei Kernelemente, nämlich zum ersten Ungleichheitsideologien (bzw. -vorstellungen ‚unterhalb‘ ideologisch ausgearbeiteter Konzepte und Ungleichbehandlung(sforderung)en) und zum zweiten Gewaltakzeptanz, zusammenfließen.

Dass schon in dieser Definition Rechtsextremismus als Strömungsgröße verstanden wird, deren Übergänge in den Rechtskonservatismus und in populistische Positionen fließend sind, greifen kritische Rechtsextremismusforscher_innen auf. Sie sind bestrebt, einerseits – wohl vor allem aufgrund seiner Etablierung, seiner wissenschaftlichen Verwendbarkeit und seiner vielfach nachgewiesenen Operationalisierbarkeit – die Bezugnahme auf den Begriff nicht ganz aufzugeben, andererseits aber einer Gleichsetzung des Forschungsfelds mit dem sicherheitsbehördlichen Beobachtungs- und Ermittlungsfeld zu entraten und die Verbreitung von Bestandteilen entsprechender politischer Auffassungen auch in der sog. Mitte der Gesellschaft berücksichtigen zu können. Die Formulierung extrem rechts reflektiert eben diesen Zusammenhang.

Alles in allem scheint Vieles dafür zu sprechen, trotz manch berechtigten Unbehagens, vorerst am Begriff Rechtsextremismus festzuhalten.¹⁴

„RECHTSEXTREMISMUS“ – EINE GRUNDLEGENDE DEFINITION

Nach der sog. Konsensdefinition, auf die sich eine Reihe namhafter Rechtsextremismusforscher_innen verständigt hat (vgl. Stöss 2010, 57f.; Decker/Brähler/Geißler 2006, 20f.; Decker u. a. 2010, 18), ist dabei ein Einstellungsmuster kennzeichnend, das die folgenden Dimensionen aufweist¹⁵:

- ✓ Antisemitismus,
- ✓ (nationalistischer) Chauvinismus¹⁶,

¹⁴ Dies gilt auch im Vergleich mit dem Begriff Rechtsradikalismus. Werden die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus im öffentlichen Diskurs heute noch oft als Synonyme verwendet, so hat sich seit den 80er Jahren des 20sten Jahrhunderts im wissenschaftlichen Bereich der erstgenannte Terminus als forschungsleitender Begriff zunehmend durchgesetzt. Zum einen kann dafür als ausschlaggebend angesehen werden, dass man damit den begriffsgeschichtlichen Ballast abwirft, den der Radikalismus-Begriff dadurch mitschleppt, dass er im 19ten Jahrhundert in erster Linie von struktur-konservativer Seite zunächst – etwa im Vormärz – gegen Demokratiebewegungen überhaupt, später dann gegen die ‚gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie‘ und ‚Communisten-Verschwörungen‘ eingesetzt und erst beim Aufkommen des Nationalsozialismus auch auf politische Gegner von rechts außen angewendet wurde. Zum anderen spricht die etymologische Herleitung des Begriffs vom lateinischen „radix“ = die Wurzel gegen eine Bezeichnung rechtsextremer Haltungen und Bestrebungen als radikal, kann doch die ihnen zugrundeliegende politische Ideologie gerade dahingehend kritisiert werden, dass sie den Dingen nicht analytisch ‚an die Wurzel‘ geht. Wo der Rechtsradikalismus-Begriff dennoch in wissenschaftlichen Kontexten und/oder in Praxen der Rechtsextremismus-Entgegnung auftaucht, wird er entweder als Kennzeichnung für ein besonders aggressives und gewaltförmiges Auftreten der extremen Rechten benutzt oder er wird – wie bei Stöss (vgl. 2010, 14) – als Übergangsbereich zwischen demokratischer Mitte und Rechtsextremismus verstanden, wobei diesem dann, anders als dem Rechtsextremismus, noch Verfassungskonformität zugeschrieben wird.

¹⁵ Zu weitergehenden terminologischen (Ab-)Klärungen des Begriffsfelds vgl. auch Möller 2001; zur Kontextualisierung der Elemente mit anderen Formen ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ bzw. Ablehnungskonstruktionen vgl. auch Heitmeyer 2002-2012; Möller/Grote/Nolde/Schuhmacher 2014.

¹⁶ Der Terminus Chauvinismus wird in der Konsensdefinition gegenüber dem Begriff Nationalismus präferiert, meint aber wie die gängige Verwendung letzteren Begriffs eine übersteiger-

- ✓ Sozialdarwinismus bzw. Rassismus¹⁷,
- ✓ Ausländerfeindlichkeit (besser: Fremdenfeindlichkeit),
- ✓ Verharmlosung des Nationalsozialismus und
- ✓ Befürwortung von autoritären politischen Strukturen und Diktatur.

Erst in Verbindung mit Gewaltakzeptanz liegt nach dem hier vertretenen Verständnis im konkreten Fall bei konstatierbaren Ungleichheitsvorstellungen Rechtsextremismus – gleichsam ‚im Vollbild‘ – vor. Unter ‚Gewaltakzeptanz‘ ist dabei eine Orientierung zu verstehen, die die aktive Seite von Gewaltbetroffenheit bezeichnet. (Im analytischen Gegensatz dazu steht ‚Gewalterleiden‘ als Opfer.) Im Einzelnen handelt es sich dabei um eine der folgenden Gewaltformen:

- ✓ Eigene Gewalttätigkeit,
- ✓ Bereitschaft zu eigener Gewalttätigkeit,
- ✓ Propagierung, Stimulation, Billigung oder Duldung fremdausgeübter Gewalt in konkreten Situationen,
- ✓ generelle, d. h. auch: nicht nur die eigene Person betreffende Befürwortung von Gewalt als Verhaltens- bzw. Handlungsoption.

Gewalt wird dabei nicht nur als die intendierte physische und materielle Schädigung von Personen oder Sachen verstanden. Eingeschlossen ist auch eine psychische Schädigung bzw. die Drohung mit Gewalt. Gewalt wird zudem nicht nur als personal ausagiert und verantwortlich gesehen, sondern ihre Akzeptanz wird auch in ihren strukturellen bzw. institutionellen (z. B. obrigkeitsstaatlich-repressiven) Aspekten einbezogen. Im rechtsextremen Weltbild stellt sie dabei mehr dar als ein Instrument zur Durchsetzung bestimmter Interessen. Sie wird als *conditio humana*, also als notwendige Grundbedingung des Menschseins, ja von Leben überhaupt begriffen (Leben als „Kampf ums Dasein“). Gewaltinhärenz findet sich (auch deshalb) nicht nur auf der Ebene rechtsextremer Aktivitäten, sondern auch auf der Ebene gleichgerichteter Orientierungen.

RECHTSEXTREMISMUS ALS HALTUNG

Rechtsextremismus kann als ein ideologisch-weltanschauliches Konstrukt, als eine Organisationsform politischer Kräfte, als eine Bewegung oder auch anders verstanden werden – in dem hier interessierenden Zusammenhang bezeichnet er ein Merkmal, auf das Subjekte Bezug nehmen und das sich bei ihnen z. B. in kognitiven Repräsentationen und konativ abbildet.

Die obigen definitorischen Bestimmungen reflektieren diesen Umstand.

te Bezugnahme auf die ‚eigene‘ Nation, die über Patriotismus und nationale Gesinnungen, die nicht demokratiewidrig sind, hinausgeht. Als exklusiver Nationalismus propagiert, betreibt er die Überhöhung der ‚eigenen‘ Nation bei Abwertung (im Extremfall bis hin zu Auslöschung) anderer Nationen und ihrer Angehörigen. Selbst als inklusiver Nationalismus, der sich eine Integrationsfunktion für verschiedene Teilgruppierungen einer Gesellschaft attestiert, erhebt er ein „Loyalitäts- und Deutungsmonopol“, das allein die Nation zum allen anderen Integrationsbezügen (Sprache, Region etc.) übergeordneten identitätsstiftenden Referenzpunkt stilisiert (vgl. Wehler 1987, 508).

17 Ohne hier näher aus Platzgründen auf die einzelnen Dimensionen eingehen zu können, sei angemerkt, dass hier „Rassismus“ im Gegensatz zum oben ausgeführten Verständnis als Teilaspekt von Rechtsextremismus die abwertende Unterscheidung von Menschen oder Menschengruppen entlang biologischer oder angeblich biologischer (biologistischer) Differenzen meint. Die Konsensdefinition bevorzugt auf dieser Dimension den Begriff des Sozialdarwinismus, weil er über die Bezugnahme auf Rassendifferenz hinausragt und auch die Ablehnung, Diskriminierung oder gar Vernichtung von ‚unwertem Leben‘ generell beinhaltet.

Allerdings wird hier Rechtsextremismus nicht (nur) als eine Einstellung begriffen. Ebenso wenig wird er – umgekehrt – auf eine politische Verhaltensweise reduziert. Rechtsextremismus wird vielmehr als eine Haltung verstanden, innerhalb derer Orientierungsaspekte (Einstellungsmomente, Mentalitäten¹⁸ etc.) und Aktivitätsaspekte (Verhaltensweisen, Handlungen) analytisch unterscheidbar sind und zusammenfließen (vgl. Möller 2000; Möller/Schuhmacher 2007). Es handelt sich bei einer Haltung also um einen Modus der Zu- oder auch Abwendung der Person zu ihrer Umwelt (und zu sich selbst). Er ist kognitiv, emotional-affektiv, korporal und konativ dimensioniert, betrifft also Einstellungen, Gefühle und Emotionen, Verhalten und Körperlichkeit.

Innerhalb quantitativer (Einstellungs-)Forschung zum Rechtsextremismus ist entscheidbar, ab welchem Punkt von einer rechtsextremen Einstellung oder gar von einem „geschlossenen rechtsextremen Weltbild“ gesprochen werden kann. Decker u. a. (2012) operieren beispielsweise mit Additionen von Mittelwerten. Diese kommen auf der Basis der Auswertung von mehrstufigen Antwortskalen zustande, die sich auf Statements beziehen, mit denen die individuellen Ausprägungen der o. a. Dimensionen gemessen werden. Nicht nur Fichter u. a. (2004) haben vorgeführt, wie dabei durch bestimmte Setzungen der Forschenden ganz unterschiedliche Ergebnisse hinsichtlich des Prozentsatzes rechtsextrem Eingestellter produziert werden können. Mag in wissenschaftlichen Bezügen quantitativer Forschung die Plausibilität der einen oder anderen Setzung der Debatte der scientific community anheim gestellt werden können, so sind innerhalb qualitativer Forschung, insbesondere aber innerhalb von Praxiszusammenhängen derartige Quantifizierungen wenig hilfreich. Hier gilt es zu entscheiden, ob in Bezug auf konkrete Individuen und Kollektive Handlungsbedarfe bestehen. Sie sind nicht dadurch zu bestimmen, dass ausgezählt wird, wie oft, wie viel und mit welcher in Zahlen erfassbaren Stärke Bestandteile rechtsextremer Haltungen an den Tag treten. Weder eine rechtsextreme Orientierung noch eine rechtsextreme Gefährdung lässt sich in dieser Weise vor Ort feststellen. Vielmehr bedarf es eines analytischen Instrumentariums, das das komplexe Geflecht, in dem sich konkrete Fälle von Affinitätsentwicklung abspielen, einfangen kann.

Zu diesem komplexen Geflecht gehören vielfach auch Konsolidierungs- und Verstärkungsmomente von rechtsextremen Haltungen, die daraus erwachsen, dass sie von Elementen dessen arrondiert werden, was im Anschluss an die Forschungen von Heitmeyer (2002-2012) und seinem Forschungsumfeld „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ genannt wird, also z. B. von Homosexuellen- und Homosexualitäts-, Behinderten- und Obdachlosenablehnung, von Antiziganismus, dem Pochen auf Etablierten-vorrechten, Sexismus sowie Muslimfeindlichkeit etc..

Für die Praxis ist aus diesen theoretisch wie empirisch und praktisch gut abgesicherten Erkenntnissen zu folgern, dass ein isoliertes Angehen von einzelnen Beständen rechtsextremer Haltungen a) menschenverachtenden Haltungen nur punktuell entgegentritt und b) nicht zuletzt deshalb wenig nachhaltig sein wird, weil es Gefahr läuft, die Stabilisierungsfunktion anderer Ausdrucksformen gruppierungsbezogener Ablehnungen zu übersehen und damit das Risiko späterer ‚Neu-Entzündungen‘ vermeintlich abgebauter Aspekte undemokratischer Haltungen eingeht. Daher erscheint es angezeigt, Rechtsextremismus im Kontext der Entgegnung auf die sog. Gruppenbezogene Menschen-feindlichkeit bzw. weitere Ablehnungskonstruktionen zu bearbeiten.

¹⁸ Mit Theodor Geiger (1932, 77ff.) sind darunter zu verstehen „die nicht systematisierten oder wenig systematisierten Gefühle, Gedanken und Stimmungen [...], die die gegebene Gesellschaft, Klasse, Gruppe, Profession usw. aufweist“.

ZUR DEFINITION „RECHTSEXTREM ORIENTIERTER“ UND „RECHTS- EXTREM GEFÄHR- DETER“ JUGEND- LICHER

Unter *rechtsextrem orientierten Jugendlichen* verstehen wir im Rahmen dieser Expertise Jugendliche, die erkennbar rechtsextreme Haltungen vertreten und/oder Teil rechtsextrem orientierter Cliques, Szenen¹⁹ und Organisationen sind.

Als *rechtsextrem gefährdete Jugendliche* werden im Rahmen dieser Expertise solche Jugendliche bezeichnet, die sich im Umfeld rechtsextrem orientierter Cliques, Szenen und organisatorischer Zusammenhänge, ggf. aber auch in entsprechenden familiären, verwandtschaftlichen, sozial-räumlichen und virtuellen Kontexten bewegen und bei denen zu vermuten ist, dass die dort vertretenen politischen Haltungen sowie die mit ihnen verbundenen Zusammenschlüsse Anziehungskraft auf sie ausüben.

„Orientierung“ und „Gefährdung“ analytisch zu trennen, erscheint sinnvoll, weil so unterschiedliche Grade von Affinität differenziert werden können, denn beide Typen können als ‚rechtsextrem affin‘ gelten. Gleichwohl ist faktisch zu berücksichtigen, dass es sich bei den damit bezeichneten Sachverhalten um ‚Strömungsgrößen‘ handelt. Die Dynamik der politischen Sozialisationsprozesse macht es im konkreten Fall u. U. schwer, im Hinblick auf ein bestimmtes Individuum zu bestimmen, ob ‚nur‘ eine Gefährdung oder ‚schon‘ eine Orientierung vorliegt.

Diese Schwierigkeit hängt auch damit zusammen, dass neben den mit den oben genannten Aspekten beschriebenen Elementen der sachlich-inhaltlichen Dimensionen von Rechtsextremismus verschiedene weitere Dimensionen des Orientiert- bzw. Gefährdetseins auf die jeweilige Definition des Sachverhalts Einfluss nehmen (vgl. dazu auch Schaubild 2):

Repräsentational verweisen die Begriffe der rechtsextremen Gefährdung und Orientierung einerseits auf die subjektive Repräsentanz eines Ensembles von Kognitionen und Affekten, das ethnisierte Homogenitätsideale, das Recht des Stärkeren, naturalisierte Gemeinschaftsvorstellungen, die Mythisierung sozialen Erlebens und die Negierung von universellen Freiheits- und Gleichheitsrechten sowie von Wertepluralismus umfasst; andererseits können sich die beiden Begriffe auf konative Aspekte rechtsextremen Verhaltens und Handelns beziehen. Dazu gehören das Tragen von einschlägigen Aufnähern, Stickern und als rechtsextrem eingestufte Kleidung, das Hören von Rechts-Rock, die Verwendung szenespezifischer Ausdrücke und Schimpfwörter gegenüber Gegnern als auch das Planen und Ausführen von Gewaltaktionen und Straftaten.

Strukturell verweisen die Begriffe der rechtsextremen Gefährdung und Orientierung auf soziale Kontexte, in denen diese Einstellungen und Gestimmtheiten positive Relevanz besitzen. Dies können informelle Gruppen (wie Cliques), Netzwerke (wie Subkulturen oder Szenen), formalisiertere Gruppen (Kameradschaften, Organisationen), aber auch andere Primärgruppen (familiäre Kontexte) sein.

In der *sozialräumlichen* Dimension erweisen sich Gefährdet- und Orientiertsein als Affinitätsmodi, die vom Spannungsfeld zwischen räumlicher Nähe und Distanz beeinflusst sind, sich aber auch zunehmend im virtuellen Raum (des Internets) zeigen, wobei die subjektive Relevanz oder (relative) Irrelevanz von Personen, Dingen und Sachverhalten, die in solcher Weise räumlich verfügbar sind und geordnet werden, entscheidende Bedeutung hat.

In der *Prozessperspektive* ist individuell zwischen Affinisierungen (Aufmerksamkeitszuwendungen, Kontakt, Formen differentieller Identifikation und Assoziation), Konsolidierungen und Fundamentalismen von Haltungen und Zugehörigkeiten zu unterscheiden. Es sind aber neben Prozessen eines steten ‚Driftings‘ in Richtung auf Rechtsaußen-Positionen auch Bewegungen der Distanzierung mitzubedenken, die bspw. dort registrierbar sind, wo sich im Prozessverlauf eine rechtsextreme Orientiert-

¹⁹ Die hier vorgenommene Formulierung im Plural (rechtsextreme „Szenen“) reflektiert, dass eine einheitliche rechtsextreme „Szene“ nicht existiert, sie vielmehr in verschiedenen Variationen – etwa parteiförmig-parlamentarisch, netzwerkartig, zellenförmig – zu Tage tritt.

heit abschwächt, eine Gefährdung aber (noch) bestehen bleibt (vgl. Möller/Schuhmacher 2007).

In der *performativen Dimension* lässt sich vor diesem Hintergrund ein breites Spektrum an Einpassungen unterscheiden, die von dem Adressierten mit rechtsextremen (und anderen) Botschaften, über deren Rezeption und ‚Mitläuferrollen‘ bis hin zur Produktion und Organisation entsprechender Angebote reichen.

In der *identifikatorischen Dimension* scheint das politische Selbstbild des Subjekts auf. Seine Facetten bewegen sich in einem weit ausgreifenden Spannungsfeld zwischen rechtsextremer Distanziertheit der eigenen Person, über Sympathisantentum, Szenerandfigur und vielgestaltige weitere Nuancierungen bis hin zu einem Selbstverständnis als Kader.

In der *expressiven Dimension* zeigen sich rechtsextreme Haltungen bzw. Gefährdungslagen im Hinblick auf diese als Momente individueller und ggf. auch kollektiver (z. B. cliquenbezogener) Inszenierung. Über das, was performativ zu erkennen gegeben wird, hinaus sind hier die Ausdrucksweisen und die implizit oder explizit in ihnen steckenden Botschaften über die Verankerung des Subjekts im rechtsextremen Spektrum relevant. Sie reichen von betonter Zurückhaltung hinsichtlich der Expression der eigenen Haltung bis hin zu ihrer habituellen Ausformung.

Repräsentatio- nale Dimension	Strukturel- le Dimen- sion	Sozial- räumliche Dimension	Prozessbe- zogene Dimension	Performa- tive Dimension	Identifi- katorische Dimension	Expressive Dimension
<i>Kognitiv</i> (Meinungen, Einstellungen, Ideolo- gie(-fragmente))	<i>Politische An- bzw. Einbindung</i>	<i>Nähe - Distanz</i>	<i>Affinisierung</i>	<i>Adressat_in</i>	<i>Distan- ziertheit</i>	<i>Zurückhal- tung</i>
<i>Affektiv</i> (Gestimmtheiten, Mentalitäten, Aversionen, Ressentiments, Vorurteile)	<i>Soziale An- bzw. Einbindung</i>	<i>Virtualität</i>	<i>Konsolidie- rung</i>	<i>Rezipient_in</i>	<i>Sympathie</i>	<i>Protest und Provokation</i>
<i>Konativ</i> (Aktivitäten, Ver- haltensweisen, Handlungsmuster und -bereit- schaften)	<i>Kulturelle An- bzw. Einbindung</i>	<i>Relevanz - Irrelevanz</i>	<i>Fundamen- talisierung</i> (<i>Distanzie- rung</i>)	<i>„Mitläufer_in“ Produzent_in und Organi- sator_in</i>	<i>Szenerand- figur</i> <i>Kader</i>	<i>Agitation</i> <i>Habitus</i>

Schaubild 2: Dimensionen rechtsextremer Orientierung; eigene Darstellung²⁰

Die damit vorgenommene Dimensionierung rechtsextremer Affinität vermag Kriterien zu benennen, nach denen Gefährdetsein und Orientiertsein einschätzbar sind. Sie sind aber nicht hinsichtlich ihrer Gewichtung, ihrer Anzahl, ihrer Füllung, ihrer Ausprägung o. ä. so anzuordnen, dass aus ihnen hervorgehe, ab wann das eine und ab wann das andere vorliegt. Quantifizierungen im Sinne von Zählungen, Ermittlungen von Faktorenstärke, messbaren Ausprägungsgraden verbieten sich, weil sie einer Mathematisierung des Politischen gleichkämen. Sie wären nicht in der Lage, die Vielfalt möglicher und tatsächlich auch vorhandener Affinitätslagen und -entwicklungen einzufangen. Die Realitäten sind nämlich komplizierter als ihre Abstraktionen:

Zum Ersten ist anzumerken, dass Affinitäten auf ein und derselben Dimension unterschiedliche Prägungen aufweisen können. Während beispielsweise manche mentalitär mit rechtsextremen Haltungen sympathisieren, entwickeln andere sie aufgrund kognitiver Überzeugungen; während die einen über persönliche Bekanntschaften mit rechtsextremen Kadern innerhalb ihres sozialen Nahraums einsteigen, erfolgen Affinisierungsprozesse der anderen über virtuelle Netzwerke.

Zum Zweiten ist festzuhalten, dass die Gewichtungen der benannten Dimensionen bei der Affinität zu rechtsextremen Kollektiven und Haltungen interindividuell variieren: Während der eine beispielsweise eher sachlich-inhaltliche Nähen zeigt, ist die andere eher über die Zugehörigkeit zu einschlägigen sozialen Kontexten strukturell eingebunden. Während die eine jugendkulturelle Affinität zeigt, ist der andere ein Mitläufer, der sich als ‚Schläger‘ instrumentalisieren lässt.

²⁰ Das Schaubild dient nur der Visualisierung von Grundzügen und ihrer exemplarischen Plausibilisierung. Die einzelnen Dimensionen sind faktisch intern weitaus ausdifferenzierter als dies hier dargestellt werden kann. Die Begriffe in den einzelnen Spalten stellen daher nur Pole und einzelne ausgewählte Facettierungen dar, in denen die jeweilige Dimension Gestalt gewinnt.

Zum Dritten können bei ein und derselben Person ganz unterschiedliche Grade von Affinität in den einzelnen Dimensionen vorliegen. Strukturell ist man vielleicht in soziale Kontexte eingebunden, die zu einer rechtsextremen Szene gehören, repräsentational versteht man sich aber als unpolitisch oder als Demokrat_in; performativ bleibt man in der Rezipient_innenrolle, kognitiv jedoch hat sich die rechtsextreme Haltung fundamentalisiert.

Zum Vierten sagt die Bezugnahme von Subjekten auf bestimmte Elemente der Dimensionen nichts über die ‚Stärke‘ aus, mit der diese Elemente die Affinität beeinflussen. Man kann beispielsweise über provokativ-protestierende Expressionen rechtsextremer Couleur öffentlich eine hohe Aufmerksamkeit erheischende Einbindung zu erkennen geben (z. B. mit Hitlergruß über den Schulhof laufend die Lehrkraft begrüßen) oder sie nur im kleinen Kreis als mehr oder minder austauschbares Zeichen von Widerstand und Unbotmäßigkeiten (z. B. lautes Rechtsrockhören daheim gegenüber den eigenen Eltern) einsetzen. In ähnlicher Weise gilt dies beispielsweise für fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Mentalitäten. Sie können die Kernsubstanz einer dezidiert rechtsextremen Haltung ausmachen, sind aber womöglich dabei nicht derart haltungsprägend, dass sie in entsprechendes Verhalten überführt werden.

Zum Fünften: Prozesse der Hin- oder auch Abwendung zu/von rechtsextremen Haltungen verlaufen (also) nicht unbedingt bei einzelnen Personen, innerhalb aller Dimensionen und im Verhältnis der Dimensionen gleichförmig. Es sind sogar Gegenbewegungen denkbar: Auf der performativen und expressiven Dimension hält man sich – z. B. aus taktischen Erwägungen oder aufgrund von Sanktionsdruck – zurück, während man seine soziale, kulturelle und repräsentationale Bindung konsolidiert. Identifikatorisch ist man im politischen Selbstverständnis zunehmend demokratisch orientiert – etwa indem man verstärkt auf parlamentarische und juristische Durchsetzung von politischen Interessen setzt –, baut aber kontinuierlich Einstellungen auf, die Bestandteile rechtsextremer Gesellschaftsbilder sind. Gerade dieses zuletzt genannte Beispiel macht deutlich, dass solche Gegenbewegungen nicht in jedem Fall als Widersprüche zu denotieren sind.

Zum Sechsten: Der Aufbau von rechtsextremen Affinitäten vollzieht sich bekanntlich nicht isoliert im luftleeren Raum. Er ist kontextuiert. Zu seinem Kontext gehören aber nicht nur Deutungs- und Aktionsangebote mit eindeutig rechtsextremer Profilierung. Vielmehr sind hier auch Vorlagen und Offerten von Interpretations- und Verhaltensmustern vorhanden, die weniger konturenscharf ausfallen und deshalb nicht vorderhand in dieses Spektrum eingeordnet werden können. Wenn die oben gemachte Aussage ernst genommen wird, dass Rechtsextremismus eine Strömungsgröße mit unscharfen, verschwimmenden Rändern und inneren Umwälzungen darstellt, dann muss registriert werden, dass gerade die politische Sozialisation Jugendlicher auch durch Quellen beeinflusst wird, deren Ausflüsse z. T. in die Strömung des Rechtsextremismus hineingeschwemmt werden bzw. sich mit ihr vermischen und dann u. U. auch Wachstums- und Triebkräfte für sie bilden. Zu ihnen zählen auch jene Ablehnungshaltungen, die im Syndrom sog. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Verbindungen mit Elementen von Rechtsextremismus wie Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eingehen.

Gefährdetsein oder Orientiertsein im konkreten Fall diagnostizieren und dabei vielleicht gar noch deren ‚Stärke‘ einstufen zu können, um die Indikation und die Größe des Handlungsbedarfs abschätzen zu können, ist eine Kompetenz, die höchst voraussetzungsvoll ist.

Zum Ersten gehört zu diesen Voraussetzungen eine Sensibilität für das Wahrnehmen von

- ✓ rechtsextremen Haltungen bzw. von deren Bestandteilen. Wie unsere Recherchen (s. u.) und auch anderweitige Erfahrungen (vgl. Radvan 2010) zeigen, kann diese keineswegs bei allen Fachkräften Sozialer

Arbeit bzw. bei Mitarbeiter_innen der Jugendarbeit vorausgesetzt werden. Sie zu entwickeln, muss daher als Aufgabe von beruflicher Ausbildung in Erinnerung gebracht, aber auch als aktueller und wahrscheinlich noch anhaltender Fortbildungsbedarf verstanden werden.

- ✓ Indikatoren für die Entwicklung solcher Haltungen. Das ‚politische Sensorium‘ der Fachkräfte, die mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen oder mit Jugendlichen zu tun haben, die im Begriff sind, eine entsprechende politische Orientierung zu entwickeln, muss nicht nur in der Lage sein, rechtsextreme Haltungen an sich zu erkennen; es muss auch Hinweise registrieren können, die nahelegen, dass eine einschlägige Entwicklung im Gange ist. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen benötigen daher auch Kenntnisse über Vorläuferfaktoren. Auch hier besteht offensichtlicher Fortbildungs- bzw. Weiterbildungsbedarf.
- ✓ Bedingungen und Faktoren, die im Vorfeld der Ausbildung rechtsextremer Orientierungen Gefährdungskonstellationen und bedeutsame Einflussgrößen darstellen: strukturelle Faktoren der Lebenslage, sozialisatorisch bedeutsame Erfahrungen u. ä. m.. Fortbildungs- bzw. Weiterbildungsbedarf ist auch hier anzunehmen;
- ✓ (relativen) Schutzfaktoren bzw. Ressourcen, die Distanzierungspotenzial bergen. Sie sind wichtig, weil es gilt, durch professionelles Handeln Konstellationen herbeizuführen, die diesen Momenten Stärkung und Zuwachs ermöglichen. Insoweit es sich bei ihnen sowohl um individuelle Dispositionen als auch um Umfeldaspekte handeln kann, bedarf es der Fähigkeit, in einem Tätigkeitsspektrum agieren zu können, das neben individueller (oder gruppenbezogener) Beratung und Begleitung sowie den Einbezug von Angehörigen des sozialen Umfelds auch ‚infrastrukturelle Arbeit‘ ermöglicht. Die themenbezogene Fort- und Weiterbildung von Fachkräften muss dem Rechnung tragen.

Zum Zweiten ist eine analytische Kompetenz vonnöten, die es ermöglicht,

- ✓ auf der Basis gut fundierter theoretischer und allgemein-empirischer Erkenntnisse für den konkreten Fall heuristische Hypothesen zu entwickeln,
- ✓ diesen Hypothesen systematisch und strukturiert nachzugehen,
- ✓ dabei im Sinne einer forschenden sozialarbeiterischen bzw. pädagogischen Praxis so aussagefähige Befunde zu erheben, dass sie zur Klärung der Sachlage beitragen können,
- ✓ auf der Basis dieses Wissens Reichweiten verschiedener Herangehensweisen einzuschätzen,
- ✓ daraus praktische Konsequenzen zu ziehen,
- ✓ diese konzeptionell einzubinden,
- ✓ sie für das eigene professionelle Handeln fruchtbar werden zu lassen, aber auch
- ✓ sie in Vernetzungen einzubringen, in kooperativ zu erbringende Leistungen umzusetzen oder
- ✓ unter Beibehaltung staatsbürgerlicher und speziell sozialarbeiterischer bzw. pädagogischer Verantwortung für ein demokratisches Aufwachsen der jungen Generation ggf. Angehörige betroffener Adres-

sat_innengruppierungen bzw. deren Problemlagen in die Zuständigkeitsbereiche anderer Bearbeitungsinstanzen – etwa in behördliche – weiterzuvermitteln und

- ✓ die verfolgten Praxen einer Evaluation zu unterwerfen, die ihre Konzept-, Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität mindestens in einer solchen Weise einzufangen vermag, dass sie für die praktischen Zwecke vor Ort befriedigend ist.

Eine derartige Kompetenz gehört zum Qualifikationsprofil einer Fachkraft für Soziale Arbeit, nicht unbedingt jedoch zu dem einer pädagogischen Fachkraft im schulischen Bereich. Ungeachtet dessen liegt für beide professionellen Zweige Fort- und Weiterbildungsbedarf auch an dieser Stelle insoweit vor, als die Anwendung einer solchen Grundkompetenz auf das Themenfeld Rechtsextremismus sowie auf das dieses Themenfeld umgebende Syndrom sog. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Regelfall erst noch zu spezifizieren und dementsprechend zu qualifizieren ist.

Zudem gilt es, mit den nicht unerheblichen Wandlungsprozessen innerhalb der extrem rechten Szenen und den Veränderungen ihrer Rekrutierungsstrategien Schritt zu halten. Als aktuelle Entwicklungstendenzen lassen sich festhalten:

- ✓ die *zunehmende Heterogenität von Cliques*, insbesondere auch jugendkulturell und politisch. Pointiert: Die in sich geschlossene ‚rechts-extreme Clique‘ wird zum Auslaufmodell. Der extrem rechte Skinhead gibt sich weniger im Outfit zu erkennen als politisch-mental;
- ✓ die von Praktiker_innen oft in ihrem Ergebnis als „Alltagsrassismus“ bezeichnete *Normalisierung rechtsextrem konturierter Haltungen*, zumindest aber von ihren Bestand sichernden Ablehnungskonstruktionen, die u. a. auch für das Aufgehen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in den oben erwähnten ‚Mischcliques‘ verantwortlich ist;
- ✓ die *Verflüssigung, Pluralisierung und Temporalisierung von Cliqueszuordnungen* bzw. von sozialen Peer-Konstellationen in Richtung auf szenische Zuordnungen einerseits und soziale Zusammenschlüsse unterhalb von Cliquesgröße (etwa zweier und dreier-Konstellationen) andererseits;
- ✓ die wachsende *Privatisierung* des Verbringens *von Freizeit*. Man zieht sich in die ‚eigenen vier Wände‘ zurück oder trifft sich in kommerziellen Räumen, sodass die Erreichbarkeit dieser Jugendlichen durch Jugendarbeit erschwert ist;
- ✓ die *Virtualisierung der rechtsextremen Ansprache und des Affinisierungsprozesses* durch extrem rechte Internetangebote und die damit verbundene Individualisierung und Privatisierung von Affinisierung.

Zum Dritten ist – wie schon angedeutet – eine fachliche Vernetzung erforderlich, die auch interprofessionelle Zusammenarbeit und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren impliziert. Denn rechtsextremes Gefährdetsein oder gar Orientiertsein kann erst dann angenommen werden, wenn vorliegende Hinweise fachlich fundierter intersubjektiver Überprüfung standhalten. So müssen auch Vermutungen einer Gefährdung oder eines Orientiertseins sich wenigstens soweit auf empirische Belege stützen als Beobachtungen, Erfahrungen und/oder Kenntnisaufnahmen von Praktiker_innen und/oder weiterer relevanter Akteure (Polizei, Eltern, Milieugehörige etc.) auf konkrete Indikatoren verweisen, die nach dem allgemeinen Kenntnisstand dieser Personen als Annahmebelegungen gelten können. In diesem Falle sind von Fachkräften erste

Abklärungen mit dem Ziel der Verifizierung oder Falsifizierung dieser Hypothesen zu unternehmen, indem sie

- ✓ weitere Beobachtungen anstellen,
- ✓ gezielt Erkenntnisse über die vermuteten Sachverhalte einholen, indem sie u. a.
- ✓ mit den betroffenen Jugendlichen selbst sprechen,
- ✓ Milieurecherchen vornehmen,
- ✓ kollegiale Beratung in Anspruch nehmen.

Dabei ist so sensibel vorzugehen, dass jedwede Etikettierungs- und Stigmatisierungsgefährdung der betroffenen Jugendlichen unterbleibt. Sollte sich danach die Vermutung als zutreffend erweisen, sind geeignete Angebote mit dem Ziel des Abbaus dieser Gefährdung und damit einer Verhinderung ihrer Transformation in eine entsprechende Orientierung bzw. Angebote zum Abbau eines festgestellten rechtsextremen Orientiertseins an betroffene Jugendliche zu richten bzw. im Sozialraum sowie ggf. im virtuellen Raum anzustreben.

3.3.2 Grundlegende Herangehensweisen und Angebote

Wie eingangs erwähnt, wird seit der Mitte der 1980er Jahre explizit mit Jugendlichen pädagogisch gearbeitet, die als rechtsextrem oder in jüngster Zeit auch als rechtsaffin bzw. rechtsextrem gefährdet bezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden diese Erfahrungen im Folgenden nach Handlungsfeldern und Zeitabschnitten sortiert dargestellt und erörtert.²¹ Jedem Zeitabschnitt sind zwei orientierende Übersichtskarten zugeordnet. In der ersten Reihe (den Schaubildern 3.1-3.5) werden pädagogische Angebote, die sich direkt an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche richten nach Handlungsfeldern und Bundesländern sortiert dargestellt.²²

²¹ Die Einteilung nach Zeitabschnitten folgt den Laufzeiten der verschiedenen seit 1991 implementierten Bundesprogrammen. Sie erfolgt in dieser Weise nicht allein aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit, sondern fängt in ihrer Logik auch den Umstand ein, dass die jeweiligen Programme mit ihren zielgruppenspezifischen Setzungen Abstrahleffekte auf die gesamte Angebotslandschaft besitzen.

²² Der Bereich Schule umfasst in dieser grafischen Darstellung solche Angebote, in denen pädagogische Fachkräfte Erfahrungen im Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Schüler_innen machen. Insgesamt ist die im Expertisenauftrag vorgesehene und daher hier auch vorgenommene Trennung nach Handlungsfeldern nicht unproblematisch und genau genommen etwas artifiziell. Faktisch überschneiden sich manche Handlungsfelder und Zuordnungen werden auch von der Praxis nicht immer eindeutig getroffen; so lässt sich eine strikte Trennung zwischen Offener Kinder- und Jugendarbeit und Aufsuchender Arbeit bei vielen erfassten Angeboten nicht durchhalten und bildet auch die Realität vieler Projekte und Maßnahmen nicht exakt ab. Viele Aufsuchende Angebote besaßen und besitzen ihren Ausgangspunkt in Bedarfsanalysen aus den Reihen der OKJA, so wie andersherum aus Projekten der Aufsuchenden Arbeit oft stationäre Angebote erwuchsen, die schließlich nicht selten in den Bereich der OKJA „übersiedelten“. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund häufig enger Verzahnungen beider Handlungsfelder sind die hier vorgenommenen Zuordnungen immer auch als Richtgrößen zu verstehen; Jugendbildungsarbeit umfasst hier – in Erweiterung von SGB VIII §11 – auch Angebote und Maßnahmen der beruflichen Förderung und der Arbeitsmarktintegration soweit sie ihren Schwerpunkt eben auf Bildungsmaßnahmen setzen; unter multiarealen Ansätzen werden jene Angebote und Maßnahmen subsumiert, die jenseits der Verknüpfung Offener und Aufsuchender Arbeit mindestens zwei Teilbereiche miteinander verknüpfen; bei Peer-to-Peer-Ansätzen handelt es sich um eine Querkategorie, da die entsprechenden Angebote sich i. d. R. auf klar bestimmbare Handlungsfelder beziehen.

Legende

- Schulische Herangehensweisen und Angebote bzw. Herangehensweisen und Angebote im Rahmen von Schule (etwa über externe Anbieter, Sozialarbeit an Schulen etc.);
- Offene Jugendarbeit
- Aufsuchende Jugendsozialarbeit
- Mischung aus OKJA und AA
- Jugendverbandsarbeit
- Jugendbildungsarbeit
- Hilfen zur Erziehung, insb. SGB VIII §29 (soziale Gruppenarbeit), § 34 (Heimerziehung, betreutes Wohnen), §35 (intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung),
- Multiareale-Ansätze
- Peer-to-Peer-Ansätze
- Ausstiegsorientierte Angebote

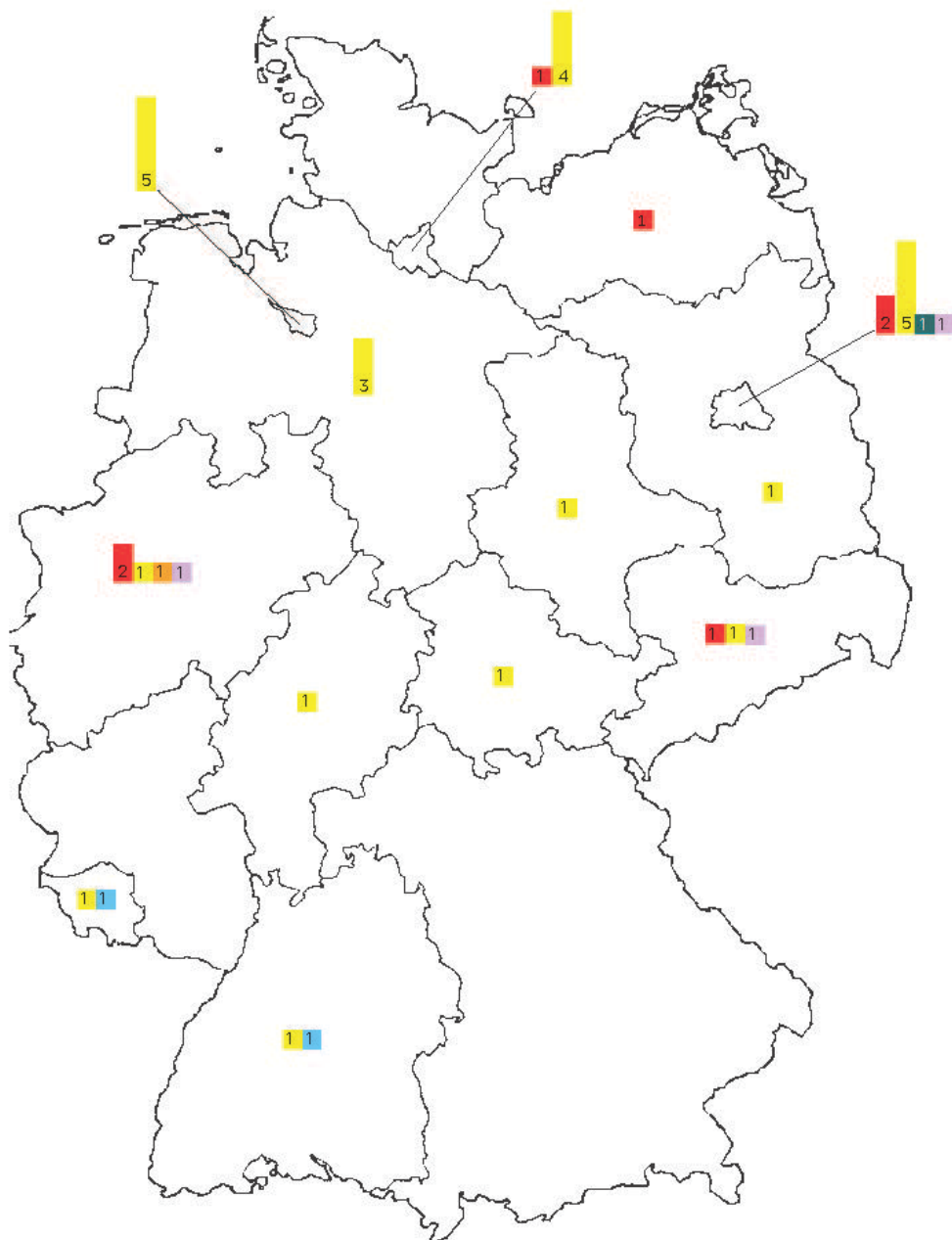


Schaubild 3.1: Projekte und Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen bis 1991 (Gebiet der ehem. DDR einschließlich Ost-Berlin ab 1990); eigene Darstellung. Bezugsquelle der Landkarte hier und in den folgenden Schaubildern: <http://www.stepmap.de/landkarte/deutschland-bundeslaender-1138511>

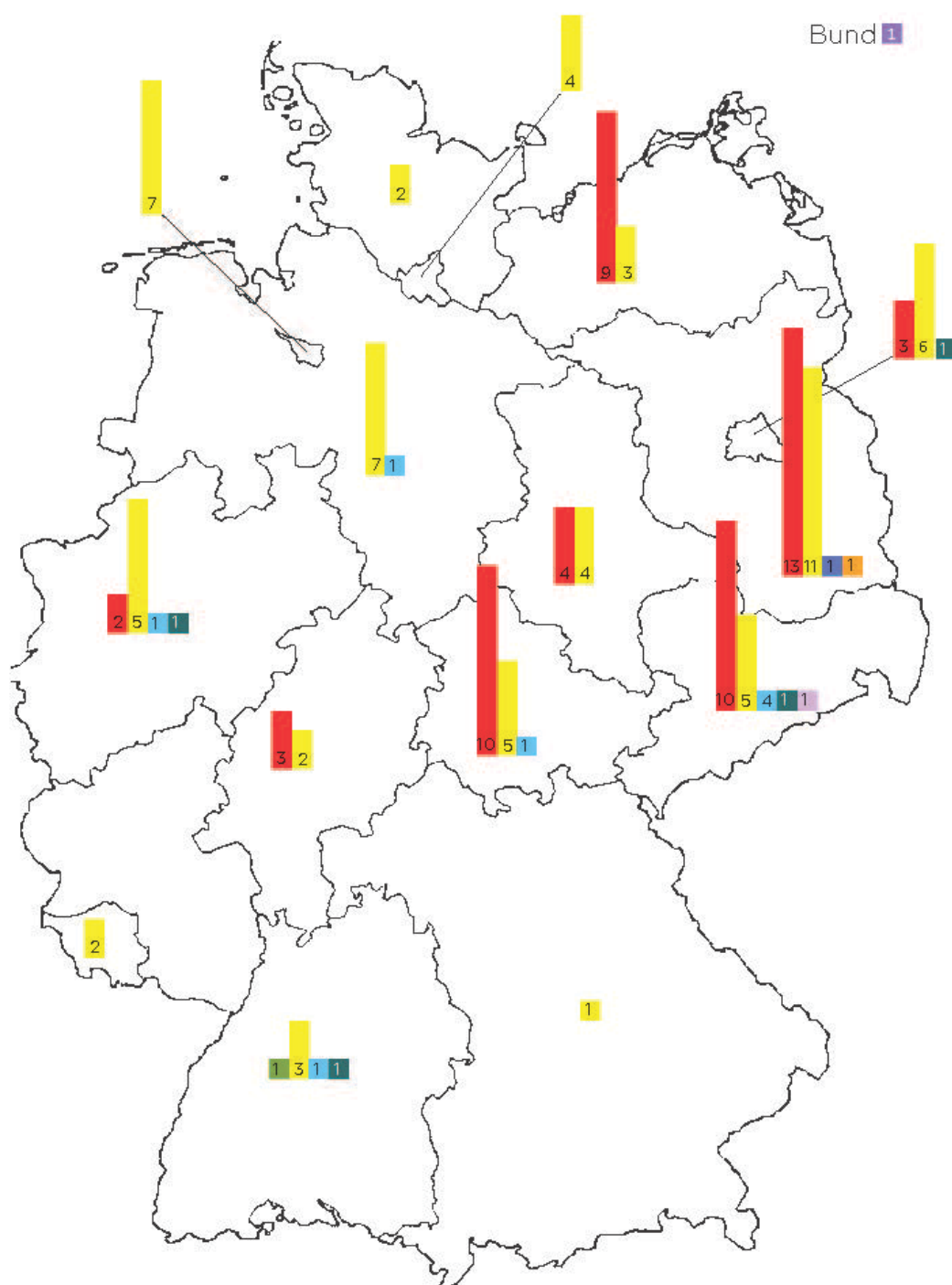


Schaubild 3.2.: Projekte und Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen zwischen 1992-2000

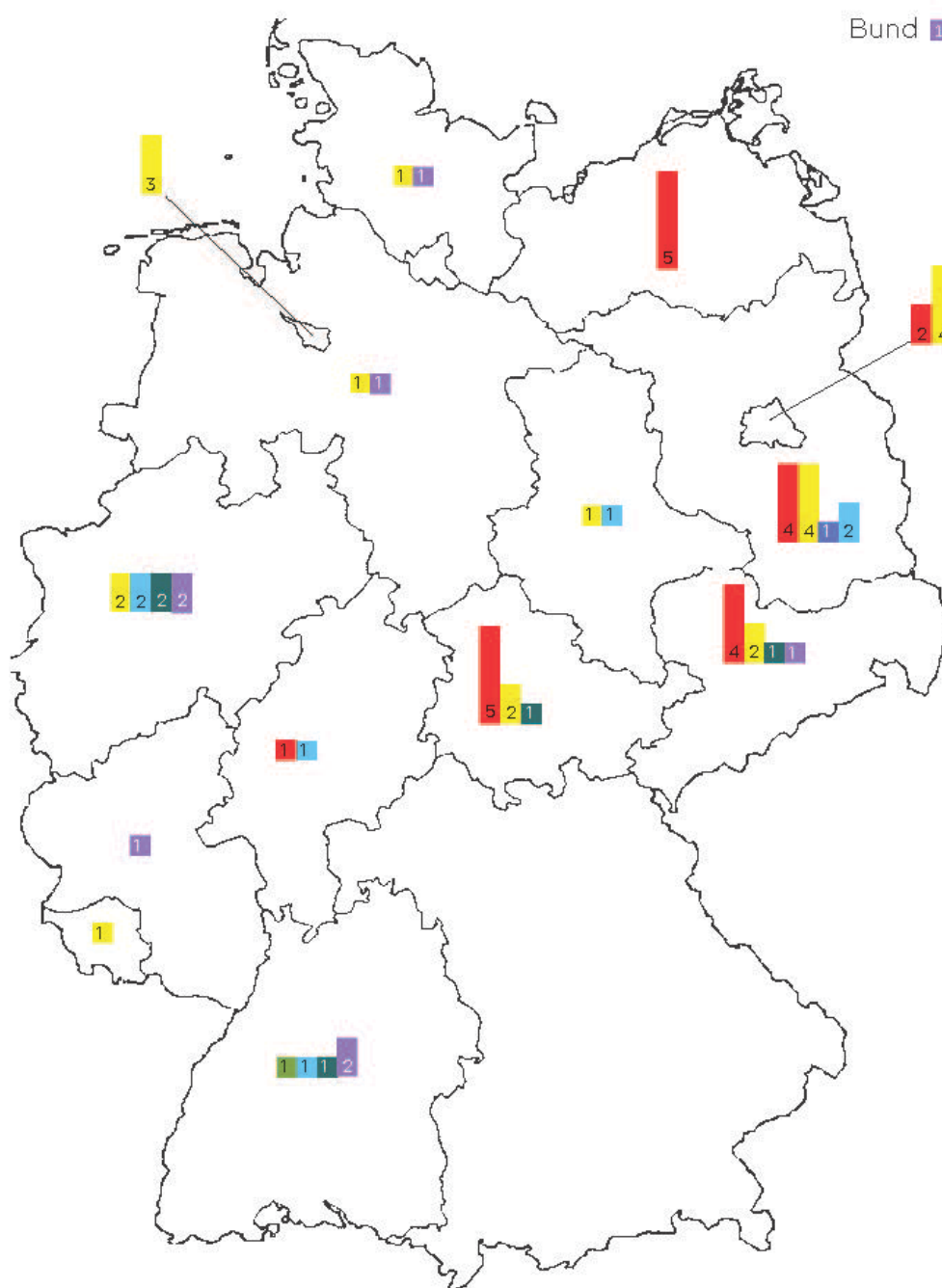


Schaubild 3.3.: Projekte und Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen zwischen 2001-2006

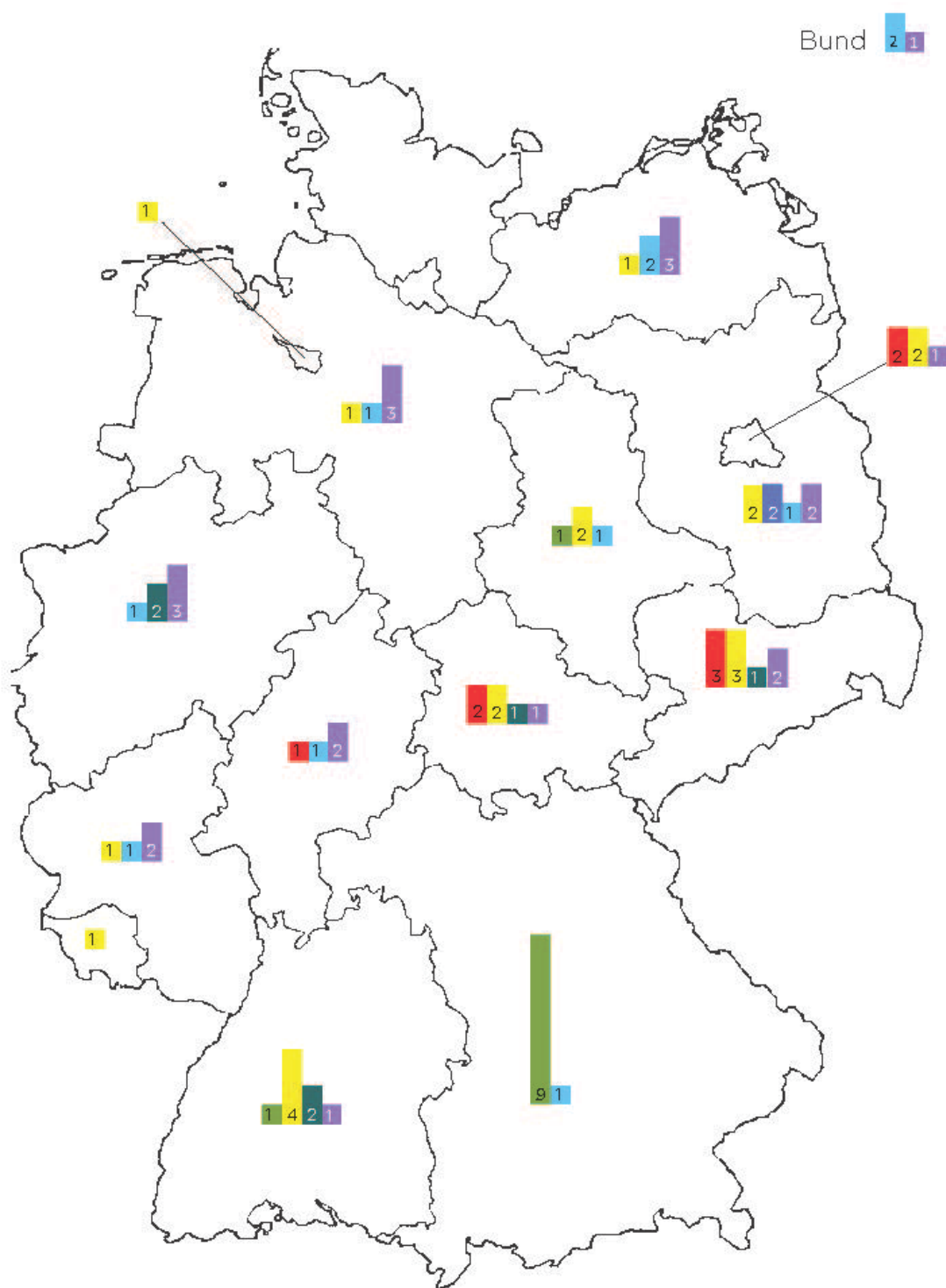


Schaubild 3.4.: Projekte und Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen zwischen 2007-2010

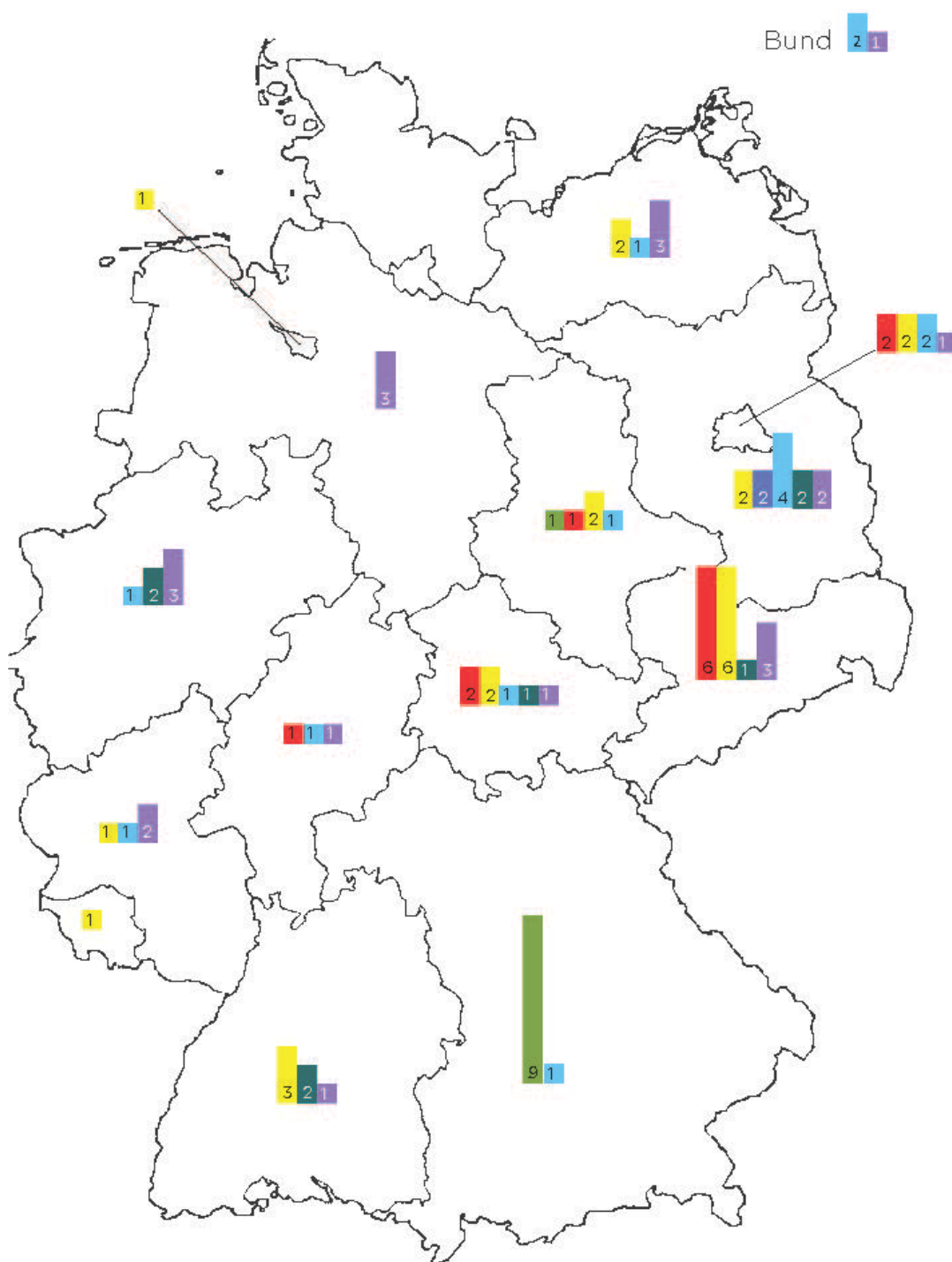


Schaubild 3.5.: Projekte und Angebote der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen ab 2011

SCHULE

In der neueren wissenschaftlichen Literatur werden mit Bezug auf das Thema Rechtsextremismus verschiedene Handlungsbedarfe im schulischen Kontext benannt:

- ✓ die Vermittlung von Werten,
- ✓ die Vermittlung immunisierender Einsichten (vgl. Schubarth 2002),
- ✓ ein Ort von Maßnahmen primärer Prävention,
- ✓ potenziell oder faktisch auch ein Raum der Intervention bei rechtsextremen Statements, wofür
- ✓ die Entwicklung eines aus (inhaltlich-methodischen) Fortbildungen, Sanktionsmitteln und Vernetzung mit außerschulischen Akteuren bestehenden Tableaus notwendig ist (vgl. ebd.; Dietrich 2009).

Ausgespart ist in dieser Aufstellung ein weiterer Handlungsbedarf, nämlich

- ✓ der über einzelne Situationen hinausweisende pädagogische Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Schüler_innen.

Diese Leerstelle spiegelt sich in den Rechercheergebnissen auf zweierlei Weise wider. Zum einen existiert ein insgesamt uneinheitliches Bild über die Häufigkeiten und Formen des Auftretens rechtsextrem orientierter und gefährdeter Jugendlicher im Kontext von Schule und daraus erwachsender Herausforderungen. Zum anderen zeigt sich, dass eine pädagogische Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen nicht im Rahmen einer darauf ausgelegten innerschulischen Struktur erfolgt, sondern in den überaus meisten Fällen von Akteuren geleistet wird, die im Kern einem allgemeinen Bildungsauftrag oder stark auf Multiplikator_innen ausgerichteten Beratungsauftrag folgen.

In den vorliegenden Antworten der zuständigen Ministerien und der jeweiligen Landesinstitute für Lehrerfortbildung, Schulentwicklung und Schulqualität auf unsere systematischen Nachfragen werden vor allem Maßnahmen und Kooperationen aus dem Bereich allgemeiner Rechtsextremismusprävention sowie auf Fachkräfte abzielende Aktivitäten zur Fortbildung und Sensibilisierung dargestellt. Konkret wird verwiesen auf bestehende Konzepte zur Vermittlung historischen Wissens, zur Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Formen von Rassismus und Rechtsextremismus, zur Demokratiepädagogik sowie auf Module zur Aufklärung und Weiterbildung von Lehrkräften, v. a. mit Bezug auf Didaktik und Argumentationshilfen. Informationen über weitergehende Aktivitäten gab es nur in wenigen Fällen. In Thüringen existiert nach Auskunft des zuständigen Ministeriums ein elektronisches Meldeverfahren zwischen Schulen, Schulämtern und Ministerium, mit dessen Hilfe Vorfälle und Maßnahmen dokumentiert, aber auch Hilfen angefordert werden (können). In der Antwort aus Sachsen wird auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Schulische Prävention“ im Landespräventionsrat verwiesen, über den das Handlungsfeld Schule mit außerschulischen Akteuren auch im Themenkreis Rechtsextremismus vernetzt ist. In manchen Fällen (Baden-Württemberg und Sachsen) existieren Handreichungen, wie von schulischer Seite mit rechtsextremen Vorfällen umgegangen werden kann²³ oder thematisch

23 Etwa im Rahmen des 2011 pilotartig implementierten, seit 2012 flächendeckend umgesetzten Präventionskonzepts „stark.stärker.wir“ in Baden-Württemberg, das u. a. ein Hinweissystem an Schulen beinhaltet, wie im Falle der Verbreitung sog. Schulhof-CDs zu reagieren ist.

einschlägige Beratungsnetzwerke (Baden-Württemberg, Hessen). Eine Sonderstellung nimmt hier das Bundesland Bayern ein, in dessen 2009 verabschiedetem „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“, dem schulischen Rahmen eine besondere, wenn nicht die zentrale Bedeutung zugewiesen wird. In diesen Kontext fallen die Stärkung der schulischen Jugendsozialarbeit, die themenbezogene Zuschneidung bereits existierender Angebote mit schulischen Bezügen und allgemeiner Präventionsprogramme²⁴ sowie die Einrichtung schulbezogener Beratungs-, Informations- und Interventionsstellen. Dies sind zum einen die bei den neun Schulberatungsstellen des Bundeslandes angesiedelten „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“, deren Stellen im Zuge des o. g. Programms geschaffen wurden. Zum anderen ist dies die ebenfalls mit einem u. a. auf Schulen bezogenen Präventionsauftrag ausgestattete, beim Innenministerium ansässige, „Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus“ (BIGE).

Von Seiten der antwortenden Landesinstitute wird ein damit insgesamt übereinstimmendes Bild entworfen. Verwiesen wird auch hier auf eine ganze Reihe von Angeboten der Fortbildung von Lehrer_innen und auf Handreichungen für Schulen zur thematischen Auseinandersetzung. Gleichwohl scheint zu diesem Thema – gegenüber Themen wie „Islamismus“, „Diversity“ oder „interkulturelle Kompetenz“ – nicht (mehr) unbedingt höchste Nachfrage zu bestehen. Zum Teil wird dies explizit begründet mit einem niedrigen Maß organisierter rechtsextremer Aktivitäten im Bundesland (wie in Bremen). Antworten mit gleichlautender Tendenz stammen jedoch auch aus Bundesländern, in denen genau dies nicht der Fall ist (wie in Sachsen-Anhalt).

Die Antworten der noch näher an den Schulen positionierten Akteure – den Schulämtern – unterscheiden sich ebenfalls kaum vom vorher Gesagten. In der Tendenz wird (zuständigkeitshalber i. d. R. nur mit Blick auf Grund- und Mittelschulen) davon berichtet, dass es keinerlei, kaum oder auch „überraschend wenig“ (Schulamt Frankfurt/Oder, Mailantwort 26.08.2013) Auffälligkeiten gibt, die zu Interventionen Anlass geben. Exemplarisch erwähnt wird in einer anderen Antwort, dass in solchen Fällen Einzelfallberatungen durch die Schulpsychologische Beratungsstelle und Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen von Schulen (in Form des Ausschlusses vom Unterricht bzw. der Schule) ineinandergreifen.

Vergleichsweise dichte (allerdings eben auch auf Einzelfälle bezogene) Erkenntnisse liefern Antworten von (pädagogischen und nicht-pädagogischen) Akteuren aus dem Bereich der Beratungs- und Präventionsarbeit an Schulen, die zum Teil (neben Bayern auch in Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz) zu arbeitsfeldübergreifenden Beratungsnetzwerken gehören, zum Teil als einzelne Träger (etwa das von Landeszentrale für politische Bildung und Landesverfassungsschutzamt getragene Projekt „Team mex“ in Baden-Württemberg) oder als zivilgesellschaftlich Engagierte im Rahmen von Peer-to-Peer-Ansätzen („Netzwerk Demokratie und Courage“) seit Jahren an Schulen und mit Schüler_innen arbeiten.

In Bezug auf Schulen als Institutionen wird in den vorliegenden Antworten häufiger darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung und das Einholen von Unterstützung oft durch den Anspruch der Schulen kontrastiert werden, nicht negativ in der Öffentlichkeit zu stehen. Von Lehrkräften werden nicht selten Überforderungen und empfundene Machtlosigkeit im Umgang mit rechtsextrem orientierten Schüler_innen erlebt.

In Bezug auf die Schüler_innen selbst wird ein weithin differenziertes Bild entworfen. Mitunter bilden rechtsextrem orientierte und sich entsprechend positionierende Schüler_innen den Entstehungshintergrund von Maßnahmen in Schulklassen. Zumeist allerdings erfolgt das Zusammentreffen ge-

24 Zum einen das nicht von Pädagog_innen getragene Projekt „PiT – Prävention im Team“ des Landeskriminalamtes, zum anderen das von der „Koordinationsstelle Sucht des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL)“ entwickelte, auch in Bayern implementierte bundesweite Modellprojekt „FreD – Frühintervention bei erst-auffälligen Drogenkonsumenten“.

wissermaßen zufällig im Rahmen von Workshops. Offen rechtsextrem auftretende, als Szenezugehörige oder Organisierte bekannte Jugendliche sind hier mehr „die markanten Einzelfälle, an denen das Verhalten des Umfeldes deutlich wird“ (Ostdeutscher NDC-Träger) als die Regel. Sehr viel stärker im Vordergrund stehen „latent rechtsextreme Jugendliche“ (IW 6) und „Stinos“ (ebd., also ‚Stinknormale‘), die nicht bestimmten Szenen zuzuordnen sind. Noch stärker auf den Gefährdungsbegriff abzielend heißt es in anderen Darstellungen, dass in den themenbezogenen Workshops weniger rechtsextreme Orientierungen und Zugehörigkeiten deutlich werden als vielmehr eine breite Palette „alltagsrassistischer“ und anderweitiger diskriminatorischer Positionen oder auch Vorlieben für Musik mit nationalistischen Texten (ein mehrfach genanntes Stichwort: die aus Südtirol stammende Band „Frei.Wild“), die allerdings zumeist mit Abgrenzungen von Rechtsextremismus und rechtsextremistischen Szenen einhergehen. In einem anderen Expert_inneninterview wird ausgeführt, dass die bei Schülern und Schülerinnen vorfindliche eigene Abgrenzung gegenüber Rechtsextremismus vielfach in eins fällt mit der offen bekundeten, auf Alltagserfahrungen verweisenden Ablehnung bestimmter Jugendlicher mit Migrationshintergrund: „Und dann hören wir ganz am Ende der Veranstaltung oftmals: ‚Ja, aber die Türken. Wenn ich nachts durch die Straße gehe, krieg ich auf die Fresse‘“ (IW 4).

Ein vielfach konstatiertes „Abtauchen“ und „Wegducken“ rechtsextrem orientierter bzw. gefährdeter Jugendlicher im Rahmen scheint weniger stark ausgeprägt, wo Workshops und Projekte mehr als nur den üblichen Rahmen einer oder weniger Unterrichtsstunden umfassen: Die Jugendlichen, so heißt es in einem weiteren Expert_inneninterview mit Bezug auf zeitlich länger angelegte Projekte in Schulklassen, positionieren sich im Rahmen dieser Projekte durchaus, denn „abtauchen kann man nur eine begrenzte Zeit“. Praktisch werden hier offensichtlich Räume eröffnet, in denen sich diese Jugendlichen zeigen und vor allem sich mitteilen können – „die wollen ja auch konfrontieren und wollen sich reiben“ (IW 9).

Zusammenfassend lässt sich mit Bezug auf den schulischen Rahmen sagen:

- ✓ Ein verlässliches Wissen über die Häufigkeit einschlägiger Vorfälle und einen daraus erwachsenden konkreten Umgang an Schulen, d. h. über Intensität und Art der Auseinandersetzung liegt in keinem Bundesland vor. Zum Teil wird von einer Häufung entsprechender Einstellungen bzw. Vorfälle und Meldungen an Mittelschulen und berufsbildenden Schulen gesprochen, während in anderen Darstellungen mit Verweis auf Meldungen und Beratungsaufträge keine signifikanten Unterschiede zwischen den Schulformen gesehen werden (vgl. exemplarisch auch Dürr 2013).
- ✓ Das Handlungsfeld Schule spielt für die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen erst seit einigen Jahren eine Rolle; weiterhin existieren kaum Erfahrungen in systematischer Form und in nur geringem Maße konzeptionell verankerte fokussierte Ansätze zum konkreten pädagogischen Umgang mit rechtsextrem orientierten Schüler_innen, die über situative inhaltliche Auseinandersetzungen hinausgingen.
- ✓ Ausgangspunkte von Aktivitäten, in denen die direkte Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen eine Rolle spielt, sind auf der einen Seite ‚Vorfälle‘ (d.h. einzelne ‚auffällige‘ Schüler_innen, seltener Gruppen, aber auch Ereignisse im Umfeld von Schulen), aufgrund derer sich Schulen an Schulaufsichten oder externe Akteure wenden. Auf der anderen Seite werden Erfahrungen in allgemeinen themenbezogenen Workshops gemacht, an denen auch rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Schüler_innen teilnehmen, die zum

jeweiligen Klassenverband gehören. Im Mittelpunkt stehen dabei weniger Jugendliche mit rechtsextremer Orientierung oder Szenezugehörigkeit als Jugendliche, die im weitesten Sinne als gefährdet bezeichnet werden.

- ✓ Ob Schulen angesichts von Vorfällen oder des Auftretens rechtsextrem orientierter bzw. gefährdeter Schüler_innen aktiv werden, hängt stark vom Engagement einzelner Schulleitungen und einzelner Lehrkräfte ab. Schulen greifen hierbei auf bestehende Beratungs- und Vernetzungsstrukturen, vor allem lokalen Zuschnitts zurück. Im Zugriff auf Beratung und Unterstützung wird dabei nicht unbedingt zwischen pädagogischer und anderweitiger Unterstützung unterschieden. Praktisch spielen neben Pädagog_innen in diesem Feld Polizei (zumeist mit stärkerem Bezug auf Gewaltprävention als auf Rechtsextremismus) und Verfassungsschutz als Akteure eine große Rolle. Gleichwohl suchen diese Akteure i. d. R. Kooperation und Austausch mit pädagogischen Fachkräften.

Zum Teil, insgesamt aber eher selten, erwachsen aus solchen Erfahrungen Weiterleitungen in Angebote der Einzelfallhilfe, sei es im Rahmen von Schulsozialarbeit, sei es im Rahmen externer ausstiegsorientierter Angebote.²⁵

OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Mit Blick auf die vorangestellten Schaubilder lässt sich sagen, dass der Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit insbesondere in der Zeit zwischen 1992 bis 2006 anteilmäßig als auch in absoluten Zahlen von hoher Bedeutung für die pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen war. So stieg die Zahl entsprechender Angebote von sieben (bis 1991) auf zwischenzeitlich über 50 (1992-2000), um sich schließlich ab 2007 auf einem niedrigeren Niveau einzupendeln. In Prozentzahlen ausgedrückt machten diesbezügliche Angebote in der Phase zwischen 1992 und 2000 gut 41% aus, zwischen 2001 und 2006 waren es noch rund 31%. Seitdem ist ihr Anteil allerdings stark gesunken und lag zwischen 2007 und 2010 bei etwa 10%, seit 2011 liegt er bei etwa 13%.

Entwicklungen im zeitlichen Verlauf

Bis 1991 verweisen Praxiserfahrungen aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auf Gruppen ‚schwieriger‘ Jugendlicher, die sich in Umfeldern von Jugendeinrichtungen bewegten, aus Sicht der Fachkräfte zum Teil auch überraschend dort auftraten und sich Räume aneigneten (vgl. dazu etwa Hartwig 1990; Baensch 1992; Krafeld/Möller/Müller 1993; Posselt/Schumacher 1993; Lukas u. a. 1993; Bremen 1995). Mit dem Begriff ‚schwierig‘ werden in den Beschreibungen Problemlagen in großer Bandbreite erfasst. Durchgehende Erwähnung finden neben einschlägigen politischen Positionierungen und eindeutiger Ausstaffierung auch körperliche Gewalt, aggressives Auftreten, starker Alkoholkonsum gepaart mit entsprechenden Kontrollverlusten sowie individuelle Problemlagen auf der Ebene der Sozial- und Selbstkompetenzen. Materielle und berufliche Statusunsicherheiten werden hingegen sehr viel seltener als charakteristisch bezeichnet. Die vorrangige Form des Auftretens dieser Jugendlichen ist in dieser Phase die Gruppe. Die beschriebenen Gruppen von Jugendlichen zwischen 13 und 25 Jahren, zum Teil bis zu 25 Personen stark, sind – auch zahlenmäßig – männlich dominiert und maßgeblich orientiert am oder beeinflusst durch den Skinhead-Stil. In den Beschreibungen werden sie als

²⁵ Ein in dieser Hinsicht einmaliges pädagogisches Projekt findet sich in Form der im Rems-Murr-Kreis seit 2001 bestehenden „Fachstelle Rechtsextremismus“. Betrieb sie zunächst vor allem Beratung an Schulen, gibt es seit 2007 auch eine Verknüpfung mit ausstiegsorientierter Einzelfallhilfe, wobei die Kontakte weniger aus schulischen Erfahrungen als vielmehr durch die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe (JGH) bzw. der Polizei („Kompetenzzentrum Rechtsextremismus, KO-REX“) zustande kommen.

„rechte Clique“ oder auch als Clique mit „sehr ausländerfeindlicher, deutschnationaler Gesinnung, mit Sympathien für Neo-Nazis und Skins“ (Enke 1989, 232) charakterisiert. Die Grenzen zum organisierten Rechtsextremismus sind fließend: So befinden sich unter den Gruppenangehörigen oft auch Jugendliche und junge Erwachsene mit engen Bezügen zum organisierten Rechtsextremismus, wobei insgesamt jedoch ein niedriger Ideologisierungsgrad der Gruppen betont wird.

Für die Phase 1992-2000 bietet sich ein quantitativ breiteres, in der Darstellung der Struktur der Gruppen jedoch ähnliches, aus starkem Alkoholkonsum, Vandalismus, massiver Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, „Stigmakult“ (Hafeneger/Jansen 2001) und dem Konsum neonazistischer und anderer rechter Musik zusammenkomponiertes Bild (vgl. auch Behn/Heitmann 1995). Insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR etablieren sich Anfang der 1990er Jahre rechte Jugendgruppen in vormals gemischten Jugendclubs. Zum Teil kommt es hier entlang der Rechts-Links-Unterscheidung in Folge zu Verdrängungen bzw. zu Ausdifferenzierungsprozessen innerhalb der Einrichtungslandschaften. Es entstehen auf diese Weise von Rechten dominierte Clubs, gleichzeitig machen die vorliegenden Darstellungen deutlich, dass viele Clubs weiterhin ein gemischtes Publikum aufweisen und rechte Jugendliche stets nur einen Teil der Besucherschaft ausmachen. Als charakteristisch lässt sich mit Bezug auf die Entwicklung im Osten Deutschlands eine starke personelle Verbreiterung von entsprechend orientierten Cliquen hin zu Szenen festhalten. Hier ist häufiger die Rede von größeren, mit Umfeldern bis zu 50 Jugendliche umfassenden Gruppen, die auf spezifische Weise in ein größeres Geflecht aus organisierten Rechtsextremist_innen und eher unpolitischen, gewalttätigen Jugendlichen eingebettet sind (vgl. mit etlichen Beispielen Krafeld/Möller/Müller 1993; exemplarisch auch Schmitz 2007). Auf der anderen Seite dominieren – in Berichten aus Projekten im Westen Deutschlands – weiterhin Beschreibungen verschiedenartig konturierter, allerdings stets männlich dominierter Kleingruppen. Mal werden in diesem Zusammenhang Cliquen beschrieben, die sich als „rechts“ definieren, in Bezug auf den jeweiligen Festigkeits- und Ideologisierungsgrad jedoch ein äußerst heterogenes Bild abgeben und ihre Haltung nur bedingt nach außen hin dokumentieren. Mal handelt es sich um Skinhead-Cliquen, die ihr Rechtssein offensiv ausleben, sich aber gleichzeitig von einer ‚harten‘ Szene abgrenzen. Mal handelt es sich dem Selbstbild nach um „politische Gemeinschaften“ (vgl. an Beispielen Sturzenhecker 1995; Hafeneger/Jansen 2001). In allen Fällen wird weiterhin die soziale, kulturelle und politische Heterogenität dieser Gruppen betont.

In diese Phase fällt – im Osten gerahmt durch das „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) – auch ein verstärktes Bemühen um die Entwicklung von Konzepten der Ansprache und der pädagogischen Arbeit mit diesen Gruppen (vgl. exemplarisch Hinrichs/Mach 2001; Smaldino 2001; Walter 2008). Dabei sind diese Überlegungen, anders als noch in den ausgehenden 1980er und frühen 1990er Jahren, von sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen geprägt. Neben Einrichtungen, für die das erwähnte Bild des ‚Auftauchens‘ und ‚Einfallens‘ weiterhin charakteristisch ist, finden sich in der Bestandsaufnahme sowohl Einrichtungen, in deren Rahmen (skin-)kulturelle Annäherungen und rechtsextreme Affinisierungsprozesse überhaupt erst ihren Ausgang nehmen als auch Einrichtungen, die auf öffentlich formulierte oder selbst gesehene Bedarfe reagieren und darauf hinarbeiten, rechte Cliquen „von der Straße zu holen“ (vgl. exemplarisch Jugendamt Potsdam 1998). Nicht zuletzt fällt in das Ende dieser Phase eine wachsende (Selbst-)Kritik an der Ausrichtung solcher Angebote und Projekte und werden in vorliegenden Darstellungen Grenzen und Bedingungskonstellationen des Scheiterns solcher Angebote besonders betont, v. a. wo sie auf der Grundlage fehlender oder defizitärer Konzepte arbeiteten (vgl. etwa Jilek 1998; Affolderbach 2000; Aechtner 2001; Hinrichs/Mach 2001).

Die Beschreibungen aus der Phase 2001-2006 stehen, was bestimmte Fixpunkte (jung, männlich, gewalttätig) der rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Besuchergruppen angeht, in einer gewissen Kontinuität zu älteren Beschreibungen. In entscheidenden Punkten weichen sie jedoch von ihnen ab. Beobachtete Veränderungen betreffen optische und jugendkulturelle Diversifizierungen, einen ersten Generationswechsel, aber auch eine zunehmende Entkonturierung dieser Gruppen, die sich insofern in den Beschreibungen der Einrichtungen niederschlägt, als immer weniger von „rechten“ und „rechtsdominierten“ Clubs die Rede ist und immer mehr von Treffpunkten, in denen rechte Jugendliche eine von unterschiedlichen Besuchergruppen ausmachen. Dieser Veränderungsprozess hat, so lässt sich aus den Darstellungen herauslesen, auch damit zu tun, dass in vielen Einrichtungen vermehrt – und nicht immer verbunden mit inhaltlicher Auseinandersetzung – auf das Aufstellen rigider Regeln in Bezug auf das Ausleben und Zeigen extrem rechter Gesinnung gesetzt wird, so dass auch die auf diese Weise entstehende „Verbotskultur“ (IW 7) zum Wegbleiben bestimmter Besuchergruppen führt.

Die sich ab den frühen 2000er Jahren abzeichnende Linie eines Verzichts auf eine ausschließlich auf rechtsextrem orientierte Jugendliche fokussierte Arbeit im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zugunsten diversifizierter Angebote setzt sich in den vorliegenden Darstellungen aus Praxiserfahrungen bis heute fort. Rechtsextrem orientierte, und womöglich jugendkulturell klar einzuordnende Jugendliche spielen in den im Rahmen dieser Recherche berücksichtigten Einrichtungen keine Rolle mehr. Die Rede ist nun durchgehend von gemischten Clubs, in denen „rechts- und/oder gewaltaffine, vorwiegend männliche, junge Menschen, im Alter von 12-16 Jahren“ (Einrichtung aus Berlin) neben „normalen“ Jugendlichen eine Zielgruppe der Arbeit ausmachen. Insgesamt stehen gegenüber rechtsextremer Orientierung, Szenezugehörigkeit oder gar Organisationierung in den Beschreibungen gerade der Jüngeren zudem mit „Affinität“ und „intergenerationellen Einflussgrößen“ zwei neuartige Aspekte im Vordergrund. In Bezug auf den ersten Punkt wird in einer Beschreibung exemplarisch von „Sympathisanten der rechten Szene“ und von „Jugendliche[n] mit Aspekten rechter Einstellung“ gesprochen, die aber nicht mehr unbedingt enge Bezüge zu extrem rechten Szenen, geschweige denn rechtsextremen Organisationen aufweisen (Einrichtung aus Sachsen). In einer anderen Beschreibung wird mit Bezug auf diese Phase erklärt: „Keine Besucher mehr aus der rechten Szene, in Anbetracht des örtlichen Umfeldes sind aber unter den Besuchern durchaus rechte Tendenzen zu erkennen“ (Einrichtung aus Berlin). Eine dritte Beschreibung setzt gegenüber der Bestimmung von sozialer Nähe zu rechten Szenen mehr auf eine inhaltlich-qualitative Beschreibung der Orientierungen der Besucherschaft, wenn es heißt: „Beleidigungen, Abwertungen und Diskriminierungen treten [...] auf, insbesondere homophobe Äußerungen [...] sowie sexistische und sehr stark alltagsrassistische, zum Teil auch sozialchauvinistische Einstellungen“ (Einrichtung aus Berlin). In Bezug auf den zweiten Punkt häufen sich – anschließend an bereits in der vorhergehenden Phase gemachte Beobachtungen eines Generationenwechsels – Hinweise auf Prägungen durch Eltern, die selber eine rechtsextreme (Szene-)Sozialisation durchlaufen haben, ihre Sichtweisen offenbar an die Kinder weitergeben, die zum Teil im sehr jungen Alter schon durch „die unreflektierte Wiedergabe rechtsextremer Ideologieversatzstücke“ (Einrichtung aus Berlin) in Erscheinung treten, ohne sich zwingend einer rechten Szene zugehörig zu fühlen.

Mit Blick auf die Recherche zu aktuellen Erfahrungen im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist zunächst festzuhalten, dass sowohl Auskunftgeber_innen in Ministerien, Behörden, Fachverbänden, themenbezogenen Koordinierungs- und Netzwerkstellen als auch solchen in Spitzen-

verbänden und Kirchen (als potenziellen Trägern) selten, häufig auch gar nicht, bekannt ist, dass im Kontext Offener Kinder- und Jugendarbeit überhaupt noch mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen pädagogisch gearbeitet wird. Insbesondere gilt dies in Bezug auf konzeptionell zielgerichtet fokussierende Angebote im Bereich der Regelstruktur. In Erweiterung dieser Bestandsaufnahme wird generell angenommen, zum Teil auf der Basis einer guten Übersicht auch konstatiert, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit den Kontakt zumindest zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen weitgehend verloren hat. Dafür werden Gründe auf verschiedenen Ebenen genannt:

Klientelbezogene Gründe: Die entsprechenden Szenen, so heißt es in vielen Antworten, sind heute weniger „naiv“, das heißt hier, dass sie entsprechenden pädagogischen Angeboten kritisch-distanziert, zuweilen desinteressiert gegenüberstehen. Hinzu kommt, dass die Angehörigen dieser Szenen in immer weiter abnehmender Weise erkennbar sind und sich in den vergangenen Jahren in den Raum der Privatheit und selbstorganisierter Angebote zurückgezogen haben (so z. B. Demos Brandenburg; Jugendamt Potsdam; Träger der Jugendhilfe aus Thüringen). Im Resultat dieser Entwicklung bewegen sich rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche heute oft nicht mehr als Gruppenmitglieder im Kontext der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, sondern treten vorrangig in Gestalt einzelner „rechtsaffiner“ Jugendlicher auf.

Professionsbezogene Gründe: Strukturell hat insbesondere in ländlichen Räumen der demographische Wandel zu einer Zersiedelung der Handlungsräume der Sozialen Arbeit geführt (so etwa Demos Brandenburg). Die Zahl der offenen Jugendtreffs und Regelangebote hat (nicht nur hier) abgenommen. Gerade Jugendclubs in dörflichen Gegenden arbeiten, sofern es sie überhaupt noch gibt, wenig konzeptionell, zum Teil befinden sie sich auch in Trägerschaft von Jugendverbänden und sind faktisch keine offenen Einrichtungen, sondern Vereinshäuser mit eingeschränkten Öffnungszeiten und eingeschränkter Ausstrahlungskraft (so die Auskunft der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen). Inhaltlich wird festgestellt, dass auch heute noch oft kein adäquates Problembewusstsein und keine Neigung entwickelt sind, in den für die Auseinandersetzung zentralen sozialräumlichen Handlungsbereichen (periphere Dörfer, ländlicher Raum im Allgemeinen, aber auch Neubauviertel) kontinuierlich tätig zu werden (so Demos Brandenburg). Gerade im ländlichen ostdeutschen Raum dominiert demnach weiterhin eine allgemeine, entpolitisierende Abwehrhaltung, die mit einem oft gering ausgeprägten fachlichen Interesse an diesem Handlungsfeld korrespondiert.²⁶ Zudem wird dieser Arbeit gerade deswegen eine niedrigere Bedeutung zugewiesen, weil entsprechende Jugendliche nicht mehr in geballter Form als ‚schwierige‘ Gruppen, sondern als Einzelne oder auch als Vereinzelte auftreten.

Negativberichterstattung und politischer Druck: Eine moderierende Rolle für die abnehmende Bereitschaft zur pädagogischen Arbeit mit diesen (Gruppen von) Jugendlichen im Rahmen der Offenen Arbeit spielt dabei auch weiterhin äußerer Druck. Exemplarisch heißt es in der Antwort eines brandenburgischen Jugendamtes, dass neben dem „Rückzug der rechten Szene ins Private“ auch „(Antifa-)Druck in der Öffentlichkeit dazu [führte], dass derweil kein Jugendklub(-träger) mehr bereit ist, jungen Menschen aus der rechten Szene eine vom Jugendgericht verordnete Ableistung von Sozialstunden in ihren Räumen anzubieten bzw. zu realisieren“ (Schriftliche Antwort vom 22.07.13).

²⁶ Versuche, das Handlungsfeld in die Studiengänge der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAWs) im Land Brandenburg einzubringen, blieben, so heißt es in einem Gespräch mit einem Auskunftgeber aus dem Bereich der Beratungsarbeit, bislang erfolglos.

Tatsächlich finden sich allerdings weiterhin Einrichtungen, die im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen arbeiten. Deren Darstellungen bestätigen und vertiefen die bereits vorliegenden Beschreibungen. Statt szenisch eingebundene rechtsextrem orientierte Jugendliche als klar definier- und abgrenzbarer ‚Zielgruppe‘ der Arbeit ist die Rede nun von rechtsaffinen, rechtsorientierten, zum Teil auch gewalttätigen oder gewaltbereiten Jugendlichen, die sich im Dunstkreis oder im Gefährdungsfeld rechtsextremer Szenen bewegen, mit ihnen sympathisieren oder ihnen zuweilen (insbesondere, wenn es sich um Jungerwachsene handelt) nahestehen und aufgrund äußerer Umstände (d. h. einer starken örtlichen Präsenz organisierter Rechtsextremer) dort Bekanntschaften pflegen. Als charakteristisch werden gegenüber Aspekten von Ideologie oder genauer bestimm- baren jugendkulturellen Orientierungen in einer Beschreibung genannt: „Chauvinismus, Sexismus, z.T. Verharmlosung des NS“ (Einrichtung in Sachsen). Noch etwas ‚weicher‘ formuliert heißt es in einer anderen Beschreibung: „Alltagsrassistische Äußerungen kommen immer mal wieder vor, lassen aber noch keinen Schluss darauf zu, dass die Jugendlichen mit der rechten Szene sympathisieren“ (Einrichtung aus Sachsen-Anhalt). Grundsätzlich machen rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche in allen diesen Einrichtungen nur eine Teilgruppe im Feld einer insgesamt heterogenen Besucherschaft aus. Gleichzeitig wird mehrfach auf rechtsextreme Elternhäuser verwiesen, die mutmaßlich prägenden Einfluss auf die jugendlichen Besucher_innen nehmen.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf das Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sagen:

- ✓ Insgesamt gibt es – zumindest nach Stand der Recherche und der in diesem Rahmen erzielten Auskünfte – kaum noch Berührungspunkte zwischen Offener Arbeit und rechtsextrem orientierten Jugendlichen.
- ✓ Am ehesten erreicht werden, so lässt sich empirisch abgesichert etwa mit Blick auf manche heute noch bestehende Einrichtung aus dem ehemaligen AgAG-Zusammenhang sagen, ‚rechtsaffine‘ Jugendliche, die als ‚gefährdet‘ zu bezeichnen sind, weniger weil sie eine Nähe zu rechten Szenen aufweisen, sondern weil sie gruppierungsbezogene Ablehnungen vertreten. Anzunehmen ist, dass Erfahrungen mit diesen Formen von ‚Gefährdung‘ auch in vielen anderen, im Rahmen der Recherche nicht angesprochenen Einrichtungen der OKJA gemacht werden.
- ✓ Grundsätzlich stellen rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche eine Gruppe von Besucher_innen unter vielen dar; klare Grenzen lassen sich oft schon deshalb nicht ziehen, weil sie kaum bzw. gar nicht mehr als mehr oder weniger geschlossene Gruppen in den Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit auftreten.

AUFSUCHENDE ARBEIT

Von ähnlich gerichteten Entwicklungstendenzen ist das Feld der Aufsuchenden Arbeit geprägt. Ansätze Aufsuchender Arbeit stellen den zeitlichen und logischen Nukleus der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen dar und sind klassischerweise (und zum Teil bis heute) immer dort zum Tragen gekommen, wo bestehende Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit bestimmten Herausforderungen nicht umzugehen wussten oder wo es keine entsprechenden Angebote gab und gibt. Im Gesamtbild aller an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche gemachten pädagogischen Angebote dominierten bis ins Jahr 2000 aufsuchende Ansätze. Für die Zeit bis 1991 wurden 25 entsprechende Angebote identifiziert, zwischen 1992

und 2000 sogar 67. Seitdem liegen die Zahlen konstant bei gut 20 Angeboten. In Prozentwerten ausgedrückt werden die starken Verschiebungen noch deutlicher. Bis 1991 entfielen rd. 64% der Angebote auf diesen Bereich.²⁷ Zwischen 1992 und 2000 waren es noch gut 48%. Seitdem hat dieses Handlungsfeld schrittweise an Bedeutung verloren. Zwischen 2001 und 2006 entfielen noch knapp ein Drittel aller gemachten Angebote auf diesen Bereich, seit 2007 nur noch – oder immerhin – rund ein Viertel. Letztlich erweist sich das Feld Aufsuchender Arbeit bekanntlich als strukturell äußerst heterogen, denn es umfasst neben Mobiler Jugendarbeit und Streetwork etwa auch – im Bereich der Fanarbeit – die Arbeit mit ganzen Szenen, die sich aus politisch und kulturell unterschiedlichen Gruppen zusammensetzen.

Entwicklungen im zeitlichen Verlauf

Erfahrungen und Projekte Aufsuchender Arbeit in der ‚alten‘ Bundesrepublik sind dokumentiert ab 1988, etwa in Bochum (Baensch 1992), Bremen (Heim u. a. 1991a), Delmenhorst (Krafeld/Möller/Müller 1993, 123), Ostfildern (Piaszczyński/Füßenhäuser 1992; Lukas u. a. 1993) und Riedstadt (Hartmann 1992). Bezieht man Projekte aus dem Kontext der Arbeit mit Fußballfans mit ein, finden sich erste Projekte bereits 1982/83 in Bremen (Krafeld/Möller/Müller 1993) und Hamburg (Wald 1988).²⁸ Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entstanden – v. a. im AgAG-Zusammenhang – erste Angebote um 1990/91 an diversen Orten (siehe überblicksartig Vahsen u. a. 1994; exemplarisch Krafeld/Möller/Müller 1993).

Dabei lassen sich im Wesentlichen drei Entstehungskontexte voneinander unterscheiden. Mit Aufsuchender Arbeit wird in dieser Phase erstens in manchen Fällen auf das öffentliche Auftreten von Jugendgruppen reagiert, die sich durch Gewalt(-darstellungen oder -handlungen), durch rechtsextreme Positionierungen und durch ‚einschlägige‘ jugendkulturelle Ausstaffierungen (vornehmlich in Anlehnung an die Skinheads) auszeichneten und entsprechend etikettiert waren (Piaszczyński/Füßenhäuser 1992; Scherer/Wieczorek 1992; Wieczorek 1993). Beschrieben werden in diesem Zusammenhang sowohl von Jungen dominierte als auch gemischtgeschlechtliche Cliquen, deren gemeinsames Moment nicht zuletzt auch darin besteht, dass sie über keinerlei Anbindung an Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verfügen und – zum Teil aufgrund fehlender Angebote, zum Teil auch aufgrund von Abwehrhaltungen bestehender Einrichtungen – nicht in der Lage sind, solche Anbindungen zu erreichen. Aufsuchende Arbeit hat in dieser Phase zweitens mit Gruppen gefährdeter, zumeist jüngerer Jugendlichen und Kinder zwischen zehn und 14 Jahren zu tun, die von organisierten Rechtsextremist_innen und Neo-Nazis umworben werden und agiert hier auch dem eigenen Bewusstsein nach als „Konkurrent auf dem Jugendmarkt“ (Streetwork-Projekt in Hamburg). Eine mit dem Thema Rechtsextremismus konfrontierte Aufsuchende Arbeit findet drittens im Kontext der Arbeit mit „Härtefans“, das heißt zunächst mit gewaltorientierten „Kutten“, dann mit Skinheads, schließlich mit Hooligans statt und thematisiert in diesem Rahmen auch politische Einstellungen.

Übereinstimmungen zwischen diesen unterschiedlichen Handlungsfeldern zeigen sich darin, dass der Kontakt zu den Sozialarbeiter_innen häufig von den Jugendlichen aktiv gesucht wird und dass die Raumkomponente – d. h. die Verfügung über eigene Treffpunkte – eine entscheidende Rolle spielt (vgl. Wald 1988; Piaszczyński/Füßenhäuser 1992; Sche-

27 Ab 1990 inkl. Gebiet der ehemaligen DDR und Ost-Berlin.

28 Vollständigere Weise ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Rahmen der Randständigen- und Rockerarbeit im Laufe der 1970er Jahre Erfahrungen im pädagogischen Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gemacht wurden, wenngleich dies nicht im Rahmen konzeptionell gezielt fokussierender Angebote geschah.

rer/Wieczorek 1992). Vielschichtig fallen je nach Feld die Methoden aus. Während Einzelfallhilfen – meist im Nachgang der Aufnahme von Gruppenarbeit – durchgehend eine Rolle spielen, stehen im zweiten Fall besonders erlebnispädagogische Angebote im Vordergrund. Fanprojekt-Arbeit stellt hier insofern einen Sonderfall dar, als die Arbeit schwerpunktmäßig in einem vorab definierten örtlich-sozialen Raum (Stadion, Fußball) stattfindet und eben nicht ausdrücklich nur auf sog. Rechte abzielt.

Ähnlich wie schon mit Bezug auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit beschrieben, finden sich zwischen 1992 und 2000 im Rahmen Aufsuchender Arbeit sowohl kulturell eindeutig verortete als auch wenig klar konturierte Cliques; auch der ideologische Tiefgang ist den Beschreibungen nach unterschiedlich, wenngleich zu vielen dieser Cliques, die im Osten durchgehend größer ausfallen, auch ‚Organisierte‘ gehören. Insgesamt stehen in den Beschreibungen mehr Aspekte von Fluidität bzw. von Konsolidierungs- und Zerfallsprozessen im Vordergrund (siehe etwa Klose u. a. 2000; Groffmann 2001). In den Blick genommen und betont werden in den Beschreibungen auch die Multiproblemlagen der Jugendlichen, mit denen gearbeitet wird; mehr und mehr wird jedoch auch auf Grenzen und Hürden dieser Arbeit verwiesen (etwa bei Buderus 1998; Glaß 2002). Zum Teil wird in diesem Zuge von der bis dahin existierenden Perspektive der Anbindung dieser Gruppen an Einrichtungen der Offenen Arbeit oder der Errichtung eigens für sie vorgesehener Treffs abgerückt (vgl. Eißrich 2004). Dies hat nicht allein damit zu tun, dass die Eröffnung solcher Treffs verstärkt auf die Kritik Dritter trifft, sondern auch damit, dass in der Arbeit mit diesen Gruppen des öfteren Grenzen zwischen ‚Unorganisierten‘ und ‚Organisierten‘ gezogen werden, was zum Teil zum Abbruch der Kontakte und zum Ende der Cliquesarbeit führt. In diesem Kontext wird auch von Disseminationen, d. h. von der Ausweitung der Projekte auf Gruppen von Jugendlichen jenseits der Rechtsextremismus-Thematik berichtet. Auch im Feld der Fanarbeit fällt in das Ende der 1990er Jahre der Abbruch der zielgerichteten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (vgl. etwa Dembowski 2001).

Im Ergebnis dieser Entwicklung finden sich in der Phase zwischen 2001-2006 immer weniger Projekte und Angebote Aufsuchender Arbeit, die sich konzeptionell zielgerichtet mit Gruppen rechtsextrem orientierter Jugendlicher beschäftigen. Festgestellt wird, dass diese Jugendlichen zunehmend schlecht erreicht werden oder zu ihnen Kontakt nur noch in einem weitergefassten Rahmen der Arbeit mit einer, „breite[n] Masse an Mitläufern“ (Träger in Sachsen) besteht. Gleichzeitig fallen in diese Phase auch erste Versuche der Verknüpfung mit anderen Handlungsfeldern wie Schule (Träger in Berlin) oder aber Zugänge, die weniger auf Alltagsbegleitung und Beziehungsarbeit als auf situative Angebote der Jugendbildung setzen (Projekte in Nordrhein-Westfalen). Im Bereich der Fanarbeit treten Gruppen rechtsextremer Fans – zum Teil auch aufgrund der Positionierungen der Fanprojekte (vgl. Koordinierungsstelle 2012) – als ausgewiesene Zielgruppen in den Hintergrund.

Die hier erwähnten Entwicklungstrends setzen sich seit 2007 in den meisten Fällen fort. Auf der einen Seite werden rechtsextrem orientierte Jugendliche, so aktuelle Darstellungen und Bestandsaufnahmen, zunehmend schlecht im Rahmen Aufsuchender Arbeit erreicht. Exemplarisch erklärt ein Träger aus Brandenburg, dass sich der Zugang zu diesen Jugendlichen im Rahmen klassischer Aufsuchender Arbeit als auch im Rahmen der Betreuung von – zum Teil in Selbstverwaltung geführten – Jugendtreffs als hürdenreich darstellt. Praktisch werden vor allem „gefährdete“ Jugendliche erreicht, die sich in einer gewissen sozialen Nähe zu rechten Szenen bewegen bzw. bestimmte Momente rechtsextremer Einstellung besitzen. Auf der anderen Seite finden sich Praxiserfahrungen mit sehr unterschiedlichen Gruppen. Exemplarisch für die Arbeit mit einer – mit Blick auf frühe-

re Erfahrungen recht klassischen -Clique steht die Beschreibung eines Trägers in Baden-Württemberg. Hier werden große Teile der lokalen rechtsextremen Szene im Rahmen Aufsuchender Arbeit begleitet. Die Kerngruppe wird insgesamt als heterogen beschrieben. Es finden sich in ihr sowohl Jugendliche mit Bezügen zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und zu Kameradschaften als auch Jugendliche ohne solche Anbindungen. Die Gruppe ist – anders als in der Vergangenheit, wo der Skinheadlook dominierte – jugendkulturell nicht mehr genau einzuordnen. Eine gewisse Rolle spielen Handlungsmuster, (Abhalten von Sonnenwendfeiern, Wanderungen, Betonung von Kameradschaftlichkeit), die an die Hitler-Jugend erinnern. Die Gruppe ist eher formiert als offen, es ist schwierig, aus ihr herauszukommen, um so mehr als ein gewisser Schulungs- und Ideologierungsgrad besteht. Mädchen spielen in der gesamten Szene nur am Rande eine Rolle. Die zugehörigen Mädchen vertreten selbst tradierte Rollenvorstellungen, anders orientierte Mädchen werden nicht angesprochen; der daraus resultierende starke homosziale Charakter der Gruppe wird habituell gepflegt und geht ein in das – zum Teil auch selbstgewählte – Außenseiterimage als ‚Randgruppe‘. Zum Teil spiegelt sich darin der Umstand, dass die Angehörigen der Gruppe anderen pädagogischen Strukturen „durch die Lappen gegangen sind“ (Träger in Baden-Württemberg). Gleichzeitig besitzen einige von ihnen jedoch auch eine Einbindung in örtliche Strukturen der Jugendfeuerwehr. Der Kontakt mit Pädagog_innen wird nur von einem Teil der Gruppe gesucht, von einem anderen Teil eher geduldet. Aufgrund der hohen Mobilität der Gruppe im Landkreis („Groundhopping“) bedeutet Aufsuchende Arbeit unter diesen Bedingungen, im selben Maße mobil zu sein, sowohl an den Orten, an denen sich die Jugendlichen jeweils treffen, als auch in sozialen Netzwerken Präsenz zu zeigen und neben dem Angebot der Unterstützung auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Jugendlichen zu suchen.

Das Gesamtbild vervollständigt sich durch Beschreibungen von deutlich anders strukturierten Gruppen und Settings. In einer weiteren Darstellung der Betreuung von selbstorganisierten Treffpunkten im baden-württembergischen Raum wird gerade auf die weitgehende Auflösung fester rechter Cliques verwiesen. Rechtsorientierte oder rechtsextreme Cliques waren und sind hier eine Seltenheit. Etwas häufiger – allerdings insgesamt ebenfalls selten – finden sich Cliques, zu denen auch rechtsorientierte Jugendliche gehören. Begriffe wie rechtsextrem oder rechtsextremistisch werden aus pädagogischer Sicht allerdings als wenig passgenau empfunden, weil es sich hier um Jugendliche handelt und weil eine Anbindung an rechtsextreme Organisationsstrukturen und Ideologierungen i. d. R. nicht zu erkennen ist und allenfalls in Einzelfällen vermutet werden kann. Insgesamt werden diese Jugendlichen, die sozial etabliert und durch das vorherrschende, eher konservative Milieu geprägt sind, als rechtsorientiert bezeichnet. Ihre ‚Rechtsorientierung‘ zeigt sich etwa durch die Verwendung bestimmter Symbole, die im Treffpunkt aufgehängt werden (Reichskriegsflagge), das Hören bestimmter, nationalistischer Musik (v. a. „Böhse Onkelz“, „Frei.Wild“, mitunter auch „Rechtsrock“) und damit zum Ausdruck gebrachte distinktive Abgrenzung und Provokationsabsicht („Wir sind anders“). Diese Orientierungen werden allerdings vor allem im internen Rahmen der jeweiligen Treffpunkte ausgelebt und sind entsprechend kaum öffentlich.

In eine ebenfalls von rechtsextremen Cliques wegweisende Richtung geht die Beschreibung eines Trägers in einer brandenburgischen Großstadt. Zum einen sind, so die Erfahrung, rechte Cliques kaum noch sicht- und erreichbar. Zum anderen lassen sich ‚rechte Tendenzen‘ auch nicht mehr an jugendkulturell klar bestimmbar Gruppen festmachen, sondern finden sich auch in anderen Jugendgruppen, etwa aus der Graffiti- und Skater-Szene. In diesem Rahmen lässt sich auch eine fortschreitende Entkopplung zwischen ‚rechten‘ Jugendlichen und rechtsextremen Organisationen beobachten, denen es meist nur noch punktuell gelingt, diese Jugend-

lichen anzusprechen oder gar zu mobilisieren.

Unter politischen und kulturellen Gesichtspunkten handelt es sich demnach um ‚Mischcliquen‘. Die Jugendlichen sind nicht ausschließlich in klassischer Weise – sozial und schulisch – ‚desintegriert‘. Der Anteil der Mädchen ist im Vergleich zu früher gestiegen, was diese Gruppen wiederum für Jungen attraktiver werden lässt. Einzelne Jugendliche weisen rechte Orientierungen auf. Ihr Rechtssein äußert sich im Hören von Musik mit rechten Texten auf dem Handy, zeigt sich bei den Facebook-Profilen der Jugendlichen daran, mit wem sie befreundet sind und welche Dinge sie ‚liken‘. Inhaltlich äußert sich dieses Rechtssein aktuell weniger in ausländergefeindlichen, rassistischen oder antisemitischen Positionierungen und mehr in positiven Bezügen auf nationale Zugehörigkeit, auf den „Volks-tod“-Diskurs des politischen Rechtsextremismus und die „nationaloppositionelle“ Propaganda der NPD gegen „die da oben“. Innerhalb der Gruppen werden solche rechten Positionierungen oft akzeptiert oder gar nicht wahrgenommen; entsprechend wenig Abgrenzungen und Auseinandersetzungsbereitschaften sind zu erkennen.

Auch in den vorliegenden Darstellungen und Beschreibungen der insgesamt 48, bis hinunter in die 5. Liga tätigen Fanprojekte wird ein differenziertes Bild der Arbeit mit Gruppen rechtsextrem orientierter Jugendlicher als auch der Jugendlichen selbst entworfen. Einerseits sind die Fanprojekte in ihrer Arbeit oftmals – auch vor dem Hintergrund ihres Auftrags, u. a. auf den „Abbau extremistischer Orientierungen“ hinzuwirken (vgl. „Nationales Konzept Sport und Sicherheit“ 1993) – mit verschiedenen Ausprägungen von Rechtsextremismus konfrontiert. Andererseits ist Rechtsextremismus als „sichtbares und hörbares fremdenfeindliches und rechtsextremes Verhalten auf den Rängen in den Stadien in den letzten Jahren zurück gegangen“ (Behn/Schwenzer 2006, 328) und besteht aufgrund eigener Positionierungen in vielen Fällen auch kein Zugang mehr zu rechtsextrem orientierten Teilen der Fanszenen. Im Kontext der aktuell mit größerer Vehemenz aufflammenden Konflikte zwischen rechtsextrem orientierten und antifaschistischen oder antirassistischen Teilen (etwa in Aachen, Braunschweig, Dortmund oder Duisburg) treten die Fanprojekte nicht immer als neutral-moderierende Stellen auf, sondern sehen sich auch selbst von Seiten rechtsextremer Fans als Gegner adressiert.

Der Umgang der Fanprojekte mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Teilen der Fanszene ist dabei nicht einheitlich. Glaser (2009) identifiziert zwei grundsätzliche Strategien, mit denen unterschiedliche Zielgruppen adressiert werden: auf der einen Seite wird auf die Stärkung von demokratischen bzw. antirassistischen Gegenkräften in der Fanszene gesetzt. Auf der anderen Seite steht die „Beziehungsarbeit mit fremdenfeindlichen, mehr oder weniger ausgeprägt rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ (Glaser 2009, 132). Nur eine Minderheit der Projekte, so wird festgestellt, arbeitet entlang der zweiten Linie mit Jugendlichen, die mit rechtsextremen oder rassistischen Äußerungen auftritt. „Fan-Projekte, die systematisch mit rechtsextrem orientierten Fans arbeiten“, heißt es, „findet man am ehesten noch in Ostdeutschland, während an westdeutschen Standorten dieser Ansatz faktisch keine Rolle zu spielen scheint“ (ebd.). Für die Frage des Zugangs entscheidend ist dabei stets auch, zu welchen Teilen der Fanszene die Mitarbeiter_innen tendieren. Faktisch arbeiten die Projekte entweder mit der einen oder mit der anderen Gruppe. Während dies häufig mit begrenzten Ressourcen begründet wird, zeigt sich, dass eine gleichgewichtete Arbeit mit beiden Gruppen vor allem auch deshalb nicht möglich ist, weil sich die Gruppen nicht darauf einlassen bzw. der Zugang zu der einen den Zugang zu der anderen Gruppen tendenziell versperrt, da „[d]ie Zusammenarbeit mit einer Gruppe [...] als Positionierung für diese Gruppe und die von ihr vertretene Haltung wahrgenommen [wird]“ (ebd., 149). Resümierend heißt es, dass es der gegenwärtigen Fanarbeit nicht gelingt, „alle im Kontext dieser Arbeit relevanten Zielgruppen einzubeziehen, was aktuell vor allem zu Lasten der Arbeit mit rechtsext-

rem orientierten Jugendlichen geht“ (ebd., 151).

In den im Rahmen der Recherche eingeholten Darstellungen spiegelt sich diese Problematik teilweise wider. Grundsätzlich verweisen alle antwortenden Projekte erstens auf die Heterogenität der jeweiligen Fanszenen, zweitens auf fanszenenspezifische Besonderheiten, die jegliche inhaltliche Auseinandersetzung rahmen und drittens auf die für die eigene Arbeit größere Bedeutung diffuser diskriminatorischer Einstellungen gegenüber klar konturierten rechtsextremen Haltungen. Fanarbeit findet – zunächst einmal unter Ausblendung der politischen Dimension – „sowohl mit auffälligen und gewaltfaszinierten bzw. gewaltbereiten Jugendlichen als auch mit aktiven Gruppen [statt], die sich selbstinitiativ, kreativ, gewaltfrei und antirassistisch engagieren“ (Fanprojekt in Südwestdeutschland). Rechtsextrem orientierte Fans stellen darin grundsätzlich eine – zahlenmäßig allerdings kleine – Zielgruppe unter anderen dar und werden in vielen Fällen, vor allem dort, wo sie sich aus Älteren rekrutieren, gar nicht erreicht. Charakteristisch ist vor diesem Hintergrund weniger, dass größere Teile der Fanszene rechtsextreme Einstellungen vertreten als dass vielmehr eine nicht immer stark ausgeprägte Abgrenzungsbereitschaft existiert, die auf einem „unpolitischen“ Selbstbild gründet. So heißt es in derselben Darstellung: „In der [...] Fanszene bewegen sich bekannte rechtsextreme Größen aus der Region. Viele unserer jugendlichen Zielgruppe stört es nicht, mit diesen Leuten Freizeit zu verbringen. Der Großteil sieht sich selbst als unpolitisch. Dennoch gibt es auch einen größeren rechten Rand und einen kleinen linken Rand. Grundsätzlich findet die Zielgruppe Rechtsextreme, wenn die Propaganda nicht allzu offensichtlich geschieht, ganz nett, weil das sind ja auch alles [...] Fans [des Vereins] und nett sind sie auch [...]“ (Fanprojekt in Südwestdeutschland).

Die zentrale Herausforderung besteht aus Sicht der antwortenden Fanprojekte nicht allein – vielleicht auch nicht im Besonderen – darin, diese Haltung direkt zu durchbrechen. Vielmehr wird durch die Thematisierung allgemeiner diskriminierender Einstellungen in der laufenden Arbeit versucht, die Entstehung von Haltungen zu erreichen, die auch auf eine klarere Distanzierung gegenüber rechtsextrem orientierten Teilen der Fanszenen hinauslaufen.

Exemplarisch wird die Herausforderung, vor der Fanprojektarbeit in diesem Zusammenhang steht, in einem Expert_inneninterview mit Blick auf ein südostdeutsches Fanprojekt geschildert. Im Mittelpunkt der Beschreibung steht weniger ein problematisch auftretender rechtsextrem orientierter Teil der Fanszene als das Nebeneinander einer überschaubaren Zahl von Jugendlichen mit organisatorischen bzw. szenischen Bezügen zum Rechtsextremismus und einer größeren Zahl an Jugendlichen mit geringer „Ideologiedichte“, die zum Teil keine Berührungsprobleme mit ‚rechten‘ Fans haben, sich zum Teil aber auch von Rechtsextremismus abgrenzen. Als charakteristisch wird bezeichnet, dass auch bei diesen Jugendlichen Einstellungsmuster – in Bezug auf die Abwertung von Schwachen, Homophobie oder Antisemitismus – existieren, die ins definitorische Raster der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit fallen, allerdings nicht im Kontext der Rechtsextremismus-Problematik thematisiert werden (IW 3).

Mit Blick auf das Handlungsfeld Aufsuchender Arbeit lässt sich zusammenfassend festhalten:

- ✓ Angebote, die sich zielgerichtet an rechtsextreme Cliquen richten, existieren heute kaum noch.
- ✓ Dies hat zum einen damit zu tun, dass solche Gruppen – sofern es sie noch gibt – nicht mehr ansprechbar zu sein scheinen für klassische Aufsuchende Arbeit, stattdessen Räume der Privatheit suchen und sich in eigene Szenestrukturen zurückziehen.

- ✓ Zum anderen trifft Aufsuchende Arbeit in erster Linie auf Mischcliquen und hybride Cliquen, sieht sich also mit einer zunehmenden kulturellen und politischen Heterogenität, mit entpolitisiert gewandeten inhaltlichen Positionierungen im Bezugsfeld gruppierungsbezogener Ablehnungskonstruktionen, sowie mit immer rascher sich vollziehenden Entstehungs- und Zerfallsprozessen von Cliquen konfrontiert.
- ✓ Im Bereich der Fanarbeit werden die Zugangsmöglichkeiten sowohl durch Positionierungen der Fanprojekte als auch durch eine oftmals vorherrschende „unpolitische“ Haltung der jeweiligen Fanszenen eingeschränkt.

JUGENDVERBANDSARBEIT

Die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen stand und steht nur zum Teil im Fokus der Aktivitäten von Jugendverbänden. Auf der einen Seite existieren solche Jugendverbände, die sich zwar zum Teil intensiv mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, aber nach eigenen Angaben keine einschlägigen Erfahrungen im Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen haben und auch keine entsprechenden spezifizierten Angebote unterbreiten. Auf der anderen Seite finden sich solche (zumeist an größere Verbände aus dem Bereich des Ehrenamts oder der Berufsausübung angegliederte) Jugendverbände, in denen die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Vorfällen und entsprechend orientierten Jugendlichen eine gewisse Bedeutung besitzt. Gleichwohl dominieren hier ‚Vorformen‘ der direkten pädagogischen Auseinandersetzung, das heißt Maßnahmen, in denen Multiplikator_innen sensibilisiert und Ehrenamtliche beraten, unterstützt und ihrerseits zu Berater_innen und Coaches ausgebildet werden, um einen adäquaten Umgang mit rechtsextremen Vorfällen (und entsprechend orientierten Jugendlichen) zu finden und die Vermittlung demokratischer Werte in Verbänden und Vereinen zu unterstützen. Daneben finden sich, im Bereich der Sportverbandsarbeit, einzelne Maßnahmen, mit denen u. a. auch rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche erreicht werden (können).²⁹

Somit ist von Erfahrungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen stets in einem mittelbaren Sinne – aus dem Blickwinkel oben genannter auf Multiplikator_innen bzw. alle Mitglieder abzielenden Maßnahmen – die Rede. Von Seiten des Technischen Hilfswerks (THW) wird generell darauf hingewiesen, dass Organisation und Verbände (bei rund 80.000 Mitgliedern, davon rd. 15.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 bis 17 Jahren) als „Abbild der Gesellschaft“ ebenfalls von „extremistischen Tendenzen betroffen“ sind. Als spezifisch wird bezeichnet, dass Elemente wie „Uniformen, hierarchische Strukturen und [...] Traditionsbewusstsein“ Menschen mit rechtsextremer Gesinnung besonders ansprechen. Um drohender „Unterwanderung“ zu begegnen, wurden seit 2007 verschiedene Maßnahmen mit vor allem präventivem Charakter ergriffen. Dazu gehören die Unterzeichnung der „Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus aller Hilfsorganisationen“ (2007) und der Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Organisationen „Charta der Vielfalt“ (2010), die in Kooperation mit dem Bildungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) erfolgende Ausbildung von Multiplikator_innen im Bereich der Extremismusprävention (seit 2011/12), regelmäßige Wochenendworkshops in der Thematik: „Extremismus und Rassismus – Strategien dagegen!“ (seit 2012), die Erstellung von Broschüren zum Thema Rechtsextremismus, in denen neben Aufklärung

²⁹ Ein ostdeutscher Sportjugendverband erreicht seit 2000 mit der Methode „Straßenfußball“ in entsprechenden Projekten u. a. auch rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche. Ein von Pingel/Rieker (2002, 77ff.) beschriebenes Projekt in einem „ostdeutschen Flächenstaat“, dessen Inhalt der „Aufbau einer Jugendgruppe der ehrenamtlichen Bergwacht mit jugendlichen Skinheads in einer kleinen Gemeinde im Gebirge“ war, ließ sich weder zeitlich noch örtlich genauer zuordnen.

auch Hinweise zum Umgang mit Vorfällen gegeben werden („Echte Motivation – Wir zeigen Gesicht gegen Rechtsextremismus“), und interkulturelle Öffnung („THW verbindet – alle“) in 2013. Desweiteren pflegt die THW-Jugend unter dem Motto „Tolerant-hilfsbereit-weltoffen“ eine Reihe von internationalen Austauschkontakten. In der genannten Broschüre wird neben Aufklärung über Dimensionen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus für eine sensible Wahrnehmung von Vorfällen und dafür geworben, zu handeln und Stellung zu beziehen. Auf Fortbildungsveranstaltungen (im Rahmen der Grundausbildung), (Führungskräfte-)Tagungen, regulären Dienstveranstaltungen, vor Wahlen und bei Veranstaltungen sollen externe Expert_innen einbezogen werden. Zudem wird dazu geraten, jenseits der Alltagsaktivitäten auch andere Aktionen (wie Gedenkstättenbesuche und Fahrten zur politischen Bildung; die Beteiligung an regionalen Aktivitäten, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen) anzubahnen. Anhand von konkreten Beispielen werden darüber hinaus Handlungsvorschläge unterbreitet: die Ansprache des/der jeweiligen Helfers/Helferin, die Thematisierung in der Gruppe, ggf. die Ansprache der Eltern und des sozialen Umfeldes, die persönliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Helfer_innen, die Einholung von Unterstützung über die interne Meldekette (vgl. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk 2013, 14ff.). Diese seit 2010 bestehende interne Meldekette ist in ihrer aktualisierten Form mit dem 01.10.13 in Kraft getreten. In diesem – ursprünglich von der Extremismusprävention ausgehenden – Meldeverfahren sollen aktuell nicht nur Vorfälle aus dem Bereich Rechtsextremismus erfasst werden, sondern so genannte „Meldungen von Vorfällen mit besonderer Dringlichkeit“ in ihrer Gesamtheit. Dazu gehören auch Tötungsdelikte, Missbrauch etc.. Zahlen können aufgrund fehlender systematischer Dokumentation nur geschätzt werden. So heißt es in der Antwort eines THW-Landesverbandes mit Bezug auf den gesamten Zeitraum: „In ca. 10 Fällen im Bereich Extremismusprävention (verbale Übergriffe, Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation, rechtsextreme Facebookauftritte, etc.) hat das Meldeverfahren [gegriffen] bzw. hätte greifen müssen“ (Mailantwort, THW-Landesverband, 03.09.2013).

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der abgenommenen Erreichbarkeit von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontexten der Jugendhilfe, einer zunehmend ausgedünnten Angebotspalette und dem Auftreten solcher Jugendlicher in Strukturen der Feuerwehrverbände werden gerade die Feuerwehren von manchen Expert_innen und Trägern pädagogischer Angebote als potenziell wichtiger Partner bezeichnet. Gleichwohl werden sie zuweilen auch als schwer zugängliches System erlebt, oftmals in einem Ausmaß – „Die Feuerwehr ist verschlossen und kein Partner“ (Träger Aufsuchender Arbeit in Baden-Württemberg) –, das Möglichkeiten der Zusammenarbeit eher gering erscheinen lässt. Die Innenansicht weicht von diesem Bild kaum ab. Die vorliegenden Antworten aus dem Bereich der Verbandsarbeit der (Jugend-)Feuerwehren zeichnen das Bild spezifischer Herausforderungen, die die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bzw. rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen hier rahmen. Die Feuerwehr, so der Kern, befindet sich angesichts durchaus bekannter (auf Treffen und Jugendfreizeiten und in einzelnen Ortsgruppen auch virulenter) Probleme in einem zweifach bestimmten Dilemma: zum einen stehen die Wehren vor der Herausforderung, langfristig Nachwuchs für das ehrenamtliche Engagement zu sichern, müssen also ihre verbandsinterne Auseinandersetzung eher integrativ als exkludierend gestalten. Zum anderen ergibt sich aus der Struktur der Feuerwehrarbeit die Nachrangigkeit inhaltlich-pädagogischer Arbeit und besteht aufgrund des Auftrags die Notwendigkeit klarer, hierarchisch bestimmter Handlungsstrukturen zu Lasten offener, von unten einforderbarer demokratischer Auseinandersetzungskultur. Nicht zuletzt wird auf konfrontative Einforderungen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eher ablehnend reagiert. Umso bedeutsamer ist es, dass es innerhalb der Wehren mittlerweile eine

ganze Reihe von Aktivitäten gibt, die auf Thematisierung von Rechtsextremismus und in Teilen auch auf Förderung der direkten Auseinandersetzung mit entsprechend orientierten Jugendlichen abzielen. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang zum einen auf eher allgemein-präventiv ausgerichtete Aktivitäten auf Bundesebene (etwa auf die von der Deutschen Jugendfeuerwehr 2007 initiierte Integrations- und Inklusionskampagne „Unsere Welt ist bunt“). Zum anderen werden eine Reihe von Projekten erwähnt, die in den letzten Jahren initiiert wurden – etwa „Löschangriff gegen Rechts“ (Niedersachsen), „Einmischen, Mitmachen, Verantwortung übernehmen. Demokratiestarke Feuerwehren in Thüringen“, „Ohne Blaulicht“ (Brandenburg), „Handeln bevor es brennt“ (Sachsen). Stets sind hier zwei Ebenen angezielt: zum einen geht es um die Installierung von Meldesystemen, zum anderen um Aktivitäten der Sensibilisierung, Aufklärung und Schaffung von Bildungsmodulen, in denen es nicht allein um Rechtsextremismus, sondern auch um andere diskriminatorische Haltungen geht. Gleichwohl zielen diese Projekte zunächst einmal auf verschiedenartige Multiplikator_innen ab und wird auch angemerkt, dass Kampagnen und Aktivitäten an der Basis der Verbandsarbeit oft nur bedingt ankommen. Ein Indikator dafür ist, dass insbesondere die installierten Meldesysteme bislang nur wenig in Anspruch genommen werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Sportverbänden. Das im Oktober 2007 verabschiedete Grundlagenpapier „Dem Rechtsextremismus keine Chance – Handlungsansätze und Maßnahmen der Deutschen Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.“ formuliert im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um Rechtsextremismus folgende Leitziele. „Der organisierte Sport muss

1. sich zu diesem Thema auf Dauer eindeutig positionieren: Zum einen muss er sich gegen die Vereinnahmung durch rechtsextreme Organisationen verwahren, zum anderen seine Potenziale durch sozialpräventive Maßnahmen kenntlich machen,
2. den Sportvereinen den Rücken stärken: die Angebote für Kinder und Jugendliche zur sinnvollen Freizeitgestaltung müssen erhalten und gerade dort ausgebaut werden, wo sinnstiftende Freizeitangebote wegzubrechen drohen,
3. die im Sport tätigen Multiplikator/-innen und im kompetenten Umgang mit rechtsextremen Phänomenen und den dabei notwendigerweise auftretenden Konflikten und Interessenkollisionen unterstützen,
4. über den sportlichen Kern der Aufgaben von Sportvereinen und Sportverbänden hinaus Maßnahmen fördern, die rechtsextremen Tendenzen in all ihren Facetten Grenzen setzen und Sportvereine davor bewahren, für die Zwecke von Rechtsextremen funktionalisiert zu werden.“

Vom konkreten Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Die Benennung dieser Leerstelle deckt sich mit neueren Untersuchungen, nach denen sich im Kontext der Sportverbandsarbeit mit professionellen Unterstützungs- und Beratungsangeboten zum Umgang mit Rechtsextremist_innen und Vorfällen und Projekten zur Aktivierung ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen zwei Projekttypen unterscheiden lassen (Glaser 2009, 127ff.). In diesem Sinne existieren in mehreren Bundesländern Angebote zur Hilfestellung in akuten Krisensituationen, schwerpunktmäßig bei rechtsextremen Vorfällen, z. B. wenn bekannte rechtsextreme Aktivist_innen einem Verein beitreten wollen oder wenn sich herausstellt, dass ein Jugendtrainer Mitglied in einer rechtsextremen Partei ist. In solchen Fällen informieren die Projekte über mögliche Gegenmaßnahmen und unterstützen bei deren Umsetzung. Sie bieten darüber hinaus präventive Beratungen und

Angebote zu den Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus und Rassismus an, etwa in Form von Schulungen für Vorstände oder Übungsleiter_innen.

Daneben existiert in stärkerer Fokussierung Jugendlicher zumindest ein Konfliktschlichtungs- und Mediationsprojekt (in Hessen), mit dem interkulturelle Konfliktkonstellationen bzw. Konflikte mit fremdenfeindlichem Hintergrund im Amateur- und Jugendfußball bearbeitet werden. Auf eine direkte pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen wird allerdings in keinem dieser Projekte und Ansätze abgezielt.

Damit übereinstimmend konstatieren Pilz u. a. (2009) in einer Expertise zum Umgang mit Rechtsextremismus im organisierten Sport:

1. existieren im Umgang mit dem Thema starke Unterschiede zwischen den einzelnen Landes- und Spartenverbänden,
2. lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Ost und West in der Wahrnehmung von Rechtsextremismus feststellen, wobei dessen vergleichsweise große Dominanz im Osten die Problemwahrnehmung in beide Richtungen strukturieren kann; so existiert an der Basis z. T. ein stärkerer Normalisierungsdiskurs, in den Verbänden jedoch eine erhöhte Sensibilität auch aufgrund der Schaffung entsprechender Stellen in den Landessportbünden,
3. besteht insgesamt eine starke Fokussierung auf Gewalt und Prävention einerseits auf Beratung und die Einrichtung von Meldesystemen andererseits.

Das hier entworfene Bild deckt sich mit den im Rahmen der Expertise eingeholten Informationen aus dem Bereich der Sportverbandsarbeit. Im Vordergrund der Auskünfte stehen Projekte aus dem Bereich der Beratung und der Sensibilisierung von Multiplikator_innen an der Basis der Vereine. Zum Teil, so heißt es, werden über solche Angebote – indirekt – auch rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche erreicht. Konkrete Informationen zum Umgang liegen jedoch nicht vor oder wurden nicht gegeben.

Zusammenfassend lässt sich damit in Bezug auf den Bereich der Verbandsarbeit im Gesamten festhalten:

- ✓ Der Beginn der Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen ist vergleichsweise jüngeren Datums und bezieht sich hier weniger auf klassische Jugendverbände als auf Jugendverbände von Hilfs- und Sportorganisationen.
- ✓ Im Zentrum der hier in den vergangenen Jahren entfalteten Aktivitäten stehen in erster Linie Beratungs- und Fortbildungsangebote, während in Bezug auf die direkte pädagogische Arbeit mit solchen Jugendlichen weiterhin nur wenig Erfahrungen und keine Konzepte vorliegen.

JUGEND- BILDUNGSARBEIT

In den unterschiedlichen Bereichen der (Jugend-)Bildungsarbeit wurden und werden immer wieder berichtenswerte Erfahrungen im Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gemacht. Im zeitlichen Verlauf zeigt sich eine Zunahme entsprechender Ansätze und Maßnahmen. Fielen bis 2000 nur knapp 6% der erfassten Projekte und Angebote schwerpunktmäßig in den Bereich der Bildungsarbeit, so steigerte sich deren Anteil bis heute auf etwa 14%. Nötig ist hier aufgrund der Weitläufigkeit der Kategorie Bildung allerdings ein binnendifferenzierter

Blick.

Kaum Bedeutung besitzt die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen nach Lage der eigenen Recherche im Kontext der klassischen Bildungseinrichtungen. Während schon die Rücklaufquote insgesamt niedrig blieb (s. o.), zeigt sich in den Antworten, dass diesem Feld insgesamt geringe Bedeutung zukommt und Erfahrungen, wenn überhaupt, dann mehrheitlich im Rahmen allgemeiner bestimmter Bildungsangebote gemacht werden. Knapp 60% der antwortenden Jugendbildungseinrichtungen gaben an, weder zielgruppenspezifische Angebote zu machen noch überhaupt Erfahrungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gesammelt zu haben.³⁰ Mitunter werden dafür inhaltliche als auch strukturelle Gründe gesehen. In zwei Fällen aus dem Bereich der gewerkschaftlichen Jugendbildung wurden die fehlenden Erfahrungen etwa damit begründet, dass dieser institutionelle Hintergrund „Menschen mit auch diffuser rechter Orientierung eher fern hält“ (gewerkschaftliche Bildungseinrichtung aus Nordrhein-Westfalen) bzw. solche Jugendlichen nicht „zu Bildungsangeboten von einer Gewerkschaft“ (gewerkschaftliche Bildungseinrichtung aus Nordrhein-Westfalen) gingen. In einem anderen Fall – einer Einrichtung, die Seminare für den Bundesfreiwilligendienst und das Freiwillige Soziale Jahr anbietet – wurde darauf hingewiesen, dass entsprechende Jugendliche bzw. junge Erwachsene im Rahmen mehrfach geführter längerer Vorgespräche „ausgesiebt“ werden würden, so dass in der eigenen Arbeit keinerlei Erfahrungen mit dieser Gruppe vorlägen. Schließlich wurde in einem Fall sowie in einem Expert_inneninterview zusätzlich zu ‚Immunität‘ und ‚Exklusion‘ noch eine dritte – sehr relevant erscheinende – Deutung für das Ausbleiben von Erfahrungen präsentiert. So erklärte eine Einrichtung, die vor allem im Auftrag von Unternehmen mit Auszubildenden arbeitet, dass sich Jugendliche mit einschlägigen Äußerungen stark zurückhalten, da sie die daraus mglw. resultierenden Repressionen seitens ihrer Arbeitgeber fürchten. Im Expert_inneninterview heißt es mit Blick auf Seminare mit Bundeswehrangehörigen, dass das jeweilige Verhalten im hohen Maße davon abhängt, ob deutlich hochrangigere Vorgesetzte anwesend sind. Nehmen diese an Seminaren zum Thema teil, „traut man sich nicht“, weil hier die Direktive gilt, dass Vorfälle gemeldet werden sollen – „dann sagen die auch nichts, die verschwinden in der Masse“, um Sanktionsdruck zu entgehen. Sind hingegen weniger hochrangige Vorgesetzte dabei oder ist man unter seinesgleichen, positionieren sich die Teilnehmer oft deutlich anders (IW 6).

In Bezug auf Bildungsangebote, die jenseits der genannten Einrichtungen und ihrer Angebote angesiedelt sind und dezidiert auf rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche abzielen, lassen sich auf schmäler empirischer Basis einige Erfahrungseckpunkte festhalten. Dabei ist zu bedenken, dass die vergleichsweise geringe Zahl an hier erfassten Bildungsangeboten insofern wenig über die tatsächliche Verbreitung politisch-kultureller Bildungsangebote aussagt, als auch im Handlungsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Aufsuchenden Arbeit verstärkt seit den 2000er Jahren mit Methoden der Bildungsarbeit gearbeitet wird. Maßnahmen aus dem Bereich der Jugendbildung lassen sich bis in die ‚alte‘ Bundesrepublik zurückverfolgen. Hier finden sich zunächst Projekte aus dem Bereich der politisch-historischen Bildungsarbeit, die u. a. auch rechtsextrem orientierte Jugendliche adressierten (vgl. etwa Nickolai/Lehmann 2002). Im Zuge des Aufkommens einer ‚vermassten‘ rechten Jugendkultur, v. a. auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, traten, wie etwa in Sachsen, Projekte einer vorzugsweise auf Skinheads ausgerichteten Ju-

³⁰ Darunter gehörten auch eine Reihe von Einrichtungen, die im Rahmen der Erstkontakte von vereinzelt Erfahrungen etwa mit diffusen Rechtsorientierungen, mit diskriminierenden Haltungen gegenüber Migrant_innen oder mit Relativierungen des Holocaust berichteten, mit Blick auf die vorgelegten Definitionen jedoch davon ausgingen, nicht in das Profil der Befragung zu passen.

gendkulturarbeit hinzu (Träger aus Sachsen). Für die Phase bis 2000 lässt sich eine starke experimentierende Ausdifferenzierung der bildungsbezogenen Angebotspalette feststellen. Neben den erwähnten Angeboten aus den Bereichen der politisch-historischen Bildung und der kulturellen Bildung finden sich vermehrt Angebote und Maßnahmen aus dem Feld der beruflich-schulischen Bildung sowie eng mit sozialen Trainingsmaßnahmen verzahnte politische Bildungsangebote. In den verschiedenen hier aufgemachten Feldern werden Jugendliche unter sehr unterschiedlichen Bedingungen erreicht: zum Teil handelt es sich um Angebote, die zielgerichtet gemacht werden. Dies ist der Fall etwa im Rahmen einer auf rechtsextreme Jugendliche abzielenden Gedenkstättenpädagogik (siehe auch Bräuß 2010) oder eines rechtsextreme Straftäter(-innen) in den Blick nehmenden Trainingsprogramms (vgl. Höhner-Mertmann/Karasch 2007). Zum Teil handelt es sich jedoch auch um Projekte, in denen diese Zielgruppen erst im Laufe der Umsetzung an Bedeutung gewannen. Dies ist letztlich auch der Fall bei den oben genannten frühen Projekten aus dem Bereich der historischen Bildungsarbeit, die zunächst ihren Fokus auf sozial und bildungsmäßig „benachteiligte Jugendliche“ legten, im weiteren Verlauf jedoch eine Zeitlang zielgerichtet rechtsextrem orientierte Jugendliche einbezogen (vgl. Nickolai/Lehmann 2002). Die erfassten Projekte aus dem Bereich der schulisch-beruflichen Bildung legten entweder keinen besonderen Schwerpunkt auf die politisch-inhaltliche Auseinandersetzung (vgl. etwa Glaß 2002) oder sie entwickelten Konzepte einer solchen Auseinandersetzung vor dem Hintergrund einer zunächst gänzlich anders ausgerichteten Praxis, die auf die Arbeit mit Jugendlichen abzielte, „die aus der Schule rausgefallen sind, vor welchen Problemhintergründen auch immer“ (IW 7) und dabei häufig auch rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensmuster aufwiesen, die zum Gegenstand der Arbeit gemacht wurden. Für die folgende Phase lässt sich eine Fortführung hier implementierter Angebote feststellen. Charakteristisch ist allerdings in vielen Fällen – auch mit Blick auf neu entstehende Projekte – eine Abwendung von klar bestimmbar „Problemgruppen“. Zum einen drückt sich diese Neuausrichtung darin aus, dass rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche nur im Verbund mit anderen Jugendlichen zu Adressat_innen von Bildungsangeboten gemacht werden (siehe etwa Richter 2006). Zum anderen werden in den meisten Fällen nurmehr „gefährdete“ Jugendliche adressiert, wobei die Kategorie mitunter weniger auf tatsächliche Anhaltspunkte als in allgemeinerer Weise auf bestimmte soziale Charakteristika der Adressat_innen – wie „soziale Benachteiligung“ und (formale) „Bildungsferne“ – verweist. Diese Entwicklung hält bis heute an und korrespondiert mit der Feststellung, dass rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche von Bildungsangeboten nicht mehr angesprochen werden.³¹ Tatsächlich finden sich nur sehr wenige zielgerichtete Angebote, die ausgehend von diesem Befund neue Wege der Ansprache unternehmen. Ein ostdeutsches Projekt setzt in diesem Zusammenhang auf Vernetzung mit Sportvereinen und Feuerwehren, um – unter anderem – rechtsextrem orientierte und gefährdete Jugendliche in eine politische Bildungsmaßnahme zu integrieren. Eine Sonderstellung nehmen in diesem Zusammenhang Angebote im Kontext von Gefängnissen ein. Hier finden sich, vermehrt ab Mitte der 2000er mehrere Projekte, die mit inhaftierten Rechtsextremen arbeiten, sei es im Rahmen kulturpädagogischer Maßnahmen, sei es mit Methoden sozialen Gruppentrainings und anderer innovativer Ansätze politischer Bildungsarbeit.

Zusammenfassend lässt sich mit Blick auf das weitgefasste Feld der Jugendbildungsarbeit festhalten:

31 Ein im Themencluster 2 von TFKS gefördertes Projekt in Dortmund, das sich zielgerichtet u. a. an Angehörige der dortigen Freien Kameradschaften richten sollte, wurde nach starken öffentlichen Protesten nicht umgesetzt.

- ✓ Im Kontext einer von Bildungseinrichtungen getragenen Arbeit existieren keine zielgerichtet rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche adressierenden Angebote.
- ✓ Erfahrungen mit solchen Jugendlichen werden – in welcher Intensität auch immer – im Rahmen allgemeiner, an Schüler_innen, Auszubildende und Jugendgruppen gerichteter Angebote gemacht; dieses Erfahrungswissen erscheint aber aus Sicht der jeweiligen Einrichtungen nur schwer darstellbar.
- ✓ Im Wesentlichen verweisen Rückmeldungen auf diffuse Rechtsorientierungen und vorurteilsgeleitete Positionierungen, aus denen sich vor allem im Kontext zeitlich begrenzter Angebote nur wenig Rückschlüsse auf die Träger_innen solcher Einstellungen ziehen lassen.
- ✓ Erfahrungen aus Angeboten der Bildungsarbeit, die sich zielgerichtet an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche wenden, liegen zum Teil bereits lange zurück oder werden im Rahmen spezialisierter, vornehmlich auf Häftlinge gerichteter Maßnahmen gemacht.

HILFEN ZUR ERZIEHUNG

In Bezug auf die Arbeit mit rechtsextrem orientierten oder gefährdeten Jugendlichen stellt der Bereich der Hilfen zur Erziehung – sieht man von einzelnen Angeboten ab – eine Leerstelle dar. Überhaupt nur zwei Angebote – aus den 1990er bzw. frühen 2000er Jahren – konnten schwerpunktmäßig diesem Arbeitsfeld zugeordnet werden. Gleichwohl lässt sich daraus nicht schließen, dass in diesem Handlungsfeld keine Berührungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen stattfinden. Treffender lässt sich sagen: Es gibt zum Ersten – auch aus strukturellen Gründen – keine systematischen Erfassungen solcher Erfahrungen und diese Erfahrungen werden zum Zweiten nicht in erster Linie unter dem thematischen Gesichtspunkt Rechtsextremismus subsumiert.

Im Mittelpunkt entsprechender Rückmeldungen, gerade aus dem Kreis der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege, steht so, dass in diesem Handlungsfeld keine politische Aspekte in konzeptioneller Weise berücksichtigenden Ansätze, Erfahrungen und Maßnahmen existieren. Von Seiten des Projekts „Diakonische Infrastruktur gegen rechtsextreme Sozialarbeit“ wurde mit Blick auf den Träger folgendes Bild entworfen: Innerhalb des Verbandes existieren in verschiedenen Handlungsfeldern – mal mehr, mal weniger kontinuierlich – Kontakte mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen. Im Wesentlichen finden diese Kontakte jedoch nicht im Kontext einer mit Rechtsextremismus befassten Arbeit, sondern etwa im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe, der Arbeit in KiTas und der Straffälligenhilfe statt und werden von den jeweiligen Fachkräften auch nicht in diesen thematischen Kontext gestellt. Mit dem „Projekt Demokratie“ wird aktuell ein erster Versuch unternommen, innerhalb des Gesamtverbandes die fachliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu verankern und ein Curriculum zur Aufklärung und Schulung der Mitarbeiter_innen in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen zu implementieren. Ähnlich sieht die Situation bei anderen Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege aus, die sich in Gestalt der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege überhaupt erst im Herbst 2008 des Themas intensiver angenommen haben. Noch vergleichsweise weit vorangeschritten ist man bei der Caritas als einem der größten Träger von Hilfen zur Erziehung in Deutschland (vgl. das erst 2010 angelaufene und bis April 2011 durchgeführte Projekt „Caritas gegen Rechtsextremismus – Bestandsaufnahme zur fachlichen Auseinandersetzung in der verbandlichen Kinder- und Jugendhilfe“ und das Nachfolgeprojekt „Caritas aktiv für Respekt und Demokratie – gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“). Gleichwohl: Wenn man sich überhaupt mit dem Thema kontinuierlich auseinandersetzt, wird viel eher die Fortbildung und

Sensibilisierung von Beschäftigten betrieben als direkte Arbeit an rechtsextremen Orientierungen und Gefährdungslagen Jugendlicher geleistet (vgl. Bohlay 2011; Goike 2013). Offen bleibt nicht nur, wie weit solche Fortbildungsangebote tatsächlich die Mitarbeiter_innen an der ‚pädagogischen Front‘ erreichen, sondern umso mehr auch wie die politische Bildung zur Abwehr von Rechtsextremismus und zur Demokratieerziehung von Jugendlichen in den Hilfen zur Erziehung davon zu profitieren vermögen.

In Zusammenfassung lässt sich festhalten:

- ✓ Im Bereich der Hilfen zur Erziehung werden – sowohl im Kontext von Einzelfallhilfen als auch im Rahmen von Familienhilfen – durchaus Erfahrungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gemacht.
- ✓ Trotzdem besteht innerhalb der jeweiligen Trägerstrukturen weder ein systematischer Überblick über solche Erfahrungen noch werden diese Erfahrungen von den jeweiligen Fachkräften durchgängig in den Zusammenhang der Rechtsextremismus-Thematik gestellt.

MULTIAREALE ANSÄTZE

Als ‚multiareal‘ verstehen wir solche Projekte, Angebote und Angebotsstrukturen, in denen erkennbar und gleichgewichtet mehrere Handlungsfelder genutzt werden. Es geht also weniger um methodische Vielfalt, die bekanntermaßen in allen Handlungsfeldern der Jugendhilfe existiert als um eine konzeptionelle Diversität. Die Zahl solcher multiarealer Ansätze ist – wenn auch auf niedrigem Niveau – seit den 1990er Jahren stetig gestiegen.

Multiareale Ansätze können als Konsequenz aus der Erfahrung nachlassender Erreichbarkeit, jedoch genauso als Anerkennung der Notwendigkeit mehrdimensional ausgerichteter Zugänge verstanden werden. Sie drücken damit konzeptionell das aus, was in manchen Projekten und Angeboten methodisch seit jeher praktiziert wird. Allein die Tatsache, dass sich diese Mischformen in Abgrenzung zu den genannten klassischen Feldern definieren, zeigt jedoch, dass sie als eigenständiges Bündel zu verstehen sind.

Festhalten lässt sich,

- ✓ dass multiareale Ansätze erst seit einigen Jahren eine zunehmende Bedeutung im Feld der pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen erlangt haben,
- ✓ dass sich diese Ansätze auch konzeptionell einer klaren Zuordnung zu bestimmten Handlungsfeldern entziehen und
- ✓ dass sich in ihnen Fragen des pädagogischen Umgangs auf sehr viel direktere Weise als in anderen Angeboten mit Aspekten der (Kriminal-)Prävention verbinden.

PEER-TO-PEER-ANSÄTZE

Bei Peer-to-Peer-Ansätzen handelt es sich nach unserer Definition um solche Projekte, in denen eine Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen maßgeblich und selbstinitiativ von Altersgleichen bzw. von ‚soziologischen Jugendlichen‘ initiiert und durchgeführt wird. Damit werden in dieser Kategorie weder Angebote erfasst, die auf Peer leading etc. abzielen, also praktisch Multiplikator_innen fokussieren, noch solche Angebote, in denen Peers im Rahmen schulischer Workshops unter anderem auch Erfahrungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen machen (können).

Die dünne Datenlage und die Verortung jenseits professioneller pädagogi-

scher Bezüge lassen an diesem Punkt nicht die Darstellung eines empirisch gesicherten Kenntnisstandes, sondern nur Anmerkungen mit exemplarischem Charakter zu. Gleichwohl wäre es falsch, die hier gemachten Erfahrungen – allein schon die Tatsache, dass auch hier Erfahrungen gemacht worden sind – unerwähnt zu lassen. Wie den Schaubildern 3.1-3.5 zu entnehmen ist, finden sich solche Angebote im Wesentlichen in zwei zeitlichen und sozialkulturellen Kontexten und es ist in diesem Sinne sicher kein Zufall, dass sie mit Blick auf die ‚alte‘ Bundesrepublik in die 1980er Jahre und mit Blick auf die Entwicklung im Osten Deutschlands in die frühen 1990er Jahre fallen. Die angeführten Projekte stehen für drei Varianten peer-interner Aushandlung. Zum Ersten finden sich – aus pädagogischer Sicht sicher eher zu vernachlässigende – Projekte, die im Sinne eines Koexistenzdrucks miteinander verfeindete Jugendgruppen an einem Ort zusammenkommen ließen. Relevanter erscheinen demgegenüber zum Zweiten Projekte, die auf jugendkulturelle Standortbestimmung und Differenzierung abzielen, in denen also auf z. T. hochkonfrontative Weise Grenzziehungen – in diesem Fall innerhalb einer politisch nicht festgelegten Skinheadszone – vorgenommen wurden mit dem Ziel, rechtsextrem orientierte Teile hinauszudrängen und ‚rechtsoffene‘ und ‚unpolitische‘ Teile durch Vermittlung von Wissen über Charakter und Herkunft der Skinheadkultur für eine gegen Rechts gerichtete Positionierung zu gewinnen. Zum Dritten zeigt sich am Beispiel eines anderen Projekts, dass in diesem Rahmen auch entgegengesetzte, nämlich auf den Abbau von Konfrontation und den Aufbau verbalkommunikativen Austauschs abzielende Strategien existierten.

Festhalten lässt sich:

- ✓ Auch wenn solche Projekte – nicht zuletzt aufgrund mittlerweile oft stabil gesetzter Grenzen – für die Jetzt-Zeit nicht mehr identifiziert werden können, so zeigt sich doch in manchen Wirkungsfeldern pädagogischer Arbeit, nämlich vor allem im Kontext der Fanszenen, dass Jugendliche in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ein Binnenkorrektiv mit erheblicher Wirkungskraft darstellen können.

AUSSTIEGS-ORIENTIERTE ANGEBOTE

Ausstiegsorientierte Angebote ließen sich, folgt man streng der vorgenommenen nach Handlungsfeldern differenzierten Darstellung, den jeweils genannten Handlungsfeldern zuordnen. Zum Teil fallen sie in den Bereich der Hilfen zur Erziehung, zum Teil dürften sie ihrem Konzept nach einen multiarealen Charakter besitzen oder auch anderen Handlungsfeldern zugeordnet werden. Gleichwohl ist in Bezug auf diese Angebote die Logik der Darstellung zu verlassen, da in ihnen das für andere pädagogische Bereiche charakteristische Balance-Verhältnis von Freiwilligkeit und Zwang aufgrund der klaren Zielbestimmung (‚Ausstieg‘) nicht gilt. Dezidiert ausstiegsorientierte Angebote haben sich spätestens seit der Phase 2001-2006 mit Vehemenz in der Angebotslandschaft platziert. In absoluten Zahlen lassen sich für diese Phase bereits neun Projekte mit pädagogischen Handlungsanteilen benennen. Zwischen 2007 und heute ist die Zahl – auch aufgrund gezielter Programmförderung – auf insgesamt 20 hochgeschwollen. In Prozentzahlen ausgedrückt stieg ihre Zahl von 14% (2001-2006) auf gute 26% (2007-2010) bzw. 23% (ab 2011). Sie machen seit einigen Jahren also jeweils ungefähr ein Viertel aller überhaupt direkt an Jugendliche gerichteten Angebote aus.

Zielgruppen dieser Angebote sind in allen Fällen nicht allein fest in Organisationen eingebundene Jugendliche und junge Erwachsene, sondern immer auch solche Jugendlichen, die rechtsextremen Szenen zugehörig sind, also – bei starkem oder niedrigem Ideologisationsgrad – eine v. a. sozial bestimmte Zugehörigkeit aufweisen. Daneben existieren – vor allem seit 2007 durch das „XENOS“-Sonderprogramm in gesteigerter Weise – Projekte und Angebote, die unter dem Begriff Ausstieg in einem erweiter-

ten Sinne auch solche Jugendlichen zu erreichen versuchen, die als rechtsextrem gefährdet bezeichnet werden, d. h. eine gewisse Nähe zu rechtsextremen Szenen und Positionen besitzen.

Festhalten lässt sich:

- ✓ Jenseits der klassischen Strukturen (sozial)pädagogischer Ansprache in Offener Kinder- und Jugendarbeit, Aufsuchender Arbeit und Jugendbildungsarbeit hat sich mit der Ausstiegsbegleitung und -förderung ein Handlungsfeld entwickelt, in dem auch aktuell konzeptionell gezielt fokussierend mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gearbeitet wird.
- ✓ Ausstiegsprogramme bzw. -hilfen weichen dabei schon aufgrund ihrer klar vorgegebenen Zielsetzung von zentralen Prämissen der genannten Handlungsfelder ab und konturieren auf diese Weise eine bestimmte Form der pädagogischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen.

MULTIPLIKATOR_INNEN-BILDUNG UND -BERATUNG

An Multiplikator_innen als Hauptzielgruppe gerichtete Angebote standen nicht im Zentrum der Recherche. Sie wurden somit nicht systematisch erfasst. Gleichwohl finden sie an dieser Stelle, soweit identifiziert, aus zweierlei Gründen Erwähnung: Zum einen lässt sich innerhalb des Feldes „Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen“ an ihnen eine Verschiebung von direkten auf indirekte Angebote festhalten. Zum anderen stehen diese Angebote für den Anspruch, Konzepte und Handlungsanleitungen für den direkten Umgang mit solchen Jugendlichen zu entwickeln. Eine in der Recherche auftretende, empirisch allerdings nicht zu lösende, Merkwürdigkeit bestand dabei darin, dass auf der einen Seite die Zahl der Angebote gestiegen ist, die Fachkräfte und Multiplikator_innen für den Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen fortbilden, auf der anderen Seite über diese Akteure (als Auskunftgeber_innen) jedoch nur in sehr geringem Umfang Zugänge zu den Nachfrager_innen erschlossen werden konnten.

Festzuhalten ist vor diesem Hintergrund:

- ✓ Aus der Zahl an entsprechenden, an Fachkräfte gerichteten Angeboten zum Umgang mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen lässt sich nicht ohne Weiteres darauf schließen, dass diese Fachkräfte in ihren jeweiligen Handlungsfeldern auch tatsächlich mit solchen Jugendlichen konfrontiert sind.
- ✓ Unbestimmt ist auch, welche konkreten Erfahrungen diese Fachkräfte in ihrer Arbeit machen und auf welche Gruppierungen von Jugendlichen sie sich beziehen.

3.3.3. Handlungsfelder und Akteure

In diesem Teil werden die Akteure direkt an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche gerichteter Angebote genauer in den Blick genommen. Identifiziert werden mit Trägerschaft, personeller und finanzieller Ausstattung, zugrunde liegenden Konzepten (als Gesamtheit ihrer Kernbestandteile von Zielen, Inhalten und Methoden) und Kooperationsbeziehungen verschiedene Akteure und Akteurstypen in den verschiedenen, bereits unter 3.3.2 aufgemachten Handlungsfeldern.³²

³² Da eine umfassende und systematische, alle Phasen einbeziehende Vergleichsdarstellung aus forschungsökonomischen Gründen nicht möglich und auch eher von

In der zweiten Reihe von Schaubildern (3.6.-3.10) werden identifizierte Angebote entlang zweier Differenzierungslinien dargestellt: Zum einen werden die in den ersten Schaubildern erfassten Angebote danach unterschieden, ob sie sich konzeptionell zielgerichtet fokussierend an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche richten oder nicht. Zum anderen werden diesen direkt an Jugendliche adressierten Angeboten jene Angebote gegenübergestellt, die sich im Kontext der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen verorten, dabei allerdings an Multiplikator_innen (Fachkräfte, Engagierte, Angehörige) als Haupt- oder auch als einzige Zielgruppe richten.

Legende

- Konzeptionell zielgerichtet fokussierende Angebote aus Regel- und Programmförderung
- Nicht fokussierende Angebote
- Multiplikator_innenberatung und -fortbildung

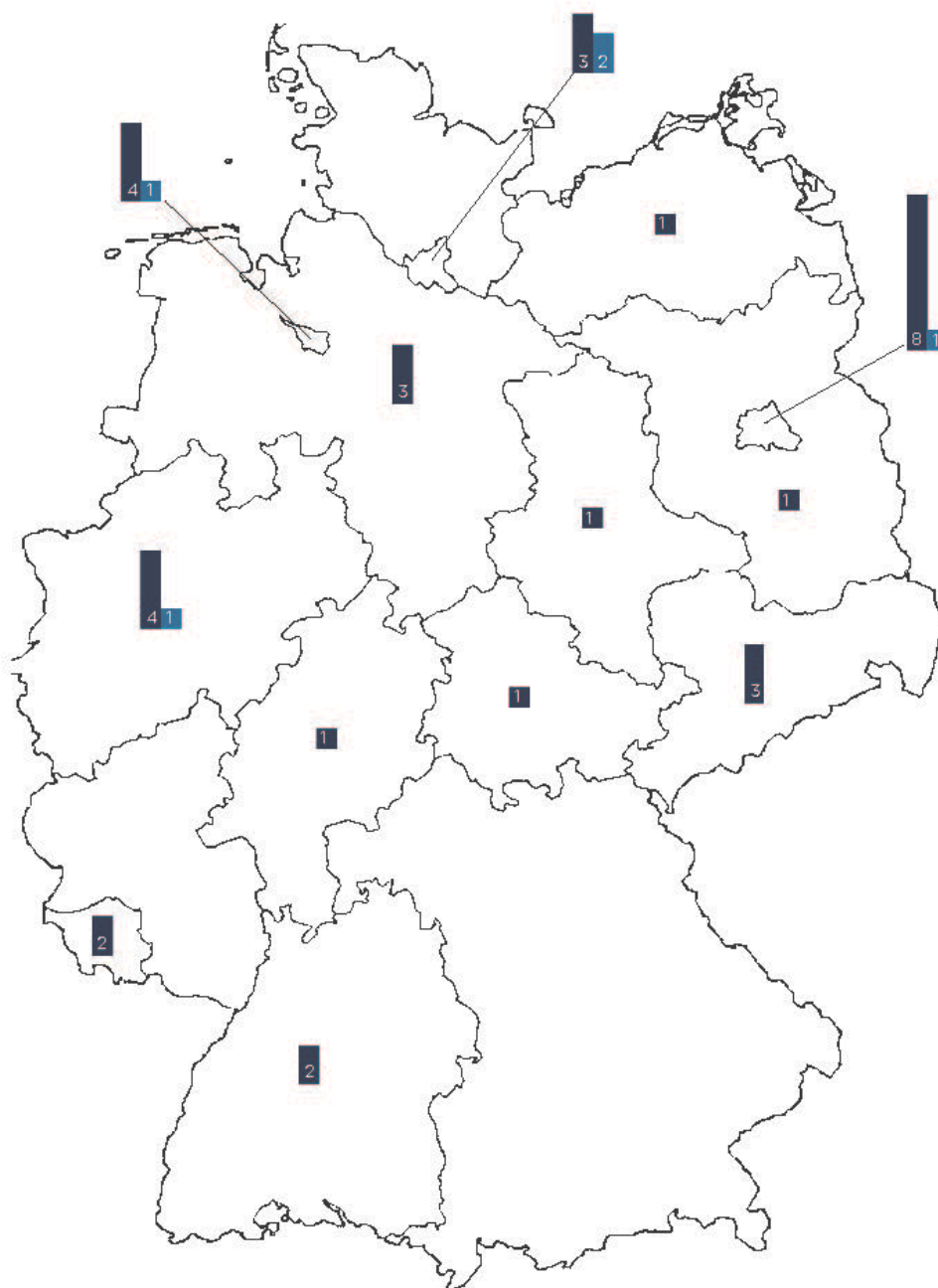


Schaubild 3.6: Projekte und Angebote bis 1991

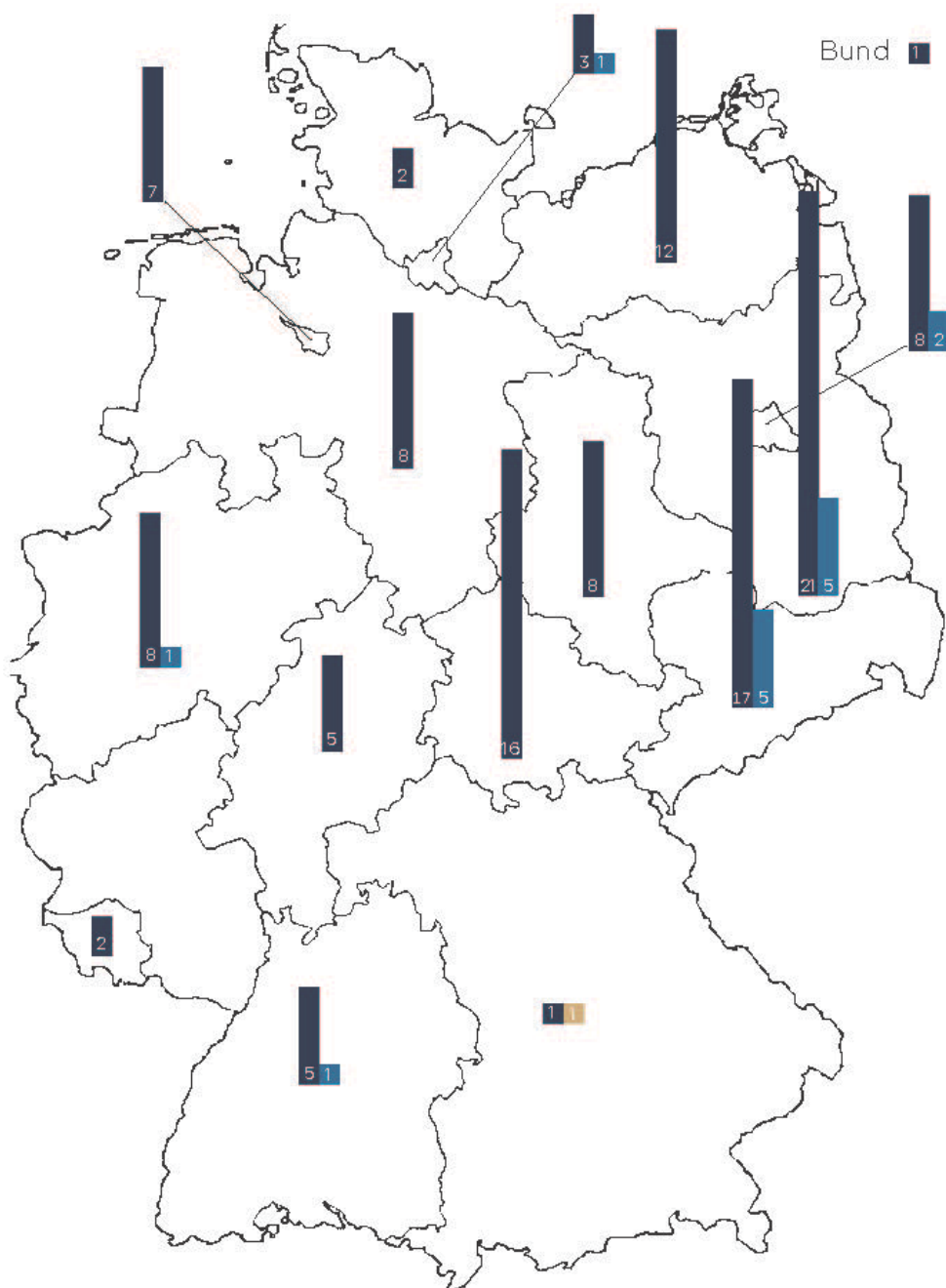


Schaubild 3.7: Projekte und Angebote 1992-2000

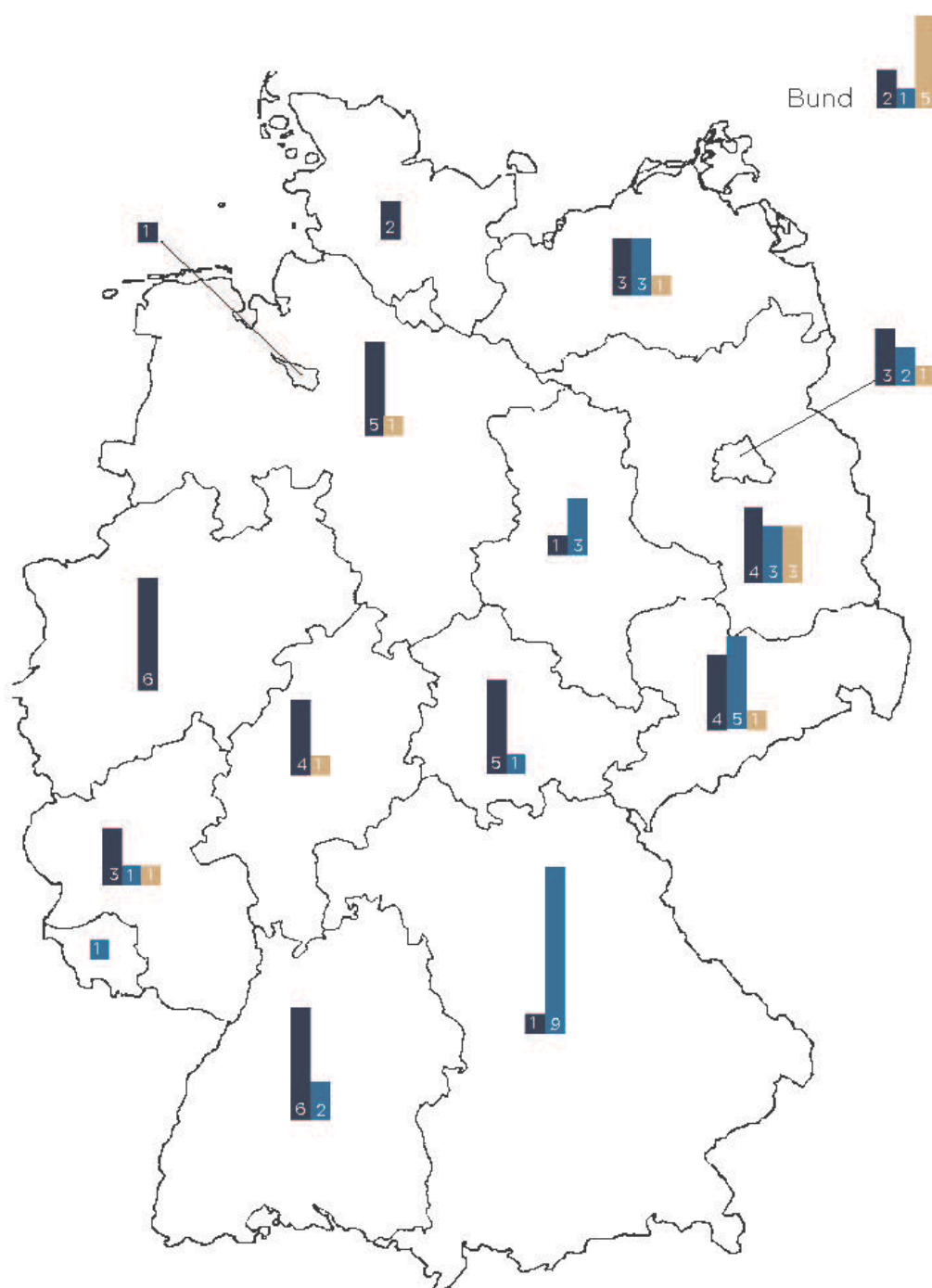


Schaubild 3.9: Projekte und Angebote 2007-2010

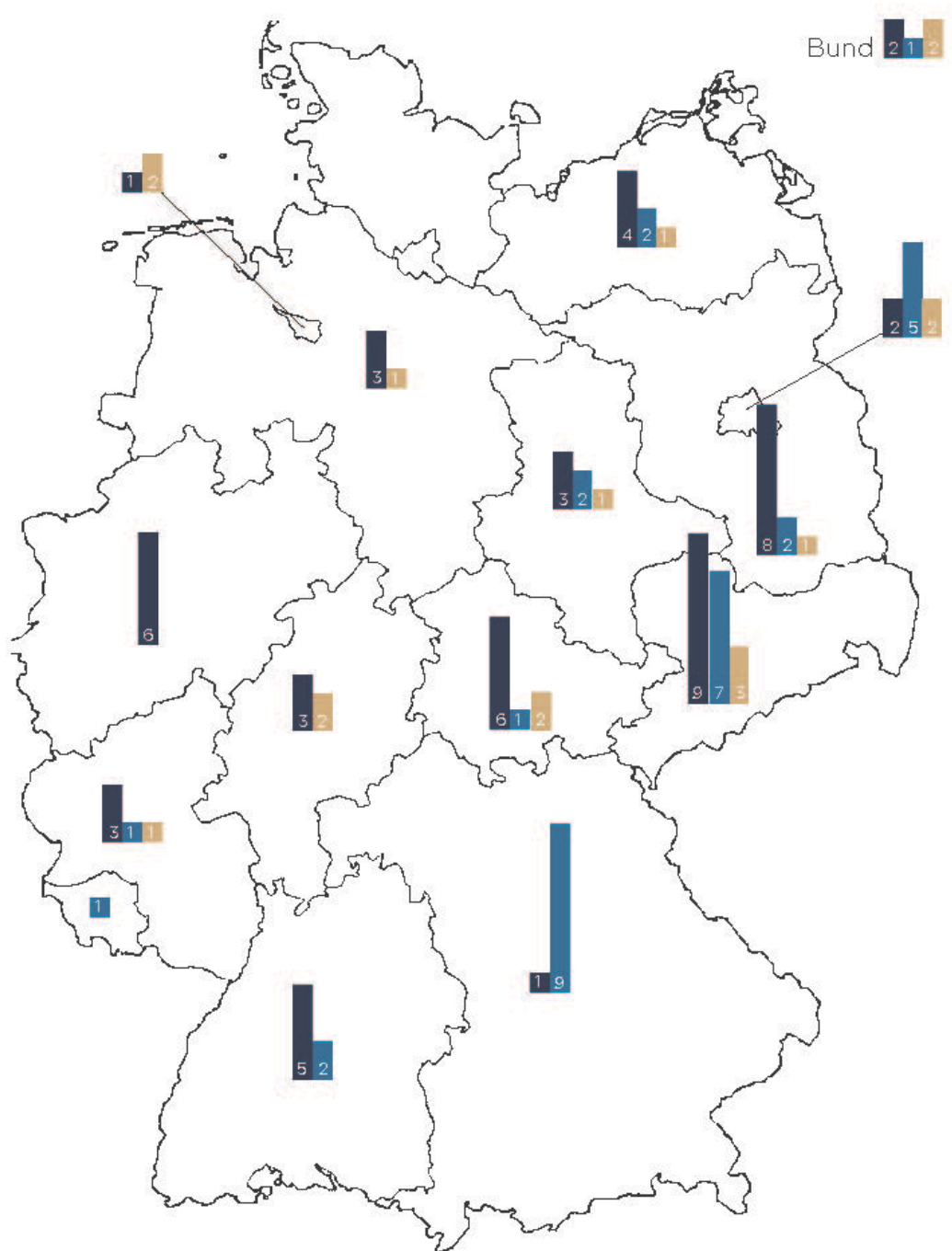


Schaubild 3.10: Projekte und Angebote ab 2011

SCHULE

Im Kontext der Diskussion um die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus sind im schulischen Kontext in den vergangenen Jahren bekanntermaßen eine Reihe von Projekten und Initiativen wie bspw. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Hands across the Campus“ oder das „Netzwerk Demokratie und Courage“ entstanden. Weniger auf peer-education und mehr auf die fachliche Bearbeitung der Rechtsext-

remismus-Thematik zielen daneben Beratungs- und Interventionsnetzwerke, wie das von der Landeszentrale für politische Bildung in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz ins Leben gerufene „Team meX“ in Baden-Württemberg, das Beratungsnetzwerk in Hessen, die bundesweit einzigartige, bei den Staatlichen Schulberatungsstellen angesiedelte Struktur der „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ in Bayern, die im selben Bundesland tätige, vom Landesamt für Verfassungsschutz getragene „Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus“ (BIGE) sowie letztlich eine überschaubare Zahl an einzelnen Trägern in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die im schulischen Kontext zu dieser Thematik pädagogisch wirken.

Mit Blick auf diese Anbieterlandschaft lässt sich zum Ersten sagen, dass die wenigsten – praktisch nur Teile der erwähnten einzelnen Träger – konzeptionell zielgerichtet fokussierend mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen arbeiten. Diese Jugendlichen *können* im Rahmen von schülerbezogenen Workshops auftreten und den Bedarf an situativer (pädagogischer) Auseinandersetzung anzeigen. Zum Teil resultieren daraus weiterführende Maßnahmen im Bereich der schulpsychologischen bzw. schulsozialarbeiterischen oder einer externen ausstiegsbegleitenden Einzelfallhilfe. Die für solche Transfers notwendigen Handlungsstrukturen und Vernetzungen existieren jedoch nicht flächendeckend. Zum Zweiten lässt sich feststellen, dass dieses pädagogische Handlungsfeld – sieht man von Lehrkräften und ihren Handlungsstrategien ab – im vergleichsweise hohen Maße von Nicht-Pädagog_innen mitgeprägt wird, die als Gleichaltrige oder als sicherheitsbehördliche Mitarbeiter_innen im Rahmen von peer-education oder allgemeiner Informationsvermittlung tätig werden. Beispiele für eine enge Verknüpfung allgemein präventiver und konzeptionell fokussierter Arbeit auf pädagogischer Grundlage liefern demgegenüber drei in dieser Form erst seit einigen Jahren existierende Projekte, die allerdings gerade nicht allein auf das Handlungsfeld Schule abzielen, sondern hier einen handlungs- und adressatenbezogenen Ausgangspunkt unter anderen besitzen. Sie fallen damit im Sinne der zugrunde gelegten Definition entweder in den Bereich multiarealer Ansätze (in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen) oder in den Bereich ausstiegsorientierter Angebote (Rheinland-Pfalz) und werden aufgrund dieser Verortung in den entsprechenden Abschnitten dargestellt.

OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Von den für den aktuellen Zeitraum erfassten und beschreibbaren Einrichtungen befindet sich keine in öffentlicher Trägerschaft. Drei Einrichtungen befinden sich in Trägerschaft eines Spitzenverbandes der Wohlfahrtspflege. Acht Einrichtungen befinden sich in Freier Trägerschaft, wobei es sich zum Teil um Träger mit nur einer Einrichtung, zum größeren Teil allerdings um Träger handelt, die über den kommunalen Raum hinaus sowohl mehrere Einrichtungen haben als auch verschiedene pädagogische Handlungsfelder abdecken.

Überwiegend, nämlich zu über 60%, sind die Einrichtungen aktuell regelgefördert. In einem Fall finanziert sich die Einrichtung sowohl aus kommunalen Mitteln als auch aus Mitteln des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. In immerhin einem Viertel der Fälle werden die Einrichtungen durch Lokale Aktionspläne (LAPs) oder aus anderen Sondertöpfen (damit aber auch mit entsprechender perspektivischer Unsicherheit) vollfinanziert.

In Bezug auf das Personal dominieren (sozial-)pädagogische Fachkräfte, die von Ausnahmen abgesehen pro Einrichtung mindestens eine Vollzeitstelle besetzen (allerdings in nur zwei Fällen mehr). In einem Fall steht nur eine ¼-Stelle für eine sozialpädagogische Fachkraft zur Verfügung. In einer

weiteren Einrichtung sind lediglich eine sozialwissenschaftlich ausgebildete Person und eine weitere Kraft ohne einschlägige Berufsausbildung tätig. In keinem Fall arbeitet nur eine Person in der jeweiligen Einrichtung; die Regel sind gemischte, aus sozialpädagogischen Fachkräften, Erzieher_innen und Honorarkräften zusammengestellte Teams.

Im engen Sinne wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird keine Einrichtung. Es existieren allerdings mindestens (die üblichen) Module des Berichtswesens, während Einrichtungen, die mit derzeit laufenden Modellprojekten („Hako_Reju“ und „Rote Linie“) verbunden sind, in diesem Zusammenhang ein bestimmtes Maß an fachlichem Austausch und eine mitteilbare wissenschaftliche Begleitung erfahren.

In allen Fällen wird auf ein hohes Maß an Vernetzung verwiesen, wie es für klassische Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wohl eher untypisch ist. Diese Vernetzungen beziehen sich nicht allein auf andere kommunale und regionale Fachkräfte aus dem Bereich der Offenen oder Aufsuchenden Arbeit. Sie umfassen weiter ausgreifende Kooperationsbeziehungen zu Bildungseinrichtungen, Beratungsnetzwerken, Schulen und Schulsozialarbeit, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Sportvereinen, in vielen (allerdings nicht in allen Fällen) auch zur Polizei.

In den vorliegenden Konzeptdarstellungen und Kontextinformationen zeigt sich, dass in 75% der Einrichtungen konzeptionell zielgerichtet fokussierend mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gearbeitet wird, wobei in keinem Fall ausschließlich Arbeit mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen stattfindet und der Schwerpunkt durchgehend sehr deutlich auf zweitgenannter Gruppierung liegt. Die hohe Zahl ergibt sich allerdings auch dadurch, dass ein Teil der Einrichtungen Praxispartner der oben genannten Modellprojekte sind. Jenseits dessen finden sich nur noch drei Einrichtungen, die zielgerichtet mit diesen Gruppen arbeiten (von denen eine mittlerweile geschlossen ist).

In den Beschreibungen von Einrichtungen, in denen auch rechtsextrem gefährdete bzw. nach eigener Formulierung „rechtsaffine“ Jugendliche oder Jugendliche „mit rechten Tendenzen“ (aber ohne Szenebindung) verkehren, wird in themenbezogenem Bezug auf Konzepte und Umsetzungen in einem Fall auf eine generelle „Politik der Offenen Tür“ und den Leitsatz „Integration vor Separation“ (Einrichtung in Sachsen) verwiesen, während konkrete Angaben zur inhaltlichen Auseinandersetzung fehlen. In einem anderen Fall findet (neben dem Verweis auf Mitarbeiter_innenschulungen) ein Tableau von Umsetzungen Erwähnung, das von individuell abgestimmten (jugendkulturellen) Workshops für die Jugendlichen zu den Themen Homophobie, Selbstbehauptung, Identität bis hin zu allgemeinen Angeboten (Graffiti, Fanzines-Herstellung, Skateboarding etc.) reicht, die in Kooperation mit anderen Trägern (wie „Cultures Interactive“, „AB Queer“) durchgeführt werden (Einrichtung in Berlin).

Erwartungsgemäß umfassender fallen die Konzeptdarstellungen jener Einrichtungen aus, die auf einer konzeptionellen Grundlage (u. a. auch) mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen arbeiten. Rechte Szeneangehörige gehören in manchen Fällen, zumeist als ältere Stammesbesucher_innen, zwar zur Kernbesucherschaft oder bewegen sich in einem Dunstkreis der Einrichtung. Die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen mit größerer Szeneeinbindung findet jedoch nur in geringem Maße statt, wird zum Teil – Stichwort: keine Arbeit mit ‚Organisierten‘ und ‚Kadern‘ – auch bewusst ausgeschlossen. Angebote und Maßnahmen zielen damit im Schwerpunkt auf Jugendliche ab, die „Anzeichen für Einstiege“ zeigen und/oder durch (zum großen Teil unreflektierte) fremdenfeindliche und/oder „alltagsrassistische“ Statements sowie durch das Tragen einschlägiger Kleidung auffallen, aus „rechten Elternhäusern“ stammen oder sich gewalttätig zeigen. Entsprechend weit ist der konzeptionelle Fokus gezogen. Er weist deutlich über den Kern offener niedrigschwelliger Angebote hinaus. Auf der Ziel- und Inhaltsebene wird neben Freizeitgestal-

AUFSUCHENDE ARBEIT

tung und individuellen Förderungen von Sozial- und Selbstkompetenzen in diesem Sinne auch inhaltliche Auseinandersetzung als wesentliche Aufgabe genannt. An Methoden werden durchgehend mindestens fünf, in Einzelfällen deutlich mehr aufgeführt, die das gesamte Feld von Freizeitpädagogik, subversiver Verunsicherungspädagogik, intensiver Einzelfallarbeit, sozialer Gruppenarbeit, aufsuchender Jugendsozialarbeit, politischer Bildungsarbeit bis zu psychosozialer Beratung umspannen und daneben in manchen Fällen auch noch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, Vernetzung und die Beratung Dritter beinhalten.

10% der für den aktuellen Zeitraum erfassten Angebote Aufsuchender Arbeit befinden sich in kommunaler Trägerschaft, 55% werden von freien Trägern verantwortet, die restlichen befinden sich in Trägerschaft von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege.

Im deutlichen Schwerpunkt – auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Angaben in 56% der Fälle – handelt es sich dabei um Angebote, die ausschließlich bzw. im Wesentlichen regelfinanziert sind. Auf Basis einer durchgehenden, vom Deutschen Fußball-Bund e. V. (DFB) und der Deutschen Fußball Liga (DFL) und in unterschiedlichen Anteilen von Land und Kommunen getragenen, Mischfinanzierung arbeiten die einbezogenen (sowie alle anderen) Fanprojekte. Neben Spenden ausschließlich auf Projektmittel aus dem Bereich der Bundesprogrammfinanzierung muss lediglich ein Träger zurückgreifen. Gleichzeitig ist allerdings auch signifikant, dass alle Anbieter jeweils zusätzliche Förderquellen besitzen und auch besitzen müssen, um die eigene Arbeit in der bestehenden Form durchführen zu können.

Standen in Diskussionen der Vergangenheit – insbesondere im Zusammenhang mit der politischen und fachlichen Auseinandersetzung um das AgAG-Programm der 1990er Jahre – noch Aspekte fehlender Ausbildung der mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen Arbeitenden im Vordergrund, so lässt sich zumindest für heute und zumindest mit Blick auf die erfassten Projekte und Angebote sagen, dass ein formal hoher Grad an Fachlichkeit die Regel ist. Angebote, in denen nicht mindestens ein (Sozial-)Pädagoge oder eine (Sozial-)Pädagogin tätig ist, existieren nicht. Daneben sind im Feld Erzieher_innen und Geisteswissenschaftler_innen zu finden.

Wie auch bei den Angeboten aus dem Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zeigt sich bei Angeboten Aufsuchender Arbeit mit Blick auf wissenschaftliche Begleitungen insofern ein disparates Bild, als Angebote mit engen Bezügen zu Sonderprogrammen zum Teil engmaschig wissenschaftlich begleitet werden, in jedem Fall aber in Kontexte fachlichen Austauschs einbezogen sind, während dies für regelgeförderte Angebote nicht im selben Maße gilt. Nur zum Teil finden sich hier Angebote, die im engeren Sinne wissenschaftlich begleitet werden, was sich allein schon daraus erklärt, dass für derartige ‚Zusatzunternehmungen‘ kaum finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Erwähnenswert ist vor diesem Hintergrund, dass sich – nach Stand der zur Verfügung stehenden Informationen – alle Träger und Akteure um Vernetzung, Kooperation, fachlichen Austausch und den Aufbau von Netzwerken kollegialen Austauschs bemühen, um solchen Lücken und wohl auch aus der Vergangenheit bekannten Vereinzelungserfahrungen entgegenzuwirken. Das aus den 1990er Jahren stammende Klischee des in der Regel auf einen überschaubaren Kollegenkreis gestellten mit ‚Rechten‘ arbeitenden Sozialarbeiters, das wie jedes Klischee eine empirische Grundierung besaß, trifft auf Teile dieses Handlungsfeldes nicht mehr zu. Dabei besitzen die beschriebenen Kooperationsbeziehungen gegenüber den Darstellungen aus dem Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine eher noch größere Breite, was sich

sowohl aus dem vergleichsweise weiten und beweglichen Radius Aufsuchender Arbeit als auch daraus erklärt, dass die hier erfassten Angebote ein jeweils weites Tätigkeitsfeld abdecken. Als charakteristisch lässt sich in diesem Zusammenhang hervorheben, dass gerade die Auskunft gebenden Fanprojekte – anders als andere Akteure in diesem Feld – die Polizei nicht (in einem Fall allenfalls mittelbar über die gemeinsame Beteiligung an einem Arbeitskreis Gewaltprävention) als Kooperationspartner angeben und insgesamt eher darum bemüht scheinen, die eigene Fanarbeit nicht zu stark mit deren Arbeit zu verzahnen.

Auf der Konzeptebene ergibt sich ein ebenfalls vergleichsweise weites Feld an Zielen, Inhalten und Methoden. Leit- aber auch Differenzlinien ergeben sich hier entlang der Begriffe der Akzeptanz und der Niedrigschwelligkeit, die jedoch ganz offensichtlich in der Diskussion stehen und in ihrer Definition und konkreten Anwendung auch in Veränderung sind. Auf der einen Seite finden sich (wenige) Angebote, die in einem klassischen Sinne diese beiden Begriffe zur Grundlage ihrer Arbeit erheben. Am ehesten ist dies noch der Fall bei den existierenden Fanprojekten mit ihrer konzeptionellen und zielgruppenbezogenen Offenheit und einem gewissen Maß an Bereitschaft, ‚abweichendes‘ Verhalten ihrer Adressat_innen zunächst einmal als gegeben hinzunehmen. Gleichwohl handelt es sich hier durchgehend um Angebote, in deren Rahmen nur unter anderem und meist auch lediglich sporadisch auf ‚rechte‘ Jugendliche getroffen wird, die sich zudem im Kontext größerer und zumeist hybrider Mischcliquen und Szenen bewegen. Eine konzeptionell gezielt fokussierende Arbeit mit Gruppierungen rechtsextrem orientierter oder gefährdeter Jugendlicher findet unter diesen Bedingungen in keinem Fall statt. Zum Teil werden auch Grenzen der Arbeit formal gesetzt, wenn erklärt wird, mit ‚Organisierten‘ und ‚Kadern‘ prinzipiell nicht zu arbeiten.

Davon zu unterscheiden sind Angebote, die zwar ebenfalls niedrigschwellig ausgerichtet sind, sich aber stärker auf vergleichsweise klar konturierte (extrem) ‚rechte‘ Jugendgruppen beziehen und konzeptionell das Ziel verankert haben, Ausstiege aus ebensolchen Gruppen und den dazugehörigen Einstellungsmustern zu befördern und ggf. zu begleiten. Zielstellungen der Stabilisierung der individuellen Lebenssituation, der Stärkung der Persönlichkeit, der Entwicklung von positiven Lebensperspektiven sowie der gesellschaftlichen Integration sind in diesen Ansätzen deutlich stärker mit der Zielsetzung verbunden, Jugendliche aus einer bestimmten Szene herauszulösen.

Praktisch zeigt sich allerdings an verschiedenen Träger-Beschreibungen, dass die Praxis oftmals genau darin besteht, das zwischen der Arbeit mit vergleichsweise formierten rechten Cliquen und der Arbeit mit politisch-kulturell flüchtigen Cliquen bestehende Spannungsfeld auszutarieren. Die Realität vieler Projekte bzw. Träger besteht darin, die Beobachtung und Erfahrung zunehmender Hybridisierung und Heterogenisierung der Gruppen, auf die man trifft, konzeptionell zu berücksichtigen und dabei die Frage zu beantworten, „wer sind jetzt eigentlich aus so ‚her Gruppierung die, um die es uns an allererster Stelle gehen soll, wenn der Auftrag ist: pädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. Wir müssen es natürlich hinnehmen, dass wir Gruppen nicht so separieren können, dass wir die einen außen vor lassen und die anderen mit reinnehmen, sondern wir müssen damit umgehen, dass sich alle in einer Clique befinden“ (IW 1). Eine Konsequenz daraus ist auch das Eingeständnis, dass Cliquenarbeit oftmals nur noch den Rahmen darstellt, innerhalb dessen Einzelfallhilfen – und darin eingelassene inhaltliche Auseinandersetzungen – eine deutlich stärkere Gewichtung erfahren (müssen). Themenbezogen ergeben sich aus diesen unterschiedlichen Herausforderungen unterschiedliche Methodenbündel. Zum einen finden sich hier Methoden (etwa der Bildungsarbeit), die mehr mit Bezug auf Gruppen als auf Einzelne inhaltliche

Auseinandersetzung und Reflexion befördern sollen. Zum anderen werden Beispiele dafür gegeben, dass man mit Hilfe erlebnispädagogischer Angebote nicht nur Vielfalt nahebringt und individuelle Horizonte erweitert, sondern zugleich auch – und in zeitlich-logischer Nähe zu Events rechtsextremer Akteure – konkrete Konkurrenzangebote unterbreitet, die zumindest Einzelne wahrnehmen können.

JUGEND- VERBANDSARBEIT

Bereits an anderen Stellen wurde darauf hingewiesen, dass Bildungsarbeit in vielen Fällen eine intensiv genutzte Methode darstellt, die vor allem im Rahmen Offener Kinder- und Jugendarbeit und Aufsuchender Arbeit – hier insbesondere in der Arbeit der Fanprojekte – zur Anwendung kommt. Betrachtet man jedoch aktuelle Angebote, die explizit dem Bereich der (kulturellen, politischen, sozialen) Bildungsarbeit zuzuordnen sind, so ergibt sich ein von der bisherigen Darstellung stark abweichendes Bild. Dies beginnt bei den jeweiligen Trägerschaften, bei denen freie Träger deutlich – nämlich mit über 80% – dominieren, während öffentliche Trägerschaften vergleichsweise selten und Trägerschaften größerer Verbände gar nicht vorkommen.

Charakteristisch für diesen in den vergangenen Jahren stark expandierenden Bereich ist auch, dass er ganz offenbar und in erheblicher Weise von den beiden seit 2007 implementierten Bundesprogrammen und den darin niedergelegten Perspektivsetzungen profitiert. So fällt letztlich nur ein identifiziertes Angebot aus dem aktuellen Zeitraum in den Bereich der Regelförderung, während ein weiteres Projekt Landesmittel erhält. Die anderen wurden bzw. werden maßgeblich finanziert im Rahmen von „XENOS“ (zwei), „VIELFALT TUT GUT“, Themencluster 2 (zwei), „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (eins), „TOLERANZ FÖRDERN-KOMPETENZ STÄRKEN“ (sechs, davon vier im Themencluster 2).

In Bezug auf die jeweiligen Professionen legt der – allerdings vergleichsweise schmale – Datenbestand eine größere Diversität als in den bisher beschriebenen Feldern nahe. Durchgehend sind zwar auch (Sozial-)Pädagog_innen an den jeweiligen Projekten beteiligt, hinzu kommt jedoch – insbesondere im Bereich nicht gezielt fokussierender und Informationen vermittelnder Projekte – ein weites Feld an anders Qualifizierten und nicht zuletzt an Gleichaltrigen, die im Sinne des peer-education-Ansatzes bildnerisch tätig werden.

Über 60% der erfassten Bildungsangebote arbeiten konzeptionell zielgerichtet fokussierend, indem sie unter anderem oder in der Hauptsache rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche adressieren. Dabei stehen in einer Gruppe von Angeboten gefährdete Jugendliche deutlich im Vordergrund und beruht deren Kategorisierung nicht unwesentlich auf bestimmten Verknüpfungen, nach denen sich Gefährdung in starkem Maße auch an ‚Politik‘- und ‚Bildungsferne‘ festmachen lässt. In Bezug auf die jeweiligen Adressat_innen der Bildungsangebote ist in diesem Sinne die Rede von ‚rechtsaffinen‘ oder ‚latent rechtsextrem orientierten‘ Jugendlichen, die erreicht werden sollen, in einem Fall ist ausdrücklich von gemischten Gruppen die Rede, die sich aus „rechtsextrem orientierte[n]“, „gewaltaffine[n]“, „gefährdeten“, aber auch „nicht-gefährdeten“ (Ostdeutscher Bildungsträger, schriftliche Antwort 22.8.13) Jugendlichen zusammensetzen und in dieser Gesamtheit auch erreicht werden sollen. Ausgangspunkte zur Anbahnung dieser Projekte sind Vereine und Verbände im ländlichen Raum, Schulen und Jugendzentren, in zwei Fällen das Internet, wo über themenbezogene Plattformen neben Multiplikator_innen und allgemein interessierten Jugendlichen auch rechtsaffine Jugendliche erreicht werden sollen.

Eine andere – von fünf Projekten repräsentierte – Gruppe von Angeboten zielt auf die Arbeit mit inhaftierten bzw. sanktionsbedrohten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab, die bereits eine (politische und soziale) Abweichungskarriere durchlaufen oder Gefahr laufen, einen solchen Weg

einzuschlagen. Ausgangspunkte zur Anbahnung dieser Projekte sind im Wesentlichen Jugendhaftanstalten, daneben auch Jugendgerichtshilfen, mit denen eng kooperiert wird. Diesen Angeboten gegenüber stehen solche Projekte, die nicht konzeptionell zielgerichtet fokussiert angelegt sind, aber ebenso auf ‚Bildungsferne‘ oder auf Jugendliche im Allgemeinen als Adressat_innen abzielen, die im Sozialraum, im schulischen Kontext oder im Kontakt mit Trägern der Jugendhilfe erreicht werden.

Die drei Gruppen von Bildungsangeboten unterscheiden sich sehr deutlich voneinander in ihren jeweiligen inhaltlichen Fokussierungen und Konzeptsetzungen. Unter den auf rechtsextrem orientierte und gefährdete Jugendliche abzielenden Projekten finden sich Projekte, die im Sinne politischer Bildung und der Förderung von Partizipation im Wesentlichen auf die Vermittlung von Informationen und auf inhaltlich-thematische Auseinandersetzung abzielen, ein Projekt der Sozialen Gruppenarbeit sowie (die mit Inhaftierten und Sanktionsbedrohten arbeitenden) Projekte, die auf einen Methodenmix aus sozialer Gruppenarbeit, Biographiearbeit und verschiedenen Modulen des Konflikttrainings arbeiten. Demgegenüber setzen die in erster Linie an Schulklassen adressierten Projekte ohne konzeptionellen Fokus auf die Förderung kultur- und medienpädagogischer Kompetenzen und verbinden diese zuweilen mit gezielten pädagogischen Übungen aus dem Bereich der Gruppenarbeit oder – dies ist die Mehrheit – auf historisch-politische Bildung bzw. Demokratiebildung.

HILFEN ZUR ERZIEHUNG

In Bezug auf den gesamten Bereich der Hilfen zur Erziehung lassen sich aufgrund des Fehlens entsprechend ausgerichteter Ansätze keine Aussagen treffen. Zwar lässt die Recherche – wie auch schon mit Bezug auf die Jugendverbandsarbeit ausgeführt – den Schluss zu, dass in diesem Feld faktisch eine Reihe von Berührungspunkten zwischen Fachkräften und rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen existieren. Allerdings sind in diesem Zusammenhang bislang keine entsprechend ausgerichteten Projekte und Maßnahmen initiiert worden. Gleichwohl zeigt sich auch, dass zumindest ein Teil der bestehenden ausstiegsorientierten Angebote einen Schwerpunkt auf Maßnahmen aus dem Bereich der erzieherischen Einzelfallhilfen legt. Abzuwarten bleibt, inwieweit die bei Wohlfahrtsverbänden eingeleiteten themenbezogenen Schulungen von Mitarbeiter_innen intensiv genug weitergeführt werden, um über sie auch die direkte Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen anzustoßen bzw. zu qualifizieren.

MULTIAREALE ANSÄTZE

Multiareale Ansätze stellen, wie bereits erwähnt, als ‚pädagogische Pakete‘ eine besondere Gruppe innerhalb der pädagogischen und sozialarbeiterischen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen dar. Sie sind genau genommen konzeptionelle Materialisierungen eines in den Handlungsfeldern der Jugend(sozial)arbeit seit Jahren zu beobachtenden Trends der methodischen Diversifizierung und akteursbezogenen Verzahnung. Unter diesem Gesichtspunkt lassen sich – je nach Strenge der Kategorisierung – zwar deutlich mehr Angebote einem Cluster multiarealer Ansätze zuordnen, von konzeptioneller Verankerung ist dabei aber in der Regel noch nicht zu sprechen.

In fünf Fällen werden die von uns als multiareal eingestuften Projekte bzw. Projekt- und Maßnahmen-Pakete von Freien Trägern entwickelt, in zwei Fällen ist das Jugendamt Träger und in einem Fall sind es Landkreis, Landratsamt und Jugendamt gemeinsam. Bezüglich der Finanzierungsquellen zeigt sich ein vielschichtiges Bild: Drei Angebote werden mit kommunalen Mitteln oder mit Mitteln des Landkreises regelhaft gefördert, ein Projekt wird aus Mitteln des Landesjustizministeriums gefördert, zwei arbeiten bzw. arbeiteten auf Grundlage von Programmfinanzierungen („Zusammenhalt durch Teilhabe“ und „Landesprogramm Weltoffenes Sachsen“).

Schließlich findet sich ein Projekt, das ausschließlich auf der Basis von Spenden, eigens erwirtschafteten Mitteln und ehrenamtlicher Tätigkeit, auch von pädagogischen Fachkräften, arbeitet.

Den unterschiedlichen Konturen der Angebote entsprechen die jeweils zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen. Auf Grundlage der vorliegenden Daten lässt sich erstens sagen, dass die jeweiligen Angebote ganz überwiegend von pädagogischen Fachkräften (zumindest mit-)getragen werden. In einem Fall ist die einzige Stelle mit einer Sozialwissenschaftlerin besetzt. Zweitens ist hervorzuheben, dass in manchen Projekten die Stellen vor allem koordinierende Funktionen besitzen, ein zunächst niedrig erscheinender Personalschlüssel (in fünf Fällen nur eine bzw. 1,5 Stellen) also immer vor dem Hintergrund der jeweiligen Angebotsstruktur zu bewerten ist.

Generell adressieren alle hier erfassten Angebote auf konzeptionelle Weise rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche und dies in unterschiedlichen Handlungsfeldern und mit unterschiedlichen Methoden: Zwei Träger betreiben eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und offerieren entsprechend niedrigschwellige Freizeitangebote, die in beiden Fällen von unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen wahrgenommen werden. In der einen Einrichtung verkehren neben „rechtsorientierten“ und „rechtsradikalen“ Jugendlichen (die insgesamt ein knappes Viertel der Besucher_innen ausmachen) auch andere, unpolitische Jugendliche, zum Teil mit Migrationshintergründen (Einrichtung in einer westlichen Großstadt). Ähnlich gemischt präsentiert sich die Besucherschaft der anderen Einrichtung, wobei „Rechtsorientierte“ häufiger unter den älteren Besucher_innen zu finden sind, während die Jüngeren eher eine auf Bekanntschaften basierende Nähe zur örtlichen Szene aufweisen (Einrichtung in einer ostdeutschen Kleinstadt). Spezifisch – und von anderen Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wegweisend – ist, dass beide Träger mindestens ein weiteres Feld der Arbeit mit thematischem Bezug in ihre Arbeit integriert haben. Im ersten Fall handelt es sich um die Initiierung und Begleitung eines – als Form sozialer Gruppenarbeit zu verstehenden – „nicht-kommerziellen Sicherheitsdienstes“, in dem verschiedene, u. a. rechte Jugendliche zusammenkommen und – so die konzeptionelle Grundidee – gemeinsam Verantwortung zu übernehmen lernen und auf diese Weise auch wechselseitige Anerkennung erfahren. Facettenreicher fällt die Arbeit des zweiten Trägers aus: Neben Offener Kinder- und Jugendarbeit wird zum einen innerhalb der Trägerschaft Schulsozialarbeit betrieben, zum anderen findet in einem gewissen Umfang auch Multiplikator_innenberatung statt. Ein Träger verantwortet ein aus zwei Teilen bestehendes, selbst als „multidimensional“ bezeichnetes, an Inhaftierte gerichtetes Angebot. Im ersten Teil werden mit Methoden der sozialen Gruppenarbeit Anti-Aggressions- und Kompetenz-Trainings durchgeführt. Im zweiten Teil werden Maßnahmen aus dem Bereich der politischen Bildungsarbeit durchgeführt, im Kern ein von dort tätigen Pädagog_innen mitbegleiteter Besuch einer KZ-Gedenkstätte. Ein weiterer Träger verknüpft das Handlungsfeld der Aufsuchenden Arbeit im ländlichen Raum mit dem Handlungsfeld der politischen Bildungsarbeit. Zur Anwendung kommen in diesem Rahmen nicht nur klassische Methoden aus der Aufsuchenden Arbeit; es werden gleichzeitig, zum Teil damit verknüpft, zum Teil parallel dazu, Workshops an Schulen und in Kooperation mit Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt. Ein drittes Standbein besteht schließlich in einer vom Träger geleisteten Beratungsarbeit zu Entwicklungen der regionalen neonazistischen Szene, die auf Akteure (Stadtverwaltungen, Vereine, Politiker_innen) aus dem Gemeinwesen abzielt.

Von diesen – auf unterschiedliche Felder pädagogischer Arbeit abzielen-

den Trägern – lassen sich noch einmal solche Akteure unterscheiden, die genau genommen koordinierende Fachstellen mit eigenem pädagogischem Praxisanteil darstellen. In einem dieser Angebote – aus einem auf rechtsextrem orientierte Jugendliche abzielenden Streetwork-Projekt heraus entstanden – wird die Koordination jugendkultureller Gegenangebote mit Beratungsarbeit und einer ausstiegsorientierten Einzelfallhilfe kombiniert: Adressat_innen sind in diesem Sinne Jugendliche im Allgemeinen, Multiplikator_innen und Engagierte sowie rechtsextrem orientierte Jugendliche, zu denen über eine enge Kooperation mit der Jugendgerichtshilfe Kontakte hergestellt und ausstiegsorientierte Hilfestellungen initiiert werden.

In einem zweiten Fall werden solche ausstiegsorientierten Einzelfallhilfen mit allgemeinpräventiven Präventionsangeboten im schulischen Kontext verknüpft. Schule stellt in diesem Zusammenhang in erster Linie ein Kontaktfeld dar. Durch die Präsenz in diesem Handlungsfeld und entsprechende Vernetzungen mit Schulen, aber auch mit weiteren lokalen Akteuren aus Sozialer Arbeit, Jugendgerichtshilfe und Polizei sowie (landesweiten) Beratungsnetzwerken ergeben sich Kontakte, die in eine pädagogische Einzelfallberatung und Hilfevermittlung einmünden können. In der Konzeption dieser Einzelfallarbeit werden dementsprechend mit der Förderung von Selbstreflexion und der konkreten Hilfe bei der Alltagsbewältigung zwei verschiedene Zielebenen fokussiert, die allerdings insofern miteinander verzahnt sind als die inhaltliche Auseinandersetzung erfolgreich erst dort stattfinden kann, wo es zunächst eine nicht nur inhaltlich-konfrontativ bestimmte Beziehungs-Dimension gibt.

In einem noch komplexer ausfallenden „Präventionsprogramm“, das bei einer westdeutschen Stadtjugendpflege angesiedelt ist, werden vier Handlungsfelder miteinander verzahnt.

Es wird zum Ersten selber Aufsuchende Arbeit geleistet; es werden zum Zweiten an Schulen Workshops mit unterschiedlichen inhaltlichen Profilen und in Zusammenarbeit mit jeweils geeigneten ‚authentischen‘ Personen (Lebenslängliche, Ehrenmörder, Neonazi-Aussteigern Angehörige des Drogenmilieus) durchgeführt, um entsprechende Karrieren und ihre Sanktionsfolgen plastisch darzustellen; es werden zum Dritten konkrete Angebote an rechtsextrem orientierte und gefährdete (oder auch stark gewaltorientierte) Jugendliche gemacht, die im Kontext solcher Workshops angetroffen werden. Ablauf der Ansprache und Inhalt der Angebote werden in einem darauf Bezug nehmenden Expert_inneninterview wie folgt geschildert: „Ihr vier kommt mal mit nach hinten, dann geht die ganze Klasse raus, ich würde Euch ganz gerne noch ein Angebot machen, was dann weiterführt und dann ich mit denen zum Beispiel noch mal ins Gefängnis gehen oder mit denen noch mal einen besonderen Event, eine besondere Veranstaltung machen [...] das heißt, ich kann die da dann rausziehen [...] Man muss denen natürlich ein Angebot machen, wo die quasi eine Interventionsbescheinigung für geben, dass die sagen: 'O.k., bin ich mit einverstanden'. Das heißt, das muss was Spannendes sein. Wenn ich denen sagen würde: 'O.k., kommt mal her und dann rede ich mit Euch da ein bisschen drüber, da hätten die kein Bock drauf.' „Knäste“ bieten dafür ein gutes Feld. Gefängnis fungiert dann als „ganz spannende Welt. Das ist ja auch eine Welt, die für solche Leute eine hohe Affinität hat, oftmals sind das ja auch Jugendliche, die im Kopf haben: 'Vielleicht muss ich auch mal irgendwann ins Gefängnis'. Die Gefangenen, mit denen diese Jugendlichen dann Kontakt haben, passen nicht in ihr Erwartungsschema“ (IW 4). Schließlich werden zum Vierten enge Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zu Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, zu den örtlichen Schulen sowie zum landesweiten staatlichen Aussteigerprogramm gepflegt.

AUSSTIEGS- ORIENTIERTE ANGEBOTE

Ein letztes, ostdeutsches Projekt zielt – im Prinzip im Sinne des oben beschriebenen Projekts – auf die Schaffung von themenbezogenen Kooperationsformen zwischen Kommunen und dort tätigen Trägern der Jugendhilfe, Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Kontext der pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Erststraftätern. Das Angebot ist definiert als „spezialisiertes Projekt mit Vermittlungs- und Strukturbildungsauftrag“ (Träger) und fungiert praktisch sowohl als Institution pädagogischer Begleitung als auch als Kontaktstelle zwischen Polizei und pädagogischen Akteuren. Das Projekt wird von der Polizei kontaktiert, wenn ein rechtsextremer jugendlicher Straftäter zum ersten Mal straffällig geworden ist. Es folgt eine Kontaktaufnahme zu dem Jugendlichen oder den Eltern. In enger Verzahnung zwischen Polizei, Jugendamt und Sozialer Arbeit wird dann ein auf den Einzelfall zugeschnittenes Betreuungsangebot gemacht.

Wie erwähnt finden sich auch außerhalb von expliziten Ausstiegsprogrammen – insbesondere im Handlungsfeld der Bildungsarbeit und der multiarealen Ansätze – pädagogische Angebote, in denen Ausstiegsförderung als Zielsetzung formuliert ist, auf konzeptionelle Weise im Rahmen von Einzelfallhilfen Ausstiegsarbeit betrieben wird oder eine enge, bisweilen nicht nur kooperative, sondern auch strukturelle Verzahnung mit dezidierten Ausstiegsangeboten besteht. Dennoch stellt Ausstiegsarbeit ein – praktisch verschiedene pädagogische Handlungsfelder umfassendes – eigenes thematisches Handlungsfeld dar und ist entsprechend gesondert zu erwähnen.

Für den Zeitraum ab 2011 erfasste Ausstiegsprogramme mit pädagogischen Handlungsanteilen liegen überwiegend – nämlich zu 60% – in der Hand von Freien Trägern, in nur einem Fall liegt die Trägerschaft bei einem größeren Wohlfahrtsverband. Ihnen gegenüber stehen von staatlichen Institutionen getragene Aussteigerprogramme. In vier Fällen sind die Träger hier Landesjugendämter oder kommunale Jugendämter (in einem Fall in Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz), in jeweils einem Fall liegt die Trägerschaft beim Landesjustizministerium, der Polizei und dem Landespräventionsrat (hier mittlerweile in Kooperation mit nicht näher benannten „nichtstaatlichen Organisationen“). Ein Großteil dieser Angebote – 65% – finanziert sich aus entsprechenden Sonderprogrammen, hinzu kommen drei Angebote, die entweder im Rahmen eines Landesprogramms gefördert werden oder auf der Basis von Mischfinanzierungen (zum Teil ebenfalls unter Rückgriff auf entsprechende Förderungen aus Bundesprogrammen) arbeiten. Bereinigt man das Gesamtbild derzeit bestehender Aussteigerprojekte mit pädagogischen Handlungsanteilen, um jene, die zum Verbund des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“ gehören, schmilzt nicht nur die Zahl der Projekte um gut die Hälfte, es zeigt sich auch, dass Freie Träger eher Randakteure sind.

In allen Angeboten sind Pädagog_innen tätig, zum geringen Teil finden sich funktionale Differenzierungen zwischen Fachkräften unterschiedlicher Professionen bzw. Berufe – im Fall polizeilicher und mit dem Verfassungsschutz zusammenhängender Aussteigerangebote etwa zwischen pädagogischer Fachlichkeit und sicherheitsbehördlicher Ansprache und Begleitung.

Eine Übersicht der Konzepte der unterschiedlichen Angebote zeigt zum Ersten, dass Ausstiegsprogramme nicht einfach rechtsextrem orientierte Jugendliche und junge Erwachsene adressieren, sondern mal sehr deutliche Binnendifferenzierungen vornehmen, aus denen unterschiedliche pädagogische Herangehensweisen resultieren, mal bewusst und gezielt nur

einen bestimmten – nämlich den als gefährdet bezeichneten Teil der Gesamtgruppierung rechte Jugendliche – ansprechen.

Neun Projekte, also nur knapp die Hälfte, sprechen eine Gesamtzielgruppe an, die etwa binnendifferenziert wird als Feld von „Sympathisanten, Ersttätigen, Mehrfach- und Intensivtätigen und Angehörigen loser lokaler Gruppierungen“ (polizeiliches Aussteigerprojekt), von „Kadern als auch Jugendlichen mit Erstkontakt zur rechten Szene“ (staatliches Aussteigerprojekt) oder von „Sympathisanten, Mitläufern, Aktivisten und z.T. Kadern“ (Aussteigerprojekt eines Freien Trägers). In den wenigsten Fällen ist die Arbeit explizit und vorrangig auf organisierte und eng in die Szene eingebundene Personen ausgerichtet, was im Umkehrschluss bedeutet, dass in den meisten Projekten die qualitativ belastbare Differenzierung zwischen rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen erst im Laufe der Arbeit mit ihnen vorgenommen wird. Alle anderen Projekte – insbesondere solche aus dem Förderungskontext des XENOS-Sonderprogramms – sind zum Teil ausdrücklich auf „gefährdete“ Jugendliche ausgerichtet, d. h. hier auf solche Jugendlichen, die sich im Umfeld entsprechender Szenen und Organisationsangebote bewegen, oder sogar noch sehr viel weiter gefasst auf „Unentschlossene, die drohen, in den Sog der rechtsextremen Szene zu geraten“ (Aussteigerprojekt eines Freien Trägers) und auf „potenzielle Einsteiger“ (Aussteigerprojekt eines Freien Trägers).

Zum Zweiten zeigt sich, dass neben der Zielgruppenbestimmung auch die Anbahnungswege und die in der Arbeit angewendeten Methoden stark voneinander abweichen. Nur rund ein Viertel der erfassten Aussteigerangebote funktioniert – vorrangig oder in erster Linie – nach der Logik einer Komm-Struktur und setzt entsprechend ein spezifisches Verständnis von Freiwilligkeit voraus, das den Beginn der pädagogischen Arbeit markiert. Typisch sind vielmehr Mischformen, vor allem aber auch Angebote, die in hohem Maße auf aktive Ansprache setzen. Solcherlei Ansprachen, so lässt sich auch mit Blick auf die Recherchen in anderen Handlungsfeldern sagen, werden zum Teil selbstinitiativ im Rahmen Aufsuchender Arbeit vorgenommen, durch eigene Beratungstätigkeiten (von Fachkräften und Angehörigen) und ein dadurch entstehendes Wissen erleichtert, ergeben sich aber auch aus Vermittlungsaktivitäten von Seiten anderer pädagogischer Fachkräfte, insbesondere in schulischen Kontexten und dem Feld der Jugendgerichtshilfe.

Zum Dritten wird deutlich, dass in der konkreten Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen inhaltliche Aspekte nicht immer – in jedem Fall nicht immer im selben Maße – eine Rolle spielen. Während Einzelfallhilfe in eigentlich all diesen Angeboten eine wesentliche Bedeutung zukommt, ergibt sich schon allein aus dem in vielen Angeboten sehr weitgefassten Gefährdungsbegriff eine gewisse Breite in Bezug auf Formen und Methoden der inhaltlichen Auseinandersetzung, da für die Auseinandersetzung mit ideologisierten Rechtsextremist_innen im Kontext von Ausstiegsarbeit andere Strategien gewählt werden müssen als für die Auseinandersetzung mit ‚Mitläufer_innen‘.

3.3.4 Regionen und Sozialräume

Vorweg lässt sich mit Blick auf die identifizierten Angebote und deren räumliche und zeitliche Verortung zweierlei feststellen:

1. Es sind – zunächst einmal unter Verzicht auf handlungsfeldbezogene Differenzierungen – erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern zu erkennen, was die Gesamtzahl an Angeboten angeht, in deren Rahmen eine pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen stattgefunden hat und bis heute stattfindet. Diese Unterschiede lassen sich offensichtlich nicht allein mit der Größe des jeweiligen Bundeslandes oder mit dessen sozio-strukturellen Gegebenheiten erklären. Entscheidender dürften Faktoren wie die Vehemenz des Auftretens rechtsextrem konturierter Szenen, Implementierungen von Sonderprogrammen ‚gegen Rechts‘, inhaltlich-politische Präferenzen auf der administrativen Ebene sowie nicht zuletzt spezifische pädagogische und sozialarbeiterische Traditionslinien sein. Konzentrationspunkte einer solchen Arbeit verweisen immer wieder auf entsprechende Einflüsse – sei es mit Blick auf die besondere Dichte von Erfahrungen im norddeutschen Raum (Bremen und Niedersachsen als umschließendes Bundesland sowie Hamburg) und in Baden-Württemberg aufgrund entsprechender Fachdiskussionen oder besonderer Verankerungen Aufsuchender Ansätze in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren, sei es in Bezug auf die exorbitante Zunahme von Angeboten der Offenen und Aufsuchenden Arbeit in den fünf neuen Ländern vor dem Hintergrund der Implementierung des AgAG-Programms. Auch im Fortgang zeigt sich, dass es in einigen Bundesländern größere und mittlerweile zum Teil auch diversifizierte Angebotsstrukturen gibt, während die Zahl identifizierter Angebote in anderen durchgehend niedrig ausfällt.
2. Auch in der Belegung der einzelnen Handlungsfelder bestanden und bestehen deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern. Signifikant ist etwa, dass schulbezogene Angebote in allen Bundesländern unterrepräsentiert sind bzw. in den allermeisten nicht existieren, während sie in anderen (bzw. allein in Bayern) nahezu ein Alleinstellungsmerkmal besitzen.³² Auffällig ist auch, dass Ansätze Offener und Aufsuchender Arbeit in den östlichen Bundesländern eine deutlich größere Rolle spielen als in den westlichen.

Betrachtet man die Verteilung entsprechender Angebote seit 2007 hinsichtlich ihrer sozialräumlichen Verortungen und unter Einbeziehung der Trennlinie zwischen einer konzeptionell gezielt fokussierenden Arbeit und allgemeinen Angeboten, in denen u. a. auch mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gearbeitet wird (falls sie denn auftreten bzw. als solche wahrgenommen werden), ergibt sich für die einzelnen aufgemachten Handlungsfelder folgendes Bild.

³² Einschränkung ist an dieser Stelle zu betonen, dass im Rahmen der Recherche nicht ermittelt werden konnte, ob die bereits an anderer Stelle erwähnten „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ im Rahmen ihrer Tätigkeiten auch tatsächlich ausnahmslos Erfahrungen mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen machen, aus denen pädagogische Umgänge resultieren.

SCHULE

Eine dezidiert und im ausschließlichen Schwerpunkt auf schulische Kontexte abzielende pädagogische Arbeit, die konzeptionell die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen beinhaltet, existiert nicht. Im Sinne der zugrunde gelegten Definition fällt auch die in Bayern durch die „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ geleistete Arbeit nicht darunter, selbst wenn in Bezug auf rechtsextrem orientierte Jugendliche deren Vermittlung in bestehende schulsozialarbeiterische oder auf ‚Ausstieg‘ abzielende Angebote vorgesehen ist. Gleichwohl handelt es sich zumindest um ein Angebot, das in dieser flächendeckenden Form in keinem anderen Bundesland existiert. In anderen Bundesländern – etwa in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, in Sachsen sowie in Sachsen-Anhalt – existieren hingegen einzelne Angebote und Handlungsstrukturen (etwa im Bereich multiarealer Ansätze, im Bereich der Bildungsarbeit und der Ausstiegsarbeit), die gute Zugänge zum Handlungsfeld Schule besitzen und in diesem Rahmen nicht allein pädagogische Arbeit leisten, die auch rechtsextrem orientierte und gefährdete Jugendliche erreicht, sondern auch über Konzepte des Umgangs mit ihnen verfügen. Diese Angebote decken zumeist größere Gebiete, d. h. Bundesländer, Regionen, größere Agglomerationen ab, beziehen sich in jedem Fall nicht auf einzelne Schulen.

OFFENE KINDER- UND JUGENDARBEIT

Angebote der Offenen- Kinder und Jugendarbeit, in denen pädagogisch mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen gearbeitet wurde bzw. wird, finden sich mit einem gewissen Schwerpunkt (nämlich zu 38%) im kleinstädtischen Raum, während sich in Mittel- als auch Großstädten jeweils etwa gleich viele Einrichtungen identifizieren lassen. In Bezug auf die Frage, inwieweit konzeptionell gezielt fokussierend mit diesen Jugendlichen gearbeitet wird oder nicht, lassen sich weniger ortsbezogene Spezifika erkennen als vielmehr solche, die auf die Einbindung der betreffenden Einrichtungen in entsprechende Modellprojekte zur Arbeit mit rechten Jugendlichen verweisen.

Allenfalls zeigt dies, dass die erfassten Angebote in großer Mehrheit, nämlich in über 90% der Fälle, in den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) angesiedelt sind.

AUFSUCHENDE ARBEIT

Aufsuchende Arbeit findet in knapp 40% der Fälle in großstädtischen Kontexten statt, daneben finden sich (in 30% der Fälle) Angebote, die auf Landkreise, in einem Fall sogar auf eine ganze Region abzielen, während sich die restlichen Angebote auf Mittel-, selten auf Kleinstädte verteilen. In 65% der Fälle sind diese Angebote im Osten (einschließlich Berlin) angesiedelt. Gleichzeitig finden sich hier allerdings auch die meisten Angebote (nämlich sieben von zehn), die nicht konzeptionell gezielt fokussierend mit diesen (Gruppen von) Jugendlichen arbeiten, sondern eher in ihrer täglichen Arbeit auf sie treffen.

JUGENDVERBANDSARBEIT

Angebote im Rahmen von Jugendverbandsarbeit, die direkt und konzeptionell fokussiert auf die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen abzielen, konnten im Rahmen der Recherche nicht identifiziert werden. Auch Angebote, in denen davon berichtet wird, dass diese (Gruppen von) Jugendlichen in besonderer Weise erreicht werden, sind äußerst rar und finden sich, wie das Schaubild 3.5 zeigt, ausschließlich in Sportverbands-Projekten im Bundesland Brandenburg, die nicht auf einen bestimmten Standort festgelegt sind.

Auch hier ist allerdings auf Grundlage der Recherche in anderen Handlungsfeldern auf zweierlei hinzuweisen: Zum einen existiert eine Reihe von Projekten und Angeboten aus dem Bereich der Aufsuchenden Arbeit und der politischen Bildungsarbeit (vor allem in strukturschwachen Räumen),

in denen zielgerichtet und oft auch erfolgreich Zugänge zu Sportvereinen und zu Jugendfeuerwehren erschlossen worden sind und, gewissermaßen im Randbereich der Verbände angesiedelt, eine Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen stattfindet. Zum anderen lässt sich mit Blick auf die in verschiedenen Bundesländern existierenden, auf Sportvereine bezogenen Beratungsnetzwerke und in Bezug auf Projekte zur Multiplikator_innen-Sensibilisierung und -Fortbildung gerade im Kontext der (Jugend-)Feuerwehren, feststellen, dass in diesen Bereichen eine konzeptionell nur schwer zu erfassende und empirisch auch nur schwer messbare Auseinandersetzung mit solchen Jugendlichen stattfindet.

JUGEND- BILDUNGSARBEIT

Die aktuell existierenden, dem Bereich der Jugendbildung zugeordneten Angebote lassen sich differenzieren in Angebote, die zwangsläufig stationär sind, weil sie sich auf Strafgefangene beziehen, in solche Angebote, die nach dem Gießkannenprinzip mal in diesen, mal in jenem Raum gemacht werden und in solche Angebote, die von ihrem Konzept her auf bestimmte sozialräumliche Kontexte abzielen. Dies ist in allen Fällen der strukturschwache, ländliche Raum, der vor allem auch in programmgeförderten Modellprojekten als zentraler Bezugspunkt einer an rechtsextrem orientierte bzw. gefährdete Jugendliche adressierten Bildungsarbeit benannt wird. Die Großstadt als Bezugspunkt und Handlungsraum ist in keinem der identifizierten Angebote von herausgehobener Bedeutung.

MULTIAREALE ANSÄTZE

Multiareale Ansätze besitzen nicht nur eine an anderer Stelle bereits beschriebene typische konzeptionelle Struktur. Sie können zudem auch in sozialräumlicher Hinsicht multiareal ausfallen, etwa wo sie soziale Gruppenarbeit mit Gefangenen mit Fahrten in eine Gedenkstätte oder die Aufsuchende Arbeit im Landkreis oder der Region mit der Arbeit an und mit Schulen verknüpfen.

Allerdings finden sich auf der anderen Seite ebenso Ansätze, die sich auf einen konkreten städtischen Raum beziehen und ganz offenbar auch nur hier die notwendigen Voraussetzungen für Vernetzung und Kooperation vorfinden.

AUSSTIEGS- ORIENTIERTE ANGEBOTE

Ausstiegsorientierte Angebote sind stärker als Angebote in anderen Handlungsfeldern ‚enträumlicht‘.

Ein Teil der identifizierten Projekte tritt zunächst einmal lediglich in Form einer Kontakttelefonnummer oder einer Mail-Adresse (zum Teil sogar bei Verzicht auf eine Postadresse) auf und besitzt damit keine sozialräumliche Dimension. Dies ändert sich in diesen Projekten auch dann nicht, wenn Betreuungen in Gang gesetzt werden, da diese a) auf Einzelfallbetreuungen setzen, die zwar ein bestimmtes Setting benötigen, jedoch keine sozialräumliche Dimension aufweisen und b) im Zweifelsfall eher sogar darauf abzielen, den Betroffenen bzw. die Betreffende aus Teilen des sozialen Umfeldes herauszulösen, was nach aller Erfahrung auch durch räumliche Trennung erreicht werden kann.

Diesen Aussteigerprojekten stehen solche gegenüber, die konzeptionell auf öffentliche Sichtbarkeit und Präsenz setzen. Diese Präsenz stellt sich auf unterschiedliche Weise her: Es finden sich Aussteigerprojekte, die über Begleitung (und Auseinandersetzung) im Einzelfallsetting hinaus im Rahmen primärpräventiver Arbeit (v. a. an Schulen) oder auch als Berater_innen von Betroffenen (Angehörigen, Multiplikator_innen, Fachkräften) tätig werden, es finden sich innerhalb dieser Gruppe auch Projekte, die aufsuchend arbeiten, ihr Tätigkeitsfeld damit auf Treffs von Cliquen und andere Sozialräume ausweiten. Mit den Projekten im XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ ist, wie bereits beschrieben, eine Gruppe von Angeboten hinzugetreten, die neuartig sind, insofern sie einen Schwerpunkt auf den Aspekt formaler (Aus-)Bildung legen und den Begriff des Ausstiegs auch auf „gefährdete“ Jugendliche anwenden.

Generell lässt sich – rechnen wir bundesweit agierende Ausstiegsprogramme nicht mit – festhalten, dass in der Hälfte der Bundesländer überhaupt keine Aussteigerangebote mit pädagogischer Ausrichtung existieren, in anderen dafür gleich mehrere nebeneinander agieren, was auch dafür spricht, dass nicht alle Projekte einen ähnlich weitgefassten Wirkungskreis haben, sondern sich zum Teil bewusst auch auf lokale Räume begrenzen.

3.3.5 Einschätzungen zu und Erkenntnisse über Wirkungen

Über die Wirksamkeit, die tatsächliche Wirkung, die Wirkmechanismen, die Wirksamkeitsbedingungen und den letztendlichen ‚Erfolg‘ pädagogischer und sozialer Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen ist wissenschaftlich-empirisch gesichert wenig bekannt. Neben Berichten aus und von der Praxis gibt es nur wenige einschlägige Evaluationen.

EINSCHÄTZUNGEN VON PRAKTIKER_INNEN

Die von uns im Rahmen der Erstellung dieser Expertise erhobene Sicht von bei Praxisträgern beschäftigten Mitarbeiter_innen spiegelt relevante Einschätzungen und Bewertungen wider, die seit den Anfängen dieser Arbeit gelegentlich publizierte Praxisberichte zum Ausdruck bringen und aktualisiert zugleich deren Stand.³³ An Effekten auf der einen Seite sowie Hürden bzw. Hindernissen und schwer zu bewältigenden Herausforderungen auf der anderen Seite werden bezogen auf die Zeiträume, die durch die großen Bundesprogramme bzw. die Zeit davor abgesteckt werden die folgenden Gesichtspunkte genannt:

Für Projekte und Angebote bis 1991, also für den Zeitraum vor dem AgAG-Programm, sind für die Handlungsfelder Schule und Jugendverbandsarbeit keine Erfahrungen zu eruieren. Die meisten Erfahrungen liegen für die Offene und gemeinwesenorientierte sowie für die Aufsuchende Jugendarbeit vor. Nur vereinzelt wird von Ansätzen aus der Jugendbildungsarbeit, aus dem Bereich der Hilfen zur Erziehung, von multiarealen Vorgehensweisen und von Peer-to-Peer-Konzepten berichtet (vgl. zu Folgendem auch: Enke 1989; Hartwig 1990; Baensch 1992; Hartmann 1992; Piaszczyński/Füßenhäuser 1992; Scherer/Wieczorek 1992; Wieczorek 1993; Krafeld/Möller/Müller 1993; Posselt/Schumacher 1993; Lukas u. a. 1993; Vahsen u. a. 1994; Sozialistische Kulturarbeit Gütersloh 1996; Informationsdienst 1996).

Bezogen auf diese Handlungsfelder zeigt sich zunächst für die Offene und gemeinwesenorientierte Arbeit mit Jugendlichen, dass mehr über die Anlässe zur Aufnahme der Arbeit und die konkrete Arbeit selbst berichtet wird als über wahrgenommene Effekte und die Schwierigkeiten der Realisierung von sozialarbeiterischen bzw. pädagogischen Intentionen. Hintergrund dieser Schwerpunktsetzung dürfte sein, dass die Aktivitäten nahezu immer anlassorientiert aufgenommen wurden, also etwa Aufsehen erregende Gewalttaten oder ein sozial auffälliges, provokatives und zumeist auch aggressives Auftreten extrem rechts orientierter Jugendcliquen in der Öffentlichkeit des jeweiligen Sozialraums den Auslöser bildeten. Eine ganze Reihe von besonderen Herausforderungen werden in diesem Zusammenhang angeführt, im Einzelnen:

³³ Datenbasis der folgenden Ausführungen sind Praxisberichte, die von den Expertisenerstellern mittels Literaturrecherche entdeckt und ausgewertet wurden, sowie Angaben, die per Fragebogen bei recherchierten Trägern entsprechender Arbeit bzw. bei Projekten eingeholt wurden.

- ✓ hohe Hürden der Zugänglichkeit der Jugendlichen,
- ✓ die Hermetik ihres cliquenförmigen Zusammenschlusses,
- ✓ ein Druckaufbau durch organisierte Neonazis im Kampf um Einfluss auf die Jugendlichen,
- ✓ die Gefahr der Selbstüberschätzung bei der Arbeit mit bereits Organisierten,
- ✓ die Kritik an der Nicht-Ausgrenzung (extrem) rechts orientierter Jugendlicher aus Bereichen der (Fach-)Öffentlichkeit, die z. T. ‚antifaschistische Arbeit‘ im Ausweis von Jugendarbeit als ‚Nazifreie Zone‘ betrachtet,
- ✓ teilweise auftretende Gewalttätigkeiten der Jugendlichen innerhalb der Jugendeinrichtung,
- ✓ unzureichende personelle Ausstattung von Einrichtungen,
- ✓ Unsicherheiten im professionellen Umgang mit den Jugendlichen,
- ✓ durch Zentrierung auf Gruppenarbeit oder durch ein offenes sozial-räumliches Konzept verursachte ungenügende Orientierung auf Einzel-fallhilfe bzw. individualisierte Beratung,
- ✓ Ausgrenzungsbefürchtungen bzw. Wegbleibetendenzen oder gar politische ‚Infizierungsrisiken‘ im Hinblick auf die anderen Besucher_innen der jeweiligen Jugendeinrichtung.

Es verwundert vor diesem Hintergrund wenig, dass – soweit überhaupt festgestellt und benannt – Veränderungen auf Seiten der Jugendlichen eher selten stringent auf ein bestimmtes sozialarbeiterisches bzw. pädagogisches Handeln zurückgeführt, sondern eher den im Zeitverlauf sich einstellenden Gruppendynamiken unter den Jugendlichen selbst zugeschrieben werden. Allenfalls wird beobachtet, durch eine Integration der ‚Rechten‘ ins Jugendhaus zunächst nur das Verhalten der Jugendlichen innerhalb des Hauses pazifiziert zu haben (während sie außerhalb ihr Verhalten vorerst nicht änderten) und im Zeitverlauf eine ‚Entmischung‘ bewirkt zu haben: Zugängliche verblieben in der Einrichtung und konnten mit der Zeit über Angebote zur Realisierung ihrer nicht rechtsextrem aufgeladenen Interessen (Musik machen z. B.) ‚neigungsbezogen‘ integriert werden, besonders ‚Harte‘, Organisationsnahe und Organisierte blieben ihr auf Dauer fern und verfestigten eher ihre politische Orientierung, teilweise unter dem Einfluss des Rekrutierungsinteresses rechtsextremer Kader einschlägiger Organisationen

Projekte der Aufsuchenden Arbeit, die im Rahmen ihrer Tätigkeit Re-Demokratisierungstendenzen, die Deeskalation von rechtsextrem konturierten Konfliktlagen und eine Abnahme von Gewaltakzeptanz und Delinquenz auf Seiten der Jugendlichen konstatieren, verweisen auf die Erfolgsaussichten eines bestimmten methodischen Zuschnitts sozialarbeiterischen bzw. pädagogischen Handelns. Durch kontinuierliche gemeinwesen-bezogene Arbeit mit diesen Jugendlichen konnten demnach negative Selbstetikettierungen abgebaut und positive Zuschreibungen (auch von außen) bewirkt werden. Die im Rahmen Mobiler Jugendarbeit angesiedelte Clubarbeit wurde als Lernfeld für demokratische Umgangsformen etabliert, durch permanente interaktive Auseinandersetzung wurden überdies

Selbst- und Sozialkompetenzen gestärkt, als Folge dessen konnte Straffälligkeit nachweislich abgebaut werden.

Für Jugendbildungsarbeit lassen sich für diesen Zeitraum entweder keine oder eher ernüchternde Wirkungsbeschreibungen konstatieren. Dies könnte damit zusammenhängen, dass bis in die frühen 1990er Jahre hinein Bildungsarbeit noch sehr stark, jedenfalls deutlich stärker als heute, in kognitivem Aufklärungsbemühen bestand und die historische Aufarbeitung des Nationalsozialismus ins Zentrum rückte. Damit wurde ein Weg beschritten, der nicht geeignet war, die Einfallstore des modernisierten Rechtsextremismus (markiert etwa durch die auf Migrant_innen bezogene Fremdenfeindlichkeit) zu schließen.

Multiareales Arbeiten, also ein Zusammenspiel von z. B. sozialer Gruppenarbeit, handwerklicher Arbeit bzw. Ausbildung, betreutem Wohnen, Einzelfallhilfe und Erlebnispädagogik, bildete im hier fokussierten Zeitraum eine große Ausnahme, war hochgradig experimentell angelegt und wurde etwa seit Januar 1991 in der Pfarrstraße in Berlin-Lichtenberg u. a. auch mit Organisierten der ‚Deutschen Alternative‘ betrieben, was zur Intervention ‚Autonomer‘ aus der Nachbarschaft, einem Brandanschlag und schließlich der Einstellung des Projekts nach rd. zwei Jahren Laufzeit führte. Effekte im Sinne intendierter Wirkungen sind nicht dokumentiert.

Die nur sehr vereinzelt Erfahrungen mit Peer-to-Peer-Ansätzen aus dieser Zeit sind im Wesentlichen darauf ausgerichtet, mit mehr oder minder schwach zu Rate gezogener professioneller Hilfe von Sozialarbeit – z. T. aber auch daran vorbei – selbstorganisierte Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche mit unterschiedlichen politischen Ansichten zu schaffen. Die Effekte sind schwer einschätzbar und letztlich unklar. Berichtet wird aber, dass die Aktivitäten in einem Fall (vgl. SKA 1996) zu einer jugendkulturell-politischen Dominanz von ‚linken‘ bzw. unpolitischen Skinheads gegenüber vorher eher tonangebenden ‚rechten‘ Skins und in einem anderen Fall (vgl. Mücke 1990; Mücke/Korn o.J.) zu Spannungen im Gefüge der extrem rechts orientierten Jugendgruppierung geführt haben, die – zumindest gemeinsam mit anderen gruppeninternen Dynamiken – eine Auflösung der Gruppe und weitgehende Resistenz ihrer Mitglieder gegenüber Ansprachen rechtsextremer Organisationen zur Folge hatten.

Von 1992-2000, also für den Zeitraum, in dem das AgAG-Programm (bis 1996) arbeitete und noch kein neues Bundesprogramm aufgelegt war, liegen ebenfalls Berichte über Aktivitäten vor, die ihren Schwerpunkt in den Bereichen der Offenen und der Aufsuchenden Arbeit haben. In ihnen werden – wie auch in den Darstellungen der Bemühungen in den Handlungsfeldern Schule, Jugendbildungsarbeit und anderen³⁴ – ebenfalls kaum Hinweise auf erzielte Effekte durch konzeptionell gezieltes pädagogisches bzw. sozialarbeiterisches Handeln gegeben und dementsprechend ebenso wenig Hürden, Hindernisse oder schwer zu bewältigende Herausforderungen genannt, die effektives Arbeiten behindert hätten (vgl. insgesamt zum Folgenden auch Scherer/Wieczorek 1992; Wieczorek 1993; Posselt/Schumacher 1993; Krafeld/Möller/Müller 1993; Löchte/Sill 1994; Vahsen u. a. 1994; Behn/Heitmann 1995; Faller 1995; Sturzenhecker 1995; Informationsdienst 1/1996; Landesarbeitsgemeinschaft 1997; Bohn/Kreft/Segel 1997; Buderus 1998; Jilek 1998; Jugendamt Potsdam 1998; Affolderbach 2000; Klose u. a. 2000; Aechtner 2001; Dölker/Regnery 2001; Smaldino 2001; Groffmann 2001; Hafeneger/Jansen 2001; Hinrichs/Mach 2001; Glaß 2002; Landesrat 2002; Pingel/Rieker 2002; Nickolai/Lehmann 2002; Simon/Hanselmann 2003; Eißrich 2004; Gabriel u. a. 2004; Borrmann 2006; Höhner-Mertmann/Karasch 2007;

34 Für Peer-to-Peer-Ansätze konnte kein realisierter Ansatz eruiert werden; sie kommen allenfalls im Rahmen anderer Handlungsfelder und Formate gleichsam als Methoden von peer-to-peer-education oder peer-helping zum Einsatz.

Schmitz 2007; Walter 2008; Simon u. a. 2009; Biamino 2010; Bräuß 2010; Helmerich/Kolb 2011; Wilking 2012).

Im schulischen Handlungsfeld bewegten sich bis 2000 allenfalls einige wenige externe Anbieter. Die Durchführenden meinen, Effekte der Sensibilisierung, die Stärkung von Diskriminierten und auf Seiten der Teilnehmenden das Gefühl, auch mit ‚rechten‘ Ansichten als Schüler_in Ernst genommen zu werden, wahrnehmen zu können. Dies gilt mit Blick auf Erfahrungen mit Schulklassen, in denen vereinzelt extrem rechts orientierte Jugendliche bzw. Jugendliche mit Bestandteilen aus dem Spektrum rechts-extremer Auffassungen (z. B. Fremdenfeindlichkeit) sitzen, sowie unter der Bedingung, dass in der Arbeit mit den Jugendlichen an deren Lebenswelt angeknüpft und auf moralisierend-belehrende Ansprachen verzichtet wird.

In der Offenen Jugendarbeit sammelte man in diesem Zeitraum eine Reihe von Erfahrungen, die für manche den Ansatz der direkten Arbeit mit rechtsextrem affinen jungen Menschen gänzlich in Frage stellten. Aus der Retrospektive betrachtet schätzt eine Reihe von Praktiker_innen ein, dass – vor allem im Rahmen des AgAG-Programms in Ostdeutschland – die Devise ‚Ran an die braunen Schmuddelkinder‘ überhastet umzusetzen versucht wurde, indem Räume für Gruppierungen mit (extrem) rechten Selbstverständnis, z. T. sogar mit organisierter Mitgliedschaft als Jugendtreffs zur Verfügung gestellt wurden, kein oder schlecht ausgebildetes und oft unerfahrenes, manchmal gar politisch selbst ‚rechts‘ orientiertes Personal eingestellt wurde und statt eines Konzepts die Formel „akzeptierende Jugendarbeit“ – letztlich verfälschend – dem eigenen Ansatz als Etikett aufgeklebt wurde. Von mehreren Orten wird berichtet, dass dieses Scheinkonzept scheiterte. Vielfach entstand eine rechtsextreme Dominanzkultur, die zur Einschüchterung anders denkender Jugendlicher bis hin zur Instrumentalisierung und Bedrohung von Mitarbeiter_innen führte. Z. T. riefen solche Entwicklungen auch die Antifa auf den Plan, so dass es zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen kam, die – wenn dies nicht, auch unabhängig von Konflikten mit der Antifa als politischem Gegner, schon die Gewaltförmigkeiten und Bedrohungsszenarien der rechtsextremen Szene selbst taten – letztlich nicht selten zur Schließung des Treffs und damit auch zum Überdenken des Ansatzes führten. Bessere Erfahrungen im Sinne gelungenen Abbaus von Gewaltbereitschaft, nachlassender Straffälligkeit und stärkerer Reflexion der politischen Orientierung wurden dort gemacht, wo von Anfang an auf die Beschäftigung von Fachpersonal, dessen persönliche Integrität, fachliche Qualifizierung, Weiterbildung und Vernetzung, konzeptionelle Reflexivität sowie deutliche Grenzsetzungen Wert gelegt wurde. Letztere betrafen dann insbesondere die Eingrenzung der Zielgruppe auf nicht Organisierte, klare Regeln für das Verhalten im Treff (vor allem Alkoholbegrenzung, Gewalt- einschließlich Bedrohungsverzicht, keine Waffen, keine rechtsextreme Propaganda) und den Versuch, sowohl durch Arbeit mit Einzelnen individuelle Ablösungen von der Szene zu bewirken als auch durch Arbeit mit Cliques Dynamiken auszulösen oder zu begünstigen, die die Hermetik des Gruppengefüges aufschließen konnten. Wo auch „die personale Konfrontation mit dem tiefgreifenden Anderssein“ (Krafeld 1996, 15) als unverzichtbare andere Seite der ‚Medaille Akzeptanz‘ über einen längeren Zeitraum hinweg praktiziert wurde, konnten zumindest Entmischungstendenzen bewirkt werden, die darin mündeten, dass Teile der Besucherschaft sich dem Einfluss der Sozialen und pädagogischen Arbeit entzogen und sich vermutlich unter dem Einfluss rechtsextremer Anwerber_innen politisch verhärteten, andere aber ansprechbar und interaktionsbereit blieben. Insgesamt wird für die zweite Hälfte des hier fokussierten Zeitraums in zunehmendem Maße registriert, dass rechtsextrem orientierte Cliques weniger deutlich erkennbar im öffentlichen Raum bzw. für Mitarbeiter_innen in Jugendhäusern präsent sind, sich daher auf der einen Seite die offenkundige Brisanz der Probleme

malge etwas abschwächt, auf der anderen Seite jedoch Haltungen aus dem rechtsextremen Spektrum in wachsendem Maße Akzeptanz erfahren und sich in einer Weise normalisieren, die es ihren Trägern erspart, sich als (extrem) ‚rechts‘ zu verstehen und sich in Abschottung von einer gänzlich anders gestimmten Gesellschaft Gesinnungsgenoss_innen für ein gemeinsames Auftreten zu suchen. Dieser Prozess der Entgrenzung aus einem rechtsextremen Selbstverständnis und aus einer rechtsextremen Einbindung öffnete dann mancherorts auch den Raum für die Ansprache und Gewinnung neuer Gruppen von Besucher_innen und damit für die Herstellung einer Heterogenität, die relativierende Sichtweisen begünstigen kann. Aus der Aufsuchenden Jugendarbeit werden intendierte Wirkungen – insbesondere der Abbau rechtsextremer Haltungen und die Verringerung von Gewaltakzeptanz und Straffälligkeit – dann berichtet, wenn gewisse Voraussetzungen gegeben sind. Dazu gehört, dass die Zielgruppe der Arbeit nicht aus Personen mit verfestigtem rechtsextremen Weltbild bzw. Organisierten bestand, der eigene Arbeitsauftrag transparent dargestellt wurde, ein vom Team gemeinsam getragenes Konzept vorlag, nach klaren, mit den Jugendlichen abgestimmten Regeln zusammengearbeitet wurde, ein längerfristiges Arbeiten über mehrere Monate und z. T. auch Jahre hinweg sowie personelle Kontinuität strukturell ermöglicht wurde, über intensive individuelle Hilfen Vertrauensaufbau und konkreter Nutzen für die Adressat_innen realisiert werden konnte, es gelang, tragfähige Beziehungen zu entwickeln und politischen Diskussionen unter Einbringung der eigenen demokratischen Haltung nicht aus dem Weg zu gehen und nach und nach Kontakt zu anders orientierten Jugendlichen erschlossen werden konnte.

Im Grunde gilt das Gleiche für Ansätze der Jugendbildungsarbeit, seien sie als kursförmige politische Bildung, Fahrten mit rechtsextrem Orientierten in KZ-Gedenkstätten oder auch in anderer Weise formatiert. Entgegen dem ‚klassischen‘ Verständnis von (politischer) Bildungsarbeit wird auch hier – wie im Übrigen auch bei den (wenigen) Erfahrungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung – die Bedeutsamkeit der Verzahnung mit Praktiken der Sozialen Arbeit, insbesondere mit praktischer Hilfe bei der Lebensbewältigung, und dabei das Können, auf individuelle Bedarfslagen einzugehen, betont.

Mit dem privaten Träger „Exit“ startete im Jahr 2000 das erste ausstiegsorientierte Angebot. Effekte sind naturgemäß für den hier fokussierten Zeitraum noch nicht zu berichten.

Neben den ‚Stolpersteinen‘, die bereits genannt wurden (erhebliche konzeptionelle Defizite, schlecht ausgebildetes Personal, ‚Blauäugigkeit‘ im Umgang mit (Mitgliedern) der organisierten Szene etc.; s. o.), sehen sich Mitarbeiter_innen in Projekten und bei Trägern der direkten Sozialen und pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen zunehmend heftiger Kritik aus der Öffentlichkeit, mehr noch aus der Fachpraxis ausgesetzt. Bei ihnen herrscht der Eindruck vor, teilweise regelrechten Abwertungen, Anfeindungen, Diffamierungen und Stigmatisierungen ausgesetzt zu sein, weil sie ‚mit Rechten arbeiten‘. Sie sehen ihnen unterstellt, selbst ‚rechts‘ zu sein, politisch-moralisch unvertretbare und obsolet gewordene Ansätze zu verfolgen und damit angeblich unprofessionell an Herangehensweisen festzuhalten, die doch längst als gescheitert gelten könnten, ja um deren kontraproduktive Effekte man doch wisse. Gerade solche Träger und Mitarbeiter_innen, die Erfolge zu erkennen glauben und die von ihnen festgestellten Erfolgsbedingungen (s. o.) einhalten, sehen sich zu Unrecht geschmäht, verunglimpft, wenn nicht sogar eingeschüchtert. Sie identifizieren als eines der größten Probleme ihrer Arbeit ihre verzerrte Außenwahrnehmung durch eine entsprechende Ausrichtung und bewusste Lenkung des (Fach-)Diskurses.

Für die Zeitspanne der Laufzeit des Bundesprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ (2001-2006) hat sich bei Trägern, Mitarbeitenden

und Projekten der direkten Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen der Eindruck erhalten, wenig gesamt-gesellschaftliche Akzeptanz zu besitzen und nicht selten von außen, d. h. speziell von manchen Medien, von Teilen der Fachöffentlichkeit und von (wie auch immer im einzelnen ausgerichteteten) ‚linken‘ Gruppierungen falsch wahrgenommen und im Sinne der bereits benannten Vorbehalte und Vorwürfe z. T. bewusst ‚schief‘ dargestellt zu werden.

Im Übrigen (vgl. außer der o. e. Literatur auch Ehmann 2001; Schilling 2004; Richter 2006; Mobiles Beratungsteam 2005; Born/Reuter 2013; Jende/Speer 2013; Korstian/Ochs 2013) liegen vereinzelte Hinweise darauf vor, etwas stärker nun auch das Handlungsfeld Schule in den Blick genommen zu haben. Berichtet wird dann, in manchen Klassen eher vereinzelt auf Schüler (selten Schülerinnen) gestoßen zu sein, die ein rechtsextremes Selbstverständnis an den Tag legen oder die von vornherein an den Angeboten nicht teilnehmen und sich ihnen so entziehen. Häufiger traf man auf Schüler_innen, die trotz verbalisierter Distanz zum Rechtsextremismus Bestandteile rechtsextremer Haltungen aufwiesen. Die Erzielung von intendierten Effekten wird in Abhängigkeit gesehen mit der (real nur mangelhaft gewährleisteten) Planbarkeit, Kontinuität und innerschulischen Fortsetzung der Arbeit.

Soweit Offene und Aufsuchende Jugendarbeit mit der hier interessierenden Klientel nach Beendigung der Förderung durch das AgAG-Programm überhaupt weiterbetrieben bzw. neu begonnen wurde, werden im Kern diejenigen Wirkungseinschätzungen getroffen und diejenigen Wirkungsbedingungen angegeben, die auch schon vorher erwähnt wurden. Wem es gelang, eine Kontinuität des Arbeitsansatzes über viele Jahre hinweg sicherzustellen, gibt an, davon insoweit profitieren zu können, als die Nachfolgegeneration der früher einmal ‚Betreuten‘ in die Arbeitsbeziehungen einen Vertrauensvorschuss einbringt, der den Zugang erleichtert. Teilweise wird als Erfolg in Anrechnung gebracht, dass die Polizei im Sozialraum des jeweiligen Projekts einen Rückgang der Gewaltvorkommnisse und der Straffälligkeit von Kindern und Jugendlichen registriert und sich daher z. T. vehement für die Fortsetzung der Arbeit einsetzt. Vermehrt wird die Beobachtung gemacht, dass ‚rechte Cliques‘ deutlich weniger mit eindeutigen Erscheinungsbild im jeweiligen Sozialraum auftreten, mehr ‚Mischcliques‘ vorhanden sind, sich Jugendliche zunehmend in private Sphären und/oder in kommerzielle Freizeittreffs zurückziehen und für pädagogische bzw. sozialarbeiterische Angebote daher immer schlechter erreichbar sind. ‚Rechtssein‘ erhält nach diesen Beobachtungen unter jungen Leuten neben dem Fortleben alter Insignien (Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen etc.) neue Ausdrucksformen, äußert sich im selbstverständlich erscheinenden Hören und Zeigen von Musik mit ‚rechten‘ Texten auf dem Handy, zeigt sich in social community-Netzwerken an der Art der Selbstpräsentation und der Zusammensetzung des dort angezeigten Freundeskreises sowie darin, eher die positiven Bezüge der Rechtsextremen auf Werte wie ‚Nation‘ und ‚Politik der kleinen Leute‘ gut zu finden als aggressive offen-rassistische und antisemitische Hetze. Zugleich wird eine Normalisierung ‚alltagsrassistischer‘ Auffassungen, vor allem mit fremden- und muslimfeindlichem Tenor, registriert. Die Sensibilität und das Problembewusstsein, sie wahrzunehmen und anzugehen, werden z. T. auch in den Kollegien, also bei Jugendarbeiter_innen, vermisst.

Die nach wie vor nur sehr vereinzelt vorliegenden Ansätze bei den Hilfen zur Erziehung, in der Bildungsarbeit und bei den nun etwas häufiger zu findenden multiarealen Ansätzen verweisen zum einen auf die Wirkungseinschätzungen und Wirkungsbedingungen, die oben schon benannt wurden, benennen zum anderen aber auch fehlendes Engagement und unzureichende Unterstützung von Institutionen und potenziellen Vernetzungspartnern.

Neu auf den Plan traten im hier fokussierten Zeitraum die behördlichen

(und teilweise auch zivilgesellschaftliche) Ausstiegshilfen. Nur eine Minderheit von ihnen hat pädagogisch- bzw. sozialarbeiterisch-professionellen Sachverstand ‚an Bord‘. Sie können – übrigens trotz wiederholter, anderslautender Ankündigungen bis heute – nicht auf Gesamtevaluationen verweisen, geben aber z. T. in quantifizierender Weise Auskünfte über ihre Erfolge, indem sie Zahlen von mit ihrer Hilfe Ausgestiegenen vermelden (Hessen meldet z. B. im Jahr 2013 59 über das dortige, beim LKA angesiedelte Programm „Ikarus“ ausgestiegene Personen). Andere Programme halten diese Methode des Erfolgsnachweises für eine ohnehin kaum zu überprüfende Art von ‚Fliegenbeinzählerei‘, verweisen aber auf die Sogwirkung eines erzielten Ausstiegs auf andere Mitglieder der Szene und geben insgesamt beträchtliche Erfolge zu erkennen (in Baden-Württemberg bspw. nur rd. 1% ‚Rückfälle‘). Als Wirkungsbedingungen werden in erster Linie das Gelingen von Vertrauensaufbau, Beziehungsarbeit über einen längeren Zeitraum hinweg, Stabilisierungen der Lebensumstände des/der Ratsuchenden, Arbeit an Einstellungen und nicht nur an rechtsextremem Verhalten und Straffälligkeit sowie Re- oder Neu-Integration des/der Ausstiegswilligen in Arbeit und politisch unproblematische private Netzwerke angegeben (vgl. auch aktuell Rieker 2014).

Für die Laufzeit der Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010) sowie „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (2011-fortl.) und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (2010-fortl.), also insgesamt für die Spanne von 2007 bis heute (vgl. dazu neben der schon erwähnten Literatur auch Hafeneger/Becker 2007; Stadtjugendpflege 2008; Höhnke 2011; Baer u. a. 2012; Melzer 2012; Rülcke-Luzar 2013; Dürr 2013; Busch/Weiler 2013; Baer/Möller/Wiechmann 2014; <http://www.vielfalt-tut-gut.de/>; <http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/>; <http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/>) ist eine gewisse Aufrechterhaltung, aber – zumindest außerhalb des seit 2009 laufenden ausstiegsorientierten XENOS-Sonderprogramms (s. u.) – keine echte Verstärkung der direkten Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen zu registrieren. Manche Projekte monieren, dass die Ausrichtung der Förderprogramme auf die Arbeit mit und Beratung von Multiplikator_innen geradezu Verdrängungseffekte auf das Feld der direkten Arbeit mit Jugendlichen ausüben würde (s. zu diesem Argument auch die Ausführungen weiter unten).

In jedem Fall sind in diesen Zeiträumen stärker Aktivitäten im Handlungsfeld Schule (deutlich unterproportional dabei allerdings an Berufsschulen) registrierbar – wohl auch als Folge dessen, dass Lehrkräfte sich häufig mit der Entgegnung auf rechtsextrem gerahmte Provokationen im unterrichtlichen oder außerunterrichtlichen Bereich überfordert fühlen. Besonders in Bayern wird seit der Verabschiedung des „Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“ durch die Staatsregierung im Jahre 2009 und die Einrichtung von „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ bei den bayerischen Schulberatungen auf politische Bildungsarbeit über Information, Aufklärung und Vernetzung gesetzt. Eine Sensibilisierung von Schulen und Schüler_innen und positive Auseinandersetzungen mit einschlägig orientierten Jugendlichen, in seltenen Feldern auch deren Überleitung in Ausstiegshilfen werden von den Verantwortlichen beobachtet. Solche Erfolge stellen sich demnach ein, wenn von den Durchführenden von entsprechenden Seminaren, Workshops und Gruppenangeboten aktives Zuhören, eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe sowie eine Trennung zwischen Person und deren Einstellung bei Einhaltung demokratischer Spielregeln und klarer Positionierung zur Einstellung des Gegenübers praktiziert wird. Wahrgenommen wird, dass rechtsextrem Orientierte sich selten zu erkennen geben und sich der Fokus der Wahrnehmung und der Präventionsarbeit zunehmend auf jede Art der Diskriminierung und Fragen der Integration verschiebt, in ländlichen Gegenden vor allem

auf Überfremdungsgefühle und diffuse Fremdenfeindlichkeit. Dabei spielen weniger explizit politisch-inhaltliche Faktoren für die politisch-soziale Positionierung von Schüler_innen eine Rolle als Jugendgruppenphänomene der Ein- und Abgrenzung und in ihrem Hintergrund persönliche, familiäre und schulische Probleme. Als Hürde des Zugangs wird die Haltung mancher Schulen beschrieben, die rechtsextreme Orientierung und/oder Gefährdung von Teilen ihrer Schülerschaft zu negieren oder aus Imagegründen ‚unter dem Deckel halten‘ zu wollen. Die Vor- und Nachbereitungsqualität der Maßnahmen durch die Lehrkräfte und die diesbezügliche relative Einflusslosigkeit wird als weiteres Problem benannt. Ähnliche Erfahrungen liegen mit Projekttagen in Schulen beim Baden-Württembergischen Projekt „Team meX“ vor.

In den Handlungsfeldern der Jugendarbeit wird Arbeit mit extrem rechten Cliquen immer weniger praktiziert, zumal sich diese in deutlich abnehmendem Maße in der Öffentlichkeit präsentieren.³⁵ Allenthalben wird die Erfahrung gemacht, außerhalb von Zwangskontexten bzw. in Ausstiegsprojekten an Jugendliche in verfestigten Strukturen kaum mehr heranzukommen und bei ihnen auch pädagogisch-sozialarbeiterisch wenig bis nichts ausrichten zu können. Vermehrt trifft Sozialarbeit ‚gegen rechts‘ auf heterogene und fluide Gruppierungen von Jugendlichen, in denen einzelne Jungen und Mädchen extrem rechte Tendenzen, häufiger aber noch Ablehnungen im Sinne des Syndroms ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ jenseits explizit rechtsextremer Orientierungssysteme zeigen. Eine (noch?) auf Modellprojekte beschränkte und bei weitem (noch?) nicht flächendeckende Akzentsetzung auf Projekte des Hineinwirkens in Verbände, Initiativen und Sportvereine ist zwar bemerkenswert, aber weniger auf Jugendliche selbst ausgerichtet als auf Vereins- und Verbandsfunktionäre bzw. andere Multiplikator_innen. Dessen ungeachtet bleibt festzuhalten: Sensibilisierung und Reflexionsanstöße, die über das Ansetzen an konkreten Vorfällen und/oder Symbolverwendungen (z. B. dem Tragen von bestimmter Kleidung) und nicht über lebensweltferne Stoffvermittlung initiiert werden, sind Effekte, die von den mit Jugendlichen (und Multiplikator_innen) praktisch Tätigen am meisten wahrgenommen werden. Dabei ist man sich inzwischen darüber bewusst, dass solche Wahrnehmungen ‚härtere‘ Indikatoren bzw. komplexere Einschätzungen, an denen sich Wirkung festmachen lässt, nicht ersetzen können. Immer deutlicher wird formuliert, dass die problematischen politisch-sozialen Haltungen sich bei Jugendlichen finden, die politische ‚Normalität‘ für sich reklamieren, oft in Jugendverbände wie die Feuerwehr, Sportvereine, Schützengilden o. ä. eingebunden sind und sich – zumal in ländlichen Gebieten – in konventionell geprägten (Erwachsenen-)Umwelten bewegen, die die gleichen Orientierungen aufweisen. Erfolge im o. e. Sinne werden teilweise bereits explizit u. a. auch auf erarbeitete Qualitätsstandards und eine auf dieser Basis ermöglichte Abstimmung im Team, im Bereich der (Sport-)Verbandsarbeit auch auf das Erstellen und die Verabschiedung von Regelwerken zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen und Unterwanderungsversuchen zurückgeführt. Ansonsten haben sich weiterhin die Herangehensweisen bewährt und verstärkt, die schon in den vorangegangenen Zeitspannen Wirkfähigkeit attestiert bekamen: Aktive Ansprache von Adressat_innen³⁶

35 Im selben Zeitraum wird der Ausbau von Multiplikator_innenbildung und -beratung deutlich spürbar. Über (indirekte) Effekte für die direkte Arbeit mit Jugendlichen wird nichts angemerkt.

36 In Hessen werden im Rahmen des Projekts „Rote Linie“ nunmehr auch einzelne Jugendliche angesprochen, zu denen der Zugang über die Elternberatung, die Schule, Ausbildungsstätten u. ä. m. erfolgt (vgl. Rülcke-Luzar 2013). Ähnliches wird berichtet von ARUG/Braunschweig und dem Zentrum Demokratische Bildung/Wolfsburg, wo Kontakte über die Jugendgerichtshilfe und die Psychologi-

u. ä. m.; Aufbau eines Vertrauensverhältnisses; Beziehungsarbeit; kontinuierliche Arbeit am Einzelfall; Hilfe bei Alltagsproblemen (berufliche Orientierungsschwierigkeiten, Wohnungsprobleme, Sucht, familiäre Konflikte, Gerichtsverfahren etc.) und Stabilisierung der alltäglichen Lebensbewältigung durch systemische und soziale Integrationsleistungen; Ermöglichung neuer Identifikationsreferenzen, Partizipationsweisen, Zugehörigkeitsdefinitionen, Wertschätzungsbezüge und Lebensgestaltungsmöglichkeiten; Differenzierung zwischen der Person als ganzer und ihrer Orientierung bzw. ihrem Verhalten; Hintanstellung, jedoch nicht Unterlassung von frontal-inhaltlicher politischer Auseinandersetzung und Konfrontierung mit den Folgen von Sanktionierung, insbesondere Inhaftierung (etwa durch Besuche in Haftanstalten und Gespräche mit Insassen); klare Selbstpositionierung der Fachkräfte (und ggf. Ehrenamtlicher) für Demokratie und Menschenrechte; strikte Lebensweltorientiertheit von politischen Bildungsanlässen und -themen; Aktivierung der ‚Selbstreinigungskräfte‘ heterogener jugendlicher Zusammenschlüsse (etwa innerhalb der Fußballfanszene) im Sinne der Förderung von Streitkultur; Verhinderung der Verdrängung nicht-rechter Jugendlicher; Ablehnung der Instrumentalisierung als politische Feuerwehr und Pochen auf Möglichkeiten langfristiger Einflussnahme auf den politischen Sozialisationsprozess der Adressat_innen; Nutzung von Auflösungserscheinungen rechtsextremer Cliquen und Szenen für die Unterstützung von Mitläufer_innen bei Distanzierungsprozessen; teilweise Einbeziehung von Ausgestiegenen in die Arbeit; Kooperation mit Praxispartner_innen im Sozialraum. Als Hindernisse werden weiterhin vor allem wahrgenommen: die geringe Akzeptanz der direkten Arbeit mit (extrem) ‚Rechten‘ bzw. deren reflexhafte Diskussion in Teilen der Medienlandschaft und der Fachöffentlichkeit, das in Öffentlichkeit, Politik, Vereinen, Verbänden und z. T. auch (Schul-)Pädagogik und Sozialarbeit geringe Problembewusstsein gegenüber einer weiterhin bestehenden, nur im Laufe der Jahre weniger sichtbar gewordenen politischen Problematik, die Personenabhängigkeit des Problembewusstseins wichtiger Gatekeeper und damit der Zugänglichkeit für politische Bildungsprozesse mit Jugendlichen (und erwachsenen Verbands- bzw. Vereinsmitgliedern); überbordende Erwartungshaltungen im Sinne der Befrachtung der Jugendarbeit mit der Aufgabe der Lösung eines gesellschaftlichen (und eben nicht nur reinen Jugend-)Problems, die durch zunehmende Kommerzialisierung, Virtualisierung und Privatisierung des Freizeitverhaltens von Jugendlichen sowie durch Rückzugstendenzen extrem rechts orientierter Selbstorganisationsformen aus der öffentlichen Präsenz erschwerte Zugänglichkeit zu besonders stark gefährdeten bzw. rechtsextrem bereits orientierten Adressat_innen; die geringen Chancen, allein über Jugendarbeit den mit rechtsextremen Versatzstücken aufgeladenen Diskursraum sozialisationsmächtiger Erwachsener zu erreichen; das teilweise Weiterbestehen von Verunsicherungen und (partieller) Hilflosigkeit im Umgang mit rechtsextrem konturierten Phänomenen und jungen Menschen bei Mitarbeiter_innen der Jugendarbeit; eine ‚(Un-)Kultur des Wegschauens‘ innerhalb von zahlreichen Vereinen und Verbänden mit jugendlicher Mitgliedschaft und ein dort eher technisch-formales Scheinlösen von rechtsextrem aufgeladenen Problemlagen mittels Satzungsbeschlüssen, Verboten und hierarchiegeprägten ‚Ansagen von oben‘; der in manchen Regionen (vor allem Ostdeutschlands) zu beklagende Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten, die integrierende Wirkung entfalten könnten; das Nicht-Vorhandensein oder der Rückbau von Regelstrukturen; die Alltags-transfer- und Nachhaltigkeitsproblematik kurzzeitpädagogischer Maßnahmen; Finanzierungsprobleme durch Abhängigkeit von Projektgeldern

schen Dienste bei der Führerscheinnachprüfung zu einzelnen straffällig gewordenen rechtsextrem Orientierten erschlossen wurden/werden.

und deren Befristungen.

Insgesamt wird mit den hier wiedergegebenen Praxiserfahrungen die Einschätzung von Kohlstruck/Krüger/Krüger (2009, 107) bestärkt, ausgeweitet und zugleich spezifiziert, die die Arbeitsansätze der sekundären und tertiären Prävention von ‚rechter Gewalt‘ mit Bezug auf Berlin untersuchten. Sie resümieren: „Ein Teil der untersuchten Einrichtungen und Arbeitsansätze der Offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sind (sic!) bewusst auf die Zielgruppe eingestellt, die u. a. rechtsextrem orientiert und gewalttätig ist.“ Den „freizeit-, sport-, erlebnis- und bildungsbezogenen Angeboten [für] Gruppen und Einzelne“, so heißt es weiter, „gelingt das Entscheidende, nämlich zu den Betreffenden auf Dauer angelegte Beziehungen aufzubauen. Sie werden in Gruppenaktivitäten und die damit verbundenen sozialen Kooperationen eingebunden; sie werden mit Regeln und Positionen konfrontiert, die sich von ihren Wertmaßstäben unterscheiden; ihnen wird widersprochen und sie haben die Chance, in Diskussionen sanktionsfrei ihre moralischen und politischen Positionen einzubringen; dadurch werden Entwicklungs- und Lernprozesse ermöglicht“ (ebd.). Die Bedeutung dieser Arbeitsfelder kann durch die Beobachtung unterstrichen werden: „‘Schwierige’ Zielgruppen, also männliche (aktionistisch orientierte) Jugendliche mit eher niedrigen Bildungsabschlüssen bzw. -ambitionen (Haupt- und Berufsschulen) und vor allem Jugendliche in der Szene (als Mitglieder, mit Führungsfunktionen) nehmen an Angeboten der politischen Bildung oder geschlechtsspezifischen Angeboten kaum teil. Allenfalls sind sie über Offene Jugendarbeit, Streetwork, sport-, körper- und erlebnisorientierte Angebote, über Einzelfallbetreuungen, Soziale Trainingskurse oder Anti-Aggressionstrainings zu erreichen“ (Walkenhorst 2008, 82). In diesem Zusammenhang wird auch für eine Ausdehnung der Ansätze auf allgemeinere Vorurteilsdynamiken und „gruppenbezogene Ablehnungen“ und den Einbezug von Jugendlichen plädiert, die keine Herkunftsdeutschen sind.

WISSENSCHAFT- LICHE ERKENNTNISSE

Wissenschaftliche Evaluationen zum Arbeitsbereich liegen zum einen im Rahmen der Evaluationen der großen Bundesprogramme für einschlägige Programmcluster und Projekte, zum anderen nur in seltenen Fällen darüber hinausweisend in Bezug auf einzelne Ansätze vor.

Die wenig systematisch betriebene Evaluation des von 1992 bis 1996 gelaufenen „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) bleibt in Hinsicht auf registrierbare Ergebnisse der Einstellungs- und/oder Verhaltensänderung noch sehr unspezifisch (vgl. Böhnisch u. a. 1996, 1997; Bohn/Münchmeier 1997; Bohn/Fuchs/Kreft 1997). Dieses Faktum kann auch als Folge dessen gelesen werden, dass AgAG zum einen keine Verpflichtung zur Evaluation der Einzelprojekte vorsah und zum anderen mit seinen 144 Projekten nicht auf rechtsextreme Tendenzen insgesamt, sondern primär auf die Bearbeitung des Auffälligkeitsbereichs der Gewalt gerichtet war. Dabei wurde hier nicht einmal nur die extrem rechte (dies nur in rd. 40% der Projekte), sondern auch die sog. ‚linke‘ (rd. 10% der Projekte) und weitere unpolitische Gewalt von Jugendlichen (rd. 50%) in den Mittelpunkt gerückt. Eine weitere Begrenzung ergab sich daraus, dass nur Ostdeutschland einbezogen war. Dies auch deshalb, weil man sich über das Programm positive strukturelle Effekte im Hinblick auf den Aufbau einer Jugendarbeit erwartete, die einerseits in die entstandenen Lücken durch die Zerschlagung der FDJ-dominierten Jugendarbeit der DDR springen sollte und andererseits und zugleich auch den Anspruch erheben konnte, demokratischen Prinzipien zu folgen. Insofern das AgAG-Programm nicht bzw. kaum durch eine erkennbare konzeptionelle Grundlage fundiert war (vgl. Koch/Behn 1997, 10), und zudem – wie Ende 1992 aufgedeckt wurde – mancherorts Kräfte beschäftigt wurden, deren fachliche Professionalität z. T. höchst zweifelhaft war, ja die sogar teilweise selbst aus der rechten Szene stammten oder ihr nahestanden, muss es

nicht verwundern, wenn das Programm in Fachkreisen rückblickend sehr kritisch gesehen wird. Die Kritik erstreckt sich auch darauf, dass in den übrigen Feldern der Jugendarbeit auf dem Gebiet der Ex-DDR eine weitgehende Ausdünnung der noch zu DDR-Zeiten vorhandenen sozialen Infrastruktur an Jugendclubs u. ä. Einrichtungen erfolgte, Jugendliche, die nicht durch ‚rechte Umtriebe‘ und/oder Gewalt auffielen oder sich sogar explizit gegen solche Tendenzen bei Gleichaltrigen wandten, damit keine oder kaum jugendarbeiterische Förderung erhielten und zudem die Welle an rechtsextremer Gewalt eher weiter answoll als abebbte.

Vor diesem Hintergrund erscheint es aus heutiger Sicht fatal, dass von Mitarbeiter_innen der Projekte rhetorisch auf die einzige damals einigermaßen ausgearbeitete Herangehensweise an die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die Konzeptualisierung der akzeptierenden Jugendarbeit, rekurriert, dieser Ansatz jedoch höchst unvollständig in seinen Grundlagen und Prinzipien internalisiert und umgesetzt wurde. Er wurde großen Teils nur als Begrifflichkeit einer Arbeit übergestülpt, die ‚Akzeptanz‘ inkonsistent interpretierte und dabei auch auf die Positionierung zu rechtsextremen Haltungen ausweitete. Wo man mit einem solchen Vorgehen kontraproduktive Effekte produzierte, wurde dies nicht oder weniger einem konkreten Vorgehen zugerechnet, das Professionalität vermissen ließ, als dem akzeptierenden Ansatz an sich zugeschrieben. Insofern wurde weithin das sog. Scheitern akzeptierender Jugendarbeit konstatiert und konnte das Skandalon einer „Glatzenpflege auf Staatskosten“ (Buderus 1998) die Runde machen. Damit galt die direkte Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen als diskreditiert, ohne dass die wissenschaftliche Evaluation des Programms für eine derartige Einschätzung Anhaltspunkte geliefert hätte.

Insofern diese Sichtweise in politisch einflussreichen Kreisen lange Zeit reproduziert wurde (und z. T. undifferenziert weiterhin wird) und der Regierungswechsel 1998 ohnehin Neuakzentuierungen in Hinsicht auf die Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems mit sich bringen musste, setzten die in der Folge aufgelegten Bundesprogramme zunächst auf eine „Stärkung der Zivilgesellschaft“.

Nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün wurde angesichts des ganz offensichtlichen Weiterbestehens der Problemlage, ja ihrer Eskalationstendenzen, ab dem Jahre 2000 (Teilprogramm „XENOS“) bzw. ab 2001 (Teilprogramme „CIVITAS“ und „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, ab 2002 „entimon“ genannt) dementsprechend mit einer solchen Grundorientierung ein neues, dreiteiliges Bundesprogramm unter dem Titel „Jugend für Toleranz und Demokratie“ aufgelegt (weiterführende Informationen dazu und kritische Einschätzungen vgl. Lynen von Berg/Roth 2003; Roth 2003; Möller 2003a, 2003b).

Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung von „Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ (Klingelhöfer/Brüggemann/Hoßbach 2002) spiegelt den Dokumentations- (und eben weniger Evaluations-) Charakter dieser wissenschaftlichen Begleitung wider. Er verweist immerhin auf „große konzeptionelle Unsicherheiten“ sowie „Defizite der politischen Bildung“ und erläutert: „Dies betrifft vor allem die Entwicklung von Projekten zur Arbeit mit auffälligen, rechtsorientierten und/oder gewaltbereiten männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (hier ist insbesondere die Jungenarbeit gefordert), Projekte mit der Zielgruppe ‚HauptschülerInnen‘ bzw. der Zielgruppe ‚BerufsschülerInnen‘“ (ebd., 29). Vorgeschlagen wird, im Nachfolgeprogramm „entimon“ „politische Bildungsarbeit“ mit mehr „Augenmerk auf der Zielgruppe der HauptschülerInnen bzw. der BerufsschülerInnen und den rechtsorien-

tierten und/oder gefährdeten männlichen Jugendlichen“ (ebd., 30) zu betreiben.

Die Evaluation von „entimon“ (Klingelhöfer u. a. 2007) hält jedoch resümierend fest, dass zwar durch Programmmitarbeitende aussichtsreiche Präventionsmaßnahmen entwickelt wurden, aber „Schwächen“ und „blinde Flecken“ (eben auch hinsichtlich des Erreichens und der Entwicklung adäquater methodischer Ansätze für bestimmte Zielgruppen wie bildungsferne Jugendliche und auch in Bezug auf die Bewusstheit und Stringenz der Strategien und Handlungslogiken der Mitarbeiter_innen) blieben und dementsprechender „Weiterentwicklungsbedarf“ bestehe, der in das weitere Folgeprogramm einfließen solle. Im zweiten Zwischenbericht der Bundesregierung heißt es noch spezifischer: „An die Gruppe derjenigen Jugendlichen, die Gefahr laufen, in die rechte Szene abzurutschen, also jene Jugendliche, die W. Heitmeyer als tatsächliche bzw. potenzielle Modernisierungsverlierer bezeichnet hat und für die die rechte Szene eine attraktive, in einem bestimmten Sinne männlich geprägte Subkultur darstellt, kommen viele Projekte nur schwer heran“ (BMFSFJ 2004, 27). Auch der Abschlussbericht der Bundesregierung konstatiert einen weiterhin bestehenden Entwicklungsbedarf bei der Konzeption von Projekten für bildungsferne Gruppen von Jugendlichen (BMFSFJ 2006, 5). Außerdem wird festgehalten, dass im Einreichungsverfahren die wenigsten Projekt-Angebote für die Hauptzielgruppen der gefährdeten Jugendlichen und der Eltern eingereicht wurden (ebd., 19).

Die inzwischen vorliegende Evaluation des bis 2007 gelaufenen XENOS-Programms bescheinigt ihm erfolgreiches Arbeiten und bestätigt den auf Kompetenzförderungen abzielenden, präventiven Ansatz. In ihren – nicht nur für das Folgeprogramm bedeutsamen – Handlungsempfehlungen merkt sie aber u. a. an, dass systematischer als bislang eine Bedarfsanalyse dem Praxishandeln vorausgehen, die Interventionslogiken der Projekte und ihrer Mitarbeiter_innen klarer gefasst, stärkeres Gewicht auf Projektevaluation gelegt, sowohl Jugendliche als auch Multiplikator_innen angesprochen, dabei die Träger qualifiziert werden und ein regelmäßiger Austausch von Erfahrungen und Handlungsansätzen erfolgen sollte(n), um stärker Synergieeffekte, auch arbeitsfeldübergreifend, erzielen zu können (vgl. Emminghaus u. a. 2007). Wie schon im Zwischenbericht von 2005 (Rambøll-Management 2005) wird spezifizierend festgehalten, dass in dem hier vorrangig interessierenden Cluster „Soziale Arbeit mit schwierigen Jugendlichen“ „die pauschale Annahme, eine Vermittlung in Arbeit würde zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus beitragen, nicht gehalten werden“ (ebd., 57) kann.³⁷ Es erscheine „die Verknüpfung von Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zum Arbeitsmarkt zuweilen ‚künstlich‘ und eine nachhaltige Wirkung fraglich“ (ebd.). Berichtet wird allerdings auch, dass das von „XENOS“ geförderte Projekt Sozialer Arbeit mit rechtsextremen Straftäter_innen „in den meisten Fällen“ zu „einer signifikanten Verbesserung der Konfliktfähigkeit und der Sozialkompetenz der Teilnehmer“ beigetragen und – auch wenn die Frage nach erfolgter Einstellungsänderung offen bleibe – zu der angezielten „Verhaltensänderung“ im Sinne der „Abkehr von Gewalt“ geführt habe (ebd., 61; vgl. noch differenzierter dazu auch: Lukas/Lukas 2007. Dort wird jedoch darauf hingewiesen, dass erst follow-up-Untersuchungen Aussagen über nachhaltige Wirkungen erlauben würden).

³⁷ Ein Befund, der nicht verwundern kann, liegen doch seit Langem empirische Befunde der Forschung dafür vor, dass allein der Besitz eines Arbeitsplatzes nicht vor Rechtsextremismus schützt (vgl. z. B. Heitmeyer u. a. 1992). Eher ist erstaunlich, dass mit einer derartig naiven Annahme innerhalb eines Bundesprogramms operiert wurde.

Die Abschluss-Evaluation des auf Ostdeutschland bezogenen „CIVITAS“-Programms (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007) bestärkt im Endergebnis die Programmverantwortlichen darin, zivilgesellschaftliche Initiativen zur Rechtsextremismusbekämpfung weiterhin zu fördern. Sie attestiert ihnen andererseits aber auch, mit der anfänglich ausschließlichen Akzentsetzung auf diesen Bereich³⁸ gleichsam das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und durchaus erfolgversprechende Ansätze der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen vernachlässigt zu haben. So merken die CIVITAS-Evaluator_innen schon 2003 kritisch an, dass bei nur 4% der Struktur- und zivilgesellschaftlichen Projekte (Mobile Beratungsteams (MBTs), Opferberatungsstellen (OBS), Netzwerkstellen (NWS)) von 2002 „rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche als eigene Zielgruppe angesprochen“ wurden (Lynen von Berg/Palloks/Vossen 2003, 32) und machen dafür nicht zuletzt auch „Vorbehalte gegen eine Beziehungsarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ bei „alle(n) Strukturprojektgruppen“, also bei MBTs, NWS und OBS, verantwortlich, die „in der Regel mit den negativen Erfahrungen der ‚akzeptierenden Sozialarbeit‘ begründet“ werden. Obwohl in Bezug auf die Mitarbeiterschaft dieser Stellen berichtet wird, „dass eine soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in vielen Fällen pauschal abgelehnt wird“, schlagen die Evaluator_innen vor, dass „versucht werden sollte, die Zielgruppe derjenigen, die Gefahr laufen, sich rechtsextremen Gruppierungen anzuschließen, mit hochqualifizierten Maßnahmen und gut ausgebildeten Fachkräften zu erreichen“ (ebd., 36), um in der End-Evaluation wiederum feststellen zu müssen, dass es kaum gelungen ist, bildungsferne und rechtsextrem gefährdete Jugendliche zu erreichen (vgl. Lynen von Berg/Palloks/Steil 2007, bes. 327). Dieses Manko wurde auch im Abschlussbericht zur Gesamtevaluation von „Jugend für Demokratie und Toleranz“ als „besonders kritischer Punkt“ benannt (vgl. BMFSFJ 2006, 55). Mehr noch: Mitarbeiter_innen der Jugendarbeit, die mit ihnen arbeiten, sehen sich laut CIVITAS-Evaluation von Seiten der CIVITAS-Akteure „jener Stigmatisierung ausgesetzt, die auch ihre Adressaten trifft“ (ebd., 295; ähnliches berichten in jüngerer Zeit bezogen auf Berlin Kohlstruck/Krüger/Krüger 2009). Der Abschlussbericht der Bundesregierung resümiert in klaren Worten: „Allerdings litt das Programm insofern an Einseitigkeit, als es sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen lange Zeit weitgehend ausschloss. Dies galt für Programmverwaltung und Projektakteurinnen und -akteure gleichermaßen. Die Projektförderung legte zu wenig Gewicht auf dieses wichtige Instrumentarium professioneller Problembearbeitung. Bei einem Teil der Projekte zeigte sich eine Neigung zu unfruchtbaren Frontstellungen gegenüber sozialpädagogischen Ansätzen, was an manchen Orten die Kooperation mit so zentralen Bereichen wie dem der Jugendarbeit erschwerte. Es ist als Defizit des Programms zu verzeichnen, dass es die Gruppe rechtsextremistisch gefährdeter Jugendlicher kaum erreicht hat. Derart vereinseitigt droht der zivilgesellschaftliche Ansatz in unproduktiver Milieufixierung stecken zu bleiben“ (BMFSFJ 2006, 62; vgl. auch aktuell Palloks 2014).

Das Folgeprogramm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (01.01.2007-31.12.2010; Volumen: 19 Mio. Euro p.a.) bündelte die bis dahin existierenden Programmteile zur politischen Bildung und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in einem Programm und zog aus den Evaluationen der Vorgängerprogramme dahingehend Konse-

38 Erst mit einer konzeptionellen Überarbeitung gehörten ab 2003 „rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche“ auch zu den Zielgruppen von „CIVITAS“ (vgl. CIVITAS 2002, 2).

quenzen, dass – neben einer Säule für Steuerung, Kommunikation, Bündnisse, Evaluation und Forschung – zwei Schwerpunkte gebildet wurden: die Förderung lokaler Aktionspläne – in 60 ostdeutschen und 30 westdeutschen Kommunen bzw. Kreisen – und die Förderung von Modellprojekten zu den vier Themen „Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus“, „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“, „Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft“ und „Früh ansetzende Prävention“. Hinzu kam ein auf dieselbe Laufzeit ausgelegtes Partnerprogramm unter dem Titel „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, das die positiven Erfahrungen von „CIVITAS“ mit der Etablierung von Beratungsnetzwerken in Ostdeutschland aufgriff und Gelegenheit gab, sie auf alle 16 Bundesländer zu übertragen.

Die wissenschaftliche Begleitung beider Programme durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) stellt resümierend u. a. fest:

- ✓ Die lokale Jugendarbeit erweist sich als eine wesentliche Trägerin der Vor-Ort-Netzwerke und als unverzichtbare Fachimpulsgeberin.
- ✓ Die Programmaktivitäten „leisten Beiträge zur Fortentwicklung respektive Anregung der Kinder- und Jugendhilfe“ (Abschlussbericht o. J., 38).
- ✓ Die Zusammenarbeit, ja „Verzahnung“ von Projekten mit den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe ist „unabdingbar“ (ebd.). Sie wird befördert durch die „jugendhilferelevante Qualifikation“ (ebd.) von Projektmitarbeiter_innen.

Empfohlen wird daher, „die grundsätzliche Ausrichtung der beiden Bundesprogramme auf die

Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus im Jugendalter beizubehalten“ (ebd., 40), wobei vor allem für städtische Regionen „mit einer großen sozialen und kulturellen Diversität“ festgestellt wird, dass hier „eher das breite Spektrum von Facetten einer ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘“ zu bearbeiten ist und von der Praxis versucht wird, die darin aufscheinenden „spezifischen Konfliktkonstellationen als Chance für neue Ansätze der Rechtsextremismus-Prävention zu nutzen“ (ebd., 22).

Die speziell auf das hier besonders interessierende Themencluster „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ bezogene Evaluation von 18 Modellprojekten registriert eine „große Vielfalt“ „real erreichter Zielgruppen“ (Sischka u. a. 2011, 22). Zu ihnen gehörten Jugendliche, „die unmittelbar in ihrem persönlichen Beziehungsumfeld (Peer Group, Nachbarschaft, Familie) rechtsextreme Angebote vorfinden und bei denen sich bereits eine Offenheit oder auch eine erste Hinwendung zu Angeboten rechtsextremer Ideologie, Jugendkultur und Gruppenzugehörigkeit abzeichnet. Sie haben aber auch Jugendliche erreicht, die in Regionen leben, die merklich von rechtsextremen Angeboten und Einflussbestrebungen geprägt sind, sich selbst jedoch davon abgrenzen und im Sinne einer demokratischen Kultur aktiv werden (wollen). Jugendliche, die bereits stärker rechtsextrem orientiert sind und sich selbst auch politisch so einordnen, wurden von den MP (= Modellprojekten; Anm. d. Verf.) als Teilzielgruppe sicherlich am wenigsten erreicht. Allerdings hat ein Teil der MP die Tatsache heterogener Gruppenzusammensetzungen kompetent für Präventionsarbeit genutzt, um auch ‚rechtsextrem orientierte‘ Jugendliche durch die präventiv angelegte Arbeit mit ihren Peers erreichen zu können. Diese Teilzielgruppe wurde also über die Arbeit an Schulen, im Gemeinwe-

sen oder im Justizvollzug und meist im Rahmen der dortigen Peer Group-Beziehungen teilweise mit erreicht. Die Relevanz der pädagogisch ausgerichteten MP wird auch dadurch bekräftigt, dass sie häufig mit Zielgruppen gearbeitet haben, die in der Vergangenheit zu wenig oder kaum erreicht wurden (z.B. Schulverweigerer/innen, Hauptschüler/innen, Förder-schüler/innen, straffällige Jugendliche“ (ebd., 44f.). Von der wissenschaftlichen Begleitung wird „deutlich herauskristallisiert, dass die Mehrheit der MP innerhalb des TC2 (= Themencluster 2; Anm. d. Verf.) ihren Schwerpunkt in den universal-präventiven Bereich gelegt hatte und weniger dezidiert in die selektive bzw. indizierte Prävention, so dass stärker rechtsextrem orientierte Jugendliche zumeist lediglich im Zusammenhang mit heterogenen Gruppenkonstellationen (z.B. in Schulen oder Justizvollzug) erreicht wurden“ (ebd., 26). Empfohlen wird: „Zukünftig sollte versucht werden, stärker in den Beziehungsnetzwerken rechtsextrem gefährdeter Jugendlicher präventiv tätig zu werden“ (ebd., 5). Konkreter noch: „Sicherlich kann die direkte Arbeit mit bereits stärker rechtsextrem orientierten Jugendlichen als politisch-pädagogische Interventionspraxis noch verstärkt werden. Es weist aber vieles darauf hin, dass sich solche Jugendlichen nicht erreichen lassen, wenn nicht gleichzeitig auch ihre noch offeneren Peers als eigentlicher Zugang angesprochen werden. Homogene Gruppen ‚rechtsextrem orientierter‘ Jugendlicher (mit stabilen Kameradschaftsbeziehungen und eindeutiger politischer Identifikation) wird es wohl am ehesten in kleinen Ortschaften und dort im Freizeitbereich geben, in denen es in den vergangenen Jahren dem organisierten Rechtsextremismus zunehmend gelungen ist, seine Einfluss-sphären auszuweiten. Sicherlich fehlen in solchen Regionen noch nach wie vor tragfähige Modelle einer pädagogisch und politisch intervenierenden Jugendbildungs- und Kulturarbeit; doch gilt gleichermaßen, dass der Zugang über heterogene Peer-Groups in Schule und Nachbarschaft ebenso sinnvoll und wirksam ist, weil hier die Heterogenität unter den Jugendlichen noch als ‚interner Wirkfaktor‘ stärker genutzt werden kann“ (ebd., 37f.). Zu beachten sei dabei auch, dass in der Einwanderungsgesellschaft „Personen, die sich rechtsextrem orientieren, nicht notwendigerweise einen persönlichen oder familiären ‚deutschen Herkunftshintergrund‘ haben müssen“ (ebd., 50). In der „Frage der Zielerreichung“ wird ein „sehr gutes bis zufriedenstellendes Bild“ (ebd., 19) gezeichnet. „Insgesamt“ wird die „Wirkfähigkeit“ der „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ als „zielführend eingeschätzt“ (ebd., 20), wobei die Untersuchung einer „Nachhaltigkeit von Wirkungen“ „über die Kapazitäten der WB (= Wissenschaftlichen Begleitung, Anm. d. Verf.) hinaus“ ging (ebd., 77). Immerhin wird an Beiträgen zur Erzielung von „Wirkfähigkeit“ u. a. festgehalten, „dass die MP noch stärker als ursprünglich vorgesehen, den Alltagsproblemen und -belastungen der Jugendlichen Aufmerksamkeit zollen und diese einbeziehen mussten, um eine tragfähige Beziehung herstellen zu können“, „sehr basale, grundlegende Kompetenzen“ wie „Aufmerksamkeit, Wahrnehmung, Koordination und Selbstregulation“ „als Voraussetzungen für demokratisches Handeln“ „unterstützt werden“ mussten und sich „das Anknüpfen an biographische(n) Erfahrungen der Jugendlichen als [...] weiterführend in der pädagogischen Beziehungsarbeit“ erwies (ebd., 29).

Das sich direkt anschließende Nachfolgeprogramm vereint die beiden Bundesprogramme „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter dem Titel „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und stellt bis Ende 2013 in drei Schwerpunkten – LAPs, Beratungsnetzwerke und Modellprojekte – jährlich 24 Mio. zur Verfügung, wobei unter den insgesamt 51 geförderten Modellprojekten auch 13 Projekte zum Themencluster „Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ wissenschaftlich begleitet werden.

Die aktuellste Evaluation für die Modellprojekte und damit auch für dieses Cluster (vgl. Univation 2012) gibt nach eigener Auskunft „bislang vorwiegend beschreibende Informationen“ und erwartet Ergebnisse zur „Wirkfähigkeit der Handlungskonzepte im weiteren Verlauf“ (ebd., 27) der wissenschaftlichen Begleitung. Sie registriert aber immerhin, dass weniger als 50% der im Themencluster „Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ arbeitenden Projekte, nämlich gerade einmal sechs, überhaupt ‚Jugendliche‘ als Hauptzielgruppe angeben (vgl. ebd., 48). Zwar fühlen sich die „Projektverantwortlichen“ durch die Aufdeckung der Mordserie des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds „stark in der Bedeutung ihrer Vorhaben bestärkt“ (ebd., 33) und klagen über den „hohen Ressourceneinsatz für die Antragstellung und Acquirierung von Folgefinanzierungen“ und die Behinderung von „Nachhaltigkeitsbestrebungen“ durch eine „immer weiter auseinandergeh(ende)“ „Schere in Bezug auf die fachliche Expertise in der Extremismusprävention zwischen Modellprojektträgern und Regelangeboten“ (ebd., 69), allerdings ist auch jetzt schon aus der Sicht der wissenschaftlichen Begleitung „kritisch anzumerken, dass der Titel des TC 2 (Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen) die Arbeit nicht genau widerspiegelt“, vor allem auch deshalb, weil „in der Praxis häufig mit existierenden Gruppen (in Jugendeinrichtungen, Schulen etc.) gearbeitet (wird), die bezüglich rechtsextremer Orientierungen heterogen sind“, sprich: zumindest teilweise solche Orientierungen gar nicht aufweisen. Daher wird empfohlen, „die verwendeten Begrifflichkeiten zur Bezeichnung der Zielgruppe (rechtsextrem orientierte Jugendliche) und dahinter liegende Verständnisse und Wertungen systematisch zu führen“ (ebd., 80; s. dazu unsere Vorschläge in Kap. 3.3.1).

Besondere Bedeutung für das hier diskutierte Themenfeld hat auch der zweite Zwischenbericht zum „XENOS“-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ (Laufzeit 03/2009-31.12.2014). Auf der Basis statistischer Angaben über die Teilnehmenden, einer Online-Befragung der 15 Projektträger, wiederholter ein- bis zweitägiger „Vor-Ort-Besuche“ und Leitfaden-Interviews mit der Projektleitung. Auch hier werden nicht unerhebliche Schwierigkeiten benannt, die eigentliche Zielgruppe zu erreichen: Ein Viertel der Teilnehmenden hat(te) gar keinen Bezug zur rechtsextremen Szene. In diesen Fällen – so die Evaluation – müsse wohl davon ausgegangen werden, „dass die Zielgruppe des Sonderprogramms verfehlt wurde, „(d)a ein Ausstieg aus der rechten Szene zunächst die Zugehörigkeit zu derselben voraussetzt“ (Einhorn u. a. 2013, 26). In Bezug auf die Projekte lasse sich „schlussfolgern, dass einige von ihnen sich offensichtlich recht weit von besagtem Kern der Ausstiegsarbeit entfernt haben“ (ebd., 20). Bei sieben Projekten haben sogar ein Drittel der Teilnehmenden keinen Bezug zur extrem rechten Szene. Während hier ein eher präventiver Schwerpunkt gesetzt wird, leisten fünf Projekte im Schwerpunkt Ausstiegsarbeit (bei ihnen haben nur 10% der Teilnehmenden keinen Bezug zur rechtsextremen Szene). „Fasst man die betreuten Gruppen in Personen außerhalb der rechten Szene („ohne Bezug“ und ‚Sympathisanten‘) sowie Mitglieder der Szene („Mitläufer/-innen“, ‚Aktivist/-innen‘, ‚Kader‘) zusammen, ergibt sich, dass die Teilnehmenden der Projekte mit Schwerpunkt Prävention zu knapp über 50 Prozent außerhalb der Szene stehen, während gut 70 Prozent der Teilnehmenden an den Projekten mit Schwerpunkt Ausstieg sich innerhalb der Szene bewegen“ (ebd., 27). Die Erfolgseinschätzung durch die Projekte fällt gut aus: „Immerhin die Hälfte der Projekte beansprucht für sich, dass die von ihnen durchgeführten und abgeschlossenen Betreuungen meistens oder sogar immer sowohl zu einer inneren als auch zu einer äußeren Abkehr geführt haben“ (ebd., 33). Die Erfolgsbedingun-

gen werden wie folgt beschrieben: „Die Erfahrung der Projekte zeigt, dass nachhaltige Ausstiegsarbeit die gesamte Persönlichkeit und Lebenssituation der Jugendlichen berücksichtigen und stabilisieren muss. Viele der Teilnehmenden befinden sich in einer Lage, die in mehrfacher Hinsicht problematisch ist: Alkoholsucht, zerrüttete Familienverhältnisse, hohe Gewaltbereitschaft, Überschuldung – derlei zusätzliche Probleme sind häufig eng mit der Zugehörigkeit Jugendlicher zur rechtsextremen Szene verbunden. Im Zuge der Loslösung von der rechten Szene müssen diese Probleme demnach mit angegangen werden, um einen dauerhaften Ausstieg zu realisieren. Gleiches gilt in Bezug auf die Integration in Ausbildung oder Arbeit, die durch die begleitenden Probleme ebenfalls erschwert oder sogar unmöglich gemacht werden kann“ (ebd., 39f.). Und: „Der mehrdimensionale Ansatz, d.h. die Ansprache verschiedener Zielgruppen, die über rechte Jugendliche und junge Erwachsene hinausgehen, wird von der Programmevaluation als besonders erfolgversprechend betrachtet. Die ganzheitliche, kontextorientierte Betrachtung des Problems Rechtsextremismus ist oft Ansätzen überlegen, die sich ausschließlich auf das Case-management von jungen Ausstiegswilligen konzentrieren“ (ebd., 75).

Außerhalb des Rahmens von Programmevaluationen liegt für die Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem (und menschenfeindlich) orientierten Jugendlichen in Deutschland nur eine Evaluation auf wissenschaftlicher Basis vor. Es handelt sich um die Evaluation zu dem 2008 mit dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis ausgezeichneten Konzept „Distanzierung durch Integration“, das der Verein zur Förderung der akzeptierenden Jugendarbeit e.V. (VAJA) in mehreren Stadtteilen Bremens verfolgt. Das Konzept zielt darauf, über die Vermittlung von positiven Integrationserfahrungen in Gestaltungs-, Kommunikations-, Kooperations- und Sozialraumkontexte und die damit einhergehenden Potenzialnutzungen neuer Sinnstiftungen bei jüngeren Jugendlichen Abstandnahmen von rechtsextremen und menschenfeindlichen Haltungen zu bewirken. Es selbst besteht in einem Ansatz, der die Arbeitsinhalte Sozialraumanalyse, Streetwork, Cliquen-, Gruppen- und Szenearbeit, Einzelfallhilfe, Projektangebote, Gemeinwesen- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kooperative Vernetzung beinhaltet und als Arbeitsphasen eine Eruierungs- und Kontaktierungsphase, die Phase des Vertrauensaufbaus, die Phase der Konsolidierung der Arbeitsbeziehung und schließlich eine Ablösungsphase erforderlich macht (vgl. vor allem Bleiß u. a. 2004). Für das Konzept liegt eine quantitative und qualitative Auswertungen beinhaltende, über mehrere Jahre längsschnittlich durchgeführte und multiperspektivische Evaluation vor. Sie ergibt kurz zusammengefasst: Die erwünschte Reduktion rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen tritt ein, aber sie erfolgt nicht kurzfristig und nicht bei allen (anfänglich) Begleiteten. Der Abbau erfolgt zumeist nicht ‚restlos‘; vor allem die Auffälligkeiten gehen aber zurück. Die Verringerung hängt mit der Aufsuchenden Arbeit von Sozialpädagog_innen zusammen. Allein ihre Existenz kann aber auch eine gewisse Magnetwirkung für nachwachsende Jugendliche mit extrem rechter und menschenfeindlicher Orientierung entfalten, die zu neuen Cliquensortierungen im Sinne einer Konzentration der ‚Rechten‘ und Abwertungsgeinigten führen kann und so neue Herausforderungen hinsichtlich Kontinuität bei gleichzeitigem Neuanfang mit nun anderem verjüngtem Adressat_innenkreis beinhaltet.

Erfahrungsgestützte Bedingungen für Erfolg sind unter Einbezug der Befunde zu weiteren untersuchten Fragestellungen u. a.:

- ✓ die Adressierung des Konzepts an jüngere (im Kern 13- bis 16-jährige) Jugendliche, die ideologisch (noch) nicht rechtsextrem gefestigt sind und nicht Mitglieder einschlägiger Organisationen sind,

- ✓ die zeitliche, räumliche und sozio-emotionale Zugänglichkeit von Jugendlichen, die über die tendenzielle Auflösung überlieferter Straßencliquenstrukturen, höhere Mobilität der Jugendlichen und neue technische Kommunikationsweisen (Handy, Internet) teils erheblich gegenüber früher erschwert wird,
- ✓ die Transparenz der Arbeitsziele – auch für die Jugendlichen,
- ✓ die Etablierung klarer Regeln und Grenzsetzungen (u. a. Wechselseitigkeit des Respekterweises, Raumnutzungsregeln),
- ✓ die Akzeptanz als Ansprechpartner_in und die Konsequenz im Auftreten,
- ✓ die Langfristigkeit und Kontinuität des Kontakts,
- ✓ die Intensität und Beharrlichkeit des „Sich-Kümmerns“ (zeitlich und qualitativ-beziehungsmäßig),
- ✓ die nahezu stete Erreichbarkeit und Flexibilität der Mitarbeiter_innen,
- ✓ der Mix von Alltagshilfe (als Integrationshilfe) in den Bereichen Schule, Beruf, Freizeit u. ä. einerseits und politischer Auseinandersetzung andererseits,
- ✓ die Entfaltung von Wirksamkeit der aufsuchenden Sozialpädagog_innen als Gegenkraft gegen cliqueninterne rechte Meinungsführer_innen und rechtsextreme Rekrutierer_innen von außen,
- ✓ tragfähige kooperative Vernetzungen (Gulbins u. a. 2007).

Eine Weiterentwicklung von „Distanzierung durch Integration“ stellt das Konzept KISSeS dar.³⁹ Dies ist ein Ansatz, der in Übereinstimmung mit den Akzentuierungen der „International Federation of Social Workers“ (IFSW) (vgl. dazu auch kurz: <http://www.ifsw.org/en/p38000002.html>) arbeitsfeldübergreifend auf die Ermöglichung und Förderung der *Lebensgestaltung* der Subjekte durch Soziale Arbeit bezogen ist. Er geht damit über den Anspruch der Gewährung von Bewältigungshilfen in belasteten Lebenssituationen oder in (absehbar) anderweitig problematischen Konstellationen hinaus. Knapp umrissen weist er Sozialer Arbeit die Funktion zu, Subjekte auf ihrer Suche nach Lebenserfüllung unterstützend so zu begleiten, dass sie jeweils eine selbst- und sozialkompetente Persönlichkeit mit handlungssicherer Identität in personaler Einzigartigkeit und sozialer Anschlussfähigkeit entwickeln und dabei einen positiven und zugleich selbstkritischen Selbstwert aufbauen und wahren können.

Das Kürzel KISSeS fasst zusammen, was dafür an Erfahrungsmöglichkeiten notwendig ist und in welcher Weise entsprechende Erfahrungsrealisierungen auf die Entwicklung persönlicher Kompetenzen einwirken können. Im Einzelnen handelt es sich um:

³⁹ Die praktische Umsetzung und Evaluation erfolgt ab September 2013 im von der Robert-Bosch-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Projekt „Rückgrat – Eine Wissenschaft-Praxis-Kooperation gegen Rechtsextremismus und gruppierungsbezogene Ablehnungen“ an der Hochschule Esslingen.

1. *Kontrolle* im Sinne der

- ✓ Verfügung über zentrale Bedingungen der eigenen Lebensführung und der
- ✓ Möglichkeit zur Selbstbestimmung über die Bedingungen von Abhängigkeiten;

2. *Integration* als Sicherstellung

- ✓ von Orientierung und von Eingriffsmöglichkeiten in der objektiven Welt mittels Systemintegration,
- ✓ der Stiftung von affektiven Beziehungen zwischen den Subjekten und der Zugänglichkeit zur Bildung kollektiver Identität mittels gemeinschaftlicher Sozialintegration,
- ✓ von Integrität währenden Kriterien und Verfahren der Interessenartikulation und des Konfliktausgleichs mittels gesellschaftlicher Sozialintegration;⁴⁰

3. *Sinnlichkeit und sinnliches Erleben* als

- ✓ Sensitivität für Sinneseindrücke,
- ✓ Erleben positiv empfundener körperlicher und psychischer Zustände und Prozesse,
- ✓ Möglichkeit zum Aufsuchen und zur Gestaltung entsprechender Erlebensbedingungen;

4. *Sinnerfahrung und Sinnzuschreibung* zum Zwecke

- ✓ der Herstellung einer Ordnung,
- ✓ der Komplexitätsreduktion,
- ✓ der Kontingenzbearbeitung,
- ✓ der Kosmierung,
- ✓ des Identitätserhalts und ggf.
- ✓ der Weltdistanzierung.

40 Näher dazu, welche Rollen dabei die Erfahrung von Integration, Zugehörigkeit und Partizipation spielen: Möller 2013b.

Über befriedigende Erfahrungen, die auf diesen Feldern gemacht werden können, erzeugt das Subjekt

5. *Selbst- und Sozialkompetenzen* wie Reflexivität, Empathie, Frustrationstoleranz, Impuls- und Affektkontrolle, verbale Konfliktfähigkeit u. ä. m..

In Bezug auf die Bearbeitung von Rechtsextremismus reflektiert der KISseS-Ansatz die Erkenntnis, dass erlebte Kontrolldefizite, Mängel der Integration in verständigungsorientierte soziale Kontexte, bestimmte Verengungen sinnlichen Erlebens (z. B. im Rahmen von Gewaltaktionen) und Empfindungen von Sinnlosigkeit bei der Verfolgung sozialisatorischer Erwartungen (z. B. hinsichtlich schulischen Lernens) und in Hinsicht auf die Regularien im öffentlichen Handlungsraum (z. B. politische Partizipation betreffend), bedeutsame Begünstigungsfaktoren für un- und antidemokratische Selbstpositionierungen des Subjekts und auch für Gewaltakzeptanz darstellen (vgl. auch Möller 2007; Möller/Schuhmacher 2007). Er berücksichtigt ferner die empirisch gut belegbare Protektionswirkung von Selbst- und Sozialkompetenzen wie den oben auszugsweise genannten gegenüber problematischen Orientierungen, insbesondere auch gegenüber Extremismus und Gewalt, setzt dabei aber im Gegensatz zu pädagogisch bemühten Trainingsprogrammen, die sich auch auf ihre Schutzfunktion berufen, darauf, die Entwicklung solcher Kompetenzen durch Alltagserfahrungen möglich werden zu lassen, die Lebenskontrolle, Integration, positives sinnliches Erleben und Sinnerfahrung gewähren. Folglich wird für ihren Aufbau nicht die Schulung in Laboratoriumssituationen in den Mittelpunkt gerückt, sondern die Ermöglichung von Lebensverhältnissen, in denen im Rahmen einer Persönlichkeitsentwicklung, die individuell befriedigend und sozial akzeptabel ist, diese Fähigkeiten wachsen können.

Im Hintergrund des Ansatzes steht in Hinsicht auf Problembearbeitungen, wie wir sie im Falle der Entgegnung auf rechtsextreme Tendenzen vorzunehmen suchen, die Überzeugung von der Tauglichkeit der *Pädagogik der funktionalen Äquivalente* (Böhnisch 2012). Gemeint ist damit, dass es gilt, pädagogisch (und sozialarbeiterisch) dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen Funktionserwartungen, die von Akteuren auf ein problematisches Verhalten projiziert oder gar als von ihm eingelöst erlebt werden, auf andere Weise Erfüllung erfahren können. Am Beispiel: Wer Selbstwert und Stärke vermeint über Rassismus und Gewalt aufbauen und demonstrieren zu können, sollte Gelegenheiten offeriert bekommen, in denen die Erfahrung möglich, ja wahrscheinlich wird, dass eben diese Bedürfnisse auch ganz anders – und dabei sogar besser – befriedigt werden können.

Dabei wird davon ausgegangen, dass das KISseS-Konzept nur dann (Re-)Demokratisierungserfolge entfalten kann, wenn zugleich jene rechtsextrem (und menschenverachtend) konturierten Aktions- und Deutungsangebote im Diskursraum (nicht zuletzt von Erwachsenen) zurückgedrängt und abgebaut werden, die relevante Orientierungs- und Verhaltensvorlagen für Jugendliche abgeben. Dies ist unerlässlich, weil sie ihre Attraktivität aus der ihnen von Seiten der Subjekte zugeschriebenen Funktion beziehen, empfundene soziale Gerechtigkeitslücken hinsichtlich der Realisierbarkeit von KISseS-Erfahrungen in Lebensbereichen politisch-sozialer Akzeptanz so aufzugreifen, dass sie sie zu interpretieren und zu schließen versprechen.

Eine neuere Arbeit, die die Anlagen und die Erfolgsbedingungen der behördlichen Ausstiegsprogramme untersucht, gibt bereits jetzt erste Hinweise auf die Praxistauglichkeit des Konzepts bei der professionellen

Begleitung von Distanzierungsprozessen von rechtsextremen Orientierungs- und Szenezusammenhängen (vgl. Möller/Wesche 2014).

Kapitel 4: Handlungserfordernisse und Empfehlungen

Aus den hier vorgelegten Befunden und Analysen ergeben sich Handlungserfordernisse und Empfehlungen für (Jugend-)Politik, Pädagogik und Soziale Arbeit. Sie sind nach den zentralen Untersuchungsobjekten dieser Expertise entlang der Gesichtspunkte grundlegende Herangehensweisen und Angebote, Handlungsfelder und ihre Akteure sowie Regionen und Sozialräume zu ordnen. Die bedeutsamsten und am vorrangigsten zu ziehenden Konsequenzen sind die folgenden (zu Ergänzungen und Ausdifferenzierungen vgl. aktuell auch Möller/Küpper 2014; Möller 2014):

4.1 Grundlegende Herangehensweisen und Angebote

1. Die in den vergangenen Jahrzehnten gesammelten Praxiserfahrungen sowie die (wenigen) arbeitsfeldbezogenen Evaluationen lassen den Schluss zu: Eine Erfolg versprechende *direkte soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und auch mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen* ist möglich, ja sie ist *erforderlich*. Deshalb ist unverständlich, dass nur rd. 4% der Projekte der Bundesprogramme sie betreffen. Ein Ausbau dieses Ansatzes ist unbedingt anzustreben.
2. Seine *zentralen Zielsetzungen* liegen darin,
 - ✓ der Gesellschaft als Ganzer ein Zusammenleben innerhalb demokratischer Verhältnisse zu ermöglichen und Gefährdungen solcher Verhältnisse entgegenzutreten,
 - ✓ für die jungen Generationen ein Aufwachsen und politische Sozialisationsprozesse sicherzustellen, die ‚demokratiekompatibel‘ sind,
 - ✓ rechtsextrem gefährdete Jugendliche aus ihrer Gefährdung herauszulösen bzw. ihnen bei aktiven Prozessen des Sich-Herausarbeitens aus entsprechenden Gefährdungslagen Unterstützung zu leisten,
 - ✓ bereits rechtsextrem orientierte Jugendliche für die Demokratie zurückzugewinnen.

Gewünschte Effekte entsprechend zielgerichteter Praxen, einerlei ob sie als ‚Erfolg‘, ‚Wirksamkeit‘, ‚Nutzen‘ oder ähnlich bezeichnet werden, sind in ihrer Realisierung an der Erreichung eben dieser Zielsetzungen zu bemessen.
3. Direkte soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen ist im Allgemeinen umso eher gegenüber rechtsextremen Haltungen und Organisationsversuchen distanzfördernd bzw. distanzierungswirksam, je *früher* sie *im biografischen Verlauf* von Gefährdeten und Orientierten auf (potentielle) Affinisierungsprozesse Einfluss nimmt.

4. Die Adressat_innengruppierungen, auf die in diesem Sinne von Jugendarbeit, Schule und anderen auf Jugendliche ausgerichteten Instanzen (nicht ausschließlich⁴¹ aber) schwerpunktmäßig fokussiert werden sollte, sind
 - ✓ lebensaltersspezifisch betrachtet die Altersgruppierung der ca. 12- bis 16-Jährigen,
 - ✓ prozessbezogen betrachtet die Gruppierung der möglichst noch nicht in einen Konsolidierungsprozess ihrer rechtsextremen Orientierung eingetretenen – zumindest dort nicht weit fortgeschrittenen – Jugendlichen,
 - ✓ organisierungsbezogen betrachtet die Gruppierung der (noch) nicht Organisierten bzw. nicht fest in rechtsextreme Szenen und Bewegungselemente Eingebundenen,
 - ✓ nach den ‚klassischen‘ sozialarbeiterischen Methoden betrachtet nicht nur Jugendliche, die sich in lebensweltlich strukturierten (extrem) ‚rechten Cliques‘ zusammenschließen, sondern auch vermehrt einzelne Jugendliche oder situativ wechselnde ‚Klein-Kollektive‘ von zwei bis drei, vier Personen, die weder die Größe noch die Struktur von Cliquesförmigkeit aufweisen und dabei entweder ‚unterhalb‘ des Selbstorganisationsgrades dieser sozialen Assoziationen liegen oder(/und) an ein breiteres, dann aber auch zumeist eher unverbindliches Szenengeflecht angebunden sind.
5. Die *grundlegende Strategie* im Umgang mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten jungen Leuten besteht in der Strategie des Offensivens *funktionaler Äquivalente*. Zu verstehen ist darunter das Verhalten von subjektiv aus der Adressat_innenperspektive als gleichwertig zu betrachtenden Angeboten für jene Befriedigungsformen von Bedürfnissen, Interessen und Wünschen, die junge Menschen innerhalb extrem rechter Haltungs- und Organisierungszusammenhänge suchen. Denn nicht die Bedürfnisse selbst, die zu einer Hinwendung nach ‚rechtsaußen‘ führen, sind das zentrale Problem; die Art und Weise der Befriedigung ist es, die von den Rechtsextremen versprochen und z. T. bei ihnen auch erfahren wird.
6. Wissenschaftlich fundiert innerhalb von sozialer und pädagogischer Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen zu arbeiten, bedeutet deshalb, konzeptionell von jenen Funktionszusammenhängen auszugehen, die das ‚Rechtssein‘ bzw. die extrem rechte Inszenierung für ihre Träger erfüllen sollen. Diese sind wissenschaftlich (mehr oder minder) gut untersucht und daher bekannt. Sie betreffen die *Lebensgestaltungsbedürfnisse von Jugendlichen* in den Bereichen der Kontrolle des eigenen Lebensgeschicks, der Integration in soziale Kontexte, des befriedigenden sinnlichen Erlebens sowie der Sinnerfahrung und tangieren die Entwicklung persönlicher Selbst- und Sozialkompetenzen (vgl. Unterkapitel 3.3.7).
7. Wenn es also gilt, den Deutungs- und Aktionsangeboten, die von der extremen Rechten – manchmal aber auch von Angehörigen der ‚Mitte‘ der Gesellschaft (s. o.) – an Jugendliche herangetragen werden, durch eigene Angebote den ‚Wind aus dem Segel‘ zu nehmen und so für die dahinter liegenden Bedürfnisse mindestens gleichwertige, besser aber: attraktivere Befriedigungen zugänglich zu machen, so ist zu reflektieren, dass es im Wesentlichen (Alltags-)Erfahrungen sind, die Jugendli-

⁴¹ Ausstiegshilfen etwa oder Projekte politischer Bildung im Gefängnis sind anders zugeschnitten, stellen sehr wohl aber Formen der direkten Arbeit mit rechtsextrem Orientierten dar, deren Notwendigkeit und Bestand nicht in Frage zu stellen sind.

che für Rechtsextremismus, einzelne Bestandteile davon und sie ergänzende und bestärkende Ablehnungskonstruktionen, wie sie die sog. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beinhaltet, anfällig macht. Daraus wiederum ist zu schlussfolgern, dass die Strategie funktionaler Äquivalenzvermittlung darauf ausgerichtet sein muss, die für Rechtsextremismus anfällig machenden *Erfahrungen durch andere Erfahrungen* zu *ersetzen*, denn Belehrungen können gegen Erfahrungen nichts ausrichten. Dementsprechend ist nach wie vor Alltags- und Sozialisationshilfe das, was eher als ‚verkopfte‘ politische Bildung rechtsextremen Orientierungen und Gefährdungen effektiv entgegenarbeiten kann.

8. Erfahrungsorientierung inkludiert, sich nicht in erster Linie darauf zu konzentrieren, bei der sog. Klientel Defizite abzubauen, sondern dort *Ansatzpunkte* für sozialarbeiterisches/pädagogisches Handeln zu sehen, wo *Ressourcen* vorliegen. Dies können z. B. legitime Interessensgebiete, sozio-emotionale Kompetenzen und Verhaltensweisen einzelner Jugendlichen selbst sein, die (noch) nicht rechtsextrem überformt sind. Es kann sich um sozial repräsentierte Ressourcen z. B. im Peer-Kontext handeln. Es können aber auch Ressourcen sein, die sich im weiteren Umfeld der Jugendlichen (Familie, Verwandtschaft, Verein, Kirchengemeinde etc.) finden. Die zentrale strategisch-praxisbezogene Frage ist: Wie können diese Ressourcen genutzt und ausgebaut werden, um für die Jugendlichen den Sinn und den Nutzen demokratischen Handelns im Alltag möglichst unmittelbar erfahrbar werden zu lassen?
9. Um das soziale Umfeld von jugendlichen Adressat_innen einbeziehen zu können, bedarf es im Zuge der Einbringung und *Einbindung des Ansatzes der direkten sozialen und pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen in ein Gesamtkonzept der gesellschaftlichen Bearbeitung der Rechtsextremismus-Problematik* einer *Vernetzung* der daran insgesamt beteiligten Akteure. Dies gilt in erster Linie für die Akteure im unmittelbaren Sozialraum – etwa des Stadtteils oder der Stadt –, aber auch für die darüber hinausreichenden Ebenen des Landkreises, der Region, des Bundeslandes und des Bundes sowie für internationale Bereiche. Konkret bedeutet Vernetzung in diesem Sinne Informationsaustausch, wechselseitige Anregung, Abstimmung, Absprache und Zusammenarbeit – soweit dies fachlich und sachlich angezeigt und nicht vergleichsweise wenig anspruchsvollerer Dialog hinreichend ist (vgl. dazu im Verhältnis von Sozialer Arbeit zur Polizei z. B. die Beiträge in Möller 2010; eher noch problematischer ist das Verhältnis zu Organen des Verfassungsschutzes). Kooperatives Zusammenwirken betrifft dabei in erster Linie die *gemeinsame Verantwortungsübernahme bei klarer Zuständigkeitsverteilung* von
 - Jugendarbeit,
 - Schule und Schulsozialarbeit bzw. Sozialarbeit an Schulen,
 - Einrichtungen der Erziehungshilfe,
 - weiteren Einrichtungen der Sozialen Arbeit,
 - Einrichtungen der Familien- und Erwachsenenbildung,
 - politischen Akteuren,
 - Verwaltungsbediensteten sowie

- zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Eine von den genannten Trägern und Akteuren abgekoppelte direkte Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten jungen Menschen kann deshalb keine nachhaltige Wirkung entfalten, weil der soziale Raum, in dem sich die (politische) Sozialisation von Jugendlichen vollzieht, bei einer davon isolierten Arbeit mit potentiellen oder tatsächlichen jugendlichen Problemträger_innen unberücksichtigt bliebe. Angesichts dessen, dass Prozesse rechtsextremer Affinisierung aber auf die gesamten Alltagserfahrungen der Betroffenen sowie ihre subjektiven Bilanzierungen zurückzuführen sind und dabei gerade auch die sozialräumlich verfügbaren Aktions- und Deutungsangebote orientierend wirken, muss der Einfluss von anti- und/oder undemokratischen Orientierungen aus diesem Raum unterbunden werden. Mehr noch: Die (Re-)Produktion solcher Orientierung(svorlag)en, also etwa antisemitischer, ethnisierender und nationalistischer Deutungen, muss gestoppt werden.

10. Praxis nur auf die definitorischen Kernbestandteile von rechtsextremen Haltungen hin auszulegen, zöge im besten Falle nach Durchführung entsprechend thematisch zugeschnittener Maßnahmen die Konsequenz nach sich, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und/oder andere Aspekte von Rechtsextremismus abgebaut zu haben. Ein solcher ‚Erfolg‘ wird sich indes rasch als ein vermeintlicher erweisen. Denn zu bedenken ist, dass es sich um Elemente eines Syndroms handelt, zu dem auch andere Ablehnungskonstruktionen wie Islam- und Muslimfeindlichkeit, Heterosexismus, Antiziganismus u. a. m. gehören, und dass diese Syndromfacetten untereinander Be- und Verstärkungsfunktion ausüben, weil ihnen ein Kern gemeinsam ist: Ungleichheitsvorstellungen im Sinne von Ungleichwertigkeits- und Ungleichbehandlungsvorstellungen. Die Absicht, Rechtsextremismus nachhaltig abbauen zu wollen, verfehlt ihr Ziel, solange nicht auch diese (und andere) verwandte Elemente von Ungleichheitsvorstellungen angegangen werden. Pädagogische und sozialarbeiterische *Rechtsextremismusbearbeitung* ist daher in den *Kontext der sog. Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zu stellen.

Dies gilt umso mehr, als in der Migrationsgesellschaft, in der wir leben, auch Jugendliche mit sog. Migrationshintergrund einerseits rechtsextreme, ethnisierende, antisemitische und nationalisierende Haltungen zeigen, andererseits diese Haltungen in vielen Fällen mit Frauenabwertung, Heterosexismus, dem Reklamieren von Etabliertenvorrechten gegenüber später Zugewanderten und ähnlichen Orientierungen und Verhaltensweisen einhergehen.

4.2 Handlungsfelder und ihre Akteure

1. *Aufsuchende Jugendarbeit* kann sich gezielt an rechtsextrem affine Jugendliche wenden. Entweder tut sie dies bislang cliquen- oder szenorientiert. Während sie in der erstgenannten Variante solchen Jugendlichen in ihren zumeist sublokalen alltagsweltlichen sozialen Zusammenschlüssen nachgeht, um deren rechtsextreme Affinität sie weiß oder für deren Haltungen sie Hinweise (z. B. aus der Bevölkerung oder von der Polizei) erhalten hat, ist sie als szenorientierte Arbeit dort vor Ort, wo sich ‚Szene‘ konstituiert. Dies ist vor allem bei den

Fußball-Fanprojekten der Fall, wenn sie im Stadion oder rund um Stadion und Fußball-Events herum tätig werden. In jedem Fall eignet sich Aufsuchende Arbeit vor allem dort als wichtige Strategie, wo Jugendliche der hier in Rede stehenden Adressat_innengruppierungen über andere soziale und pädagogische Einrichtungen nicht oder kaum mehr erreicht werden. Will man sie nicht den ‚braunen Rattenfängern‘ überlassen, muss man deren Rekrutierungsbestrebungen niedrigschwellige Angebote entgegensetzen, die für diese Jugendlichen attraktiv sind. Die Erfahrungen von entsprechend ausgerichteten Projekten und die Evaluation des Konzepts „Distanzierung durch Integration“ vom Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit in Bremen zeigen, dass eine solche Arbeit bei professioneller Anlage und Ausführung Erfolg versprechend ist (s. o.). Sie verweisen außerdem darauf, dass eine freie Trägerschaft für diesen Ansatz speziell in Bezug auf (rechts-)extrem affine Klientel deutliche Vorteile gegenüber einer öffentlichen Trägerschaft besitzt: Von vornherein staatskritisch gestimmte Personen lassen sich leichter von einer Einrichtung ansprechen, der nicht das Odium anhängt, durch das Interesse geprägt zu sein, unmittelbare Anliegen des Staates zu verfolgen.

Aufsuchende Arbeit sieht sich allerdings seit einiger Zeit mit relativ *neuartigen Herausforderungen* konfrontiert. Zu den wichtigsten gehören (s. o.):

- ✓ die zunehmende Heterogenität von Cliques,
- ✓ die Normalisierung rechtsextrem konturierter Haltungen und essenzenialisierender Ablehnungen,
- ✓ die Verflüssigung, Pluralisierung und Temporalisierung von Cliquenzuordnungen,
- ✓ die Privatisierung von Freizeit und
- ✓ die Virtualisierung der rechtsextremen Ansprache und des Affinierungsprozesses.

Die mit diesen Veränderungsprozessen einhergehenden Herausforderungen für Soziale Arbeit und Pädagogik mit Jugendlichen werden bislang allenfalls ansatzweise in einer Fachdiskussion über ergänzende neue Strategien der Ansprache von und der Arbeit mit rechtsextrem Affinen aufgegriffen. In jedem Fall ist die Schlussfolgerung zu ziehen, dass eine cliquenorientierte Arbeit mit politisch(-kulturell) homogenen Beziehungsstrukturen immer weniger erfolgen muss bzw. kann und die Konzepte sich vermehrt auf eine Arbeit in heterogenen Gruppengestaltungen Jugendlicher bzw. in Kleinstkonstellationen miteinander befreundeter Jugendlicher sowie mit Einzelnen ausrichten müssen.

2. *Offene Jugendarbeit* ist ein Arbeitsfeld, das grundlegend anders strukturiert ist als das der Aufsuchenden Jugendarbeit.⁴² Einer der

⁴² Hier wird einer inzwischen weit verbreiteten, aber noch nicht überall sich durchsetzenden Unterscheidung zwischen Offener Jugendarbeit und Aufsuchender Jugendarbeit gefolgt, deren Kern darin liegt, das Aufsuchen als eine Tätigkeit mit mobiler Gehstruktur von der Komm-Struktur Offener Jugendarbeit, wie sie in erster Linie von Jugendhäusern/-zentren gepflegt wird, abzugrenzen. Aufsuchende Arbeit wird hier also nicht als Bestandteil Offener Jugendarbeit verstanden. Diesem Verständnis steht freilich nicht entgegen, dass es mobile Ansätze des Aufsuchens

wichtigsten Unterschiede besteht darin, dass Fachkräfte hier im Gegensatz zur eigenen Rolle in der Aufsuchenden Arbeit keinen Gaststatus in der Lebenswelt der Jugendlichen haben, sondern Hausrecht besitzen. Dem Prinzip der Offenheit folgend ist dafür Sorge zu tragen, dass prinzipiell alle Jugendlichen, die dies wollen, die Angebote nutzen können. Dies zieht nach sich, dass eine Fokussierung auf eine eng definierte ‚Zielgruppe‘ bestimmter Jugendlicher im Allgemeinen nicht opportun erscheint. Zu bedenken ist, dass die Arbeit mit Gruppen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Offenen Settings in der Regel über kurz oder lang andere Jugendliche von einem Besuch der Einrichtung abhält. Offene Jugendarbeit in Jugendhäusern/-zentren oder auch kleineren Jugendtreffs von vornherein allein auf rechtsextrem affine Jugendliche ausrichten zu wollen, trägt – wie vereinzelte Erfahrungen mit solchen, eher unbedacht wirkenden Versuchen vor allem in Ostdeutschland in den frühen 1990er Jahren dokumentieren – im konkreten Fall das erhebliche Risiko in sich, zu einem Zentrum der extrem rechten Jugendszene zu mutieren. Eine solche Entwicklung käme einem pädagogisch-sozialarbeiterischen Offenbarungseid gleich. Das Risiko, das generell mit dem Versuch verbunden ist, rechtsextrem orientierte Jugendliche – u. U. sogar auch als Clique mit entsprechendem Selbstverständnis – in die Einrichtung zu integrieren, ist hoch und kann nur eingegangen werden, wenn das Fachpersonal in jeder Hinsicht hohe professionelle Qualität und Erfahrung besitzt und anders ausgerichtete Jugendliche nicht vernachlässigt und ggf. sogar, ohne sie zu instrumentalisieren, als Ressource zur Erweiterung sozialer Interaktion und politischer Kommunikation genutzt werden (können). Es wird spätestens dann untragbar, wenn aufgrund fehlender anderer Regelangebote das Offene Angebot an rechtsextrem orientierte Jugendliche und die von ihnen gebildeten Cliquen in der Region das jeweils einzige jugendarbeiterische Angebot darstellt.

Im Übrigen tauchen aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen in Deutschland überwiegend immer weniger Gruppen mit dem Selbstverständnis, eine (extrem) ‚rechte Clique‘ zu sein, auf. Die Rechtsextremismus-Problematik liegt hier eher darin, dass vereinzelt Jugendliche Bestandteile rechtsextremer Haltungen im Sinne des in der Praxis vielfach so benannten ‚Alltagsrassismus‘ an den Tag legen. Das Hören von Musik rechtsextremer Provenienz, das Tragen eindeutig zuzuordnender Kleidung, das Fallenlassen fremdenfeindlicher Äußerungen, antisemitische Vorurteile u. a. m. sind zunehmend Phänomene, die die aktuellen pädagogischen Herausforderungen bilden. Da und soweit sie nicht cliquen- bzw. gruppenspezifisch zuzuordnen sind, kann ihnen nicht (mehr) mit Gruppen- bzw. Cliquenangeboten begegnet werden. Ebenso wenig Erfolg versprechend ist innerhalb eines Settings, das, wie die Offene Jugendarbeit dies unbestritten zu Recht tut, die Freiwilligkeit der Teilnahme zum Grundprinzip des Ansatzes erhebt, die ‚Verordnung‘ von einschlägigen Bildungsangeboten in Seminar- oder Kursformaten für diese Jugendlichen. Angesichts dessen bleiben wohl vor allem zwei Strategien des Umgangs mit solchen Phänomenen übrig: zum einen anlassbezogenes situationsspezifisches Reagieren seitens der Fachkraft, zum anderen ein langfristig angelegtes konzepti-

aus Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit heraus im Sinne eines *outreaching youth work* geben kann und dass die Nutzer_innenstruktur auch der Aufsuchenden Arbeit prinzipiell nicht klar sozial umgrenzt, sondern ‚offen‘ ist. Entscheidend ist aber, dass der Kontakt zu den Jugendlichen in einem jeweils anderen Setting stattfindet: einerseits in der Informalität der Lebensweltsphären der Jugendlichen, andererseits in einem Feld, das deutlich zumeist auch formal als pädagogisches bzw. sozialarbeiterisches Terrain ausgewiesen ist.

onelles Arbeiten, das darauf zielt, das Auftreten solcher Phänomene zu unterbinden oder, falls dies nicht völlig gelingt, ihnen zumindest mit einer ‚Kultur des Einschreitens‘ entgegenzutreten zu können, die von der Gesamtheit der Nutzer_innen der Offenen Angebote getragen wird. Um Letzteres zu erreichen, bedarf es eines konzeptionell durchdachten Aufbaus einer ‚Struktur der Partizipation‘ innerhalb der jeweiligen Einrichtung. Von ihr profitieren letztlich auch gerade diejenigen, die als rechtsextrem gefährdet wahrgenommen werden.

3. Für *Jugendbildungsarbeit* als dem dritten der vier großen Arbeitsfelder von Jugendarbeit liegen nur höchst vereinzelt Erfahrungen der pädagogischen Arbeit mit Gruppen bzw. Cliques rechtsextrem orientierter Jugendlichen vor. Einschlägige Erfahrungen in Bildungsstätten legen den Eindruck nahe, dass ein derartiger Ansatz dort wenig weiterführend ist.⁴³ Rechtsextrem Gefährdete treten ohnehin nicht als in sich geschlossene lebensweltliche Gruppen auf.

Daraus ist nicht zu schließen, Jugendbildungsarbeit könne keine direkte Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen leisten. Wie die positiven Erfahrungen mit konzeptionell gezielt auf rechtsextreme Straf- und Gewalttäter_innen fokussierter politischer Bildungsarbeit in Strafanstalten zeigen, können entsprechende Trainingsgruppen durchaus zu beachtlichen Erfolgen führen. Außerhalb eines solchen Zwangssettings werden junge Leute mit deutlicher rechtsextremer Ausrichtung allerdings zumeist innerhalb der Teilnehmergesamtheit stärker als Einzelpersonen oder in Zweier- bis Dreier-Konstellationen als Provokateure, Agitator_innen und/oder ‚Störer_innen‘ auffällig. Auf die von ihnen ausgehenden verbalen und performativen Äußerungen innerhalb des vorgesehenen Bildungsprogramms argumentativ zu reagieren, hat oft nur eine beschränkte Wirkung und droht zu einer thematischen Okkupation des Stoffes und der Seminarkommunikation durch die Betreffenden auszuufern. Im Umgang mit Jugendlichen, „die aufgrund von störendem und destruktivem Verhalten oder wegen zynischer und menschenfeindlicher Provokationen für den Gesamtablauf nicht mehr tragbar“ sind, schlagen stattdessen Praktiker_innen zusätzliche Gespräche, etwa im Nachgang zu Bildungsveranstaltungen oder – methodisch bereits differenzierter durchdacht – wie Baier/Weilnböck/Wiechmann (2012, ebd. 3) in Formen einer Auszeit in „Time-Out-Gesprächen“ und in „Wir-unter-uns-Gruppen“ zur „Förderung von sozialer und emotionaler Intelligenz“ (ebd., 8) vor (vgl. auch Weilnböck 2014).

Abgesehen von solchen Fällen exponierter extrem rechter Inszenierung von Teilnehmer_innen, ist empirisch davon auszugehen, dass rechtsextrem affine Jugendliche, unter ihnen vor allem der Teilgruppierung der rechtsextrem Gefährdeten Zuzurechnende, sich faktisch in jedweder Teilnehmerschaft finden. Dies gilt zumindest für die Anfälligkeit für Teilaspekte rechtsextremer Haltungen. Wenn etwa die Studie von Baier u. a. (2009) bei gut 40% der befragten Neuntklässler_innen ‚Ausländerfeindlichkeit‘ und bei gut 27% rechtsextremes

43 Keinesfalls ist daraus zu schließen, dass rechtsextrem affine Jugendliche als Adressat_innen politischer Bildung nicht in Frage kommen und sozusagen ‚abgeschrieben‘ werden können. Sowohl rechtsextrem Gefährdete als auch rechtsextrem bereits Orientierte sind durch Bildungsangebote zu erreichen. Allerdings bringt es a) wenig, sie in geschlossenen Gruppen seminaristisch zu unterrichten und sie b) dabei kognitiv aufklären zu wollen. Weitaus effektiver sind hier informelle und non-formale Bildungsgelegenheiten, die etwa bei Projektangeboten, Begegnungsfahrten o. ä. innerhalb der Aufsuchenden oder auch Offenen Jugendarbeit entstehen.

Verhalten feststellt⁴⁴, dann ist damit zu rechnen, dass mehr oder minder in jeder Seminar- oder Kursgruppe bzw. in jedem Klassenverband, der ein Angebot außerschulischer politischer Bildung wahrnimmt, Adressat_innen für eine Bildungsarbeit ‚gegen rechts‘ sitzen. Die sich damit andeutende *Normalisierung von Bestandteilen rechtsextremer Haltungen* bildet mithin eine *Herausforderung*, deren Tragweite *im Grunde jede/n (politische/n) Bildner_in, ja jede/n Pädagog_in und jede Fachkraft Sozialer Arbeit* tangiert⁴⁵.

Dringlich ist daher die Entwicklung von tragfähigen Konzepten der Bildungsarbeit, die auf diesen Umstand bezogen sind.⁴⁶

4. *Jugendverbandsarbeit* ist bislang nur selten explizit auf die Bearbeitung von rechtsextremen Anfälligkeiten von Jugendverbandsmitgliedern ausgerichtet. Nur vordergründig betrachtet liegt dazu auch keine Veranlassung vor. Wenn Verbandsmitglieder nicht oder nur höchst selten einschlägig auffällig werden, heißt dies ja nicht, dass keine rechtsextremen Gefährdungen für sie vorliegen oder dass sich nicht unterhalb der Schwelle rechtsextremer Selbstbekenntnisse entsprechende Orientierungsbestandteile finden würden. Untersuchungen wie die von Baier u. a. (2009) weisen zwar nicht speziell Jugendverbandsmitglieder gesondert aus; völlig abwegig wäre es allerdings aus der Sicht von Verbandsfunktionären betrachtet anzunehmen, in der Mitgliedschaft des eigenen Verbands würden fundamental vom gesellschaftlichen Durchschnitt abweichende Prozentsätze rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen vorfindlich sein. Insofern stellt sich hier eine ähnliche Aufgabe wie in der Jugendbildungsarbeit: Welche Antworten können auf den Umstand entwickelt werden, dass sich rechtsextreme Haltungen und gruppierungsbezogene Ablehnungen vielfach mehr subtil als offensichtlich verbreiten und die (Weiter-)Entwicklung demokratischer Auffassungen und Strukturen behindern? Sie zu beantworten, wird nicht möglich sein, ohne als Verband den Blick ‚nach innen‘ auf die eigene Mitgliedschaft zu richten.
5. Die *Schule* ist dasjenige pädagogische Handlungsfeld, in dem man aufgrund ihres Pflichtcharakters am ehesten Jugendliche erreicht. Sie ist auch jenes Handlungsfeld, in dem am ehesten der Durchschnitt ihrer politischen Haltungen repräsentiert ist. Weil dem so ist, fallen ihr neben den primär-präventiven Aufgaben der Extremismus-

44 „Rechtsextremes Verhalten“ wird in dieser Studie nicht allein so definiert, dass rechtsextreme Straftaten vorliegen müssen. Ihm wird auch das Tragen eindeutig zuzuordnender Kleidung etwa der Marke „Thor Steinar“, das Hören rechtsextremer Musik und die Verwendung von Schimpfworten gegenüber den von extremen Rechten abgelehnten Gruppierungen (etwa ein pejorativ verwendetes „Kanake!“) zugerechnet (vgl. Baier u. a. 2009). Damit wird ein Verständnis zu Grunde gelegt, das weitgehend mit den in der sozialen und pädagogischen Praxis verbreiteten Wahrnehmungen und Kennzeichnungen übereinstimmt.

45 Dies trifft nicht nur auf Mitarbeiter_innen zu, die professionell (oder auch aus bürgerschaftlichem Engagement heraus) mit Jugendlichen arbeiten. Nicht minder gilt es für den Umgang mit Erwachsenen, denn die Zustimmungsraten zu ausländerfeindlichen, antisemitischen oder in anderer Weise rechtsextreme sowie essentialisierende Haltungen ausdrückenden Statements liegen hier in etwa auf demselben Niveau (vgl. Heitmeyer 2002-2012; Decker u. a. 2012).

46 Auf Jugendbildungsarbeit, aber auch auf die schon diskutierten Arbeitsfelder der Aufsuchenden und der Offenen Jugendarbeit bezogen geschieht dies seit September 2013 (Laufzeit bis 31.08.2016) in dem bereits erwähnten von der Robert-Bosch-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Wissenschaft-Praxis-Kooperations-Projekt „Rückgrat“, das an der Hochschule Esslingen angesiedelt ist.

Begegnung und der Demokratieförderung, wie sie etwa durch Programme wie „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ oder Träger wie das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ unterstützt werden, nicht nur Herausforderungen durch explizit rechtsextrem auftretende und menschenverachtende Äußerungen tätige Schüler und Schülerinnen zu. Ihr ist auch abverlangt, die – wie oben aufgewiesen – weit verbreiteten rechtsextremen Haltungselemente pädagogisch zu bearbeiten und darauf bezogenen Gefährdungslagen vorzubeugen bzw. ihnen zu begegnen. Dies gilt im Prinzip für alle Schulformen. Zum einen ist daher das Lehrpersonal in der Pflicht, beim offenen Auftreten rechtsextremer oder anderweitig demokratieinkompatibler Orientierungen und Aktivitäten bei den Beschulten adäquate Reaktionen zu entwickeln. Zum anderen sollten die Lehrkräfte in der Lage sein, eine schulische Bildung zu betreiben, die der Entwicklung un- und antidemokratischer Orientierungen und Aktivitäten im Prozesse der politischen Sozialisation der Lernenden effektiv entgegengesetzt werden kann. Letzteres ist eine Aufgabe, die die pädagogische Interaktion mit der Breite der Schülerschaft betrifft. Insofern steht die Schule für ähnlichen Aufgaben, wie sie schon für die Jugendbildungs- und die Jugendverbandsarbeit beschrieben wurden.

Allerdings fällt eine selektiv verfahrenende und indiziert vorgehende sekundär-präventive Arbeit im Allgemeinen nicht in die Zuständigkeit des schulpädagogischen Personals – jedenfalls dann nicht, wenn sie langfristig angelegt sein muss und die persönliche Begleitung und Beratung des Einzelfalls erfordert. Es ist deshalb gut, wenn Sozialarbeit an Schulen zur Verfügung steht und damit Fachkräfte vorhanden sind, die für solche Aufgaben und Ansätze ausgebildet sind. Da – wie mehrfach erwähnt – davon ausgegangen werden muss, dass Bedarfe der Bearbeitung rechtsextremer Haltungen bzw. entsprechender Gefährdungslagen bei einem hohen Prozentsatz der Schülerschaft einer jeden Schule vorliegen, ist daher die Etablierung von *Schulsozialarbeit* bzw. von *Sozialarbeit an Schulen* flächendeckend wünschenswert, ja erforderlich. Dabei sind die dort eingesetzten und noch einzusetzenden Fachleute so zu qualifizieren bzw. nachzuqualifizieren, dass sie auch thematisch ‚up to date‘ sind. Erfahrungsgemäß stehen gerade im Umgang mit rechtsextrem Orientierten Professionelle dann auf verlorenem Posten, wenn sie nicht in der Lage sind, den politischen Argumentationen der ‚Rechten‘ zu folgen, sie zu durchschauen und ihnen überzeugende Argumente entgegenzusetzen. Hinzu kommt, dass auch der Kontakt- und Beziehungsaufbau sowie der -erhalt mit solcher Klientel spezifische Leistungen erfordert – bspw. in der Auseinandersetzung und Abgrenzung von Rekrutierern aus der rechtsextremen Szene. Nicht nur, aber auch deshalb wird es von der Fachpraxis fast ausnahmslos abgelehnt, wenn Organe wie der Verfassungsschutz in Schulen (oder anderen pädagogischen Einrichtungen) Bildungsarbeit betreiben.

6. Über die Verbreitung rechtsextremer Haltungen speziell unter jungen Menschen innerhalb der *stationären und ambulanten Jugendhilfe* liegen *keine empirisch gesicherten Erkenntnisse* vor. Allerdings ist – vorsichtig eingeschätzt – stark anzunehmen, dass derartige Haltungen zumindest nicht weniger präsent sind als im allgemeinen Schulsystem; Gefährdungslagen dürften hier eher noch deutlicher hervortreten, verweisen doch wissenschaftliche Studien auf die erhöhte Anfälligkeit von Personen mit familiären Schwierigkeiten, schulbiografischen Brüchen, sog. sozialen Auffälligkeiten sowie weiteren persönlichen Problemlagen und Entwicklungsdefiziten.

Angesichts dessen ist es umso erstaunlicher, dass in der Heimerziehung, in betreuten Wohngruppen und in ähnlichen Einrichtungen so gut wie nichts an (klienten-, arbeitsfeld- und/oder lebenslagespezifischen) Konzepten und Maßnahmen entwickelt wurde. Dies mag damit zusammenhängen, dass die großen Wohlfahrtsverbände, die vielfach Träger dieser Einrichtungen sind, erst spät das Rechtsextremismus-Thema ‚für sich entdeckt‘ haben und augenscheinlich sich noch immer eher in einer (Vor-)Sondierungsphase geeigneter Strategien, Konzepte und Maßnahmen befinden. Wie auch immer: Im Feld der Jugendhilfe sind erhebliche Nachholbedarfe zu registrieren. Gerade hier dürfte sich als Methodik biografisch-narratives Arbeiten (vgl. Köttig/Rätz-Heinisch 2005; Köttig 2008, 2014) anbieten, besteht durch das alltagseingelagerte Setting hier doch wie kaum in einem anderen Feld der Arbeit mit Jugendlichen die Möglichkeit, langfristig, lebensgeschichtlich-reflexiv und perspektivisch mit eben auch rechtsextrem affinen Jugendlichen ins Gespräch zu kommen.

7. Die *Arbeit mit sog. migrantischen Jugendlichen* wird bislang fast nie⁴⁷ als ein Feld gesehen, in dem rechtsextreme Haltungen und damit verbundene essenzialisierende Ablehnungen in problematischer Weise an den Tag treten. Diese Adressat_innengruppierung kommt im Zusammenhang mit der Rechtsextremismus-Debatte in der Regel allenfalls als Opfergruppierung in den Blick. Entsprechend wird die Bearbeitung der Rechtsextremismus-Problematik innerhalb der Jugendarbeit auf ‚biodeutsche‘ Jugendliche zugeschnitten. Praxisberichte, Expert_innen-Interviews im Rahmen der Erstellung dieser Expertise und Studien aus jüngerer Zeit zeigen allerdings auf, dass antisemitische, rassistische, heterosexistische und andere essenzialisierende Ablehnungen durchaus auch – z. T. sogar mit besonderer Vehemenz und Breite – von Jugendlichen aus Zu- und Einwandererfamilien vertreten werden (vgl. z. B. Mansel/Spaiser 2013; Möller 2012a, 2012b, 2012c; Möller u. a. 2014). Diese Problematiken zu ignorieren, zu bagatellisieren oder gar zu tabuisieren, nützt letztendlich denen, die ihre Träger_innen sind, am wenigsten, werden ihnen dann doch zwangsläufig jene pädagogischen und sozialen Hilfen der (Re-)Demokratisierung vorenthalten, die rechtsextrem affine Jugendliche deutscher familiärer Herkunft und Abstammung erhalten.

Auch wenn die Forschung zu diesem Themenfeld noch unterentwickelt ist: Es liegen deutliche Hinweise darauf vor, dass die Konstellationen, die für Jugendliche aus Zu- und Einwandererfamilien Anfälligkeit bewirken, spezifische Elemente aufweisen. Von hoher Bedeutung scheinen vor allem die in Deutschland erlebten Diskriminierungserfahrungen und -befürchtungen sowie die familiär und milieuintern tradierten Narrative zu sein. Allein schon daraus ist zu schlussfolgern, dass die pädagogische Praxis der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen aus sog. autochthonen Familien nicht eins zu eins übertragen werden kann. Damit adäquate Konzepte und Umgangsweisen entwickelt werden können, scheint es unerlässlich, Fachkräfte aus der Arbeit mit Adressat_innen mit ‚migrantischem‘ Hintergrund stärker in die Fachdebatte und die Entwicklung von entsprechenden Qualifizierungen einzubeziehen.

8. Der *Fort- und Weiterbildung von Fachkräften* kommt in der Bearbeitung der Rechtsextremismus-Problematik generell eine Schlüsselrolle zu. Dabei ist nicht nur an die Qualifizierung von Fachkräften der Sozia-

⁴⁷ Vgl. aber auf der Ebene der Modellprojekte des Programms TFKS den Zuschnitt des Themenclusters 2.

len Arbeit und der schulischen Pädagogik zu denken. Es ist unabdingbar, parallel auch Angehörige der *Sicherheitsbehörden*, also z. B. Beschäftigte der Polizei und des Strafvollzugs, aber auch Bedienstete der (z. B. kommunalen und Arbeits-) *Verwaltungen* adäquat zu qualifizieren. Wenn etwa ein Mitarbeiter eines Job-Centers mit einem ‚Kunden‘ zu tun bekommt, dessen Integration in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt an seiner rechtsextremen Gesinnung scheitert, muss er thematisch zumindest soweit sensibilisiert und befähigt sein, dass er ihm dies kommunikativ eröffnen und ihn auffordern kann, sich bezüglich dieser Problemlage an einschlägig ausgebildete soziale Fachkräfte, die dann auch in der Region verfügbar sein müssten, zu wenden (vgl. dazu Pkt. 4 im Abschnitt 4.3 weiter unten). Personen wie diesem hier als Beispiel angeführten Job-Center-Mitarbeiter käme dann nicht unbedingt Bearbeitungs-, aber doch Signalgeber-Funktion zu.

Mit den Fort- und Weiterbildungsangeboten, die dem Rahmencurriculum von *BIKnetz* entsprechen, ist auf dem Gebiet der Qualifizierung für die direkte Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen ein tragfähig erscheinender Ansatz gemacht. Nach den Erfahrungen im Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (vgl. Strobl u. a. 2013) wird sich vermutlich gerade das vorgesehene Coaching als ertragreich erweisen. Allerdings ist zu bedenken, dass die Adressat_innengruppierung der Gefährdeten nach den vorliegenden empirischen Befunden eine Größe erreicht, die es erforderlich macht, Lehrkräfte und soziale Fachkräfte aus nahezu jeder Einrichtung entsprechend zu qualifizieren; es sei denn, man sähe im Aufwachen innerhalb eines sozialen Umfelds mit der Attraktivitätsentfaltung von Phänomenen wie Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Heterosexismus und anderen gruppierungsbezogenen Ablehnungshaltungen keine Gefährdungen. Die Qualifikation dieser Mitarbeiter_innen müsste mindestens (!) zweierlei sicherstellen können: die Befähigung zu thema- und zugleich einrichtungsbezogenem konzeptionellem Arbeiten sowie – vielleicht vordringlicher noch – die Kompetenz zu situationspezifisch angemessenem Reagieren im Falle von rechtsextrem konturierten Vorkommnissen. Die Entwicklung dieser Kompetenz erfordert eine Weiterbildungsanlage, die gerade an diesem Punkt strikt praxisorientiert vorgeht und die Arbeit sowie die kollegiale Beratung anhand von Fällen in den Mittelpunkt rückt. Dass die Arbeit dabei gerade auch auf die oben dargestellten neueren Entwicklungen abstellbar sein muss (vgl. Pkt. 1 dieses Unterkapitels), versteht sich nahezu von selbst.

Teilweise herrscht in der Fachpraxis der Eindruck vor, die Ausbildung von Fachkräften und anderen Multiplikator_innen dominiere speziell im Feld der Ansätze der direkten Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen so stark, dass die eigentliche Arbeit mit der Gruppierung der Letztadressat_innen dabei zu kurz komme. Das aktuelle Verhältnis zwischen Projekten, die sich unmittelbar an die Angehörigen der zuletzt genannten Gruppierung richten und Projekten, die auf Multiplikator_innen und Eltern zielen, beispielsweise im Themencluster 2 des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ (TFKS), gibt solcher Kritik Nahrung. So wichtig die Qualifizierung von Menschen ist, die mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen beruflich zu tun haben, so wichtig ist es andererseits auch, förderungspolitisch zu gewährleisten, dass tatsächlich auch die unmittelbare „Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ dort erfolgt, wo dies – wie es in diesem Beispiel die Bezeichnung des Themenclusters 2 im Programm TFKS verspricht – intendiert ist.

9. Da rechtsextrem konturierte oder anderweitig Demokratie gefährdende Deutungs- und Aktionsangebote von nachwachsenden Generationen letztlich aus dem Fundus der in der Erwachsenengesellschaft verbreiteten Interpretations- und Verhaltensmuster entlehnt werden, kommt der sozialen und pädagogischen *Arbeit mit Erwachsenen*, ergänzend zur direkten Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und rechtsextrem orientierten jungen Leuten, hochrangige Bedeutung bei. Nicht Kinder und Jugendliche, sondern Erwachsene tragen die Verantwortung für die Bedingungen des Aufwachsens der jungen Generation(en). Sie sind es, die schwerpunktmäßig die Sozialisation von Minderjährigen bestimmen. Solange sie selbst Anfälligkeiten für Gedankengut aus dem rechtsextremen Spektrum zeigen und jene essenzielisierenden Ablehnungen unter ihnen verbreitet sind, die Entstehungs- und Bestärkungsfaktoren für rechtsextreme Haltung bilden können, bleibt eine ausschließlich auf Jugendliche zielende Bearbeitungsstrategie unzureichend. Mehr als das: Sie bleibt symptom(träger)bezogen, weil sie wesentliche Ursachenzusammenhänge ausklammert. Wer dies vermeiden will, muss insbesondere die Erwachsenen- und Familienbildung nachdrücklich zur Entwicklung von konzeptionell gesättigten Herangehensweisen, Ansätzen und Projekten herausfordern. Insofern gerade im Bereich der politischen Bildung der Mittelschichts-Bias der *Erwachsenenbildungsinstitutionen* weiterhin besteht, sind hier innovative Initiativen gefragt, die Zugänge gerade zu solchen Adressat_innen eröffnen, die eine Gefährdungsfunktion für die demokratische Sozialisation von Minderjährigen haben. Hilfreich, ja geradezu unerlässlich erscheint es dafür, im gleichen Ausmaß wie dies für die Jugendarbeit längst Standard geworden ist über *„mobile Erwachsenenarbeit“* nachzudenken bzw. – besser noch – sie praktisch zu betreiben. Denn an Stammtischen, in Umkleidekabinen der Sportvereine und ähnlichen Treffpunkten Erwachsener sind die Umschlagplätze für politisch-soziale Orientierungen, die den Nahraum-Diskurs bestimmen und daher die politische Sozialisation der darin aufwachsenden Jugendlichen prägen.
10. *Jugendpolitik*, hier verstanden als die Gesamtheit der auf Jugendliche bezogenen Überlegungen und Maßnahmen aus unterschiedlichen Politikfeldern wie z. B. Sozial-, Bildungs-, Arbeitsmarktpolitik u. a., ist im Rahmen gesamtgesellschaftlicher Strategien der Problembearbeitung von Rechtsextremismus und von damit zusammenhängenden Problemen nach wie vor in besonderer Weise gefordert. Zum einen gilt es, an den bewährten Teilen jener *Programme festzuhalten*, die zur Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems seit Jahrzehnten in verschiedenen Versionen immer wieder neu aufgelegt wurden, und diese Programme auf neuartige Problem- und Bedarfslagen hin systematisch *weiterzuentwickeln*. Zum anderen ist die noch weitaus schwierigere, aber von Seiten der Praxis immer wieder zu Recht eingeforderte *Qualifizierung der Regelstrukturen* voranzubringen. Es ist positiv zu bewerten, dass Programme gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus (ggf. modifiziert) erhalten und vielleicht auch ausgebaut werden (sollen). Zugleich ist aber einer ‚Projektitis‘ vorzubeugen. Die früh einsetzende Prävention im Kindesalter ist z. B. sicherlich ein Ansatz, der versprechen kann, Vorläuferfaktoren zu identifizieren und Problementwicklungen rechtsextremer Konturierung biografisch vorzubeugen und so die pädagogische und soziale Arbeit mit Jugendlichen zu entlasten. Abgesehen davon, dass er sich bislang eher auf Kindertagesstätten bezieht, Grundschulkinder noch eher selten erreicht und sich damit eine biografische Lücke der Prävention auftut, kann auf Dauer angesichts der Struktur und der Breite der Problematik in diesem Bereich ein punktuelles Vorgehen, wie es

mit Modellprojektförderung verknüpft ist, nicht genügen. Dies gilt auch für die Modellprojektförderung innerhalb der Jugendarbeit (und anderer Felder). Seit langem stehen zureichende Antworten auf die Frage aus, wie sichergestellt werden kann, dass ein Transfer der hier gesammelten Erfahrungen in die Regelstrukturen hinein so gelingen kann, dass diese spürbar gestärkt werden. Praktiker und Praktikerinnen halten dies für eine der entscheidenden Fragen. Statt deren Lösung näherrücken sehen zu können, sehen sie sich in einen mehr oder minder permanenten Antragsstellungsstress hineingeworfen, der sie in unangemessener Weise von der eigentlichen Arbeit mit der Klientel weghält. Fast durchweg nehmen sie die sog. Extremismus-Klausel – welche Motivation ihrer Einführung man auch immer unterstellen mag – als eine zusätzliche Schikane wahr, die ihre Arbeit erschwert, behindert und mit Kontrollaufgaben belastet, die weder einlösbar sind noch von den meisten als sinnvoll erachtet werden.⁴⁸ Hinzu kommt, dass sie vielfach die Abstimmungen zwischen den politisch Verantwortung tragenden Institutionen sowie den einzelnen Einheiten von Verwaltungen als unzureichend empfinden, als Folge dessen das Entstehen von Parallelstrukturen beobachten und die ‚Praxis-Front‘ viel zu wenig in Debatten und Entscheidungsprozesse über grundlegende programmatische Weichenstellungen einbezogen sehen.

Zwar hat die (Programm-)Politik seit den 2000er Jahren die Gewichtung von wissenschaftlicher Evaluation Sozialer Arbeit deutlich erhöht. Speziell die direkte Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen ist jedoch höchst unzureichend evaluiert. Förderpolitisch ist sicherzustellen, dass diesem eklatanten Untersuchungsdefizit Abhilfe geschaffen wird.

Unbeschadet des Erfordernisses, mit konkretem Problembezug jugendpolitisch aktiv zu bleiben bzw. zu werden, bleibt Jugendpolitik in der Pflicht, Jugendlichen Lebens- und Sozialisationsverhältnisse zu gewährleisten, die ein Aufwachsen in Gewaltfreiheit und in demokratischen Strukturen ermöglichen. Dafür bedarf es infrastruktureller *Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen junger Menschen nach Lebensgestaltung entgegenkommen*. Insbesondere betrifft dies neben familiären Absicherungen Schul- und Ausbildungs- sowie Reproduktionsbedingungen, die allen Jugendlichen hinreichende Chancen auf Kontroll-, Integrations-, sinnlichen Erlebens- und Sinnerfahrungen einräumen.

4.3 Regionen und Sozialräume

1. Auf den Umfang und die Ausprägungen der Rechtsextremismus-Problematik nehmen *Faktoren von regional- und sozialraumspezifischem Zuschnitt* Einfluss. Zu den wichtigsten dieser Faktoren gehören (vgl. näher im Überblick und zu differenzierten Literaturangaben: Möller 2011):
 - ✓ ein allmähliches sozio-ökonomisches ‚Ausbluten‘ von Regionen, das Arbeitslosigkeitszuwächse, Kaufkraftverluste, Ausdünnungen

⁴⁸ Eine der von uns befragten Einrichtungen der Jugendarbeit schlägt stattdessen an die Adresse der politisch Verantwortung Tragenden vor: „Komm‘ se doch mal ohne Hofstaat für ein paar Tage vorbei!“

der öffentlichen Infrastruktur, Abwanderungen und weitere Strukturschwächungen nach sich zieht und als Folge dessen Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, fraternal Deprivation, Empfindungen von sozialräumlicher kollektiver Benachteiligung, den Eindruck von Macht- und Einflusslosigkeit, soziale Bedrohungsgefühle sowie Abstiegs- und Zukunftsängste in der Bevölkerung erhöht,

- ✓ die Verbreitung, Verfestigung, Normalisierung und kulturelle Hegemonialisierung nationalisierender, ethnisierender und anderweitig essenzialisierender Deutungen im öffentlichen Diskursraum,
- ✓ Aufweichungstendenzen von Kernnormen wie Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness im sozialen Umfeld,
- ✓ besondere Belastungen des ländlichen und kleinstädtisch geprägten Raums, die durch Tradierungen von bestimmten Konformitätserwartungen, von sozialen Schließungsprozesse, z. B. von einem ‚hermetisch‘ wirkenden Lokalpatriotismus, und von konventionellen Umgangsweisen sowie von Geschlechtervorstellungen den Umgang mit wachsender Heterogenität und Diversitätstoleranz bzw. -wertschätzung erschweren,
- ✓ die Ignorierung, Bagatellisierung und kritiklose Hinnahme solcher Entwicklungen durch deutungsmächtige Akteure, vor allem in den Medien, in der Politik, in der Wirtschaft und in der Verwaltung,
- ✓ das Tabuisieren vorhandener Konfliktlagen in der Migrationsgesellschaft durch Politik, Behörden und andere wichtige zuständige Instanzen, insbesondere im Falle eines drastischen Zuzugs von Migrant_innen, z. B. im Zuge von Unterbringungen von Asylbewerber_innen, in bestimmte Sozialräume,
- ✓ ein Vertrauensverlust bezüglich der Regelungs-, Kontroll- und Demokratiesicherungsfunktion der Sicherheitsbehörden,
- ✓ eine schlecht entwickelte oder von (Selbst-)Blockaden gekennzeichnete Zivilgesellschaft, durch die die Engagementbereitschaft für Demokratieentwicklungen und gegen rechtsextreme Umtriebe gelähmt wird,
- ✓ sublokale, lokale und supralokale regelförmige soziale und pädagogische Infrastrukturen (insbesondere solche, die der nachwachsenden Generation zur Verfügung stehen sollten), die nicht vorhanden, löchrig oder aus anderen Gründen unzureichend sind.

Die Fachpraxis sieht – wohl zu Recht – in erster Linie die *Politik in der Pflicht*, regionalen und sozialraumbezogenen Begünstigungsfaktoren wie den genannten entgegen zu arbeiten. Sie sieht sich dort als Lückenbüsserin für politische Unterlassungen, Ignoranz und Fehlleistungen instrumentalisiert, wo politische Bestrebungen und Maßnahmen zu Strukturstabilisierungen bzw. -verbesserungen ausbleiben.

2. Gleichwohl gilt für Pädagogik und Soziale Arbeit: Die Option direkter Arbeit mit rechtsextrem affinen, insbesondere mit einschlägig gefährdeten Jugendlichen sollte *schwerpunktmäßig in Regionen mit den oben benannten Charakteristika* bedacht und entwickelt werden bzw. zur Verfügung stehen. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass sich diese Charakteristika in steter Entwicklung befinden. Sie können sich

aufgrund sozialer Wandlungsprozesse abbauen, modifizieren oder neu entstehen. Zudem stellen sie sich innerhalb einer größeren Region oftmals innerhalb einzelner Landkreise durchaus unterschiedlich dar (vgl. dazu speziell mit Bezug auf die geografische Verteilung der Anfälligkeiten von Jugendlichen insbesondere auch Baier u. a. 2009).

Die großen Bundesprogramme haben in ihrer Gesamtanlage einen Teil dieser Faktoren und Tendenzen zu berücksichtigen gesucht. Dies dann, wenn sie etwa bei der Clusterbildung besonders ‚strukturschwache Regionen‘ einbezogen haben. Dennoch bleibt zu bedenken, wie solche Gesichtspunkte systematisch bei der Förderung gerade auch der direkten Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen Eingang finden können.

Zudem ist nicht davon abzusehen, dass Gefährdungen insbesondere auch ‚unterhalb‘ von regionalen Zuschnitten (wie etwa Regierungsbezirken) und relativ großen sozialräumlichen Gebieten (wie etwa Landkreisen) in den sog. kleinen Lebenswelten (Benita Luckmann) der Menschen lauern: im Stadtteil, in der Teilgemeinde, im Dorf, im Straßenzug, im familiären und verwandtschaftlichen Umfeld, im Peer-Milieu vor Ort etc.. Schwerpunkte in spezifischer Weise in bestimmten Regionen und Sozialräumen zu setzen, darf nicht bedeuten, die auch in anders gelagerten Regionen und Sozialräumen vorfindlichen konkreten lebensweltlich relevanten Gefährdungs-Konstellationen zu übersehen oder geringzuschätzen.

3. *Besondere Herausforderungen* bestehen für die Jugendarbeit ‚gegen rechts‘ in *ländlichen Gebieten*. Hier können speziell für kleinere Ortschaften, die schon allein aus finanziellen Gründen ohne eine eigene Einrichtung der Jugendarbeit bleiben müssen, von Seiten des jeweiligen Landkreises speziell geschulte Fachkräfte für die Soziale Arbeit mit dort auftretenden rechtsextrem orientierten bzw. gefährdeten Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden. In Absprache von Kommune und Kreis sind die finanziellen, räumlichen, sächlichen und zeitlichen Voraussetzungen dafür zu klären. Nicht völlig ausgeschlossen werden sollte auch ein Jugendarbeitsleasing, wie es etwa der Rems-Murr-Kreis praktiziert (vgl. kurz: <http://www.jugendarbeit-rm.de/fachbereich-jugendarbeit-rm/jugendarbeitsleasing/> und <http://exchange.hirsch-woelfl.de/data/form/3227-9c91b70e18747e885d531bc95932e5a8.pdf>). In seinem Rahmen können Fachkräfte seitens solcher Gemeinden vom Landkreis mittels Kooperationsvereinbarung geleast werden, die keine eigene Jugendarbeit vorhalten können, aber Jugendarbeitsbedarf bei sich feststellen; etwa deshalb, weil Gruppierungen von Jugendlichen durch als problematisch erachtetes Verhalten auffällig werden. Für einen gewissen Zeitraum (z. B. sechs Monate oder auch mehr) kommen dann soziale Fachkräfte in die Gemeinde und stehen innerhalb eines festzulegenden wöchentlichen Stundenkontingents (nicht unter 10 Stunden) für die unmittelbare Arbeit mit den Jugendlichen und die dazu gehörigen gemeinwesenorientierten Aufgaben zur Verfügung. Räumliche Ressourcen dafür sind je nach örtlichen Gegebenheiten abzuklären. Auch wenn sich das Leasing eher für Unterstützungstätigkeiten bei weniger von individuellen und sozialen Problemen belasteten Jugendinitiativen vor Ort anbietet – etwa als Hilfe beim Aufbau eines selbstorganisierten Jugendtreffs –, so liegt bei themenspezifisch gut ausgebildetem und im Arbeitsgebiet erfahrenem Personal auch die Bearbeitung von rechtsextremen Tendenzen bei Jugendlichen im Bereich des Möglichen. Eine ausschlaggebende Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Gesamtdauer des Einsatzes und die Stundenzahl pro Woche so

realistisch angesetzt wird, dass entsprechend dem im Konzept „Dis-
tanzierung durch Integration“ dargestellten Phasenmodell gearbeitet
sowie Beziehungsarbeit aufgebaut und betrieben werden kann und
darüber Erfolge erzielbar sind. Ggf. ist also u. U. auch ein ca. dreijähri-
ger Einsatz anzuvisieren.

Insofern rechtsextrem orientierte Jugendliche gerade in ländlichen
Gebieten nicht unbedingt als feste Clique mit politischer Kontur in ih-
ren Heimatorten auftreten und häufig für ihre Treffen unterschiedliche
Ortschaften im Umkreis nutzen, um sich dort wiederum mit anderen
Jugendlichen aus umliegenden Städten und Gemeinden zusammenzu-
tun, ist in einem solchen Fall auch durchaus überlegenswert, ob sich
nicht mehrere Kommunen am Leasing beteiligen und so ein gemein-
sames Konzept für ein gemeinsames Problem ansteuern sollten. In je-
dem Fall können einschlägige Probleme vor Ort in dieser Weise mit
relativ geringem Mitteleinsatz und ohne dauerhaft untragbare finanzia-
elle Verpflichtungen einzugehen, angegangen werden.

Es sollte allerdings nicht der Eindruck erzeugt werden, dass im jewei-
ligen Ort nur ‚rechte‘ Jugendliche in den Genuss von Jugendarbeit
kommen und sie dadurch u. U. noch eine Art von Belohnung für ihre
problematische Orientierung erhalten. Daher ist bei einer solchen
Konstruktion vorauszusetzen, dass es für die nicht-rechten Jugendli-
chen auch ausreichend Angebote gibt. Sie können allerdings nicht von
denselben Mitarbeiter_innen angeboten werden wie die Arbeit mit
den ‚Rechten‘. Die notwendigen Vertrauensbeziehungen werden sich
so weder zu den ‚rechten‘ noch zu anderen Gruppen herstellen lassen.

4. Es ist zu empfehlen, Fachkräfte für die professionelle Begleitung of-
fensichtlich rechtsextrem Orientierter in einem Umfang zur Verfügung
zu haben, der der Bedarfslage im jeweiligen Sozialraum bzw. in der
jeweiligen Region entspricht. Konkreter: Für Mitarbeiter und Mitarbei-
terinnen der Jugendarbeit und auch andere Stellen, die mit Jugendli-
chen zu tun haben, wäre es hilfreich, für Fälle von Jugendlichen, bei
denen sie ‚mit ihrem Latein am Ende sind‘, um speziell weitergebildete
Kolleg_innen mit der Funktion einer *regionalen Umstiegsbegleitung*
zu wissen, an die diese Fälle weitervermittelt werden können. Dass es
sich dabei nicht um die schon vorhandenen Berater_innen in den Lan-
desnetzwerken handeln kann, liegt angesichts deren Aufgabenzu-
schnitts auf der Hand. Viel mehr kommen hier Kolleg_innen infrage,
die die Weiterbildung zur Fachkraft für die direkte Arbeit mit rechts-
extrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen durchlaufen ha-
ben. Sie sind in der Lage, mit einem problemangemessenen Wissen
und Können sowie einer dazu passenden Haltung authentisch und be-
ziehungsorientiert auf diese Jugendlichen zuzugehen, Vertrauen auf-
zubauen und ggf. längerfristig Kontakt mit ihnen zu halten. Die Fokusi-
erung auf ‚Umstiege‘ macht dabei deutlich, dass es hier einerseits
nicht darum geht, präventiv ‚Einstiege‘, genauer formuliert: Affinisie-
rungsprozesse, zu verhindern, andererseits es sich jedoch auch nicht
um die Funktionen handelt, die den Tätigkeitsschwerpunkt von Aus-
stiegshilfen und Ausstiegsberatung bilden, wenn diese bereits (relativ
oder sehr) fest in rechtsextreme Netzwerke und Ideologien Integrierte
nach bekundeter Ausstiegswilligkeit in ihrem persönlichen politischen
Demokratisierungsprozesse unterstützen. Adressat_innen sind hier
eher solche jungen Leute, die sich rechtsextremen Angeboten zuwen-
den, sich aber noch an der Grenze zu einem ‚tieferen Einsteigen‘ be-
wegen, deren politische Sozialisation salopp formuliert also noch ‚kip-
pelig‘ ist – auch deshalb, weil sie noch keinen Ausstiegsentschluss für
sich gefasst haben (können). Ihnen gilt es, vorwiegend in Form von

individualisierten Hilfen Umstiege aus dem Zug in Richtung auf Verfestigung von Konsolidierung oder gar Fundamentalisierung rechtsextremer Haltungen zu bieten.

5. Manche Städte und Ortschaften haben eher kein unmittelbares Problem mit extremen Rechtsorientierungen oder rechtsextremen Gefährdungen ihrer in der Kommune lebenden Jugendlichen, sie sehen sich aber damit konfrontiert, dass *Rechtsextreme* zu Demonstrationen, Kundgebungen und Events aus dem Spektrum der rechtsextremen Erlebnisangebote *anreisen*. Abgesehen von versamlungs- und demonstrationsrechtlichen Fragen, Problemen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und Strategien des Umgangs mit Gegendemonstrationen stellt sich dann auch die Frage, ob und inwieweit die örtliche Jugendarbeit herausgefordert ist. Sicherlich keine hinreichende Antwort ist es, die Verantwortung den jugendarbeiterischen Einrichtungen der Herkunftskommunen der Anreisenden zuzuweisen. Da erfahrungsgemäß für manche Jugendliche das öffentliche Auftreten Rechtsextremer eine gewisse Sogwirkung entfaltet, sind vielmehr entsprechende Vorkommnisse als Anlässe zur Thematisierung und Problematisierung rechtsextremer Demokratiegefährdungen zu betrachten.
6. Um Konzepte und Maßnahmen auf die spezifischen Herausforderungen und Bedarfe in den jeweiligen sozial-geografischen Gebieten ausrichten zu können, sind genauere *regionale und sozialräumlich ausgerichtete Analysen* von Nöten, um jeweils aktuell nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ spezifische Ausgangslagen für gesellschaftliche Gegenstrategien erheben zu können – ein Ansatz, der etwa vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) propagiert und zusammen mit ProVal durchgeführt wird (vgl. http://www.uni-bielefeld.de/ikg/dateien/sora_zo/SoRA-ZO_Werbeflyer_20090713-056.pdf) und – unabhängig von diesem Angebot – ja auch auf subregionaler Ebene als Voraussetzung für die passgenaue Ausrichtung Lokaler Aktionspläne oder auch Aufsuchender Jugendarbeit Geltung beansprucht. Interessant sind jedoch in diesem Zusammenhang nicht nur analytisch angelegte Situationsbeschreibungen zur Klärung der Ausgangslage. Noch weiterführender könnten Untersuchungsanlagen sein, die die Prozesshaftigkeit der Entwicklung (sub-)regionaler Anfälligkeitskonstellationen einzufangen vermögen. Dies sind am ehesten Studien, die langfristig die Strategien des Umgangs mit der Rechtsextremismus-Problematik (sub-)regional erheben und auswerten. Besonders anwendungsbezogen und praxisorientiert könnten sie dann wirken, wenn Zwischenergebnisse dabei im Sinne formativer Evaluation den Akteuren noch während des Prozesses zurückgespiegelt und die daraus gezogenen praktischen Konsequenzen durchgängig untersucht würden.
7. *Sozialräumliches Arbeiten* hat sich in den letzten Jahren als ein *grundlegendes Arbeitsprinzip* Sozialer Arbeit überhaupt, speziell aber der professionellen Arbeit mit (Kindern und) Jugendlichen herauskristallisiert und weitgehend durchgesetzt (vgl. Deinet 1999). Galt lange Zeit Gemeinwesenarbeit neben Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit als eine der drei klassischen ‚Methoden‘ Sozialer Arbeit, so hat sich mittlerweile Gemeinwesenorientierung – unbeschadet des Weiterbestehens eines Arbeitsfelds ‚Gemeinwesenarbeit‘ – als Reflexions- und Tätigkeitsprinzip quer zu verschiedenen Arbeitsfeldern und in ihnen etabliert. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Erkenntnis, dass eine Reihe von Problemen, die Jugendliche haben und machen, mit den sozialräumli-

chen Gegebenheiten im Gemeinwesen zusammenhängen, die ihre Sozialisation rahmen. Von hervorragender Bedeutung ist dabei der soziale Nahraum, in dem junge Menschen leben: die Wohnverhältnisse, die Straße, das Quartier, der Stadtteil, das Dorf etc.. Jugendliche nehmen diesen sozialen Nahraum in erster Linie unter dem Kriterium seiner Aneignungsfreundlichkeit wahr. Sie bewegt insbesondere die Frage, inwieweit sich hier für sie Gestaltungsräume eröffnen. Monofunktionalisierung, kommerzielle Überformung, architektonisch bzw. städtebauliche Segmentierung und einengende Parzellierung, Gentrifizierung und Durchrationalisierung gehören dabei zu jenen Tendenzen, die für sie die Realisierung von Aneignungsinteressen erschweren. Wo aber die Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen, die soziale Integration, das sinnliche Erleben und die Erfahrung von Sinn als 'entgrenzt aus dem sozialen Nahraum und damit als ,entlagerungspflichtig' erfahren wird, können sich präsente Angebote rechtsextremer Couleur als funktionaler Ersatz anbieten. In dieser Weise werden durch Sozialraumpolitik Gefährdungslagen (mit) produziert, die vermeidbar wären.

Das Sozialraumprinzip (sozial-)pädagogischer Arbeit versucht dagegen, den *sozialökologisch ausgerichteten Lebensgestaltungsinteressen von Jugendlichen Geltung zu verschaffen*. Gerade für rechtsextrem gefährdete und orientierte Jugendliche gilt: Soweit sie in ihren Lebensbezügen die Erfahrung machen können, sozial und politisch gestaltungsorientiert beteiligt zu sein, wird rechtsextremen Angeboten politischer Beteiligung der Boden entzogen. Ist Demokratie im Alltag spürbar und wird sie als nützlich erfahren, so gibt es keinen Grund von ihr Abstand zu nehmen. Daher ist politische Einmischung eine unerlässliche professionelle Strategie, rechtsextreme Gefährdungen und Demokratieskepsis bzw. -feindlichkeit abzubauen.

8. Nicht kurzfristig ordnungspolitisch für Ruhe zu sorgen, sondern kontinuierlich über die sozialarbeiterische Strategie politischer Einmischung lebensgestaltungsangemessene infrastrukturelle Arbeit im Gemeinwesen leisten zu können, setzt voraus, dass in den jeweiligen Regionen und Sozialräumen die *regelstrukturelle Versorgung der nachwachsenden Generation(en) mit Kinder- und Jugendarbeit* vorhanden und auf Dauer gesichert ist. (Anti-)Rechtsextremismus-Projekte können dort Sinn machen, wo sie auf einem Fundament hinreichend tragfähiger Regelstrukturen aufbauen können, das nicht weniger komplex angelegt ist wie die Problemlage Rechtsextremismus selbst. Dort, wo „Sonderangebote“ Regelangebote ersetzen sollen bzw. faktisch ersetzen – wie dies (nicht allein, aber) vor allem für ländliche Räume Ostdeutschlands registriert wird (vgl. Borstel 2006, 2007, 2008, 2011; Buchstein/Heinrich 2010; Borstel/Heinrich 2010) –, sind nachhaltige Effekte nicht zu erwarten. Wahrscheinlicher als sie zu erzielen, ist eine Delegitimation Sozialer Arbeit die Folge, denn Soziale Arbeit wird in diesen Fällen mit Ansprüchen befrachtet, die sie unter solchen Voraussetzungen nicht erfüllen kann, weil die dafür notwendige Infrastruktur fehlt. Wer Perspektive vermitteln will, muss selbst Perspektive haben. Wer Haltungen junger Menschen nachhaltig demokratisch qualifizieren will, muss dafür Planungssicherheit und Zeit eingeräumt bekommen, weil die Ausrichtung politischer Sozialisation sich nicht punktuell entscheidet, sondern auf langwierigen, teilweise verschlungenen Prozessen beruht.
9. Sozialräumlich zu arbeiten, bedeutet auch, sich als Träger, Projekt und Mitarbeiterschaft der direkten Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen *sozialräumlich* zu *vernetzen*. Diese

Feststellung wurde oben schon etwas allgemeiner getroffen. Sie ist mittlerweile weder neu, noch umstritten; dennoch ist sie nicht überflüssig.

Die Vernetzung mit ortsansässigen bzw. mit das regionale Wirtschaftsleben prägenden *Betrieben* erfolgt vergleichsweise äußerst selten. Welche Gründe dafür auch immer angeführt werden mögen: Solange dies so bleibt, ist die Möglichkeit, Auszubildende und (junge) Arbeitnehmer_innen zu erreichen, erheblich eingeschränkt, zumal auch die Berufsschulen nicht zu jenen Schultypen gehören, die die Rechtsextremismus-Thematik besonders häufig aufgreifen.

In den meisten Bundesländern ist auch die Vernetzung mit Sportvereinen *und Verbänden* noch erheblich optimierungsbedürftig. Hier trifft man in etwa die gleiche jugendliche Durchschnittspopulation an wie in der Schule – nunmehr allerdings im Freizeitbereich. Hier sind relevante Umschlagplätze von Beständen des Erwachsenendiskurses und Transformationsstellen in die jugendliche Peerkultur hinein. Und hier gibt es immer wieder Äußerungen, Auseinandersetzungen und Vorfälle, die rechtsextreme Kontur haben und/oder Ab- bzw. Ausgrenzungsdynamiken in Gang setzen. Daher sind diese Sphären strategisch wichtige Orte der Arbeit gegen die Verbreitung rechtsextremer Orientierungen und essenzialisierender Ablehnungen. Die non-formalen und informellen Bildungsgelegenheiten, die hier ‚schlummern‘, bleiben noch vielfach unentdeckt und ungenutzt. Vorhandenen einschlägigen Modellprojekten muss der Transfer in die Fläche folgen.

10. Ebenfalls nur selten wird bislang zu den Vernetzungsakteuren auch der Bereich der in der Wissenschaft Tätigen gezählt. Dieser Umstand ist deshalb bedauerlich, weil nicht nur insgesamt *Wissenschaft-Praxis-Kooperation* in Feldern der sog. Arbeit gegen rechts unterentwickelt ist, sondern diese speziell auch in regionalen und lokalen Kontexten selten praktiziert wird. Aufgrund dieses Mankos entsteht keine Kultur der Zusammenarbeit zwischen diesen Sphären; eine Kultur, die dazu dienen könnte, Forschung und Praxis viel enger zu verzahnen als dies bislang geschieht. Nichtsdestotrotz vorliegende vereinzelte Erfahrungen zeigen indes die Fruchtbarkeit eines Ineinandergreifens dieser Gebiete auf (vgl. z. B. Möller 2008, 2012d, 2012e; Becker/Palloks 2013). Insbesondere Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben ein Profil, das unter anderem auch auf ihre regionale Verankerung verweist. Die damit verbundenen Chancen könnten gerade auch in Hinblick auf Konzeptentwicklung und Evaluation von Angeboten sozialer und pädagogischer Arbeit zur Entgegnung auf den Rechtsextremismus weitaus intensiver genutzt werden als bisher.

Literaturliste

- Abschlussbericht der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Förderphase 2007-2010 (Hg. v. Regiestelle Vielfalt. gsub – Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH und Zentralstelle kompetent. für Demokratie. Stiftung Demokratische Jugend). Berlin o. J.
- Aechtner, Frieder (2001): Erfahrungen aus der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen und Schlussfolgerungen aus einem beendeten Projekt. In: Verein für Kommunikationswissenschaften (Hg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Dokumentation des Workshops am 8. und 9. März 2001 in Berlin. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Nr. 29. Berlin, 20-25.
- Affolderbach, Friedemann (2000): Jugendarbeit und rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen in Leipzig. In: Hirschfeld, Uwe/Kleinert, Ulfrid (Hg.): Zwischen Ausschluß und Hilfe. Soziale Arbeit und Rechtsextremismus. Leipzig: EVA, 172-185.
- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe/IFFJ (Hg.) (1995): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Ausbildung im Sozialwesen – curriculare, didaktisch-methodische und organisatorische Konsequenzen. IFFJ-Schriften 9. Berlin.
- Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 102-128.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen: Leske + Budrich.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- Baensch, Torsten (1992): Jugendlichen Raum lassen? Maßnahmen und Projekte gegen national-autoritäre Orientierungen und rechtsextremistische Tendenzen. Hamburg: Landeszentrale für politische Bildung.
- Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hg.) (2014): Verantwortlich handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen – Berlin – Toronto: Barbara Budrich.
- Baer, Silke/Weilnböck, Harald/Wiechmann, Peer (2012): Wirksame Deradikalisierung: Zur Methodik des „Time-Out-Gesprächs“ und der „Wir-unter-uns-Gruppe“ in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen. In: Überblick, Nr. 2, 3-9.
- Baier, Dirk (2009): Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Deutschland – Aktuelle Erkenntnisse einer Dunkelfeldstudie. Unv. Mscr. O.o. (Hannover: KFN).
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susanne (2009): Jugendliche in Deutschland als Täter und Opfer von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums der Innern und des KFN. Forschungsbericht Nr. 107. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen.

- Balibar, Etienne (1990): Rassismus und Nationalismus. In: Ders./Wallerstein, Immanuel (Hg.): Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument, 49-84.
- Becker, Reiner (2012): Wege in den Rechtsextremismus. Online unter: http://www.BIKnetz.de/fileadmin/Do-kumente/Oeffentlichkeit_herstellen/Themen/Aufsaetze/Aufsatz_Becker_final.pdf, letzter Aufruf 31.10.2013.
- Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.) (2013): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Beckwermert, Peter (1993): Skinheads – die rechten Monster? Projektkonzeption der AWO-Jugendberatungsstelle. Düsseldorf.
- Behn, Sabine/Böhm, Gerlinde/Heitmann, Helmut/Steger, Peter (Hg.) (1995): Glatzen, Cliques und ein Club. Interviews und Gespräche aus einem Film über die Arbeit mit rechten Jugendlichen. IFFJ-Schriften, Nr. 10. Berlin.
- Behn, Sabine/Heitmann, Helmut (Hg.) (o.J.): Spannung, Abenteuer, Action – Erlebnis- und Abenteuerpädagogik in der Jugendarbeit. IFFJ-Schriften, Nr. 4. Berlin.
- Behn, Sabine/Schwenzer, Victoria (2006): Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Zuschauerverhalten und Entwicklung von Gegenstrategien. In: Pilz, Gunter A./Behn, Sabine/Klose, Andreas/Schwenzer, Victoria/Steffan, Werner/Wölki, Franciska (Hg.): Wandlungen des Zuschauerverhaltens im Profifußball. Schorndorf: Hofmann, 320-435.
- Biamino, Hanna (2010): Geschichte und Geschichten aus der Gründungszeit. In: Gangway e.V. (Hg.): Down Town Berlin. 20 Jahre Straßensozialarbeit in Berlin. Geschichten aus der Unterstadt. Berlin: Archiv der Jugendkulturen.
- Birsl, Ursula (Hg.) (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen – Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Bleiß, Karin/Möller, Kurt/Peltz, Cornelius/Rosenbau, Dennis/Sonnenberg, Imke (2004): Distanz(ierung) durch Integration. Neue konzeptionelle Grundlagen für aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem bzw. menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: Neue Praxis, Nr. 6, 568-590.
- BMFSFJ (2004): 2. Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Stand: 31.12.2004. Berlin.
- BMFSFJ (2006): Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Stand: 31.10.2006. Berlin.
- Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Dokumentation des Modellprojektes (AgAG). Band 1. Münster: Votum.
- Bohn, Irina/Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter (Hg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Materialiensammlung aus der öffentlichen Diskussion. Band 3. Münster: Votum.
- Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Segel, Gerhard (Hg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Kommunale Gewaltprävention. Eine Handreichung für die Praxis. Band 5. Münster: Votum.

- Born, Stefan/Reuter, Andreas (2013): „Jugendlichen Raum geben ...“ – bürgerschaftliches Engagement im Kontext der pädagogischen Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 36-71.
- Borrmann, Stefan (2006): Soziale Arbeit mit rechten Jugendcliquen. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS.
- Borstel, Dierk (2006): Rechtsextremismus und demokratische Kultur. Ein Lehrstück aus Vorpommern, in: Helas, Horst/Rubisch, Dagmar: Rechtsextremismus in Deutschland. Analysen, Erfahrungen, Gegenstrategien. Reihe Manuskripte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 61. Berlin, 79-83.
- Borstel, Dierk (2007): Heimat und Zukunft Ueckermünde. Ein Essay. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.). Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 197-206.
- Borstel, Dierk (2008): Vorbild Ostdeutschland? Westdeutscher Rechtsextremismus im Wandel. Das Beispiel Westpfalz. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 262-272.
- Borstel, Dierk (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!“ Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern. Münster: Monsenstein und Vannerdat.
- Borstel, Dierk/Heinrich Gudrun (2010): Möglichkeiten erfolgreicher Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 507-520.
- Böhnisch, Lothar (2012): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. 6. überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar/Frankfurth, M./Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (1996): Endbericht der wissenschaftlichen Begleitung des AgAG-Programms. Dresden: Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit der Technischen Universität/Institut für regionale Innovation und Sozialforschung.
- Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (Hg.) (1997): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG): Die wissenschaftliche Begleitung. Ergebnisse und Perspektiven. Band 2.
- Bohlay, Raphael (2011): Rechtsextremismus geht Caritas etwas an. In: neue caritas, Nr. 112, 9ff.
- Bräuß, Katharina (2010): Mit Rechten am rechten Ort? Reflexionen und Ergebnisse zur pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Oldenburg: BIS-Verlag der Carl von Ossietzky Universität.
- Bremen, Bernd (1995): Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt – eine kritische Bilanz. In: deutsche jugend, 43. Jg, Nr. 11, 475-482.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn: Pahl-Rugenstein.

- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (2013): (R)Echte Motivation – Wir zeigen Gesicht gegen Rechtsextremismus. Broschur. Bonn.
- Bücker, Gerd (2009): Dem Rechtsextremismus keine Chance – Präventionsauftrag für den organisierten Sport. In: Glaser, Michaela/Elverich, Gabi (Hg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball Erfahrungen und Perspektiven der Prävention. Halle a.d.S.: DJI, 88-94.
- Busch, Julia K./Weiler, Dina (2013): Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis. Marburg: Marburger Arbeitsgruppe für Methoden & Evaluation.
- CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern (2002): Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den neuen Bundesländern. (CIVITAS-Leitlinien 2002).
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Deinet, Ulrich (1999): Sozialräumliche Jugendarbeit. Opladen: Leske + Budrich
- Dembowski, Gerd (2001): Fanprojekt zwischen jugendpolitischem Anspruch und Wirklichkeit. In: Ders./Buderus, Andreas/Scheidle, Jürgen: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn: Pahl-Rugenstein, 123-150.
- Deutsche Sportjugend (2007): Dem Rechtsextremismus keine Chance – Handlungsansätze und Maßnahmen der Deutschen Sportjugend. Online unter: www.dosb.de/en/jugendsport/jugend-news/detail/news/dem_rechtsextremismus_keine_chance_praeventionsauftrag_fuer_den_organisierten_sport/, letzter Aufruf 31.10.2013.
- Dietrich, Ralf (2009): Ideen und Hinweise für Lehrerinnen und Lehrer zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule. In: RAA Brandenburg (Hg.): Schule in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Potsdam, 45-52.
- Dölemeyer, Anne/Mehrer, Anne (2011): Einleitung: Ordnung. Macht. Extremismus. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS, 7-32.
- Dölker, Frank/Gillich, Stefan (Hg.) (2009): Streetwork im Widerspruch. Handeln im Spannungsfeld von Kriminalisierung und Prävention. Gründau: Triga.
- Dölker, Frank/Regnery, Michael unter Mitarbeit von Krahulec, Peter (2001): Skins go Buchenwald – ein Streetwork-Projekt mit rechten Jugendlichen aus Fulda. In: Gedenkstätte Buchenwald (Hg.): Bis hierher und wie weiter? Pädagogische Konzepte zum professionellen Umgang mit Rechtsextremisten. Dokumentation des Internationalen Seminars für Multiplikatoren in der Jugendarbeit. Buchenwald: Gedenkstätte Buchenwald, 86-92.
- Dürr, Tina (2013): Beratung gegen Rechtsextremismus an Schulen. Erfahrungen und Herausforderungen. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Jugend an der roten Linie.

Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

- Ehmann, Annegret (2001): Schule und Bildungsarbeit: Anspruch, Grenzen und Möglichkeiten, In: Verein für Kommunalwissenschaften (Hg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Dokumentation des Workshops am 8. und 9. März 2001 in Berlin. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Nr. 29. Berlin, 38-52.
- Einhorn, Annika/Goldkamp, Sina/Grebe, Tim/Kroos, Daniela/Popp, Sandra (2012): Evaluation des „XENOS-Sonderprogramms Ausstieg zum Einstieg. Kurzbericht. Berlin: GIB.
- Einhorn, Annika/Lietzmann, Anja/Meyer, Stefan (2013): Evaluation des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. 2. Zwischenbericht. Ergebnisse der 2. Online-Befragung & Präsentation von Good-Practice-Ansätzen. Berlin: GIB.
- Eißrich, Ralf (2004): Bericht eines Streetworkers: Streetwork mit rechten Jugendlichen in Dresden-Johannstadt. In: Pingel, Andrea (Hg.): Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit. Halle a.d.S.: DJI, 71-75.
- Emminghaus, Christoph/Markus Lindner/Sebastian Niedlich/Tobias Stern (2007): Evaluation des Bundesprogramms XENOS. Abschlussbericht. Hamburg: Rambøll-Management.
- Enke, Franjo (1989): Fallschirmspringerkursus der Evangelischen Jugend Rheda im Oktober 1987. In: Posselt, Ralf-Erik/Schumacher, Klaus (Hg.): Projekthandbuch Rechtsextremismus. Schwerte: Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen/Haus Villigst, 232-234.
- Faller, Kurt (1995): Prävention von Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Skizze zum Offenbacher Modellprojekt. In: In: Schacht, Konrad/Leif, Thomas/Janssen, Hannelore (Hg.): Hilflös gegen Rechtsextremismus? Ursachen, Handlungsfelder, Projekterfahrungen. Köln: Bund, 308-333.
- Fichter, Michael/Kreiss, Joachim/Stöss, Richard/Zeuner, Bodo (2004): Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Abschlussbericht. Berlin: Freie Universität Berlin (unv. Mscr.)
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: VS.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Glaser, Michaela (2009): Zum Stand der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußballsport. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu Ansätzen, Praxiserfahrungen und Herausforderungen. In: Dies./Elverich, Gabi (Hg.): Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball Erfahrungen und Perspektiven der Prävention. Halle a.d.S.: DJI, 124-154.
- Glaser, Michaela/Schuster, Silke (Hg.) (2007): Evaluation präventiver Praxis gegen Rechtsextremismus. Positionen, Konzepte und Erfahrungen. Halle a.d.S.: DJI.
- Glaß, Christian (2002): Politische Bildung am Ende? Exemplarische Erfahrungen aus drei Maßnahmen der Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe in Ostdeutschland. Hamburg: Dr. Kovac.

- Goike, Peter (2013): Caritas-Netzwerk stärkt auch künftig die Prävention. In: neue caritas, Nr. 114, 9ff.
- Groffmann, Anne Claire (2001): Das unvollendete Drama. Jugend- und Skinheadgruppen im Vereinigungsprozeß. Opladen: Leske + Budrich.
- Gulbins, Guido/Möller, Kurt/Rosenbaum, Dennis/Stewen, Isabell (2007): „Denn sie wissen nicht, was sie tun“? Evaluation aufsuchender Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: deutsche jugend, Nr. 12, 526-534.
- Hafeneger, Benno/Jansen, Mechthild M. (2001): Rechte Cliques. Alltag einer neuen Jugendkultur, Weinheim – München: Juventa.
- Hafeneger, Benno/Becker, Reiner (2007): Rechte Jugendcliques. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument.
- Hartmann, Gerold (1992): „Hier ist jeder Außenseiter“ – Gemeinwesenarbeit mit rechten Jugendlichen. In: Scherr, Albert (Hg.), Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT-Verlag, 62-95.
- Hartwig, Monika (1990): Skinheads in der Offenen Jugendarbeit. Berliner Erfahrungen. In: deutsche jugend, 38. Jg, Nr. 7/8, 325-329.
- Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991a): „Anhören war für mich erst mal das Wichtigste!“ Erfahrungen mit akzeptierender Jugendarbeit in rechten Jugendcliques. In: sozialmagazin, 16. Jg., Nr. 19, 38-47.
- Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991b): Jugendarbeit in rechten Jugendcliques – Handlungsansätze aus der Praxis. In: deutsche jugend, 39. Jg., Nr. 4, 471-481.
- Heim, Gunda/Krafeld, Franz Josef/Lutzebäcker, Elke/Schaar, Gisela/Storm, Carola/Welp, Wolfgang (1991c): „Lieber ein Skinhead als sonst nichts“? – Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit in rechten Jugendcliques. In: Neue Praxis, 21. Jg., Nr. 4, 300-310.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2002-2012): Deutsche Zustände. 10 Folgen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Buhse, Heike/Liebe-Freund, Joachim/Möller, Kurt/Müller, Jochen/Ritz, Helmut/Siller, Gertrud/Vossen, Johannes (1992): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim – München: Juventa (2. Aufl. 1993).
- Helmerich, Nicole/Kolb, Jonas (2011): Problemdefinitionen, Akteure und Maßnahmen in Hohenschönhausen: zwischen 1998 und 2010. In: Kolb, Jonas; Nicole/Helmerich/Wnuck, Oliver: Hybride rechte Cliques. Eine Studie über rechte Jugendliche in Berlin-Hohenschönhausen und kommunale Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Berlin: epubli, 84-128.
- Hinrichs, Inga/Mach, Reinhard (2001): Das Jugendzentrum ZEBEF fördert Integration und Auseinandersetzung. In: Verein für Kommunalwissenschaften (Hg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Dokumentation des Workshops am 8. und 9. März 2001 in Berlin. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Nr. 29. Berlin, 31-37.

- Höhner-Mertmann, Holger/Karasch, Willi (2007): Demokratie live. Eine Initiative der Jugendgerichtshilfe und des Jugendschutzes Herne für Toleranz und politische Meinungsbildung. In: Überblick, Nr. 3, 4-8.
- Höhnke, Karsten (2011): Vernetzung stärkt die Abwehrkräfte. In: Neue Caritas, Nr. 18.
- Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2012): Lebensphase Jugend. Weinheim (11., vollst. überarb. Aufl.).
- IFFJ (Hg.) (1996): Projekte im Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. AgAG-Informationsdienst, Nr. 1. Berlin.
- Jaschke, Hans-Gerd (1991): Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich.
- Jende, Sebastian/Speer, Daniel (2013): Gedenkstättenbesuche mit jugendlichen Gewaltstraftätern. In: Nickolai, Werner/Schwendemann, Wilhelm (Hg.) (2013): Gedenkstättenpädagogik und Soziale Arbeit. Münster – Berlin: LIT, 151-157.
- Jilek, Grit (1998). Die Jugendarbeit in Leipzig angesichts kultureller Hegemoniebestrebungen und Subversionstaktiken rechtsextremer Parteien und Organisationen. Unveröff. Diplomarbeit. Leipzig.
- Jugendamt und Sicherheitskonferenz der Landeshauptstadt Potsdam (Hg.) (1998): Möglichkeiten und Grenzen akzeptierender Jugendarbeit. Dokumentation der Fachtagung am 8. Juni 1998 in Potsdam. „SMIP - Streetwork/Mobile Jugendarbeit Infopool“ an der FH Potsdam. Online unter: <http://www.fh-potsdam.de/~Sozwes/projekte/steffan/final/eingang.htm>, letzter Aufruf: 31.10.2013.
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (1994): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Rassismus in Politik, Kultur und Alltag, Köln: Dreisam.
- Klingelhöfer, Susanne/Brüggemann, Ulrich/Hoßbach, Gun (2002): Bericht der wissenschaftlichen Begleitung der „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“. Leipzig: DJI.
- Klingelhöfer, Susanne/Schmidt, Mareike/Schuster, Silke/Brüggemann, Ulrich (2007): Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, Jahre 2002-2006. München – Halle a.d.S.: DJI.
- Klose, Christiana/Rademacher, Helmolt/Hafeneger, Benno/Jansen, Mechtild M. (2000): Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – jugendpädagogische Auswege. Opladen: Leske + Budrich.
- Koch, Reinhard/Behn, Sabine (1997): Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit. Weinheim – Basel: Beltz.
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Krüger, Katharina (2009): Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin. Berlin: Landeskommision Berlin gegen Gewalt.
- Kolb, Jonas/Helmerich, Nicole/Wnuck, Oliver (2011): Hybride rechte Cliquen. Eine Studie über rechte Jugendliche in Berlin-Hohenschönhausen und kommunale Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Berlin: epubli.

- Koordinationsstelle Fanprojekte bei der Deutschen Sportjugend/Interkultureller Rat in Deutschland (Hg.) (2012): Unsre Kurve – kein Platz für Rassismus. Die Arbeit der Fanprojekte gegen Rassismus. 3. Auflage. Frankfurt a.M.
- Korn, Judy/Heitmann, Helmut (Red.) (2006): Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt. Berlin: Archiv der Jugendkulturen.
- Köttig, Michaela (2008): Der biographische Ansatz in der Einzelfallhilfe mit rechtsextrem orientierten Mädchen und jungen Frauen. In: Forum qualitative Sozialforschung, 9, 1. Online unter: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/319/699>, letzter Aufruf: 26.10.2013.
- Köttig, Michaela (2014): (Biografisch-)Narratives Arbeiten in der Einzel- und Gruppenarbeit. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hg.): Verantwortlich handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen – Berlin – Toronto: Barbara Budrich, 117-128.
- Köttig, Michaela/Rätz-Heinisch, Regina (2005): Potenziale unterstützen, Selbstverstehen fördern. Dialogische Biographiearbeit in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Sozial extra, 29, 11, 16-20.
- Korstian, Peter/Ochs, Gerd (2013): Einblicke in das Aussteigerprogramm IKARus. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Krafeld, Franz Josef (Hg.), (1992a): Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bremen: Steintor.
- Krafeld, Franz Josef. (1992b): Cliquenorientierte Jugendarbeit. Grundlagen und Handlungsansätze. Weinheim – München: Juventa.
- Krafeld, Franz Josef (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen: Leske + Budrich.
- Krafeld, Franz Josef/Möller, Kurt/Müller, Andrea (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze, Erfahrungen, Perspektiven. Bremen: Edition Temmen.
- Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit Baden-Württemberg (Hg.) (1997): Praxis- handbuch Mobile Jugendarbeit. Neuwied – Kriftel – Berlin: Luchterhand.
- Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein (2002): Leitfaden gegen Rechts. Leitfaden für kommunale Aktionen und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Kiel.
- Löchte, Anita/Sill, Oliver (1994). Rechtsextremismus bei westdeutschen Jugendlichen. Erklärungsansätze und Interventionsmöglichkeiten aus Sicht der Sozialarbeit. Hamburg – Münster: LIT.
- Lukas, Helmut/Krieter, Ute/Füner, Anita/Ayllön-Wriedt, Brigitte (1993): Lernziel: Gewaltfreiheit. Berichte + Materialien 3. Berlin – Frankfurt a.M.: IFFJ/ISS.
- Lukas, Helmut u. a. (1993). Gewaltfreiheit. Pädagogische Konzepte und Praxiserfahrungen in Schule und Jugendhilfe. AgAG. Berichte und Materialien, H. 3.
- Lukas, Veronika/Lukas, Helmut (2007): Evaluation des Modellprojekts „Präventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg“. Abschlussbericht. Berlin (unv. Mscr.).

- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Vossen, Johannes (2003): Bericht der wissenschaftlichen Begleitung über die Modellphase der Strukturprojekte des Programms „Civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“. Berlin.
- Lynen von Berg, Heinz/Palloks, Kerstin/Steil Armin (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus. Weinheim – München: Juventa.
- Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.) (2003). Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Mansel, Jürgen/Spaiser, Viktoria (2013): Ausgrenzungsdynamiken. In welchen Lebenslagen Jugendliche Fremdgruppen abwerten. Weinheim – Basel: Beltz Juventa.
- Mecheril, Paul u. a. (2010): Migrationspädagogik. Weinheim – Basel: Beltz.
- Melzer, Ralf (Hg.) (2012): Tunnel – Licht – Blicke. Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einsteig“. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Miles, Robert (1991): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg: Argument.
- Mobiles Beratungsteam für Demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern (2005): Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Lagebilder für die Landkreise und kreisfreien Städte. Online unter: http://www.montys.de/dateien/themen/antifa_u_g_rechts/mbt_lagebilder_2005.pdf, letzter Aufruf: 31.10.2013.
- Möller, Kurt (2000): Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13-bis 15jährigen. Weinheim – München: Juventa.
- Möller, Kurt (2001): Extremismus. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Revidierte und aktualisierte Neuauflage. Opladen: Leske + Budrich, 194-207.
- Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegration. Erziehungswissenschaftliche Expertise zum Forschungsverbund: „Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“. Esslingen – Bielefeld (unv. Mscr.).
- Möller, Kurt (2003a): Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen und sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – eine kritische Zwischenbilanz. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): Aktuelle Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich, 27-50.
- Möller, Kurt (2003b): Das Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Ein Überblick über Ausrichtung, Entwicklungsstand und gesammelte Erfahrungen. In: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Hg.): Fremdenfeindlichkeit bekämpfen und Demokratiefähigkeit stärken. Dokumentation zum internationalen Kolloquium (05.-07.12.2002 in Berlin), gefördert durch den Fonds „Erinnerung und Zukunft“ der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“. Bielefeld o. J., 222-243.

- Möller, Kurt (2007). Soziale Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit. Lebensgestaltung über funktionale Äquivalenzen und Kompetenzentwicklung. In: Heitmeyer, W. (Hg.). Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 294-311.
- Möller, Kurt (2008): Ansatzpunkte, Erfahrungen und Perspektiven von Wissenschaft-Praxis-Kooperation im Kontext sozialwissenschaftlicher Forschung. In: Soziale Probleme, Nr. 1, 90-108.
- Möller, Kurt (Hg.) (2010): Dasselbe in grün? Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit. Weinheim – München: Juventa.
- Möller, Kurt (2011): Konstruktionen von Männlichkeiten in unterschiedlichen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus. In: Ursula Birsli (Hg.): Rechtsextremismus und Gender. Opladen und Farmington Hills: Budrich, 129-146.
- Möller, Kurt (2012a): Enthnozentrismus bei Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt a.M. 2010. Wiesbaden: VS (CD-ROM).
- Möller, Kurt (2012b): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei in Deutschland lebenden Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. In: Ecarius, Jutta/Eulenbach, Marc (Hg.): Jugend und Differenz. Aktuelle Debatten der Jugendforschung. Wiesbaden: VS, 245-266.
- Möller, Kurt (2012c): Antisemitismus bei Jugendlichen in Deutschland. Formen, Ausmaße, spezifische Ausprägungen und Begünstigungsfaktoren. In: deutsche jugend, 60, 12, 519-526.
- Möller, Kurt (2012d): Der Dritte Raum. Möglichkeiten zu gestaltungsorientierter Grundlagenforschung in Wissenschaft-Praxis-Kooperation. In: Unzicker, Kai/Hessler, Gudrun (Hg.): Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit. Wiesbaden: Springer VS, 85-108.
- Möller, Kurt (2012e): Empirische Kleinprojekte in der Region - Wie Forschung kommunale (Jugendarbeits-)Politik beeinflussen kann. In: Schneider, Armin/Streck, Rebekka/Eppler, Natalie (Hg.): Forschung, Politik und Soziale Arbeit. Opladen, Berlin, Toronto 2012: Verlag Barbara Budrich, 99-114.
- Möller, Kurt (2013a): Rechtsextrem orientierte Jugendliche als sozialpädagogische Herausforderung. Ansatzpunkte und Erfahrungen. In: Spatscheck, Christian/Wagenblass, Sabine (Hg.): Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Herausforderungen und Zugänge Sozialer Arbeit. Weinheim – Basel: Beltz Juventa, 153-166.
- Möller, Kurt (2013b): Kohäsion? Integration? Inklusion? - Formen und Sphären gesellschaftlicher (Ein-)Bindung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 63, 13-14/2013 vom 25.03.2013, 44-51. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/156777/kohaesion-integration-inklusion>, letzter Aufruf: 29.10.2013.
- Möller, Kurt (2014): Gegenstandswissen, Praxis, Strukturen - Welche Erkenntnisse liegen vor, welche Desiderate und Handlungsperspektiven sind Erfolg versprechend. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hg.): Verantwortlich handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen – Berlin – Toronto: Barbara Budrich, 337-349.
- Möller, Kurt/Grote, Janne/Nolde, Kai/Schuhmacher, Nils (2014): „Die kann ich nicht ab“. Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: VS (i. V.).

- Möller, Kurt/Küpper, Beate (2014): Soziale Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Stuttgart: Kohlhammer (i.V.).
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS.
- Möller, Kurt/Wesche, Stefan (2014): Distanzierungen von rechtsextremen Haltungen. Zur Funktion staatlicher Aussteigerprogramme. In: Rieker, Peter (Hg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim – Basel: Beltz Juventa, 20-44.
- Mücke, Thomas (1990): Bericht über das Projekt „Miteinander statt gegeneinander“. Dialogversuch mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. In: Sozialmagazin. 15. Jg, Nr. 5, 38-46.
- Mücke, Thomas/Korn, Judy (o.J.): Neue Wege in der Jugendarbeit. „Miteinander statt gegeneinander“ – ein Versuch des Dialogs mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. In: Behn, Sabine/Heitmann, Helmut (Hg.): Jugendarbeit und Rechtsextremismus: Erfahrungsberichte und kommentierte Literatur. IFFJ-Schriften Nr. 6. Berlin, 81-109.
- Nickolai, Werner/Lehmann, Henry (Hg.) (2002): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen. Freiburg: Lambertus.
- Piaszczyński, Ulrich/Füssenhäuser, H. (1992): Mobile Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. In: Diakonie, Nr. 2, 95-100.
- Pilz, Gunter A./Behn, Sabine/Harzer, Erika/von Berg, Heinz Lynen/Selmer, Nicole (2009): Rechtsextremismus im Sport in Deutschland und im internationalen Vergleich. Köln: Sportverlag Strauß.
- Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: DJI.
- Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2003): Evaluation pädagogischer Praxis gegen Rechtsextremismus: Potenziale und Chancen. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): Aktuelle Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich, 103-117.
- Posselt, Ralf-Erik/Schumacher, Klaus (Hg.) (1993): Projekthandbuch Gewalt und Rassismus. Handlungsorientierte und offensive Projekte, Aktionen und Ideen zur Auseinandersetzung und Überwindung von Gewalt und Rassismus in Jugendarbeit, Schule und Betrieb. Schwerte: Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen/Haus Villigst.
- Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Rambøll-Management (2005): Evaluation des Bundesprogramms XENOS – Zwischenbericht 2005. Hamburg (unv. Mscr.).
- Richter, Jutta (2006): Erfahrungen mit Jugendprojekten in europäischen Märtyrerorten. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (Hg.): Pädagogische Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus. Erfahrungen und Ergebnisse aus vier Veranstaltungen. Düsseldorf, 119-133.

- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus. Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim - München: Juventa.
- Rieker, Peter (Hg.) (2014): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim - Basel: Beltz Juventa.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.
- Roth, Roland (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rülicke-Luzar, Sonja (2013): „Erstansprache“ – ein Grenzfall mobiler Jugendberatung? In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hg.): Jugend an der roten Linie Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Wochenschau Verlag, 72-91.
- Said, Edward (1995): Orientalism. Western Conceptions of the Orient. London: Penguin (1. ed. 1978).
- Scherer, Herbert/Wieczorek, Michael (1992): Das „Bermuda-Dreieck“ und der Weg dorthin. In: Busch, Rolf (Hg.): Streetwork im Bermuda-Dreieck. Rechtsextremismus in Berlin: Gegenstrategien. Forschung und Weiterbildung für die betriebliche Praxis. Band 6. Berlin: Freie Universität, 69-85.
- Scherr, Albert (Hg.) (1992): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT-Verlag.
- Schilling, Miriam (2004): Jugendliche in der MBT-Arbeit – Erfahrungen aus dem südlichen Brandenburg. In: Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hg.): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch. Potsdam: RAA Brandenburg, 95-115.
- Schmitz, Michael (2007): Geschichte eines offenen Jugendtreffs in Schwerin. In: Offene Jugendarbeit, Nr. 2, 36-42.
- Schubarth, Wilfried (2002): Pädagogik gegen Rechts. Möglichkeiten des Umgangs mit Rechtsextremismus in Schule und Jugendarbeit. In: Wiedemann, Dieter (Hg.): Die rechtsextreme Herausforderung. Jugendarbeit und Öffentlichkeit zwischen Konjunkturen und Konzepten. Bielefeld: AJZ, 172-184.
- Simon, Titus/Blumensath, Sabine/Frömmert, Claudia/Saryaeva, Rayma/Tympel, Sandra (2009): Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe. Berlin: Bund der Deutschen Landjugend.
- Simon, Titus/Hanselmann, Rolf (2003): Spurensuche: Was von Projekten des AgAG-Programms in Sachsen-Anhalt übrig geblieben ist. In: Lynen von Berg, Heinz/Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Opladen: Leske + Budrich, 229-237.
- Sischka, Kerstin/Schwietring, Marc/Beyersmann, Begga (2011): Abschlussbericht der Wissenschaftlichen Begleitung im Themencluster „Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen“ im Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. 30.04.2011. Berlin: INA.
- Smaldino, Filippo (2001): Handlungsfelder der offenen Jugendarbeit in einem Jugend- und Kulturzentrum. In: Verein für Kommunalwissenschaften (Hg.): Pädagogische Konzepte in der Jugendsozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Dokumentation des

Workshops am 8. und 9. März 2001 in Berlin. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe, Nr. 29. Berlin, 26-30.

Sozialistische Kultur Arbeit Güterloh [SKA] (1996): Antifaschistische Jugendarbeit in Gütersloh – „Sozialarbeit aus Versehen“. In: Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): „Rosen auf den Weg gestreut...“ Kritik an der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“. Hamburg: rat, 35-42.

Stadtjugendpflege Wernigerode (2008): Eindrücke aus der Praxis der aufsuchenden Sozialarbeit in Wernigerode. Wernigerode.

Stiftung Mitarbeit (Hg.) (1993): Streetwork. Jugendarbeit zwischen allen Stühlen? Dokumentation der „Ideenwerkstatt Streetwork“ vom 3. und 4. Mai 1993. Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 21. Bonn.

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf/Heitmeyer, Wilhelm/Klemm, Jana (2013): Abschlussbericht zur Evaluation der Förderschwerpunkte 1 und 2 des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Berichtszeitraum: 1.8.2011-31.1.2013. Kurzzusammenfassung. Bielefeld – Hannover: ProVal GbR und Universität Bielefeld.

Sturzenhecker, Benedikt (1995): Grenzen setzen, Schutz geben, Konflikte führen. Bericht über die pädagogische Arbeit mit Skinheads in Nottuln. In: Schacht, Konrad/Leif, Thomas/Janssen, Hannelore (Hg.): Hilfloes gegen Rechtsextremismus? Ursachen, Handlungsfelder, Projekterfahrungen. Köln: Bund, 353-382.

Univation (2012): Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs 2 ‚Förderung von Modellprojekten‘ im Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Zweiter Zwischenbericht. Oktober 2011 bis Juni 2011. Köln: Univation – Institut für Evaluation.

Vahsen, Friedhelm/von Hebel, Manfred/Döring, Gerlinde/Jörns, Gerald/Fandel, Heike u.a. (1994): Jugendarbeit zwischen Gewalt und Rechtsextremismus. Hildesheimer Schriftenreihe zur Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Band 4. Hildesheim.

Wald, Gisela (1988): Projekt Offside – Konzeptionelle Vorstellungen und Bilanz nach zwei Jahren Projektarbeit – wie weiter? Hamburg: Verein Jugend und Sport.

Walkenhorst, Philipp (2008): Anmerkungen zu einer „konfrontativen Pädagogik“. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. 3. Auflage. Wiesbaden: VS, 77-116.

Walter, Verena (2008): Rechtsextremismus und demokratische Jugendkultur. Das Jugend- und Kulturzentrum Bruchbude in Milmersdorf/Uckermark. Saarbrücken: VdM Verlag Dr. Müller.

Wehler, Hans-Ulrich (1987): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Erster Band: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung 1700-1815. München: C.H. Beck.

Weilnböck, Harald (2014): Die ‚Wir unter uns Gruppe‘ als ein nachhaltiges Verfahren in der Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. In: Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hg.): Verantwortlich handeln. Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen – Berlin – Toronto: Barbara Budrich, 163-175.

- Wieczorek, Michael (1993): Jugendarbeit gegen Ausgrenzung. In: IFFJ (Hg.) (1993): Jugendarbeit mit Skinheads. Dokumentation eines Seminars. IFFJ-Schriften, Nr. 3. Berlin, 15-35.
- Wiling, Dirk (2012): Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen: 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg. In: Ders./Kohlstruck, Michael (Hg.): Einblicke IV. Ein Werkstattbuch. Potsdam: Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, 9-50.

Internetquellen

http://www.iass-waets.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=26&Itemid=51, Aufruf am 23.07.2012.

<http://www.ifsw.org/p38000409.html>, Aufruf am 23.07.2012.

<http://www.jugendarbeit-rm.de/fachbereich-jugendarbeit-rm/jugendarbeitsleasing/>, Aufruf am 23.07.2012.

http://exchange.hirsch-woelfl.de/data/form/3227-9c91b70e18747e885d531bc95932_e5a8.pdf, Aufruf am 23.07.2012.

<http://www.aufsuchendejugendarbeit.de>, Aufruf am 23.07.2012.

Prof. Dr. Kurt Möller, Erziehungswissenschaftler, ist seit 1989 Professor für Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit an der Hochschule Esslingen. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte betreffen Rechtsextremismus, Gewalt, Jugendkulturen, männliche Sozialisation und pädagogische Jungen-/Männerarbeit, Politische Partizipation von Jugendlichen, Konzepte und Theorien der Sozialen Arbeit, Jugend- und Bildungsarbeit.

(Weitere Informationen unter <http://www.hs-esslingen.de/mitarbeiter/kurt-moeller.html>)

Nils Schuhmacher, Politikwissenschaftler und Kriminologe, ist seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege der Hochschule Esslingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf den Themen Rechtsextremismus, Jugendkulturen, Protest und Soziale Bewegungen.

(Weitere Informationen unter <http://www.hs-esslingen.de/de/mitarbeiter/nils-schuhmacher.html>)

Kontaktstelle BIKnetz

c/o gsub-Projektgesellschaft mbH
Kronenstraße 6
10117 Berlin

Servicetelefon: +49 (0) 180 / 24 56 389*
Internet: www.biknetz.de
BIKnetz auf Twitter: @biknetz

*6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent pro Minute aus dem deutschen Mobilfunknetz

www.biknetz.de

gsub-Projektgesellschaft mbH

gsub



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

